Dienstag, 11. Februar 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 34) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 35 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Thatcher: Trotz aller Appelle an die Einheit der Partei und der Beteuerungen, geschlossen hinter Margaret Thatcher den nächsten Wahlkampf bestreiten zu wollen, werden die Auseinandersetzungen in der britischen Konservativen Partei immer massiver. Offen ist die Frage, ob Frau Thatcher die Reihen rasch wieder schließen kann. (S. 8)

Nahost: Mehr Einfluß für die Araber in den besetzten Gebieten auf die Verwaltung ihrer Städte hat Israels Ministerpräsident Peres angeregt. Er sprach jedoch nicht von Autonomie; gemeint war eine sichtbare Verminderung israelischer Präsenz. (S. 2)

Peru: Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes haben die peruanischen Truppen während der Sperrstunden in Lima und Callao Schießbefehl erhalten. Präsident Garcia will so der wachsenden Terrorwelle Herr werden. Seit Jahresbeginn gab es mindestens 68 Todesopfer.

Terrorismus: Der im französischen Exil lebende Präsident des iranischen Nationalen Revolutionsrates, Massud Radschavi, behauptet, in der iranischen Botschaft in Bonn würden die Aktionen von 22 Terroristengruppen gelenkt. Zugleich erhob er den Vorwurf, logistisches Zentrum des iranischen Terrorismus sei das Iran-Haus in Köln, ein wichtiges Glied in der Kette auch die Moschee in Hamburg.

Reisegenehmigungen: Der Ständige Vertreter der „DDR" in Bonn, Ewald Moldt, hat Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble telefonisch mitgeteilt, daß Ost-Berlin bei innerdeutschen Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „großzügig verfahren" wolle. Von einer Herabsetzung des Reisealters könne aber keine Rede sein. (S. 8)

Papst: Johannes Paul II. hat zum Abschluß seiner Indien-Reise die Priester zu Zurückhaltung in der Diskussion weltlicher Fragen ermahnt. Ihre Berufung, von der sie überzeugt sein sollten, sei rein geistlicher Art. (S. 8)

Indien: Demonstrationen gegen staatlich verordnete Preissteigerungen haben gestern das öffentliche Leben in Neu-Delhi zum Erliegen gebracht. 400 Personen wurden nach Angaben der Polizei festgenommen. Die Preissteigerungen gehören zu den bislang einschneidendsten Wirtschaftsmaßnahmen von Ministerpräsident Rajiv Gandhi – er erwartet 1985/86 im Haushalt ein Defizit von 2,8 Milliarden Dollar.

Golfkrieg: Nach einer iranischen Offensive ist es zu heftigen Gefechten in der ölreichen Region um Basra gekommen. Nach Angaben aus Teheran haben die Truppen den Fluß Schatt el Arab überquert und die strategisch wichtige Insel Um-Ul-Rasas genommen, auf der sich große Ölanlagen befinden sollen.

Exklusiv in der WELT

ALS TITO AUF DIE WEHRMACHT SETZTE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Titos kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung Darüber informierten jetzt der Tito-Biograph Vladimir Dedijer und der Schriftsteller Milovan Djilas. S. 6

WER MACHT DEUTSCHE STRATEGIE?

Parteipolitik, Personalpolitik und Strategie beeinflussen in Bonn die Auseinandersetzungen um eine deutsche Beteiligung an SDI. Wer gibt den Ton an: Genscher, Wörner oder das Kanzleramt? Herbert Kremp analysiert die deutsche Verhandlungsposition gegenüber Washington. S. 6

WIRTSCHAFT

Frankreich: Mit dem Ziel, Paris zu einem bedeutenden internationalen Finanzplatz auszubauen, hat die Regierung zahlreiche Maßnahmen zur Reform des Kapital- und Geldmarktes ergriffen. Zugleich ist die Geld- und Kreditpolitik auf eine marktwirtschaftlichere Grundlage gestellt worden. Liberalisierung des dirigistischen Finanzsystems heißt das Stichwort. (S. 9)

Beschäftigung: Die Entlastung, die Firmen-Neugründungen für den Arbeitsmarkt bedeuten, ist nach Auffassung des Ifo-Instituts „bescheiden". In einer Untersuchung heißt es, spürbaren Beschäftigungseffekt versprächen nur Vollerwerbsbetriebe. (S. 9)

Börse: Am Rosenmontag – die Düsseldorfer Börse war geschlossen – konnte sich an den Aktienmärkten keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 284,28 (285,15). BHF Rentenindex 105,402 (105,445). BHF Performance Index 100,953 (100,966). Dollarmittelkurs 2,3891 (2,3972) Mark. Goldpreis pro Feinunze 340,15 (337,20) Dollar.

KULTUR

Trickfilm: Er ist ein eigenständiges, seriöses künstlerisches Medium mit schier unbegrenzten Möglichkeiten. Die Stuttgarter Internationalen Trickfilmtage haben es einmal mehr bewiesen. (S. 17)

Einzelgänger? „Literatur hat sich nicht in den Dienst nehmen zu lassen, sondern Autonomie zurückzugewinnen." Dies war – unausgesprochen – Motto eines Autoren-Treffens in Berlin. (S. 17)

SPORT

Fußball: Trainer Uwe Klimaschefski, dessen Vertrag beim 1. FC Saarbrücken zum Saisonende ausläuft, wird in der nächsten Spielzeit den Schweizer Klub St. Gallen betreuen.

Golf: Profi Bernhard Langer aus Anhausen unterlag bei der „Andy-Williams-Open" in San Diego (Kalifornien) erst im Stechen auf dem 2. Extra-Loch gegen den Amerikaner Bob Tway. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Kaution: Nach 14monatiger Untersuchungshaft wird einer der beiden Hauptangeklagten im Prozeß um die Ende 1983 zusammengebrochene SMH-Bank, Ferdinand Graf von Galen, gegen eine Kaution von zehn Millionen Mark freigelassen. (S. 18)

Fund: Nach zehnjähriger Suche haben zwei Archäologen die fast 3000 Jahre alte Grabkammer Mayas, des Schatzkämmerers Tutenchamuns, entdeckt. Der spektakuläre Fund gelang auf dem Gräberfeld von Sakkara südlich von Kairo (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Heute in Berlin: Schtscharanski und acht Agenten kommen frei

Sowjetischer Regimekritiker fliegt nach Israel weiter / Verabredung von Genf

ms. Bonn

Die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski und der Austausch von insgesamt acht im Osten und im Westen wegen Spionage verurteilten Personen soll nach vorliegenden Informationen heute um 12 Uhr auf der Glienicker Brücke in Berlin stattfinden. Schtscharanski wird dann unverzüglich nach Israel weiterfliegen.

Inzwischen wurde der WELT von amtlicher Seite bestätigt, daß die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers auf dem Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow in Genf besprochen und im Grundsatz verabredet worden war.

Nach WELT-Informationen werden außer Schtscharanski, dessen Freilassung nicht in Zusammenhang mit einem Agententausch gebracht werden kann, noch folgende Personen dem Westen übergeben:

– Der 41 Jahre alte Deutsche Frohn, der *1980* in der *„DDR"* verhaftet und dann 1981 wegen „Spionagetätigkeit für den amerikanischen Geheimdienst CIA" zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist;

– Der Tscheche Javorsky, der vor einiger Zeit in die Bundesrepublik Deutschland geflohen, dann aber in die CSSR zurückgekehrt und dort wegen Spionage verhaftet worden war. Tatsächlich aber, so heißt es, habe Javorsky keine Spionagetätigkeit für die Bundesrepublik Deutschland ausgeführt;

– Freigelassen werden soll nach den Absprachen, die zwischen Bonn und Ost-Berlin getroffen worden sind, der 50 Jahre alte Dietrich Nistroy. Er war 1981 während eines Aufenthaltes in der „DDR" unter dem Vorwurf, Spionage für den Bundesnachrichtendienst (BND) zu betreiben, verhaftet und 1982 zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Indirekt mit dieser Austauschaktion im Zusammenhang steht auch die Freilassung von drei deutschen Geschäftsleuten aus sowjetischer Haft, um die sich die Bundesregierung seit geraumer Zeit bemüht hat.

Die Forderung der Sowjetunion, auch hierfür „Gegenleistungen" zu erbringen, wurde von Bonn abgelehnt. Es erinnerte an die seit Jahrzehnten im Geheimdienst-Bereich geltende Regel, wonach es keinen Tausch von „sonstigen Festnahmen" gegen Spione gebe.

Als „Gegenleistung" im Zuge der Austauschaktion von Agenten werden von den Regierungen in Washington und Bonn folgende Personen dem Osten übergeben:

– das tschechische Ehepaar Köcher, das wegen Spionage für den Nachrichtendienst der Tschechoslowakei in den USA verurteilt worden ist;

– der als „Agentenanwerber" in der Bundesrepublik Deutschland verhaftete Dieter Schafenroth. Der 43jährige Mann war 1984 gefaßt und 1985 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er sollte vor allem unter Studenten für das Ministerim für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin Agenten anwerben.

– Der sowjetische Staatsbürger Semljakov (40), der als Agehöriger einer deutsch-sowjetischen Handelsgesellschaft in Köln Spionage im Bereich der Wissenschaft und Technik betrieben hat, wird ebenfalls ausgetauscht. Semljakov war im September 1985 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

– Ausgetauscht wird auch der Pole Kaczmarek, der nicht verurteilt ist, der aber unter falscher Identität für den polnischen Geheimdienst arbeiten sollte.

DER KOMMENTAR

Fromme Torheit

EBERHARD NITSCHKE

Es war einmal ein quasi offizielles Dokument, in dem sich auch dieser Satz findet: „Der Karnevals- beziehungsweise Fastnachtsbrauch ist hinsichtlich der Unterhaltungsmöglichkeiten in den Fastnachtsgebieten der Bundesrepublik zweifellos der harmloseste". Der „Bund deutscher Karneval" in Köln schritt mit ihm gegen die drohende Gefahr ein, das Narrenwesen wegen der politischen Lage einmal ausfallen zu lassen. Die schärfste Waffe der Karnevalisten: „Damit würde man dem Osten Argumente in die Hand spielen etwa unter dem Motto: Jetzt haben wir sie soweit."

Nun ja, das war im November 1961 und in Berlin war die Mauer gebaut worden. Nie mehr hat man seither von außen versucht, die heranrauschende Humorwoge aufzuhalten. Am Rosenmontag hat sie sich wieder *einmal gebrochen. Es kann sein*, daß es an den Minustemperaturen lag, wenn das Naturschauspiel es diesmal offensichtlich etwas schwerer hatte, über die Bildschirme zu fließen, wo die Experten saßen. „Befrei uns vom kalten Ingrimm der Humorlosigkeit", heißt es in der „Närrischen Messe" der Klever Karnevalisten, von einem echten Propst gefeiert in der alten Stiftskirche der Stadt und mit dem ermahnenden Satz, daß man im Karneval, Fasching, Fastnacht auch einmal den „Mut zur frommen Torheit" haben möge, der früher die Welt bewegte.

Die „fromme Torheit", Baujahr 1986, hat daneben überall da, wo der Karneval und seine landsmannschaftlichen Vettern ihre Regierungszeit überdauerten, auch kaum eine Chance, den großen Spott über die Obrigkeit auszuschütten. So war das ja wohl einmal gedacht gewesen – als Ventil für unterdrückte Meinungen. Aber wenn man das ganze Jahr über und von der Spitze jedes Dachverbandes aus aus jedem Anlaß nach „oben" höhnen darf? Dann bleiben eben 30 Tonnen geworfene „Kamelle" (Düsseldorf), und warum soll die Humor-Spur auch weiter reichen.

Marcos will Wahl nicht annullieren

Parlament verschiebt den Beginn der entscheidenden Stimmenauszählung auf heute

DW. Manila

Rund 8000 Demonstranten hatten sich vor dem Parlamentsgebäude in Manila versammelt, als die Abgeordneten gestern zu der entscheidenden Stimmenauszählung zusammentraten. Zur Sicherung des Gebäudes waren von der Regierung starke Einheiten der Polizei zusammengezogen worden. Als die Parlamentarier dann nach vierstündigen Beratungen ihre Sitzung beendet hatten und bekanntgaben, daß der Beginn der Auszählung auf heute verschoben worden sei, wurden sie von den Demonstranten beschimpft und ausgepfiffen.

Auch drei Tage nach den Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen gibt es noch keine verläßlichen Angaben über einen Wahlsieger. Nach der Verfassung muß das Parlament innerhalb von zwei Wochen einen Wahlsieger erklären.

Die amtliche Wahlkommission (COMELEC) hatte bei ihrem letzten Zwischenergebnis von einem Vorsprung von 100 000 Stimmen für Präsident Marcos gesprochen. Dagegen berichtete die unabhängige Wahlbeobachtungskommission (NAMFREL) nach Auszählung von mehr als der Hälfte der Wahllokale, die Oppositionskandidation Corazon Aquino habe 700 000 Stimmen mehr als Marcos auf sich vereinigen können.

Eine Gruppe junger Frauen, die aus dem zentralen Wahlbüro der COMELEC geflüchtet waren, berichteten auf einer Pressekonferenz von massivem Wahlbetrug. Dagegen wirft der COMELEC-Vorsitzende Savellano den Frauen vor, das Computersystem zugunsten von Frau Aquino manipuliert zu haben.

Frau Aquino hatte bei einer Dankesmesse in einem Vorort Manilas gestern noch einmal betont, daß sie die Macht übernehmen werde, da „das Volk die Wahl gewonnen" habe. Gleichzeitig warf sie Marcos vor, er nutze alle Möglichkeiten zur Verschleppung der Auszählung, um sie ihres Wahlsiegs zu berauben.

Der Präsident trat gestern Meldungen entgegen, wonach er die Wahl für ungültig erklären lassen wollte. In einem Fernseh-Interview, dessen Text gestern vom Präsidentenpalast veröffentlicht wurde, sagte Marcos: „Ich habe nicht die Absicht, die Wahlen zu annullieren oder auch meine Macht einzusetzen, um die Wahlen zu gewinnen." Im US-Fernsehen hatte der Diktator darauf beharrt, seine Herausforderin deutlich geschlagen zu haben. Gleichzeitig beschuldigte er die katholische Kirche, ihm einen Erdrutschsieg verweigert zu haben. Unter Hinweis auf Predigten in vielen Kirchen fragte Marcos, weshalb die Priester sich eingemischt hätten.

Mit einen letzten eindringlichen Appell, die „Stimme des philippinischen Volkes" zu respektieren, ist die amerikanische Delegation, die zur Beobachtung der Stimmenauszählung nach Manila gekommen war, abgereist. Vor dem Abflug sagte ihr Leiter, Senator Richard Lugar, die Auszählung sei jetzt in „ein kritisches Stadium" getreten.

Walesa steht in Danzig vor Gericht

dpa, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa wird heute vor dem Danziger Bezirksgericht angeklagt, die staatlichen Wahlkommissionen beleidigt zu haben. Der Prozeß soll zunächst bis Donnerstag dauern. Dem Friedensnobelpreisträger, der von drei Anwälten verteidigt wird, droht eine Strafe von bis zu zwei Jahren Haft oder eine Geldbuße. Zur Beobachtung des Verfahrens sind acht westliche Journalisten zugelassen worden. Die Klage gegen Walesa kam von Mitgliedern einzelner Wahlkommissionen.

Der polnische Regierungssprecher Urban hatte vor dem Prozeß durchblicken lassen, daß man auf das Verfahren verzichten könne, falls Walesa erkläre, es sei nicht sein Ziel gewesen, jemanden zu beleidigen. Daher wird nicht ausgeschlossen, daß der Prozeß mit einer Rücknahme der Klage bereits am ersten Gerichtstag enden könnte.

London: Vermögen der Gewerkschaft beschlagnahmt

DW. London

In der Auseinandersetzung zwischen der Druckergewerkschaft Sogat 82 und dem Zeitungsverleger Rupert Murdoch hat ein Londoner Gericht gestern die Beschlagnahme des gesamten Gewerkschaftsvermögens in Höhe von rund 17 Millionen Pfund (57 Millionen Mark) angeordnet. Zusätzlich muß die Sogat 25 000 Pfund (88 000 Mark) Strafe bezahlen. *Das Urteil wurde gefällt, weil sich die* Gewerkschaft geweigert hatte, einer gerichtlichen Verfügung nachzukommen und die Verbreitung der Zeitungen der „News International"-Gruppe nicht mehr zu behindern.

In der Kontroverse geht es um das hochmoderne Druckzentrum Murdochs in Wapping im Londoner Hafenviertel. Weil die Druckergewerkschaft die Bedingungen für einen Umzug nicht akzeptierte, hatte der Verleger Murdoch rund 5000 Drucker entlassen.

In Dänemark Wirbel um Geheimpapier

Dänischer EG-Auszug kostet jährlich 26 Milliarden Kronen / Massenarbeitslosigkeit droht

DW. Kopenhagen

Die Veröffentlichung von Einzelheiten aus einem als vertraulich bezeichneten Bericht der dänischen Regierung, der sich mit möglichen Folgen eines Austritts aus der Europäischen Gemeinschaft befaßt, hat in Kopenhagen zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen geführt. *Angesichts der für den* 27. Februar vorgesehenen Volksabstimmung über das Reformpaket der Europäischen Gemeinschaft wurde bekannt, daß ein möglicher Auszug aus der EG dem Land mindestens 26 Milliarden kronen (rund 9,8 Milliarden Mark) im Jahr kosten würde. Die Echtheit des Papiers wurde von der dänischen Regierung bestätigt. Ministerpräsident Poul Schlüter erklärte, er werde den Bericht morgen im Parlament verteidigen.

Bei dem Referendum geht es um die Frage, ob Dänemark die von der Mehrheit der zwölf EG-Staaten verabschiedeten Reformvorschläge annehmen soll oder nicht. Das dänische Parlament hatte das Paket gegen den Willen der Minderheitsregierung im vergangenen Monat abgelehnt. Schlüter vertritt die Ansicht, daß ein „Nein" bei dem Referendum der erste Schritt zum Auszug Dänemarks aus der EG sein würde, der es seit 1973 angehört.

In dem Papier heißt es, dies würde Dänemark in eine ebenso schwere Krise stürzen wie bei der Erdölkrise Anfang der 70er Jahre und dem Land zehn Jahre lang ein niedriges Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit bescheren. Auf dem Agrarsektor, so wird prophezeit, würden von 200 000 dort beschäftigten Dänen 77 000 als direkte Folge eines EG-Auszugs ihre Arbeitsplätze verlieren. Gegenwärtig sind in Dänemark 250 000 Personen arbeitslos, das entspricht einer Arbeitslosenquote von neun Prozent. An landwirtschaftlichen Exporten, zumeist Schweinefleisch und Speck, würde Dänemark nach diesen Berechnungen jährliche Einbußen in Höhe von 15 Milliarden Kronen (rund 5,7 Milliarden Mark) hinnehmen müssen.

Die schlimmste Folge würde der Verlust von mindestens elf Milliarden Kronen (mehr als 3,7 Milliarden Mark) sein, den Dänemark an Exporten von Industrieerzeugnissen in die übrigen EG-Staaten erleiden würde. Auch die dänische Fischereiflotte würde erheblich betroffen werden, da rund 80 Prozent ihrer Fangerträge in andere EG-Staaten geliefert werden.

Das dänische Parlament hatte am 21. Januar mit 80 gegen 75 Stimmen für die Ablehnung des EG-Reformpakets gestimmt, das die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten auf ihrer Gipfelkonferenz in Luxemburg beschlossen hatten. Die übrigen EG-Regierungen haben jedoch entschieden, die Bedenken des dänischen Parlaments zu ignorieren. Sie wollen die Reformvorschläge am 17. Februar endgültig verabschieden.

Streusalz – sinnvoll oder schädlich?

DW. Bonn

Die Diskussion um das Streuen von Salz auf Gehwegen und Straßen wird immer härter ausgetragen. Für Umweltschützer bedeutet jede Handvoll davon schon fast den Tod von Straßenbäumen oder die Vergiftung des Grundwassers. Demgegenüber vertritt der Dachverband der „Deutschen Salzindustrie" die Ansicht, nichts sei reiner als Salz. Bäume entlang von Außenortsstraßen, so der Verband, „sind keine Zeugen der Anklage". Die Bauchemie habe den Beton inzwischen weitgehend unempfindlich gegen Streusalz gemacht. Die WELT stellt in einem Beitrag die unterschiedlichen Positionen in der teilweise erbittert geführten Auseinandersetzung dar.

Seite 3: Ein heißer Glaubenskrieg

Junta entwaffnet Miliz Duvaliers

DW. Port-au-Prince/Talloires

Die haitianische Junta unter Vorsitz von General Henri Namphy hat gestern das berüchtigte Milizionärscorps „Freiwillige für die nationale Sicherheit", allgemein als „Tontons Macoutes" bekannt, aufgelöst. Die 1961 von Präsident François Duvalier (Papa Doc) geschaffene Truppe war in den vergangenen 25 Jahren für zahlreiche Fälle von Folter, Entführung, Mißhandlung und Mord verantwortlich. Die Armee war unterdessen darum bemüht, die Milizionäre, die zur Zielscheibe kollektiver Racheakte geworden sind, zu entwaffnen. Im zweiten Teil ihrer Haiti-Serie beschreibt die WELT heute die Vergangenheit und den politischen Standort der Junta-Mitglieder.

Seite 5: Distanz zu Duvalier

„ÖTV-Abschluß keine Leitlinie"

DW. Osnabrück

Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst kann für die IG Metall nach den Worten ihres Sprechers Jörg Barczynski „in keiner Weise" Lohnleitlinie sein. Die ÖTV habe von einer völlig anderen, ungünstigeren Lage in den Kommunen ausgehen müssen. Dagegen „schwimme" die Metallindustrie geradezu im Geld, sagte Barczynski der „Neuen Osnabrücker Zeitung". Nach der Einigung im öffentlichen Dienst erhalten die Beschäftigten 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Der IG-Metall-Sprecher erklärte, seine Gewerkschaft fordere einen erheblich höheren Abschluß als die ÖTV, weil die Metallindustrie 1985 einen fast beispiellosen Exportboom erlebt habe. „Selbst wenn der Exportboom jetzt abflachen sollte, wäre ein wesentlich höherer Abschluß als bei der ÖTV volkswirtschaftlich notwendig, da die Inlandsnachfrage belebt werden muß."

Seite 2: ÖTV und Metall

Zimmermann hofft auf Signalwirkung

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist der Ansicht, daß von dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst „sicherlich" Signalwirkungen ausgehen werden, „aber nicht in dem Sinne, daß damit Leitlinien vorgegeben" wären. Die Verhältnisse lägen in den einzelnen Wirtshaftsbranchen „auch zu weit auseinander", sagte Zimmermann in einem Interview mit der WELT. Der Minister: „Ich kann nur für den Abschluß im öffentlichen Dienst sprechen, wenn ich dazu feststelle, daß ich diese 3,5 Prozent voll im Rahmen der positiven konjunkturellen Entwicklung halte. In die Verhandlungen anderer freier Tarifpartner möchte ich auch nicht andeutungsweise eingreifen." Zimmermann räumte in *dem Interview ein, daß ihm* „manche Aussagen" aus dem Koalitionslager „die Arbeit unnötig erschwert" hätten.

Seite 4: Das Interview

Roelof Botha bleibt im Amt

DW. Johannesburg

Einen schweren Rückschlag haben die Erwartungen in die Reformpläne, die der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha vor einer Woche noch im Fernsehen und in Zeitungsanzeigen angekündigt hatte, durch die jüngsten Ereignisse in Südafrika erlitten. Nach der Schelte des Präsidenten für seinen Außenminister Roelof Botha wegen dessen Aussage, er könne sich durchaus einen Schwarzen an der Spitze des Staates vorstellen, und dem Auszug des Oppositionsführers Slabbert aus dem Parlament sehen mehrere südafrikanische Zeitungen die Hoffnung auf Reformen wieder zerstört.

Vor dem Parlament hatte Präsident Botha erklärt, da der Außenminister ihm schriftlich versichert habe, daß die Äußerung über einen schwarzen Präsidenten lediglich seine eigene Ansicht und nicht die der Regierungspartei ausdrücke, könne Roelof Botha weiter im Amt bleiben.

Moskauer Fernsehen sendet Kennedys Bedenken zu SDI

US-Senator findet freundliche Worte für Gorbatschow

DW. Moskau

Das sowjetische Fernsehen hat am Sonntag ein 20minütiges Interview mit dem amerikanischen Senator Edward Kennedy gesendet, in dem dieser sich für einen friedlichen Wettbewerb der beiden Supermächte ausspricht. Vor allem der Weltraum solle für friedliche Zwecke genutzt werden, sagte der demokratische Senator, der gleichzeitig Bedenken gegen die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des US-Präsidenten Ronald Reagan anmeldete. Damit habe Kennedy sich in die sowjetische Propaganda „einspannen" lassen, verlautet aus amerikanischen Politiker-Kreisen.

Das Interview war während des Besuches Kennedys in der UdSSR aufgezeichnet worden und bereits dem sowjetischen Fernsehpublikum am Freitag auszugsweise präsentiert worden. Kennedy war während seines Besuches auch mit Parteichef Michail Gorbatschow, der auf ihn den Eindruck eines fröhlichen, energischen und erfahrenen Politikers machte, zusammengetroffen. Im Vordergrund der Gespräche stand das *Thema der Rüstungskontrolle.*

Der US-Senator glaubt, daß auf dem Gebiet der Weltraumforschung die UdSSR und die USA möglicherweise sogar wetteifern könnten. Unabhängig davon werde es aber zwischen den USA und der Sowjetunion auch in Zukunft Meinungsverschiedenheiten geben. Diese beträfen insbesondere philosophische und wirtschaftliche Fragen sowie die Menschenrechte.

Gorbatschows Abrüstungsvorschlag bezeichnete Kennedy als konstruktiv und meinte, daß sowohl Gorbatschow als auch US-Präsident Ronald Reagan bereit seien, über eine Verminderung der Zahl der Atomwaffen zu verhandeln.

Gorbatschow sei sich offenbar der Bedeutung der Gespräche über eine Begrenzung von Nuklearwaffen bewußt und habe deutlich zu Verstehen gegeben, daß neben einem Abkommen über Mittelstreckenwaffen auch ein umfassendes Testverbotsabkommen ohne Fortschritte in der SDI-Frage möglich sei, sagte Kennedy.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ÖTV und Metall

Von Peter Gillies

Daß die Einkommen der Staatsdiener für die Arbeitnehmer der Metallindustrie kein Vorbild sein können, ist eine pflichtgemäße Feststellung der Industriegewerkschaft Metall, die ein bißchen richtig und ein bißchen falsch ist. Beim Arbeitsplatzrisiko und der Altersversorgung beispielsweise sind öffentliche und private Bedienstete unvergleichbar. Andererseits kann auch die IG Metall nicht darüber hinweg, daß der Abschluß ein indirektes Datum der Lohnführerschaft auch für die private Wirtschaft gesetzt hat.

So ist absehbar, daß in der Metallindustrie der Kampf um die Fünf toben wird, wie er im öffentlichen Dienst um die Vier wogte. Zur Begründung ihrer Forderung nach 7,5 Prozent mehr führt die IG Metall ins Feld, die Branche schwimme im Geld. Gewiß gibt es Unternehmen mit glänzenden Gewinnen, aber pauschal trifft diese Aussage nicht zu. Da sich Gewerkschaftler jedoch einer differenzierten Tarifpolitik verweigern, taugen die goldgeränderten Bilanzen einiger Firmen nicht als pauschale Rechtfertigung für kräftiges Abkassieren bei allen.

Vielmehr besteht die Gefahr, daß sich die Tarifpolitiker wieder als Förderverein der Arbeitsbesitzer begreifen und das Erwerbslosenproblem dem Staat überantworten. Hier gibt es Analogien zum Streikgeldparagraphen 116, wo Gewerkschaften ebenfalls versuchen, sich aus der Pflicht ihrer vollen Haftung zu stehlen. Der Gewerkschaftsbeitrag zur Lohnfindung bleibt jedoch das entscheidende Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Wer die IG Metall daraus entläßt, erhöht das Beschäftigungsrisiko, mag er dies auch noch so vollmundig mit Kaufkraft- und anderen Theorien zu begründen suchen.

Jüngste Berechnungen ergeben, daß die Kombination von Ölpreisrutsch und Dollarkurs höchst wohltuende Wirkungen auf die deutsche Konjunktur entfaltet. Sie stimuliert das Wachstum, dämpft die Preise und ermöglicht vielleicht vierhunderttausend Arbeitsplätze, hunderttausend mehr als erwartet. Aber diese höchst willkommene Kostenentlastung durch höhere Lohnkosten gleich wieder abzusaugen, hieße die Arbeitslosen weiter von einem Job aussperren. In das erleichternde Aufatmen nach dem ÖTV-Abschluß mischt sich angesichts der IG Metall-Sprüche deshalb neue Besorgnis.

Zwei behaupteten sich

Von Carl Gustaf Ströhm

Während auf der mittleren Ebene der sowjetischen Funktionärskaste im Zeichen der Ära Gorbatschow die Köpfe rollen, sind in der obersten Etage zwei alte Kämpfer bisher davongekommen: der Parteichef Kasachstans, Dinmuhamed Kunajew (74), blieb ebenso wie sein Kollege in der Ukraine, Wladimir Schtscherbitzkij (67), trotz heftiger Kritik und Selbstkritik auf den jeweiligen Republik-Parteikongressen in Alma Ata und Kiew im Amt. Bedeutet ihre Wiederwahl, daß Gorbatschow mit seiner „Verjüngungskur" nicht so rasch vorankommt, wie er gerne möchte?

Bemerkenswert ist, daß der öffentlich abgekanzelte Viktor Grischin zwar als Chef der Moskauer Parteiorganisation abgesetzt wurde, bisher aber nicht seinen Sitz im Politbüro verlor.

Die Moskauer „Prawda" hat einerseits die Absetzung von fünfhundert Funktionären der Partei in Kasachstan als „Anfang" bezeichnet, gleichzeitig aber Kunajews und Schtscherbitzkijs Wiederwahl gemeldet. Manche verweisen darauf, daß der Mann aus Kasachstan und sein ukrainisches Gegenstück zwar alte „Breschnewisten" sind, aber rechtzeitig auf die neue Linie einzuschwenken wußten. Jedoch ist solch öffentliches Schwenken in der UdSSR üblich, wenn ein Neuer an die Macht kommt; das ändert nichts an dessen Interesse, seine eigenen Leute nachzuziehen.

Gorbatschow, der den großen Vorteil eines jeden neuen Machthabers genießt, als Postenverteiler einer ganzen Generation zu Amt und Würden zu verhelfen, steht heute wohl vor dem Gipfel seiner Macht. Aber wenn man den seltsamen Gegensatz zwischen Hektik und Beharrung betrachtet, der für die bisherige Ära Gorbatschow charakteristisch ist, dann liegt die Vermutung nahe, daß der Jung-Siegfried aus Stawropol auf Widerstände stößt. In diese Richtung deutet auch Gorbatschows jüngste Äußerung, daß Andrej Sacharow als „Geheimnisträger" nicht ins Ausland reisen dürfe. Dies nach monatelangen Gerüchten, er werde doch reisen – gibt es da eine Gruppe, die Gorbatschow seine Grenzen zeigen will?

Peres' Plan

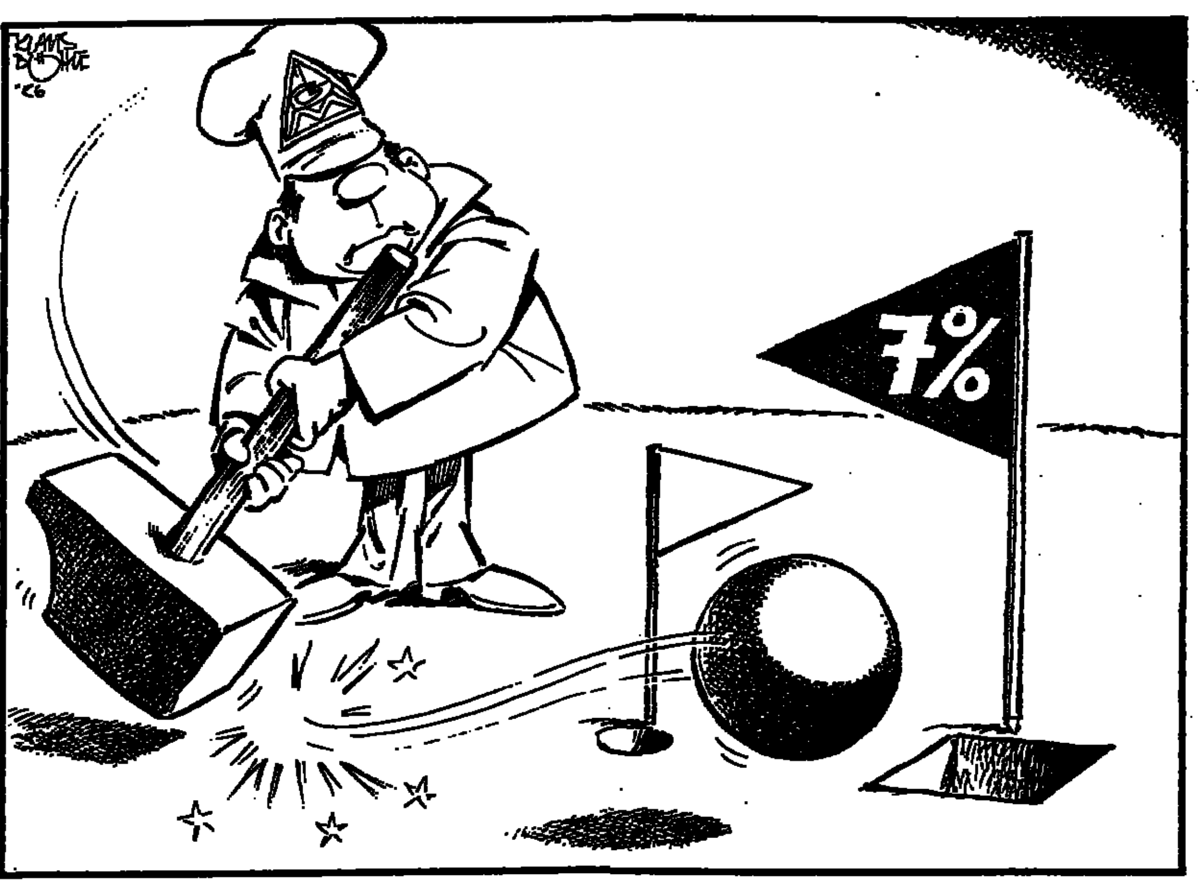
Von Ephraim Lahav

Was Israels Ministerpräsident Shimon Peres am Wochenende vorschlug, ist weit von einer „einseitigen Autonomie" entfernt, wie dies viele Medien nannten; Peres hat diesen Ausdruck weder gebraucht noch gemeint.

Gemeint ist eine Verminderung der israelischen Präsenz. Peres' Absicht zeigen seine Worte: „Die Verhandlungen zwischen Hussein und Arafat sind gescheitert ... Es ist klar, daß Arafat nicht nur für uns, sondern auch für Hussein kein Partner sein kann. Bis wir ein formelles Abkommen treffen, sollten wir den Arabern in den besetzten Gebieten mehr Selbständigkeit in der Verwaltung ihrer Städte zugestehen – auf Gebieten wie Unterricht, Medizin usw. Dazu brauchen wir viel Verständnis; ich hoffe, wir werden es aufbringen."

Damit will Peres nach der Selbst-Ausschaltung Arafats das offene Gespräch mit Hussein ereichen – geheime Gespräche, direkt oder indirekt, finden sowieso laufend statt. Die bisher bekannten Einzelheiten über Peres' Plan: Die israelischen Sicherheitskräfte sollen zum Großteil aus den arabischen Städten abgezogen und in abgelegenen Stützpunkten konzentriert werden, um den Eindruck der Besatzung zu mildern. Die Ein- und Ausreiseprozeduren über die Jordanbrücken sollen vereinfacht und die Buch- und Pressevorzensur soll liberalisiert werden.

Diese noch nicht offiziell bekanntgegebenen Absichten haben bereits scharfe Proteste von seiten des Likud hervorgerufen. Dort sieht man jede Maßnahme, die den arabischen Charakter der besetzten Gebiete stärkt, als Schwächung ihres israelischen Charakters. Doch auch arabische Kritik wurde laut; so erklärte der eher gemäßigte Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij, der Plan sei „unnötig: Schon jetzt werden unsere Kommunalverwaltungen von siebzehntausend arabischen Beamten betreut. Aber über ihnen stehen vierhundert israelische Offiziere. Diese werden ja auch nach dem neuen Plan weiter dienen. Da ist es mir schon lieber, wenn alles beim Alten bleibt". Freij irrt: Wenn Peres seinen langfristigen Plan durchsetzen kann und ein Abkommen mit König Hussein erzielt, kann ein großer Teil der West Bank jordanisch werden; dann würden auch die vierhundert Offiziere abtreten.



German Open KLAUS BÖHLE

Wird Denken überflüssig?

Von Ulrich Lohmar

In der Sprache der Computerwelt breitet sich ein neues Schlagwort aus: „Künstliche Intelligenz". Es drückt die Hoffnung der wenigen aus, daß technische Systeme eines Tages nicht nur selbsttätig, sondern auch selbständig denken und arbeiten können. Und es schürt zugleich die Angst der vielen, der Computer könne morgen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Köpfe der Menschen überflüssig machen.

Sehr viel nüchterner hingegen umschreibt der Forschungschef von Nixdorf, Hartmut Fetzer, den Sinn der Sache: „Künstliche Intelligenz hat zum Ziel, eine Reihe von computerunterstützten Verfahren zu entwickeln, um mit Hilfe dieser Verfahren bestimmte natürliche Fähigkeiten des Menschen nachzuahmen." Wesentliche Arbeiten konzentrieren sich heute darauf, den Computer zu befähigen, Probleme zu lösen, natürliche, geschriebene und gesprochene Sprache zu verstehen, zu sehen und aufgrund der Erkenntnis der Umwelt bestimmte Tätigkeiten auszuführen, Wissen zu erwerben, zu speichern und zu nutzen, um Expertensysteme für bestimmte Wissensgebiete aufbauen zu können. Da das Nachahmen biologischer oder, enger gefaßt, menschlicher Fähigkeiten nicht ohne Erkenntnisse über deren Funktionsweise möglich ist, hat sich „künstliche Intelligenz" von Anfang an als ein interdisziplinäres Arbeitsfeld der Informatiker, Biologen, Mediziner, Mathematiker und Sprachwissenschaftler entwickelt, wobei das Zentrum der theoretischen und praktischen Arbeiten die Computer-Wissenschaft und die Computer-Industrie geblieben sind; denn Ausgangspunkt war es, intelligente Computersysteme zu schaffen.

Das Signalwort dieser Definition heißt „nachahmen". Es bleibt dabei: Der Computer erlaubt uns, Informationen zu vergessen, ohne sie deshalb zu verlieren. Das ist in einer Welt mit einer unübersehbar gewordenen Zahl von Informationen eine phantastische Entlastung des Erinnerungsvermögens von Menschen. Aber es bleibt auch so, daß der Computer nur solche Informationen kombinieren und herausgeben kann, die ihm zuvor von Menschen eingegeben worden sind. Er erlaubt uns, wiederholbares Wissen wieder aufzufinden, und er ist vielleicht aus diesem Grunde auch eine Art „Kreativitäts-Assistent". In Gestalt der Roboter kann er mehr und mehr auch selbsttätig seine Arbeit verrichten – was zum Beispiel im Weltraum oder in Meerestiefen wichtig wird –, aber er wird nie selbständig sein in dem Sinn, daß er unabhängig von Menschen etwas wirklich Neues erfinden oder produzieren könnte.

Man fragt sich also, warum ausgerechnet die Computerindustrie das irreführende Wort von der „künstlichen Intelligenz" unter die Leute bringt und damit unbegründete Hoffnungen wie Befürchtungen weckt. Es handelt sich ja ganz einfach um eine technische, eine maschinelle Intelligenz, die ihrem Wesen nach nichts Neues ist. Der Computer hilft uns lediglich in anderer Weise, als wir es von den hergebrachten Formen der Technik gewohnt waren. Er wird dadurch nicht zum Herrn der Menschen, sondern bleibt ihr „technischer Butler".

Die Verbreiter der Informationstechnologien sollten die „künstliche Intelligenz" als einen Fehlbegriff also schleunigst aus dem Verkehr ziehen. Sie haben sich schließlich schon einmal – Anfang der siebziger Jahre – in eine solche begriffliche Sackgasse verrannt, als sie uns einreden wollten, ihre Lehr- und Lerncomputer seien in der Lage, über kurz oder lang einen Großteil der Lehrer zu ersetzen. Wenn man die damaligen technischen Geräte genauer betrachtete, stellte sich rasch heraus, daß sie vermutlich nicht einmal die mittlere Reife hätten bestehen können.

GAST-KOMMENTAR


Professor Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1976, lebt als freier Wissenschaftler in Bonn FOTO: DIE WELT

Notwendig ist es vielmehr, die wirklich bahnbrechenden Chancen deutlich zu machen und zu nutzen, die sich mit Hilfe der technischen Intelligenz der Computer eröffnen: Zum einen erlauben und erfordern Mikroelektronik und Telekommunikation einen kooperativen, dezentralisierten Arbeitstil in arbeitsteiligen, also großen Unternehmen und Organisationen. Sie verdrängen damit die Führungsprinzipien von Befehl und Gehorsam ebenso wie eine von oben ausgeübte Mitbestimmung. Führung und Mitbestimmung konzentrieren sich auf Zielvorgaben, Budgetierung und Erfolgskontrolle.

Zweitens wird die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im nächsten Vierteljahrhundert dazu führen, daß eine immer mehr zurückgehende Zahl von Arbeitenden (als Folge der geburtenschwachen Jahrgänge nach dem „Pillenknick") eine wachsende Zahl von alten Mitbürgern ernähren muß. Dies wird nur möglich sein, wenn *die Rationalisierungskraft der Informationstechnologien* die Arbeitsproduktivität wesentlich erhöht und damit den Lebensstandard aller erhalten hilft. Der innenpolitische Dauerstreit um die „Massenarbeitslosigkeit" wird uns in wenigen Jahren als historische Gespensterschlacht erscheinen.

Schließlich müssen die technischen Innovationen mit den Inhalten unseres Ausbildungswesens wieder in Übereinstimmung gebracht werden. Heute verläuft der Fortschritt wie in einer Domino-Reihe: Wissenschaftlichen und technischen Durchbrüchen folgen zuerst die Ökonomie, dann die gesellschaftlichen Lebensformen, schließlich die Politik und erst am Schluß das Ausbildungswesen und die Rechtsordnung. Dadurch hat sich eine gefährliche Kluft zwischen Technik und Ausbildung aufgetan, die geschlossen werden muß im Interesse der Lebenschancen der jungen Generation.

Bei diesen drei großen Reformaufgaben können sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft begegnen und wechselseitig helfen. Das unverzüglich zu tun ist sehr viel ergiebiger als die Eröffnung eines neuen Schaukampfs um die sogenannte „künstliche Intelligenz", die bei Licht besehen nichts anderes ist als eine neue Form des Zusammenwirkens der Menschen mit ihren technischen Werkzeugen.

IM GESPRÄCH General Baryla

Schule der Nation

Von Joachim Görlich


Ein Politoffizier dressiert Hilfslehrer: Baryla FOTO: JÜRGENS

Unbeirrt herrschen in Polen weiter die „Kommunisten in Uniform", ergo nicht die Armee und deren Linienoffiziere, sondern die Kommissare. Daß sie nicht gewillt sind, das Heft aus der Hand zu legen, davon zeugt die Nominierung des Dr. Józef Baryla zum ZK-Sekretär. Der Vizeverteidigungsminister und Dreisternegeneral hat daraufhin sein Amt als Chef der „Politischen Hauptverwaltung" der Armee niedergelegt. Ihm bleiben einige Ämter; er sitzt im Kuratorium des Pfadfinderbundes und im Aufsichtsrat des KP-Organs „Trybuna Ludu"; die Aufsicht über die Feldgeistlichen hat er mit der Politischen Hauptverwaltung abgegeben. Unlängst machte er von sich reden, als er Dreiwochenkurse für die Soldaten einrichtete, um Hilfslehrer auszubilden, die im Schuldienst die Lücken von gefeuerten „Solidarność"-Anhängern und Kirchgängern füllen sollen.

Baryla ist im ostoberschlesischen Zawiercie vor 61 Jahren in einer Arbeiterfamilie geboren. Im Krieg arbeitete er in einer Glashütte. 1945 trat er als Freiwilliger in die polnische Armee ein und absolvierte 1947 die Artillerieoffiziersschule als Linien-Leutnant. Bald danach wechselte er laut offiziellen polnischen Quellen in den Politapparat der Armee über. Schon als Offiziersanwärter wurde er – so unlängst das Regierungsblatt „Rzeczpospolita" – „in den Kämpfen gegen den reaktionären Untergrund zwecks Festigung der Volksmacht eingesetzt" –; er hat also dieselben *Erfahrungen wie sein Protektor Jaruzelski* gemacht.

1946 trat er der KP bei, obwohl dies Offizieren erst ein Jahr später offiziell erlaubt war. Bald darauf machte er Lehrgänge an Politoffiziersseinrichtungen mit, war gleichzeitig stellvertretender Kommandeur von Einheiten und Offiziersschulen – eine Funktion, die stets dem Politoffizier zusteht. 1953 absolvierte er die „Wehrpolitische Felix-Dzierzynski-Akademie" in Warschau, und da alle polnischen Generale ihre „höheren Weihen" an sowjetischen Militärakademien erhielten, ist das auch bei Baryla anzunehmen.

Im Jahre 1964 machte er an der Dzierzynski-Akademie den „Doktor der humanistischen Wissenschaften", war danach Chef der Agitprop-Abteilung der Streitkräfte und wurde mit 46 Jahren zum Brigadegeneral befördert. 1980 wurde er Chef der „Politischen Hauptverwaltung" und Vizeverteidigungsminister.

Er gehörte zu den Präsidiumsmitgliedern des „Militärrates der nationalen Erneuerung", der am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängte. Er war es, der danach mehr als zehntausend Politoffiziere als „Militär-Kommissare" in Industrie, Schul- und Kulturwesen und in die Medien als Aufpasser entsandte. Er gibt sich im Lebenslauf auch als „politischer und Staatsfunktionär" aus, woraus man schließen kann, daß ihn die Nomenklatura noch für andere Aufgaben vorgesehen hat. Über sein Privatleben heißt es nur, daß er verheiratet ist und eine Tochter hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung wertet den Karneval:

Welches Bild bieten die rheinischen Kernlande unserer Republik eigentlich in Hamburg und Passau, in New York und Moskau, von den Seychellen ganz zu schweigen? Diese Frage stellen heißt, den Offenbarungseid der Vernunft zu beschreiben. Wie anders sollte man denn werten, daß sich heute mündige Bürger ebenso millionenfach wie kilometerlang auf die Straße ergießen, mit dem alleinigen Ziel, Zug um Zug dem Tollitarismus den Weg zu bereiten. Die verständliche Beunruhigung des befreundeten Auslands über diese militaristischen Züge der Deutschen kann glaubwürdig durch Komitee-Hinweise kaum vertuscht werden, es handle sich lediglich um eine zeitbedingte Verwerfung oller Kamellen. Immerhin kommen diese megatonnenweise aus der DDR und munitionieren die hiesigen roten Garden, auch wenn diese blau sein sollten.

EXPRESS

Die Kölner Zeitung bemerkt zu Sacharow:

Zwei Jahre lang gaukelte der sowjetische Geheimdienst KGB mit Fotos und Video-Bändern dem Westen vor, Sacharow gehe es gut. Mit Hilfe publizistischer Briefträger in der Bundesrepublik erweckte er den Eindruck, Sacharows Leben könne kaum schöner sein. Jetzt hat Sacharow mit seinen Briefen das Lügengespinst zerrissen: Er wurde systematisch gefoltert. Die Foto- und Filmdokumente beweisen nur noch eines: Der KGB versteht sein Handwerk nach wie vor hervorragend. Zu einer Desinformationskampagne gehören aber immer zwei: Absender und Empfänger. Wenn die Postillione der Desinformation mal wieder ins Horn blasen, wird die Welt gewarnt sein.

Schwäbische Zeitung

Das Leutkircher Blatt kommentiert den ÖTV-Tarifabschluß:

Mit der überproportionalen Anhebung der Gesamtvergütung für untere und mittlere Einkommensgruppen hat die ÖTV ihre Hauptforderung recht weitgehend durchsetzen können. Bei der IG Metall, die für ihren Bereich ähnliche Vorstellungen hat, wird man das mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen haben. Die Funktionäre der Metallgewerkschaft sollten freilich bedenken, daß es bei den Dienstleistungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden weniger Möglichkeiten als in den Produktionsbetrieben gibt, zu teuer gewordene menschliche Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Und sie sollten auch nicht übersehen, daß die Müllabfuhr und die Straßenbahn nicht, einfache Fertigungen aber sehr wohl nach Taiwan oder Korea verlagert werden können.

Allgemeine Zeitung

Zu Präsident Marcos heißt es in dem Mainzer Blatt:

Frau Aquino will in einigen Tagen zu ihm gehen und über die Modalitäten der Machtübergabe verhandeln. Weigert er sich, will sie tägliche Protestdemonstrationen anführen. Ein Teil des gespaltenen Offizierskorps denkt an militärische Interventionen. Mehr Wähler als je zuvor sind bereit, sich dem militanten Untergrund anzuschließen. Die Menschenmassen, die seit dem Wochenende den Sieg von Frau Aquino bejubeln, tanzen auf einem Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann.

Kolumbien: Eine Wahl und ein halbes Dutzend Banden

Die späten Erkenntnisse des unseligen Belisario Betancur / Von Günter Friedländer

Kolumbiens Regierung hat soeben an die 7000 Reservisten einberufen, um während der kommenden *Wahlen am 9. März (für legislative* Körperschaften) und am 25. Mai (Präsidentenwahl) die freie Stimmabgabe zu garantieren. Die 95 000 Soldaten des Heeres und 67 000 Angehörigen der Polizei können dieser Aufgabe allein nicht nachkommen, weil zu viele in die Kämpfe gegen die Guerrilla verwickelt sind, besonders im Südwesten, dem Departement Cauca.

Dort lenkt eine „nationale Koordination der Guerrilla" die Aktionen des M-19 (Bewegung 19. April), der von den FARC (revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) abgesplitterten Front „Ricardo Franco" und anderer am Waffenstillstand nicht beteiligter Gruppen. Die letzte Neuerscheinung bei den Aufständischen ist das „Bataillon Amerika", in dem unter anderem Venezolaner, Ecuadorianer, Nicaraguaner, Panamaer und Peruaner kämpfen. Ohne die Koordination würden einige Gruppen nicht miteinander reden: Das M-19 brach offiziell mit der Front „Ricardo Franco", als der bisher ungesühnte Massenmord ihres Kommandanten Javier Delgado *an angeblichen Verrätern bekannt* wurde.

Was bieten dagegen die traditionellen Parteien? Das Wahlgesetz erlaubt ihnen, mit mehreren Listen aufzutreten, die den verschiedenen Gruppen in einer Partei entsprechen. Man muß bei diesen Strömungen und persönlichen Konflikten sehr gut Bescheid wissen, um sich entscheiden zu können. Für das Landesparlament (Abgeordnete und Senatoren), für die Volksvertreter der Departements und der Stadtparlamente wurden an die 40 000 Kandidaten eingeschrieben.

Ein anderes großes Problem sind Rauschgifthändler, die „ihre" Kandidaten unterstützen. Justizminister Enrique Parejo Gonzalez, der solche Fälle beim Wahlgericht anzuzeigen hat, sagte: „Ich denke darüber nach, ob mein Leben in Gefahr ist, wenn ich die Anzeigen machen muß, die meine Pflicht vorschreibt. Es beunruhigt mich. Ich fürchte wirklich für unser Land, wenn es ganz in die Hände der Rauschgifthändler fallen sollte."

Liberale und Konservative haben *gemeinsam die Politik des konservativen* Präsidenten Belisario Betancur getragen. Das erschwert eine oppositionelle Linie. Ironischerweise ist ein Hauptanliegen jedes Wahlkampfes, die Wirtschaftslage, Kolumbiens Lichtblick: Die Entdeckung großer Erdölreserven, der Verkauf der stets wachsenden Kohleförderung, die Hochkonjunktur auf dem internationalen Kaffeemarkt und eine relativ kleine Auslandsschuld bescheren dem Mann, der Betancurs Erbe antritt, ein leichteres Leben, als es sein Vorgänger hatte.

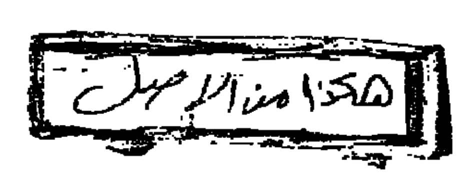
Aber das Guerrilla-Problem bleibt. Bei einem Treffen der Präsidenten Brasiliens und Kolumbiens in Manaos klagte Betancur über die Zusammenarbeit des Rauschgifthandels mit der Guerrilla und empfahl gemeinsame Maßnahmen gegen dieses Bündnis. Er sprach auch davon, daß Kolumbiens, Ecuadors, Venezuelas und Perus Guerrillas in Ambato (Ecuador) enge Zusammenarbeit beschlossen haben. Zwar seien Erfahrungen mit der Guerrilla nicht von einem Land auf andere Länder übertragbar, aber man sehe, „daß die Guerrilleros verschiedener Länder ihre Handlungen koordinieren wollen".

Das sind erstaunliche Worte aus dem Mund des Mannes, der seit dreieinhalb Jahren einen politischen „Dialog" mit der Guerrilla sucht, der er gutgläubig alle geforderten Zugeständnisse ohne die geringste Gegenleistung machte. Aber sie sind nur teilweise richtig. In Wirklichkeit sind die Guerrillaprobleme der Länder Lateinamerikas einander zum Verwechseln ähnlich. Überall kamen viele Guerrillaführer aus den Universitäten, wo die von Utopien gespeiste Hochschulpolitik mit dem Motto „Universität für alle" ein großes akademisches Proletariat schuf.

Daher die ideologischen Spielereien der Guerrillaführungsgruppen, für die Moskau- oder Peking-Kommunismus, Trotzkismus oder andere „Ismen" wichtiger sind als die angeblich angestrebte Verbesserung der Lebensqualität der Armen. Nirgends hat die Guerrilla bei ihrer Rekrutierung nennenswerten Erfolg gehabt, nirgends die Unterstützung der Bauern und Arbeiter gefunden. In ihrer Enttäuschung hat sie Bauern in Massen abgeschlachtet.

Alle Guerrilleros erhielten Waffen und Ausbildung bei Fidel Castro und seinen Verbündeten. Niemand weiß das besser als Betancur, der in Manaos klagte: Bei den Friedensversuchen für Mittelamerika „habe ich oft mit ... Fidel Castro gesprochen, um ihn zu bitten, den Mittelamerikanern zu helfen, ihren eigenen Frieden zu finden". (Fidel Castro zeigte daran kein Interesse.)

Betancurs Gründe für die Friedenssuche waren respektabel. Die Guerrilla jedoch sah in ihr nur ein Sprungbrett für die Ausbreitung des Bürgerkriegs. Betancur würde Lateinamerika am besten dienen, wenn er das deutlich ausspräche. Nach der gescheiterten Friedenssuche bleibt nur eine Möglichkeit: eine gemeinsame Front Lateinamerikas gegen den Bürgerkrieg.



Ein heißer Glaubenskrieg bei Eis und Schnee

Schnee und Eis, das heißt schlendernde Autos, rutschende Fußgänger und Rechtsunsicherheit über Schneeräumen. Das heißt auch: Salz oder kein Salz.

Von E. NITSCHKE

Um die Frage, ob das Verteilen von Streusalz auf Straßen und Gehwegen gegen Eis und Schnee ein Akt der Menschenliebe oder eine kriminelle Handlung ist, bricht immer wieder, sobald Eis und Schnee Straßen und Fußwege in Rutschbahnen verwandeln, eine Art Glaubenskrieg aus. Zwei Millionen Tonnen Salz werden in der Bundesrepublik und Berlin in jedem strengen Winter gestreut – und das, obwohl immer mehr Städte und Gemeinden unter dem Druck von Umweltschützern den Kampf gegen die Glätte nur mit „abstumpfenden Mitteln" führen oder sich sogar schon zur kostensparenden „Null-Lösung" durchgerungen haben.

Als beim ersten Glatteis dieses Winters in Hamburg das Chaos ausbrach, weil der Senat beschlossen hatte, nur noch umweltfreundlich zu streuen, glaubten die Einwohner der Zwei-Millionen-Stadt, besonders benachteiligt zu sein. Doch generelle Salzverbote gibt es schon unter anderem in Karlsruhe, Ingolstadt, Freiburg. Salzverbote mit mehr oder weniger eng gefaßten Ausnahmeerlaubnissen ordneten unter anderem Bielefeld, Köln und Bonn an.

Andere Städte reglementieren den Verbrauch: In Hannover zum Beispiel erlaubt die Gehwegsatzung seit 1979 Salz nur in einem Mischungsverhältnis von 1:9 mit abstumpfenden Stoffen. In Berlin, wo das Ausbringen von Salz im gesamten Stadtgebiet mit Ausnahme der Fahrbahnen der Einsatzstufe I schon 1975 verboten wurde, ergänzte man 1982 das Straßenreinigungsgesetz mit den Stimmen aller Fraktionen unter anderem mit der Formulierung: „Eine Eisglätte- und Schneeglättebeseitigung findet nicht statt."

Während für die Umweltschützer jede Handvoll Salz für den Tod von Straßenbäumen oder die Vergiftung des Grundwassers steht, vertritt der Dachverband der „Deutschen Salzindustrie e. V." in Bonn in einer neuen Broschüre aus der Feder des Lehrbeauftragten an der Technischen Hochschule Darmstadt und Winterdienst-Experten Siegfried Giesa die Ansicht, nichts sei reiner als Salz. Straßenbäume entlang der Außenortsstraßen seien „keine Zeugen der Anklage", moderne Bauchemie habe den „früher empfindlichen Beton", aber auch den Stahl der Ingenieurbauwerke „weitgehend unempfindlich" gegen Streusalz gemacht. Die Korrosion der Kraftfahrzeuge, bedingt durch Streusalz, sei, so Giesa, heute „kein Problem mehr", dem ein nennenswerter Stellenwert zukomme, die Wirkung auf Mensch und Tier sei „ohne Befund".

Doch die Salz-Lobbyisten glauben noch mehr im Köcher zu haben: Für Städte und Gemeinden mit Salzverbot würden die Haftpflichtversicherungen für Autos steigen; hierzu komme, daß die Räumung der an einem Schneetag ausgestreuten Granulate von 48 000 Tonnen wie in Hamburg 48 Arbeitstage gleich zwei Monate dauern würde.

Abseits der Werbung der Salzindustrie, deren Dachverband sieben Produktionsstätten angehören, für die das Streusalz rund zwölf Prozent ihres Gesamtumsatzes ausmacht, schlägt sich der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) zumindest teilweise auf die Seite der Salzstreuer. ADAC-Winterdienst-Experte Ulrich Heuber in der Fachabteilung Straßenverkehr in München räumt zwar ein, daß man den Zusammenhang zwischen der Qualität des Schneeräumens und Streuens und der Unfallentwicklung auf den Straßen noch nicht genug kenne, um darüber zu urteilen.

Aber auf Anfrage der WELT sagt er: „Es führt auf wichtigen Außerorts-Straßen kein Weg an Salz vorbei. Bei überzogenen Versuchen in den Städten liegt der Busverkehr sofort lahm – und auf den soll der Autofahrer ja an kritischen Tagen ausweichen!"

Ein generelles Streusalz-Verbot nennt der ADAC „gefährlich und nicht sinnvoll". Der Einsatz von Granulaten koste mehr Geld, vor allem, weil die Räumung personalintensiv sei. Und bei „schwankender Rechtslage" müsse der Winterdienst sich durch das jeweils beste der Situation angepaßte Streumittel helfen können.

Diese Rechtslage, in jedem Bundesland, in jeder Stadt anders, hat schon den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, auf den Plan gerufen, der endlich eine bundeseinheitliche Lösung für das Abstreuen der Straßen forderte. Mit dem Hinweis, der Kraftfahrer sei durch die landesunterschiedlichen Regelungen „verunsichert, ja gefährdet". Denn wer wisse schon, wann und wo er die Landesgrenze von Niedersachsen oder Schleswig-Holstein ins salzlose Hamburg überquere?

Der Deutsche Städtetag, Dachorganisation von 666 Mitgliedsstädten, hat rechtzeitig zum Winterbeginn versucht, seinen geplagten Kommunen Rechtshilfe zukommen zu lassen. In seiner Zeitschrift war allerdings dazu zu lesen, daß man „von Glück sagen kann, wenn man bei diesem riskanten Unternehmen ungeschoren davonkommt". Der Widerstreit zwischen Verkehrssicherheit und Umweltschutz könne letztlich nur dann einer Lösung nähergebracht werden, „wenn einerseits der Gesetzgeber die derzeit sehr hohen Anforderungen an die Verkehrssicherheit winterlicher Straßen herabsetzt und sich andererseits der Bürger bereit findet, mehr als heute mit winterlichen Verhältnissen auf den Straßen zu leben".

Über die Aussagen der Rechtsprechung zu dem wichtigen Problemkreis heißt es beim Städtetag: „Gegen den bislang durchweg üblichen Einsatz von Salz als Streumaterial sind von der Rechtsprechung – soweit ersichtlich – noch keine gravierenden Bedenken geäußert worden." Tatsächlich hat in jüngerer Zeit das Oberlandesgericht in Hamm 1982 in einem Urteil ausdrücklich festgestellt, daß die Verwendung von Streusalz zur Erfüllung der Streupflicht keine Pflichtwidrigkeit darstellte – bis 1980!

Zum totalen Streusalzverbot meint der Städtetag, auf Gehwegen sei das besonders umstritten. Die Organisation hält es für „durchaus denkbar, daß hier ähnlich wie auf Fahrbahnen in bestimmten Situationen der Salzeinsatz im Interesse eines einigermaßen sicheren Fußgängerverkehrs unerläßlich" ist. Über die modifizierten Verbote der Salzverwendung auf Gehwegen meinen die Städte-Experten aus eigener Erfahrung, es dürfe einem Anlieger wohl immer gelingen, für sich die Annahme eines der vorgesehenen Befreiungstatbestände zu reklamieren.

Same procedure as every year also? Nicht ganz. Cum grano salis steuert man auf den Kompromiß zu. Moderne hochtechnisierte Streumaschinen bringen jetzt nur einen Bruchteil der Salzmenge auf die Fläche, wie noch vor wenigen Jahren, abgestimmt nach jedem Meter Gelände.



Von Autofahrern ersehnt, von Umweltschützern verteufelt: Der Salzstreuer FOTO: MANFRED GROHE

„Britisch Elend", davon erholte sich Leyland nicht

Beinahe wäre es so weit gekommen und Austin Rover, Teil der defizitären British-Leyland-Gruppe, wäre an die Amerikaner verkauft worden. Doch ein Aufschrei im Parlament ließ die Regierung Thatcher die Verhandlungen stoppen. Denn hier stand mehr auf dem Spiel als ein Firmenverkauf: Der letzte große britische Autohersteller wäre in fremde Hände geraten.

Von WILHELM FURLER

In Deutschland gibt es eine ganze Generation inzwischen schon etwas betagter Auto-Enthusiasten, die beim Aufzählen britischer Automarken noch heute genüßlich mit der Zunge schnalzen. Jugendträume werden wach, denn was hätte man damals nicht alles gegeben, einen Austin Healey 3000, einen Triumph der TR-3- bis TR-6-Serie, einen Spitfire oder einen MG zu besitzen.

Harte, sportliche Kisten waren es zwar, aber unverwechselbar und so schön englisch. Daß sie durchaus auch zuverlässig waren, läßt sich an ihrem heute immer noch nicht seltenen Erscheinen im Straßenbild ermessen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Mini Morris, jenem ersten wirklich gelungenen Kleinwagen, der Mitte der sechziger Jahre seinen Siegeszug in Europa antrat.

Grauer Alltag nach glorreicher Vergangenheit

Doch all das ist Vergangenheit. Was British Leyland, die Staatsgesellschaft, die das Erbe dieser stolzen Autotradition angetreten hat, seit Jahren und auch heute noch anbietet, ist mehr oder weniger grauer Alltag, weitgehend am Markt vorbeiproduziert und mit dem Negativ-Prädikat behaftet, nicht sonderlich zuverlässig zu sein.

Dabei läßt sich Großbritanniens Automobilgeschichte durchaus sehen. 1896 wurde mit der Daimler Motor Company die erste britische Autofirma gegründet – übrigens baute sie Autos unter Gottlieb-Daimler-Lizenz. Bis zum Ersten Weltkrieg kamen zahlreiche unvergessene und zum Teil noch heute existierende Marken hinzu, so etwa Rolls-Royce, Rover, Humber, Austin, Morris, Albion, AEC, Vauxhall, Crossley, Dennis und Singer.

1911 übernahm der amerikanische Ford-Konzern mit der englischen Massenfertigung seines erfolgreichen T-Modells die Führung. Doch schon Anfang der zwanziger Jahre machten ihm die britischen Hersteller Austin, Morris und Singer diese Position streitig. 1925 wurde Vauxhall von General Motors übernommen. Damals setzte eine erhebliche Konzentrationswelle ein: Von den 90 Herstellern im Jahre 1922 existierten nur noch 20 beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Seinen internationalen Ruf errang der britische Automobilbau jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg. 1950 wurden erstmals mehr als 500 000 Personenwagen hergestellt, kaum zehn Jahre später waren es schon mehr als eine Million. Davon wurden immerhin gut 50 Prozent ins Ausland verkauft.

Neben den sportlichen Fahrzeugen waren es vor allem gediegene Limousinen wie Jaguar und Rover (abgesehen natürlich von Rolls-Royce mit seinen extrem kleinen Stückzahlen), die dem Käufer-Geschmack entsprachen. Nicht zuletzt bescherte schließlich der Siegeszug des Mini der britischen Autoindustrie hohe Verkaufszahlen. Der Rekord wurde 1972 mit 1,9 Millionen produzierter Personenwagen registriert.

Von da an ging es allerdings beängstigend bergab. Seit Ende der siebziger Jahre produziert die britische Autoindustrie nur noch eine Million Autos und weniger pro Jahr. Denn mit Macht drängten die Ausländer in den Markt. Heute kommen etwa 60 Prozent der Neuwagen aus Deutschland, Frankreich, Japan, Italien und Schweden. Ebenso bezeichnend ist die Tatsache, daß auf die beiden amerikanischen Tochtergesellschaften Ford und Vauxhall mehr als ein Drittel der britischen Pkw-Fertigung entfallen.

Die Weichen für diesen Abstieg wurden vor nahezu einem Vierteljahrhundert gestellt, als die damalige Industrial Reorganisation Corporation die Fusion der British Motor Corporation (BMC) mit Leyland vorantrieb, aus der British Leyland hervorging. Dem Staatsunternehmen fehlte vom ersten Tag an das geeignete Management. Von den Fließbändern rollten technisch rückständige und alles andere als charaktervolle Automobile. Darüber hinaus wurde der britische Automobilbau von einer riesigen Streikwelle erfaßt.

Die Management-Probleme wurden zusätzlich verschärft durch die Weigerung der Regierungen, dem immer stärker in Rückstand und in die roten Zahlen geratenden Staatskonzern zusätzliche Mittel für dringend notwendige Investitionen zur Verfügung zu stellen. Diese Misere hatte umgehend verheerende Auswirkungen auf die Qualität der Fahrzeuge, was so manchen deutschen Besitzer eines British-Leyland-Mobils veranlaßte, sein Gefährt auf „Britisch Elend" umzutaufen.

So wurde viele Jahre an den Marktbedürfnissen vorbeigewurstelt. Erst Anfang der 80er Jahre kam es unter der Thatcher-Regierung mit einer Straffungs- und Investitionskur zur Wende – allerdings nur, was die Produktivität betrifft. Denn die Briten, die längst Gefallen an den zuverlässigen und technisch fortschrittlicheren ausländischen Autos gefunden hatten, lassen auch heute nicht von ihnen ab.

Weniger Streiks und höhere Produktivität

Einiges, was von British Leyland erreicht wurde, läßt sich in der Tat sehen. So hat sich die Produktivität bei Austin Rover, dem Pkw-Zweig, zwischen 1979 und vergangenem Jahr von fünf auf 15 Fahrzeuge je Fließband-Arbeiter verdreifacht. In der gleichen Zeit hat sich die durch Arbeitskämpfe verlorengegangene Zahl der Arbeitstage je Beschäftigten von 6,7 auf 1,8 drastisch verringert. In der Aufwendung neuester Technologien liegt British Leyland deutlich vor den anderen Industriezweigen.

Doch die wachsenden Austin-Rover-Halden sind symptomatisch: Der Leistungsstandard hat sich deutlich verbessert, nur die Käufer bleiben aus. Kein Wunder folglich, daß London, das auf unverändert hohen British-Leyland-Verlusten herumkaut (Betriebsverlust erste Hälfte 1985: 11,3 Mill. Pfund oder 38 Mill. DM), nach einem Käufer Ausschau gehalten hat. Doch der Nationalstolz – die Weigerung, den letzten rein britischen Hersteller von Autos in Massenfertigung an einen Ausländer und darüber hinaus noch mit Ford an einen Amerikaner zu verlieren – zwingt die Steuerzahler auch weiterhin, tief in ihre Taschen zu greifen.

„Wir müssen immer wissen, wir sind nur Gäste"

Sie sind Teil des Alltags geworden, aber – denkt man an die Vergangenheit – es ist nicht alltäglich: deutsche Soldaten in Holland.

Von ANDREAS ENGEL

Es war ein schwieriger Anfang, damals vor 23 Jahren. Und ich bin auf die Straße gegangen und habe protestiert, nachdem man uns mitgeteilt hatte, daß deutsche Soldaten hierher kommen würden."

Der alte Mann an der Biertheke dreht nervös an seiner Zigarette. „Ausgerechnet die Deutschen, schoß es mir durch den Kopf. Und die Bilder von Hitlers Einmarsch kamen wieder." Die Stimme des Holländers wird leise, fast flüsternd, als er sagt: „Es war falscher Zorn, und heute tut es mir leid."

Dieses Gespräch im Winter '86 in einem Gasthof im niederländischen Budel sagt viel, ja beinah alles über das Verhältnis der Holländer zu ihren Gästen, den deutschen Soldaten.

Auf einem Schild steht „Legerplaats Budel". Der Hinweis auf ein umzäuntes Gebiet, einen militärischen „Liegeplatz". Nicht weit davon sind 2500 Soldaten aus der Bundesrepublik stationiert. Ein regnerischer Tag auf dem Lande, in der niederländischen Provinz Nordbrabant, zwanzig Kilometer südlich von Eindhoven, eine halbe Stunde Fußmarsch bis zur belgischen Grenze. Hinter dem Schlagbaum zwei Flaggen, die deutsche und die niederländische.

Ein eisiger Wind weht an diesem Wintertag über die angrenzenden weiten Niederungen mit den noch ungepflügten Äckern. Die nächste Ortschaft, die der Kaserne den Namen gegeben hat, ist fünf Kilometer weit weg – Budel, gesprochen Büdel: eine Gemeinde mit 12 000 Einwohnern, überwiegend katholisch. Ein unauffälliges Dorf mit einer sehenswerten Kirche, zahlreichen Kneipen, Cafés, Geschäften, Supermärkten und sogar einer Brauerei.

Viermal im Jahr 1700 Rekruten

Das erfahren die Neuen aus Deutschland erst allmählich. Sie kommen mit dem Zug, in einem Sammeltransport von Mönchengladbach über ein Anschlußgleis direkt zum Legerplaats, wenn sie zur dreimonatigen Grundausbildung in die Baracken einrücken. „Jedes Quartal", sagt Oberst Udo Spielhagen, Kommandeur des Luftwaffen-Ausbildungsregiments, „kleiden wir 1500 bis 1700 Rekruten ein. Unsere Köche bereiten für die Wehrpflichtigen täglich 2000 Essen zu." Die Unterkünfte sind alt und renovierungsbedürftig. Sie sollen zum Teil abgerissen werden. Bevor die Deutschen vor mehr als zwei Jahrzehnten diese Quartiere bezogen, diente die Kasernenanlage als Auffanglager für indonesische Emigranten und ungarische Flüchtlinge.

Seit 1963 sind die Deutschen hier. Im Austausch wurde eine niederländische Einheit nach Seedorf in Niedersachsen verlegt. Das Konzept der NATO, das hinter dem Austausch steht, heißt: „Die Gemeinsamkeit der Verteidigung Mitteleuropas durch Stationierung von deutschen Landstreitkräften im Frieden zu verdeutlichen." Es ist mehr daraus geworden.

„Die Soldaten", meint Wim Geers, Besitzer des Café du Commerce neben dem alten Gemeindehaus, „haben Budel groß gemacht." Sie ließen eine eigene Schule bauen, einen Kindergarten und sogar eine Wohnsiedlung. Die Deutschen und der „Legerplaats": „Das sind gewaltige Wirtschaftsfaktoren in unserer Region. Ich weiß nicht, wo wir sonst stehen würden", sagt der Bürgermeister von Budel, J. A. M. Boudrie. Niederländische Firmen erhalten von der Bundeswehr jährlich Aufträge in Millionenhöhe. Von 250 zivilen Angestellten in der Kaserne sind ein Großteil Einheimische. Sie verdienen ihr Geld bei den Militärs, so geht es auch den Geschäftsleuten.

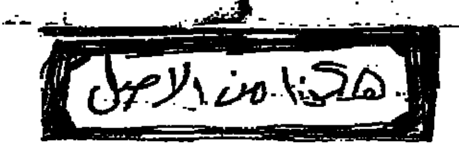
„Anlaufschwierigkeiten haben fast alle Zugezogenen", glaubt Irene Meyer-Stoll, die Frau des evangelischen Militärpfarrers. Vor zwei Jahren kam sie mit ihrem Mann und den Kindern von Marburg nach Budel, und der Kontakt sei zuerst sehr oberflächlich gewesen. Vorurteile gegenüber den Deutschen habe sie aber nicht festgestellt.

600 Soldaten fanden in Budel ihre Frau

Die Wehrpflichtigen können meistens keine richtigen Freundschaften zu den niederländischen Einwohnern schließen, weil sie in der Regel nur drei Monate hier bleiben und anschließend nach Deutschland versetzt werden. „Die trinken abends schnell ein Bier, denn um zehn Uhr ist Zapfenstreich", sagt Leo van den Brok von der Cafeteria „Bon Appetit". Aber es muß wohl doch mehr sein, denn Oberst Spielhagen, der Chef des „Legerplaats", belegt dies mit Zahlen: „Schon 1963 haben sich zwölf deutsch-niederländische Pärchen zusammengefunden und geheiratet. Jetzt sind es über 600."

Die Zahl der festen Stammsoldaten, so der Truppenchef, betrage in Budel knapp 500 Mann. Das sind vor allem Unteroffiziere und Offiziere, die drei bis vier Jahre in Budel eingesetzt werden, bevor sie den Standort wechseln. Gerade sie fühlen sich eng mit ihrer Umgebung verwurzelt. „Man muß auf die Leute freundlich zugehen", weiß Oberleutnant Klaus Kühl, „und dabei immer wissen: wir sind nur Gäste." Mehr als nur Gäste, auch Helfer. So sammeln deutsche Soldaten jedes Jahr mehrere tausend Gulden für karitative niederländische Organisationen. „Unlängst hat eine Kompanie einen Holzspielplatz für ein Epilepsie-Zentrum in der Nähe gebaut", schildert Kühl.

Willi Weiskirch, der Wehrbeauftragte des Bundes, der kürzlich Budel besuchte und dort mit Soldaten und Einwohnern sprach, nannte das einträchtige Zusammenleben von Deutschen und Niederländern „eine wunderbare Angelegenheit, wenn man bedenkt, was die Vergangenheit alles so angerichtet hat". Und der Bürgermeister erwähnt, daß Amtskollegen in den anderen niederländischen Garnisonen richtig neidisch seien, weil es bei ihm kaum Schlägereien und Stänkereien gebe.



Demonstranten in Wackersdorf festgenommen

AP, **Wackersdorf**

Die bayerische SPD hat zur Teilnahme an einer Anti-WAA-Veranstaltung des Bundes Naturschutz am Aschermittwoch in Schwandorf aufgerufen. In der Mitteilung hieß es, der sozialdemokratische Politiker Erhard Eppler werde beim „Schwandorfer Aschermittwoch" als Redner auftreten. Das bayerischen Umweltministerium erklärte zur Forderung der SPD nach Überprüfung der TÜV-Gutachten für Wackersdorf, das Gutachtergremium zur Wiederaufarbeitungsanlage sei objektiv gewesen. Es sei „völlig abstrus", wegen Einzelmeinungen innerhalb eines Gutachtergremiums dessen Objektivität insgesamt in Frage zu stellen.

Insgesamt 19 Demonstranten, die die Einfahrt von Rodungsmaschinen behinderten, sind nach Angabe der Polizei am Montag vormittag auf dem Gelände der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für Kernbrennstoffe in Wackersdorf festgenommen worden. Die festgenommenen Kernkraftgegner würden mit einer Ausnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Demonstrant werde wegen „Widerstandes" voraussichtlich dem Haftrichter vorgeführt. Die Zahl der Kernkraftgegner, die sich am Morgen auf dem Gelände befanden, wurde mit etwa 80 angegeben.

DIHT für Initiative in der Medienpolitik

DW. **Bonn**

Der Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT) hat die Bundesländer aufgefordert, sich in der Medienpolitik das Gesetz des Handelns weder *vom Bund noch von den Gerichten* aus der Hand nehmen zu lassen. Die Ministerpräsidenten sollten bewährte verfassungsrechtliche Positionen wie die Rundfunkkompetenz nicht aufs Spiel setzen, heißt es im Jahresbericht des DIHT. Dem Föderalismus *wäre es mehr als förderlich, wenn die* Parlamente die von den Rundfunkveranstaltern beklagten Hürden in den Landesmediengesetzen beseitigen würden, bevor die Bundesregierung das von ihr angekündigte medienpolitische Konzept des Bundes *durchsetze*.

Die Erschließung des elektronischen Medienmarktes dürfe Privaten nicht durch weit verbreitete Rechts- und damit Planungsunsicherheiten erschwert werden. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in seinem dritten Rundfunkurteil im Jahre 1981 diesen Markt geöffnet habe, sollte es jetzt möglichst schnell zu Grundsatzurteilen in den vorliegenden Klagen über die Pluralität der Zusammensetzung der neuen Landesmedienanstalten und über die Aufgabenverteilung zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Programmveranstaltern kommen.

Markow-Familie im Westen eingetroffen

DW. **Berlin**

Dem früheren sowjetischen Kajak-Trainer, Boris Markow, und seiner Familie ist von den „DDR"-Behörden die Ausreise gestattet worden. Sie traf vor wenigen Tagen in West-Berlin ein. Boris Markow, seine Ehefrau sowie ihre zwei Kinder, waren 1982 aus der Sowjetunion nach Ost-Berlin übersiedelt und hatten seitdem um die Ausreise in den Westen nachgesucht. Ihre Ausreisebemühungen brachten ihnen zahlreiche Verhöre, Geldstrafen und die Androhung von Freiheitsstrafen ein. Seit dem Spätsommer 1985 hatten sich Menschenrechtsorganisationen im Westen um die Ausreise der Familie bemüht. Die Mutter von Boris Markow war eine Tochter des deutschen Kommunisten Leonid Schwalbe, der 1934 in die UdSSR emigriert war.

Fehrenbach für Biedenkopf-Vorschlag

DW. **Hamburg**

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Gustav Fehrenbach, bezeichnete als „denkbaren Kompromiß" den Vorschlag des designierten nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopf zu Einrichtung einer Schiedsstelle, die darüber entscheiden soll welche Arbeitnehmer bei Streiks Geld aus Nürnberg bekommen. Dieser Kompromiß könne, so sagte Fehrenbach in einem Interview der „Bild"-Zeitung, eine Änderung des Streikparagraphen 116 „sogar überflüssig machen". Wenn die Koaliton in diese Richtung weiter denke, „bekommen wir die Kuh vielleicht doch noch vom Eis". In einer *solchen Schiedsstelle müßten jedoch* Arbeitgeber und Gewerkschaften neben einem neutralen Vorsitzenden, etwa den Präsidenten des Bundessozialgerichts, gleichstark vertreten sein. Fehrenbach hat gegenüber Anwürfen des Leiters der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU), seine Absicht bekräftigt, Mitglied der CDU zu bleiben. Nur in der Partei, nicht außerhalb, könne er „dafür kämpfen, daß die Union Volkspartei bleibt und nicht zur Wirtschaftspartei degeneriert".

„Manche Aussagen erschwerten die Arbeit"

WELT-Interview mit Innenminister Zimmermann

Das Gespräch mit Innenminister Friedrich Zimmermann führte Manfred Schell.

WELT: Herr Zimmermann, bereits zum dritten Mal haben Sie sich bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit Frau Wulf-Mathies von der ÖTV geeinigt. Wie charakterisieren Sie den Umgang zwischen den beiden Verhandlungsführern?

Zimmermann: Frau Wulf-Mathies und mich verbindet, daß wir etwa zum gleichen Zeitpunkt unser jeweiliges Amt antraten und beide Neulinge auf dem Gebiet der Tarifverhandlungen waren – ich noch mehr als sie. Aber damit enden auch schon die Gemeinsamkeiten. Ich schätze jedoch Verhandlungspartner, die offen ihre Meinung sagen, diese sachkundig zu vertreten wissen und vor allen Dingen verläßlich bei Absprachen sind. Alle diese Eigenschaften habe ich bei Frau Wulf-Mathies gefunden und das hat sicherlich den Abschluß mit ermöglicht. Entscheidend jedoch war, daß keine Seite der anderen etwas zugemutet hat, was für diese unannehmbar war, und daß alle Seiten – auf der einen ÖTV und Tarifgemeinschaft, auf der anderen Bund, Länder und Gemeinden – diesen fairen Kompromiß in ihren eigenen Reihen gut vertreten können.

WELT: Ist die Tariferhöhung von 3,5 Prozent im öffentlichen Dienst auch ein *Signal für Abschlüsse* in der Wirtschaft? Sind Sie damit zum Vorreiter geworden?

Zimmermann: Sicherlich gehen von dem ersten Tarifabschluß des Jahres 1986 Signalwirkungen aus, aber nicht in dem Sinne, daß damit Leitlinien vorgegeben wären. Die Verhältnisse liegen dazu in den einzelnen Wirtschaftsbranchen auch zu weit auseinander. Ich kann nur für den Abschluß im öffentlichen Dienst sprechen, wenn ich dazu feststelle, daß sich diese 3,5 Prozent voll im Rahmen der positiven konjunkturellen Entwicklung halten. In die Verhandlungen anderer freier Tarifpartner möchte ich auch nicht andeutungsweise eingreifen.

WELT: Andere waren bei Ihnen weniger zurückhaltend. Im Vorfeld der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gab es zahlreiche gute Ratschläge. Auch Kabinettskollegen von Ihnen wie Wirtschaftsminister Bangemann oder die Gesundheitsministerin Frau Süssmuth haben öffentlich spekuliert. Hat das die Verhandlungen gestört?

Zimmermann: Gestört wäre sicher zuviel gesagt. Aber manche Aussagen haben mir die Arbeit unnötig erschwert, weil natürlich die Gewerkschaften derartiges genüßlich aufzugreifen pflegen. Damit sind wir jedoch fertig geworden. Dies weist das Ergebnis aus.

WELT: Wird der Tarifabschluß für die Angestellten auch für die Beamten gelten?

Zimmermann: Selbstverständlich. das habe ich bereits im Januar bei der Tagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen öffentlich gesagt. Diese grundsätzliche Entscheidung der Bundesregierung wird jetzt noch formal umgesetzt. Einer entsprechenden Aufforderung des Herrn Fehrenbach vom DGB bedurfte es also nicht. Er hinkt den tatsächlichen Ereignissen weit hinterher.

WELT: Der FDP-Abgeordnete Grünbeck hat den Tarifabschluß öffentlich negativ bewertet. Was sagen Sie dazu?

Zimmermann: Aus der FDP bin ich Querschüsse gewohnt. Nachdem der FDP-Vorsitzende öffentlich mit weit höheren Zahlen operiert hat, hat der *Kollege Grünbeck ihn getroffen,* nicht mich. Im übrigen wurde meine Verhandlungslinie im Kabinett einstimmig gebilligt.

WELT: Der Tarifvertrag hat nur eine Laufzeit von einem Jahr. Die nächsten Tarifverhandlungen im öffentlichen *Dienst* werden Anfang 1987 genau mit der Bundestagswahl zusammenfallen. Ist das sinnvoll?

Zimmermann: Gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl hatten die öffentlichen Arbeitgeber eine Laufzeit von *14 Monaten, daß heißt bis* Ende Februar 1987 vorgeschlagen. Nach den bisherigen langen Laufzeiten wollte die ÖTV jedoch nur auf zwölf Monate abschließen. In der Praxis ändert sich jedoch wenig. Sicher wird es im Vorfeld der Bundestagswahlen Konsultationen geben, aber über einen möglichen Abschluß wird erst die neue Bundesregierung zu befinden haben.

SPD will mit Bonn gemeinsame Rüstungspolitik

hrk. **Berlin**

Der SPD ist daran gelegen, mit der Bundesregierung in rüstungspolitischen Fragen Positionen zu entwikkeln, „die wir gemeinsam tragen können". Es gebe ein „gemeinsames Interesse" mit Bonn, „die deutsche Kar*te im Bündnis zu spielen*". Dies sagte der außenpolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Hans Koschnick, zum Abschluß einer sicherheitspolitischen Konferenz im Berliner Aspen-Institut.

An dieser nahmen führende amerikanische und sowjetische Sicherheits-Experten wie die beiden renommiertesten Moskauer Abrüstungsspezialisten Alexej Arbatov und Radomir Bogdanov teil. Beide verbreiten vor allem in Amerika und Westeuropa die sowjetische Lesart der komplizierten Abrüstungsmaterie.

Minister Glup bestreitet Spendenmißbrauch

rtr, **Hannover**

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister, Gerhard Glup, hat bestritten, Parteispenden für private Zwecke mißbraucht zu haben. Glup sagte, bei dem in der vergangenen Woche bekanntgewordenen Spendenkonto bei einer Bank in Frisoythe unter der Bezeichnung „CDU/Glup" habe es sich um ein „Feuerwehrkonto" gehandelt. Mit den Geldern habe er die Wahlkampfkosten finanziert. Eine Summe von 40 000 Mark habe er in Abstimmung mit dem Landes- und Kreisgeschäftsführer der CDU abgehoben.

Bei einer anonymen Einzahlung von 50 000 Mark handele es sich um „schwarze Gelder", die sich aus vielen kleineren Spenden zusammengesetzt hätten und deshalb nicht im Bundesanzeiger ausgewiesen worden seien.

Die 10 000-Mark-Spende

Franke-Skandal: Berliner FDP beglich Parteischulden in Bonn

HANS R. KARUTZ, **Berlin**

Die 10 000-Mark-Spende des bestechungsverdächtigen Bauträgers Kurt Franke an den damaligen und heutigen FDP-Umweltschutzsenator Horst Vetter ist von dem liberalen Politiker dazu benutzt worden, um Schulden aus Druckaufträgen an die Bundes-FDP zu bezahlen. Deshalb war der Betrag durch Vetter auch, ganz unüblich, direkt in die Bonner Parteikasse gezahlt und nicht als Spende an den FDP-Landesverband überwiesen worden. *Dieser neue,* bisher nicht bekannte Sachverhalt in der Berliner Spendenaffäre, in die sich auch Senator Vetter verstrickt sieht, wurde erst jetzt bekannt. FDP-Sprecher Axel Lutze bestätigte gestern auf Anfrage der WELT diesen Vorgang.

„Postkarten-Aktionen

Die damalige Verwendung der 10 000-Mark-Spende Frankes durch Vetter ist nur vor dem Hintergrund der innerparteilichen Lage der FDP zu sehen. Mit Horst Vetter an der Spitze waren in den Jahren 1981 bis 1983 durch sogenannte „Postkarten-Aktionen" in Berliner Tageszeitungen, durch Informationsmaterial und Werbeanzeigen Mitglieder für eine neue, einer CDU-Koalition zuneigenden FDP geworben worden.

Vetter ließ einen Teil des für diese Aktivitäten notwendigen Materials in der FDP-Bundesgeschäftsstelle in Bonn drucken. Nach dem Bundestagswahlkampf im Frühjahr 1983 drang die Bundes-FDP wegen ihrer angespannten finanziellen Nach-Wahlkampfsituation auf schnelle Begleichung der fälligen Rechnungen Vetters. Sie sind aus der von Vetter eingeräumten 10 000-Mark-Spende bezahlt worden. Diese Zusammenhänge hatte der Senator vor einigen Tagen in einer FDP-Fraktionssitzung mitgeteilt.

Inzwischen stellte die FDP-Fraktion einen umfangreichen und bereits mit der CDU abgestimmten Fragenkatalog für den geplanten parlamentarischen Untersuchungsausschuß zusammen. Darin wird ausdrücklich auch der gesamte Komplex der Vetter-Spende aufgenommen. Wie berichtet, hatte der gegen eine Kaution von einer Million Mark auf freien Fuß gesetzte Bauträger Franke bei seiner Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft erklärt, Vetter habe insgesamt 50 000 Mark an Spenden und nicht nur die unstrittigen 10 000 Mark erhalten.

Fristen übersehen

Der Untersuchungsausschuß kann, weil das Abgeordnetenhaus parlamentarische Fristen übersehen hatte, erst am 27. März eingesetzt werden. Der jetzt formulierte, aber noch nicht mit SPD abgestimmte Auftrag des Sonderausschusses geht dem Vernehmen nach noch über den schon von der AL vorgelegten Auftrag hinaus und erfaßt sämtliche Gesichtspunkte dieses größten Berliner Nachkriegsskandals.

Politische Hausse in Bayern

PETER SCHMALZ, **München**

Der Nachahmungstrieb *zählt* offenbar zu den menschlichen Wesenszügen der politischen Parteien, denn anders wäre kaum zu erklären, daß ausgerechnet an dem Tag, der gewöhnlich dem Kater vom Faschingsdienstag gewidmet ist, große wie kleine Parteien in *Niederbayern* einfallen und den Aschermittwoch der sauren Gurken und der salzigen Rollmöpse zu einem politischen Großereignis werden lassen. Was im vorigen Jahrhundert als Ausklang des Viehmarktes von Vilshofen begann und was *1953 mit dem ersten* Aschermittwochsauftritt des damaligen Nachwuchspolitikers Franz Josef Strauß eine neue Dimension bekam, scheint heute ein Pflichttermin jeder Partei zu sein, egal, ob rot oder schwarz, ob grün oder blau-gelb. Auch kleine ohne Farbzuweisung halten mit.

„In der Fastenzeit", kabelte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua vor vier Jahren über die deutschen Bräuche ins ferne Reich der Mitte, „soll man sparsam und nicht üppig leben und mit klarem Kopf der Realität ins Auge blicken. Genau zu dieser Zeit trägt Strauß seine lange politische Rede vor." Lang wird sie in diesem Jahr gewiß auch wieder. Drei Stunden ist ungefähr der Zeittakt eines Aschermittwochsauftritts des CSU-Vorsitzenden, von dem vor *voraussichtlich 7000* Anhängern aus nah und fern die Auftaktrede für den bayerischen Landtags- und den darauffolgenden Bundestagswahlkampf erwartet wird. „Konsequent für Deutschland – CSU" lautet das diesjährige Motto der Veranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle, dem größten überdachten Tagungsort der Region.

SPD und Grüne feiern im Wolferstetter Keller

Bis 1974 rief die CSU in den Wolferstetter Keller nach Vilshofen, doch im Laufe der Jahre waren so viele diesem Ruf gefolgt, daß der rustikale Festsaal mit 700 Leuten überfüllt war und dennoch gut 3000 abgewiesen werden mußten. Daraufhin zog die CSU nach Passau und die SPD in den Wolferstetter Keller, worauf Franz Josef Strauß spottete, die Genossen hätten Mühe, „den kleinen Saal zu füllen".

Die bisherigen SPD-Redner wie Hans Jochen Vogel und Helmut Rothemund hatten zudem auch Mühe, die Erwartungen auf ein Polit-Spektakel zu erfüllen. Im vergangenen Jahr schrieb eine Zeitung über Rothemund enttäuscht, er habe nur „biedere Hausmannskost" serviert. In diesem Jahr will Karl-Heinz Hiersemann als „neue Kraft für Bayern" und als neuer Herausforderer von Strauß gewaltiger auftreten. Der Rechtsanwalt aus Erlangen, evangelisch und Breslauer von Geburt, gilt als der neue „Hoffnungsträger" der weiß-blauen Sozialdemokraten, dem allerdings die politische Bewährungsprobe noch bevorsteht. Er denkt, für „1990 den Kampf um die *Mehrheit spannend machen*" zu können.

Hiersemanns Kampfgefährten gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage, die Grünen, treffen sich ebenfalls in Vilshofen: Sie laden zum „Grünen Bauerntag" ein, der morgen mit einer Kundgebung auf dem Kirchplatz beginnt und nachmittags, nachdem die Genossen den Saal geräumt haben, im Wolferstetter Keller fortgeführt wird.

Der Freiherr empfängt die FDP auf seinem Schloß

Mit Parteichef Martin Bangemann und Außenminister Hans-Dietrich *Genscher treten die Liberalen in dem* kleinen Weiler Bayerbach hinter Landshut auf: Hier begründete der ideensprühende FDP-Politiker Dietrich Freiherr von Gumppenberg 1984 die Aschermittwochstradition der Blau-Gelben. Ihr Aschermittwoch klingt nobel aus, wenn der Freiherr anschließend zum Empfang in sein nahes Schloß bittet.

Getrennt treten zwei Politiker auf, die einst vereint waren und sich heute spinnefeind sind: Der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos, der als Vorsitzender der „Freiheitlichen Volkspartei" in der Stadthalle von Osterhofen seinem Ärger über Strauß Luft machen wird, und Franz Schönhuber, nach existenzbedrohenden Machtkämpfen heute alleiniger Herr der „Republikaner". *Der „moralische Verfall" der* Bundesrepublik Deutschland soll der Mittelpunkt seiner Rede in Cham sein.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Wurde „gekippt": Werner Broll (53, CDU); Direktmandat fehlt: Annemarie Renger (66, SPD); Unterlag: Eugen Glombig (62, SPD)
FOTOS: NORBERT NORDMANN, JUPP DARCHINGER, WERNER SCHÜRING

Wer hart in Bonn arbeitet, wird von der Partei nicht immer weich gebettet

Viele erfahrene Bundestagsabgeordnete müssen um Mandat und Listenplatz kämpfen

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

In der Fraktion ringt man die Hände: „Wie soll das denn ohne den Werner laufen?" Denn der Obmann der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, der Abgeordnete Werner Broll, ist daheim im Wahlkreis 22 Oldenburg-Ammerland-Friesische Wehde „gekippt" worden. Er teilt das Schicksal mit meist sehr tüchtigen Bundestagsabgeordneten, die aus sehr verschiedenen Gründen plötzlich zu Hause nicht mehr aufgestellt werden und daher, verschafft man ihnen nicht irgendwo einen günstigen Listenplatz, aus Bonn verschwinden.

Zum zweiten Mal ist ein alter Kämpe unter den SPD-Bundestagsabgeordneten bei der Direktkandida*ten-Aufstellung auf* der Strecke geblieben. Eugen Glombig (62) aus Hamburg-Wandsbek, durch spinale Kinderlähmung in frühester Jugend an beiden Beinen gelähmter Sozialexperte seiner Fraktion, unterlag im ersten Wahlgang gegen den 49jähri*gen Bundeswehroberst Hans-Peter* Zumkley.

Für manchen wird noch ein Rettungsanker gesucht

Glombig hatte schon 18 Jahre im Bundestag gesessen, als er gegen den erklärten Widerstand der gesamten SPD-Spitze das Mandat gegen den Hamburger Lektor und Kernkraftgegner Freimut Duve durch den Einsatz der Parteilinken mit 60:59 Stimmen verlor. Er rückte erst wieder nach, als sein Parteifreund Alfons Pawelczyk das Mandat aufgab, weil er Innensenator in Hamburg wurde. Jetzt hat Pawelczyk, Major außer Diensten der Bundeswehr, dafür gesorgt, *daß Hamburg in Bonn* stärker auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik, weniger auf dem der Sozialpolitik vertreten sein wird.

Daß es immer rechtzeitig vor Bundestagswahlen losgeht mit dem Gerangel, das wußte die Bundestagsabgeordnete und Parlaments-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), der man im Wahlkreis Soest-Lippstadt das Direktmandat verweigerte, und das wußte der ehemalige Bundesfinanz- und Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD), der es sich mit viel gutem Zureden in Hamburg doch wieder verschaffen konnte. Für den Oberstudienrat Broll (53), der seit zehn Jahren im Bundestag sitzt, wird der Rettungsanker noch gesucht.

Kein Interesse, daß dies gelingt, hat der neu von den heimischen Delegierten auf den Schild gehobene Kandidat Thomas Kossendy (37), vor Beginn seiner *politischen* Karriere langfristiger Jura-Student und Landesvorsitzender der Jungen Union in Oldenburg. Er schaffte es, daß innerhalb eines Jahres durch Abwahl des CDU-Ortsvorsitzenden in Edewecht, der Gemeindedirektor und der zuständige Landtagsabgeordnete Hüniken ausgetauscht wurden. Die neue Konstellation gab ihm Auftrieb für die Mehrheitsbeschaffung. Broll, Spezialist für Innere Sicherheit, Kultur und Öffentlichen Dienst in Bonn, tummelte sich zwar auch nach besten Kräften im Wahlkreis. Aber große Strategien in seinem Interesse konnte er hier schon aus Zeitmangel nicht aufbauen.

Daß sein Unionsfreund, der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn von der CSU (55) zu Hause in Rosenheim nicht mehr aufgestellt wurde und nun nur über einen günstigen Landeslistenplatz zurück nach Bonn kann, führt Broll auf die gleiche Konstellation zurück. Aber dem außen- und deutschlandpolitischen Sprecher der Landesgruppe der CSU in Bonn wurde bei der entscheidenden Versammlung des Wahlmännergremiums Rosenheim ausdrücklich bescheinigt, er habe sich nicht genug um seinen Wahlkreis gekümmert. Broll ist stolz darauf, daß er in zehn *Jahren nur zweimal von Bonn aus* dienstlich verreist ist, für Huyn war das Reisen Inhalt seiner Tätigkeit. Da er im Juli 1985 dadurch auffiel, daß er Bundeskanzler Kohl rügte, weil der nach seiner Ansicht „nicht mal zu einigen Fragen der auswärtigen Politik Stellung bezieht" (gemeint war Genschers „neue Phase der Entspannung") sind möglicherweise Bonner Aktivitäten zu seiner Rettung eher gebremst. Graf Huyn, ebensolange im Bundestag wie Broll, verlor bei der Kandidatenkür gegen den 44jährigen Rechtsanwalt und Bürgermeister Wolfgang Zeitlmann aus Bernau am Chiemsee, der sich von 59 Stimmen drei mehr holte – 31.

Anders als anderswo ist die Wahlkreisvergabe in Bayern spielentscheidend, denn fast alle werden direkt gewonnen, die Landesliste taugt nicht viel zum Rettungsboot.

Auch junge Politiker müssen im Kreis kämpfen

Bei der SPD wird die nächste Bundestagswahl auffallende Wechsel bringen, da zum Beispiel Helmut Schmidt, Egon Franke, die ehemalige Bundesfamilienministerin Antje Huber und die ehemaligen Bundesminister Helmut Rohde und Hans Matthöfer nicht mehr kandidieren. Wie eng es aber auch für junge Leute werden kann, zeigte sich bei ihrem Parteifreund, dem ehemaligen Bundeswohnungsbauminister Dieter Haack, der die Kandidatur für Bonn zu Hause in Erlangen mit 98 zu 97 Stimmen überlebte.

Und noch einer kämpft: Herbert Czaja (CDU), 33 Jahre im Bundestag, im 72. Lebensjahr, Präsident des Bundes der Vertriebenen und Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier. „Darf ich mich entfernen oder gibt's jemand, der mir noch eins aufs Dach geben will?" erkundigte er sich vorsichtig, nachdem in seinem Wahlkreis Stuttgart bei der Kandidatenaufstellung von der nachdrängenden jungen Garde genug „geprügelt" worden war.

Ein 31jähriger ist es hier, der sich die größten Chancen gegen Czaja ausrechnet, der Bezirksvorsitzende der Jungen Union, Marcus Mattis. Kohl möchte Czaja mit Blick auf die Vertriebenen halten. Aber wo? „Ich will allenfalls aufrecht gefällt werden", hat sich Czaja schon gewünscht. Garantiert ist das nocht nicht.

Die Gereiztheit wächst

Asylanten bringen Niedersachsen in eine Zwangslage

MICHAEL JACH, **Hannover**

„Lage unverändert". Die wortkarge Auskunft der beobachtenden Bundesgrenzschutz-Dienststellen in Niedersachsen *läßt nur einen Schluß zu:* Bisher hat die in Bonn noch gehegte Hoffnung offensichtlich getrogen, die „DDR" werde gemäß ihrer Ankündigung vom 1. Februar tatsächlich den Asylantenzustrom über den Ostberliner Flughafen Schönefeld ins Bun*desgebiet eindämmen und ihren* West-Berlin betreffenden „Statusvorbehalt" nicht dazu benutzen, das „Schlupfloch" über den freien Teil der Stadt offenzuhalten. Mit unverminderter Stetigkeit trafen am innerdeutschen Eisenbahn-Grenzüber*gang Helmstedt bis zum* vergangenen Wochenende jeden Tag zwischen 20 und 50 Asylbewerber aus Richtung West-Berlin ein – meist mit Herkunft Nah- und Fernost, zum Teil in ganzen Familienverbänden.

Niedersachsens zuständiges Mini*sterium für Bundesangelegenheiten* hält sich derzeit zwar noch bedeckt, doch ist nach allen Anzeichen damit zu rechnen, daß das Land in Kürze in Bonn mit dem Ziel vorstellig werden wird, die „DDR" mit Nachdruck beim Wort zu nehmen.

Unterkünfte fehlen

Die Zwangslage, in der die Versorgungsbehörden des Landes allein mit der Beschaffung halbwegs menschenwürdiger Unterkünfte stecken, wird anhand der Einreisezahlen deutlich: Entsprechend seiner Länder-Aufnahmequote von 11,6 Prozent hatte das Land Niedersachsen 1985 insgesamt 8358 Asylsuchende zu verkraften. Im Jahr zuvor waren es 4236 Menschen, die eine neue Heimat suchten. Davon reisten 6383 direkt ins Land ein – allein über Helmstedt 4950. Im Januar 1986 kamen erneut 1314 Personen hinzu, davon wiederum 70 Prozent in Helmstedt.

Die Grenzstadt ist somit als erster Anlaufpunkt im Bundesgebiet besonders hart betroffen. Da Niedersachsens Auffangstellen allenthalben überquellen, muß die Stadt seit Monaten schon mit einem ständig nach *Hunderten zählenden Rückstau an* Asylanten fertig werden.

Zur Unterbringung wurden zunächst Schulpavillons und Turnhallen geräumt, später Hotels und (heruntergekommene) Obdachlosen-Behausungen. Inzwischen werden ei*ligst neue Gemeinschaftsunterkünfte* für 280 Personen errichtet; bei Fertigstellung im Frühjahr hofft die Stadt wenigstens der krassesten, vor allem hygienischen Mißstände Herr zu sein.

Mit Sorge werden in Hannover Anzeichen wachsender Gereiztheit sowohl bei den Ausländern selbst wie auch unter Einheimischen registriert. In Göttingen traten Bewohner einer Asylantenunterkunft dieser Tage in Hungerstreik, weil dort die Kantine verdorbene Eßwaren verkaufe. Landesministerien haben sich verbaler *Ausfälle von* „besorgten" Bürgern zu erwehren, die von rüder Ausländerfeindlichkeit zeugen.

Unterdessen registriert das Grenzschutzamt Braunschweig sehr aufmerksam alle Indizien, die auf organisierte Drahtzieher im Hintergrund *des Asylantenstroms schließen* lassen. Abgesehen von den allbekannten, juristisch „paßgenauen" Asyl-Gesuchsschreiben gab es da zeitweilig stetig wechselnde Nummern von Bankkonten, säuberlich auf Zetteln notiert, die die Ankömmlinge zwecks Überweisung der ihnen zustehenden Fahrgelderstattung vorlegten.

Flugtickets eingelöst?

Neuerdings fällt auf, daß Asylsucher aus Indien, die ihr Land mit indischem Ausreisevisum und vorab *gebuchtem Rückflugticket* verlassen dürfen, diese bei Registrierung durch hiesige Behörden nicht mehr bei sich haben. Bekanntlich wird der halbe Flugpreis bei Nichtbenutzung erstattet . . .

CSU dringt auf Änderung des Asylrechts

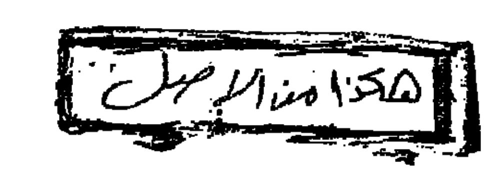
PETER SCHMALZ, **München**

Die CSU schließt eine Grundgesetzänderung *nicht aus,* um den Zustrom der Asylbewerber in einem zu verkraftenden Rahmen zu halten. Eine Diskussion über Artikel 16 des Grundgesetzes, der politisch Verfolgten das Asylrecht zusichert, dürfe deshalb bei den Beratungen über eine dauerhafte *Lösung des Flüchtling*problems nicht ausgeklammert werden, erklärte ein Sprecher der CSU-Landtagsfraktion in München.

Außerdem müßten Initiativen ergriffen werden, die sehr unterschiedlichen Asylrechte in der Europäischen Gemeinschaft zu *harmonisieren. In Frankreich* ist beispielsweise das Verhältnis Ausländer zu Einheimischen 1 : 4000, in der Bundesrepublik aber 1 : 100.

Die Mehrheitsfraktion im bayerischen Parlament ist mit Bayerns Arbeits- und Sozialminister Franz Neubauer einig, daß die Pflicht zur Unterbringung von Asylsuchenden bei dem derzeitigen Zustrom auf Dauer nicht erfüllbar ist. Die CSU dringt deshalb darauf, noch in dieser Legislaturperiode eine Asylrechtsnovelle *zu verabschieden.* Bereits Mitte letzten Jahres hatte der Bundesrat auf Initiative Bayerns und Baden-Württembergs einen Gesetzentwurf beschlossen, der das Asylverfahren beschleunigen und den Asylmißbrauch wirksamer unterbinden soll.

Die derzeitige Situation bei der Unterbringung der Asylanten in Bayern wird von Minister Neubauer als außerordentlich schwierig bezeichnet. Mit 73 832 Asylsuchenden wurden in der Bundesrepublik 109 Prozent mehr als im Vorjahr registriert. Bayern wurden 12 523 Asylanten (plus 106 Prozent) zur Unterbringung zugewiesen, in den bestehenden 68 Gemeinschaftsunterkünften stehen aber nur 8500 Plätze zur Verfügung. Ein Sprecher des Ministeriums: „Wir sind randvoll."



Die Auseinandersetzung um die Form der deutschen Beteiligung am Projekt einer amerikanischen Weltraum-Raketenabwehr hat sich in die Bonner Verhandlungs-Delegation verlagert. Wer bestimmt in dieser vieldiskutierten, wichtigen Frage unserer Sicherheit den Kurs der deutschen Politik – das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium oder der Bundeskanzler? Worin bestehen die Widersprüche ? Herbert Kremp analysiert den Stand der deutsch-amerikanischen Gespräche.



Sie setzten Hoffnungssignale: Reagan und Gorbatschow 1985 … FOTO: SVEN SIMON

Der Streit der Ämter oder Wer macht in Bonn Strategie?

Von HERBERT KREMP

Zeichnet sich politische Sprache in der Regel durch eine gewisse Trockenheit aus, so erfährt sie bei der Beschwörung des Friedens eine gesangliche Steigerung. Ein schönes Beispiel dafür ist die Rede, mit der Frankreichs Außenminister Briand in Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund begrüßte. Zu seinem Kollegen Stresemann gewandt, sagte er: „Zu Ende ist der Krieg zwischen uns. Vorüber sind die schwarzen Wolken der Trauer. Fort mit den Gewehren. Fort mit den Kanonen. Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht, für den Frieden.“

Man schrieb damals den 10. September 1926, acht Jahre nach dem Ersten, dreizehn Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem hat sich an den Umständen einiges, an der politischen Lyrik nichts geändert. Beim Gipfel in Genf im vergangenen November schrieben Reagan und Gorbatschow in das gemeinsame Kommuniqué, sie trachteten danach, „einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden“. Mit dieser universalen Bekundung haben die Hochgerüsteten ein Signal gegeben, das überall in der Welt, vor allem an der Militärgrenze in Europa, die Herzen höher schlagen ließ. Wie eine magische Intarsie erscheint die Formel von Genf auf allen Mahntafeln.

Wie allen Beschwörungen wohnt der erhebenden Formel eine gewisse Tragik inne, ein zunächst infolge der angeregten Glaubensfreude nicht wahrgenommener Widerspruch zur Wirklichkeit. Ein besonders reich ausgeschmücktes Beispiel bietet das gerade verabschiedete Grundsatzpapier der FDP, das ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers enthält und daher wohl als personalpolitische Appell an den Kanzler zu betrachten ist.

Warum die USA auf SDI nicht verzichten

Das Dokument befürwortet „Vereinbarungen zum schrittweisen Abbau von Atomwaffen, um damit in gleichem Maß Defensivsysteme im Weltraum überflüssig zu machen, damit das gemeinsame Ziel Amerikas und der Sowjetunion erreicht werden kann, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden“.

Worin besteht nun der Widerspruch zwischen der magischen Formel und der naturgemäß unmagischen Wirklichkeit?

1. Die Intarsie von Genf, einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern und auf Erden zu beenden, stammt ursprünglich aus sowjetischer Quelle. Sie ist sinngemäß die Hauptforderung Gorbatschows.

2. Die Aufnahme der Formel in das Kommuniqué von Genf war bis zur letzten Minute umstritten. Grund: Die Sowjetunion liegt in der Entwicklung einer (landgestützten) Raketenabwehr vor den USA. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion ihren Vorsprung zu wahren sucht und alles daransetzt, ein (womöglich Weltraum-gestütztes) amerikanisches Abwehrsystem zu verhindern. Genau aus diesem Grunde halten die USA die SDI-Forschung für unverzichtbar.

3. In Wirklichkeit gibt es also keinen Rüstungswettlauf, sondern einen Rüstungsnachlauf der USA. Dies machte die Genfer Intarsie für die Amerikaner (gerade noch) annehmbar. Reagan (und sein Nachfolger) können jedoch nicht daran denken, bei den Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Genf Raketenabbau mit SDI zu bezahlen. SDI ist kein „Bargaining-Chip“. Um die Westeuropäer gegen die Amerikaner in Stellung zu bringen, erklären die Sowjets, daß ohne Verzicht auf SDI an eine Raketenabrüstung nicht zu denken sei. Gorbatschows Abrüstungsplan geht von dieser Maxime aus.

4. Mit dem Junktim hofft Moskau, auf die deutsche Außenpolitik bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Wenn es im zitierten Grundsatzprogramm der FDP – es trägt Genschers Handschrift – heißt, ein „schrittweiser Abbau von Atomwaffen macht in gleichem Maße Defensivsysteme im Weltraum überflüssig“, so klingt das mysteriös. Wie kann ein Abwehrsystem, das noch nicht existiert, „schrittweise“ abgebaut werden? In Wirklichkeit soll der logikschwache Satz zu erkennen geben, daß der deutsche Außenminister darauf hofft, Washington werde sich doch noch bewegen lassen, den Verzicht auf SDI trotz entsprechender sowjetischer Vorrüstung in die Raketenverhandlungen einzubringen.

5. Andernfalls wäre der beständige verdeckte Widerstand des Außenministers und seiner Beamten gegen SDI und vor allem gegen eine deutsche Beteiligung an dem Projekt nicht verständlich. Genscher geht damit ein hohes politisches Risiko ein.

Risiko I: Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht an SDI, bleiben das Land und darüber hinaus Europa ohne korrespondierende Raketenabwehr. Die amerikanische Verteidigungs-Initiative führt in diesem Fall zwangsläufig zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen, zu strategischer Fraktur und Verwerfungen im Bündnis. In der Folge müßte Europa in sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.

Risiko II: Lassen sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer solchen Perspektive doch noch auf einen Tausch SDI gegen Raketen ein, kommt es also zum Abzug aller Mittelstreckensysteme aus der „europäischen Zone“ (Stufe 1 des Gorbatschow-Abrüstungsplanes), so verliert Europa den Schutz der Kriegsabschreckung. Die Sowjetunion genießt dann folgende Vorteile: Sie verfügt über moderne atomare Kurzstreckenraketen (1000 km), die nach Gorbatschows Plan erst in einer späteren Phase beseitigt werden sollen. Ihre Mittelstreckensysteme stehen jenseits der „europäischen Zone“, die am 80. Längengrad endet (Botschaftsrat Rodin von der sowjetischen Botschaft in Bonn am 28. Januar). Sie erreichen von dort aus die Bundesrepublik; sie sind im übrigen mobil. Gleichzeitig wird die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zur beherrschenden Bedrohung. Strategisch betrachtet gehört Europa dann zu jenen Weltzonen, in denen seit 1945 mehr als 150 Kriege geführt werden konnten.

Die alternativen Risiken sind groß genug, um in der Bonner Regierungskoalition einen Grundsatzkonflikt auszulösen. Wenn er nicht ausbricht, kann das nur zwei Gründe haben: Entweder rechnet Kanzler Kohl damit, daß er mit Hilfe des entgegenkommenden FDP-Vorsitzenden Bangemann eine SDI-Vereinbarung mit Washington zustande bringt, die Risiko I bis zur Wahrnehmungsgrenze vermindert und Risiko II umgeht. Oder Außenminister Genscher rechnet damit, daß er seinen Widerstand gegen SDI und seine Option für eine atomwaffenfreie „europäische Zone“ vorantreiben kann, ohne daß die damit verbundenen Risiken innenpolitische Reflexe auslösen.

Die bisherigen Ergebnisse der deutsch-amerikanischen SDI-Verhandlungen sprechen für diese Deutung. Das Kabinett hatte am 18. Dezember vergangenen Jahres Wirtschaftsminister Bangemann beauftragt, ein Technologietransfer-Abkommen auszuhandeln, in dem SDI praktisch „verschwinden“ sollte. Die Amerikaner gingen zwar darauf ein, stellten aber die SDI-Vereinbarung wieder an die Spitze, was Bangemann akzeptierte. („Als FDP-Vorsitzender habe ich Handlungsspielraum.“) Der Briefwechsel, dessen Inhalt bis Ende März zu vereinbaren ist, soll jeden Anschein einer Staatsbeteiligung meiden. Die Bundesregierung kümmert sich mithin nicht um SDI, sondern nur um Bedingungen des Technologietransfers zwischen Privatunternehmen. Dementsprechend wird der Briefwechsel nicht, wie die USA wünschen, von den Verteidigungsministern unterfertigt, sondern vom deutschen Wirtschaftsminister und dem US-Handelsminister.

Die Intentionen des Außenministers

In der Working-Group, die vom 27. bis 29. Januar zum ersten Mal in Washington tagte, verhandelte konsequent eine einzige deutsche Technologiekommission mit zwei amerikanischen Delegationen, deren Vorsitzende Schneider und Perle den Technologietransfer behandelten, während Frank Gaffney das SDI-Gespräch leitete. In der deutschen Delegation kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beamten des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums. Das Auswärtige Amt stemmt sich gegen die Verankerung einer „amtlichen Kontaktstelle“ im SDI-Briefwechsel, die während der Forschungszusammenarbeit der Firmen auftretende Probleme klären soll. Genschers Beamte lehnen auch die briefliche Absicherung des „strategischen Dialogs, der fortlaufenden offiziellen Unterrichtung über Ergebnisse der SDI-Forschung“ ab.

Demgegenüber legt das Verteidigungsministerium großen Wert darauf, daß eine offizielle Kontaktstelle eingerichtet und die Fortsetzung des „strategischen Dialogs“ vertraglich gesichert wird. Bangemann ist ebenfalls für die Kontaktstelle, was der Intention Genschers, den Staat von SDI fernzuhalten, widerspricht. Für eine staatliche Beteiligung spricht auch der rüstungspolitisch wichtige Wunsch des Verteidigungsministers, SDI-Resultate für den konventionellen Rüstungsbedarf verwenden zu können. Wörner widerspricht im übrigen dem amerikanischen Vorsatz, für Forschungsergebnisse, bei denen es sich um das Eigentum deutscher Firmen handelt, das alleinige Nutzungsrecht zu beanspruchen.

Diese Widersprüche beeinträchtigen die deutsche Verhandlungsposition in den USA. Im Verteidigungsministerium vermutet man, daß das Auswärtige Amt ein „möglichst schlechtes SDI-Abkommen“ anstrebe, um die Nichtbeteiligung des Staates deutlich werden zu lassen. Auf amerikanischer Seite, so hört man in Bonn, wundert sich darüber niemand. Man wisse dort, daß Genscher auf schwerwiegende strategische Risiken einzugehen bereit sei, um Optionen in der „europäischen Zone“ für eine neue, von ihm zur Zeit als „realistisch“ bezeichnete Entspannungspolitik zu nutzen. Eine gewisse Verwunderung herrscht unter den Kennern lediglich über den Bundeskanzler, der solchen Entwicklungen scheinbar sprachlos zusieht.



… Stresemann, Chamberlain und Briand 1926 in Genf FOTO: KEYSTONE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Titos kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung sowie den politischen Repräsentanten des „Dritten Reiches“ im jugoslawischen Raum. Diese ungewöhnliche Tatsache gaben jetzt erstmals der Tito-Biograph Vladimir Dedijer und der Schriftsteller Milovan Djilas bekannt. Djilas hatte seinerzeit im Auftrage Titos als Mitglied des Politbüros der KPJ im deutschen Hauptquartier Verhandlungen geführt.

Als Tito auf die Wehrmacht setzte

Von CARL G. STRÖHM

Vordergründig ging es zwischen der Wehrmacht und den Partisanen um den Austausch von Gefangenen. Dahinter aber wurde bereits die Möglichkeit eines Waffenstillstandes und einer gegenseitigen Interessenabgrenzung ventiliert. Über die Motive und Hintergründe, die Tito kurz nach der Schlacht von Stalingrad und mitten im beiderseits total geführten Weltkrieg dazu veranlaßten, ein Arrangement mit den Deutschen zu suchen, ist jetzt in Belgrad ein mit jugoslawischen und deutschen Dokumenten belegtes, sensationelles Buch aus der Feder des Historikers Miso Lekovic erschienen: „Die März-Verhandlungen 1943“ (Martovski Pregovori 1943, Verlag Narodna Kojiga, Belgrad 1985).

Obwohl sich Titos kommunistische Partisanenarmee vor allem im Kampf gegen die deutschen Truppen formiert hatte, betrachteten die jugoslawischen Kommunisten nicht die Wehrmacht, sondern die königstreuen, monarchistischen und mit der Londoner jugoslawischen Exilregierung sowie den Briten verbundenen „Tschetniks“ des Generals Draza Mihailovic als ihren gefährlichsten Feind. Die „Tschetniks“ – hervorgegangen aus serbischen ländlichen Wehrorganisationen – waren konservativ, bäuerlich und serbisch-nationalistisch gesinnt. Noch vor den Kommunisten hatten sie sich als Widerstandsorganisation sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die kroatischen „Ustascha“ organisiert, waren aber bald mit den kommunistischen Partisanen in Konflikt geraten. Schließlich gelangte ihr Führer, General Mihailovic, zur Überzeugung, daß nicht die Deutschen und erst recht nicht die Italiener, sondern einzig die Kommunisten unter Tito, die eine soziale Revolution durchführten, das Hauptproblem seien. Die „Tschetniks“ hofften, daß die Engländer und Amerikaner – nach ihrem Sieg über die Deutschen in Nordafrika – 1943 auf dem Balkan landen und König Peter sowie das alte Regime der jugoslawisch-serbischen Monarchie wiederherstellen würden.

Die Möglichkeit erkannten auch Tito und seine engsten Mitarbeiter in der jugoslawischen KP-Führung. Vor allem besaßen die jugoslawischen Partisanen bereits 1942 Informationen, wonach Italien einen Frontwechsel auf die Seite der Amerikaner und Briten vorbereitet. Das aber konnte für die jugoslawischen Kommunisten gefährlich werden: Die monarchistischen „Tschetniks“ und die italienischen Besatzungstruppen in der küstennahen Zone der jugoslawischen Adria – von Montenegro bis Slowenien – konnten sich damit über Nacht in Platzhalter und Gehilfen der Engländer verwandeln. Bereits am 22. Mai 1942 schrieb Titos nachmaliger Stellvertreter Edvard Kardelj aus dem slowenischen Untergrund an den Partisanenmarschall: „Im Verhältnis zu Italien müssen wir bereit sein, dieses als eine englische imperialistische Basis zu betrachten, von der aus die Engländer versuchen werden, unsere Londoner Regierung mit Gewalt zu uns zurückzubringen.“

Gefangenenaustausch als ein Signal

In Italien – es war immerhin noch über ein Jahr bis Mussolinis Sturz – diagnostizierte Kardelj „eine vorherrschende anglophile Stimmung unter der Führung der italienischen Klerikalen, hinter denen jedenfalls der Vatikan steht“. Aus seinem Hauptquartier in den Bergen Bosniens meldete Tito am 16. Juli 1942 an Stalin nach Moskau: „Wir sind der Ansicht, daß zwischen Italien und England im Kampf gegen uns eine Zusammenarbeit besteht. Gefangengenommene ‚Tschetniks‘ erklärten mehrfach, daß die Waffen, die sie über die Italiener erhalten, von den Engländern bezahlt wurden.“ Tito aber war entschlossen, eine britische (oder auch amerikanische) Landung auf dem Balkan – im konkreten Fall: an der jugoslawischen Küste – nicht zuzulassen. Er erklärte sogar in einem Telegramm nach Moskau, die jugoslawischen Partisanen würden sich mit Waffengewalt einer solchen Landung westlicher Truppen widersetzen.

Mitten in den schwersten Kämpfen zwischen Wehrmacht und Partisanen kam es nun zum ersten Kontakt der gegnerischen Parteien. Es begann damit, daß im Herbst 1942 der deutsche Ingenieur Hans Ott mit einer Gruppe von deutschen Bergbauspezialisten und Ingenieuren, die in Bosnien kriegswichtige Rohstoffe (u. a. Bauxit) gefördert hatten, von Titos Partisanen gefangengenommen wurden. Ott wurde damals sogar von Tito persönlich zu einem Gespräch empfangen. Daraus entwickelte sich der erste Austausch von Gefangenen. Ein zweiter Kontakt ergab sich während der schweren Kämpfe des Frühjahrs 1943, gleichfalls in Bosnien: Damals fiel der deutsche Major Arthur Strekker, Kommandeur des 3. Bataillons des 738. Grenadierregiments, in die Gefangenschaft der Partisanen. Dem aus Wuppertal stammenden Major, der von seinem damaligen Gesprächspartner Djilas als „tapferer Offizier“ charakterisiert wird (Strekker lehnte beim Verhör jede Aussage über Dislozierung und Stärke der deutschen Truppen ab), machten hohe kommunistische Partisanenoffiziere in Titos Hauptquartier deutliche politische Angebote – wobei es hier natürlich nicht so sehr um den gefangenen Bataillonskommandeur, als um die hinter ihm stehende Wehrmachtsführung ging. So wurde dem Major gesagt, daß die Partisanen nicht gern gegen die Deutschen kämpften. Über die italienischen Bundesgenossen Deutschlands sprachen die Partisanen gegenüber Strecker mit offener Verachtung – und unterließen es nicht, den deutschen Major auf die stille Zusammenarbeit zwischen Italienern, Engländern und serbischen Monarchisten hinzuweisen. Deutlich gaben die Partisanenführer zu erkennen, daß die Streitkräfte Titos erstens einen Austausch von Gefangenen, zweitens aber auch eine Waffenruhe mit der deutschen Wehrmacht anstrebten – damit sie die „Tschetniks“ vernichten und sich aus Bosnien in den „Sandschak“ im Dreiländereck Serbien–Montenegro–Bosnien zurückziehen konnten. Major Strecker wurde in diesem Sinne aufgefordert, einen Brief an das deutsche Kommando zu schreiben. Die Partisanen sagten ihm, man wolle auch über eine „Teilung von Territorien“ sprechen.



Partisanenführer Tito (oben) und sein Widersacher: der serbisch-nationalistische „Tschetnik“-General Draza Mihailovic FOTOS: DIE WELT



Der Brief des Majors gelangte über die Frontlinien in die Hände des deutschen bevollmächtigten Generals in Kroatien, Edmund Glaise-Horstenau. Glaise, ein deutsch-nationaler Österreicher, aber kein Nazi, als K.-u.-k.-Offizier mit der Balkansituation eng vertraut (und außerdem ein scharfer Kritiker sowohl der Italiener als des kroatischen Ustascha-Regimes), war ebenso wie der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Alexander Löhr (gleichfalls ein Österreicher), der Auffassung, daß die deutsche Seite Titos Partisanen als kriegführende Partei anerkennen und sie nicht länger als bloße „Banditen“ behandeln sollte. Außerdem wußte oder ahnte General Glaise, daß dem Partisanenproblem mit bloß militärischen Mitteln nicht beizukommen war. So erhielt der Kommandeur der 717. deutschen Infanteriedivision, Generalmajor Benignus Dippold, den Befehl, „den obersten Stab der Aufständischen zu verständigen, daß das deutsche Kommando bereit ist, einen bevollmächtigten Delegierten zu empfangen“. Die Sicherheit des Unterhändlers werde garantiert.

Daß Tito aber mit den Deutschen nicht nur über den Austausch von Gefangenen, sondern über hochpolitische Fragen sprechen wollte, zeigte sich daran, daß er nicht nur einen Unterhändler, sondern gleich drei – unter ihnen sogar ein Mitglied des Politbüros – entsandte. Da war Vladimir Velebit, ein kommunistischer Rechtsanwalt und Kenner der deutschen Sprache (später sollte er hoher Diplomat in Titos Jugoslawien werden). Er war in der Lage, ohne Dolmetscher mit den Deutschen zu sprechen. Mit ihm kam Milowan Djilas als Mitglied des Politbüros und der Kommandeur der Eliteeinheit von Titos Armee, der 1. proletarischen Division, der nachmalige jugoslawische Außenminister Koca Popovic.

Im Hauptquartier der 717. deutschen Infanteriedivision erklärte Velebit während der in deutscher Sprache geführten Verhandlungen, daß der oberste Stab der Partisanen „keinen Grund für Feindschaft gegenüber den deutschen Streitkräften“ sehe. Die Partisanen kämpften nur deshalb gegen die deutschen Truppen, weil sie sich verteidigen müßten.

Was die Partisanen von der Wehrmacht forderten

Dann kam eine Erklärung, die im Blick auf spätere Entwicklungen des jugoslawischen Kommunismus prophetische genannt werden konnte: Die Volksbefreiungsbewegung, so Velebit vor den deutschen Offizieren, stelle eine „unabhängige nationale Bewegung dar, die nicht von außen unterstützt werde“.

In einer schriftlichen Notiz, welche die drei Tito-Delegierten im deutschen Divisionshauptquartier in Gornij Vakuf ihren Gesprächspartnern überreichten, wurde noch einmal die Forderung nach einer Anerkennung der Tito-Partisanen als kriegführende Partei erhoben und gleichzeitig ein Waffenstillstand vorgeschlagen. Dies geschah mit dem Argument, daß „in der gegebenen Situation keinerlei Grund besteht, daß die deutsche Wehrmacht kriegerische Handlungen gegen die Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens unternimmt – und zwar im Blick sowohl auf die Situation, die Gegner als auch die Interessen der einen wie der anderen Seite“. Deshalb, so heißt es in dem von Djilas, Popovic und Velebit unterschriebenen Dokument, sei es „im gegenseitigen Interesse“, die Feindseligkeiten einzustellen und „eventuelle Zonen“ der wirtschaftlichen und anderer Interessen festzulegen.

Da die Verhandlungen auf solche Weise einen politischen Charakter annahmen, wurden sie nun in Zagreb (Agram), der Hauptstadt Kroatiens, fortgesetzt. Bereits bei einem ersten Gespräch mit dem deutschen bevollmächtigten General in Kroatien, Glaise, hatte Velebit erklärt, die Partisanen würden es keiner Macht erlauben, eigenmächtig auf jugoslawischem Territorium zu landen. Velebit versichert in seinen Aufzeichnungen, es sei allerdings „nicht von gemeinsamen Operationen der deutschen und jugoslawischen Partisanen gegen die Engländer gesprochen worden“.

Einer der eifrigsten Befürworter eines politischen Kontaktes zu den kommunistischen Partisanen Titos war auf deutscher Seite ein Mann, von dem man es am wenigsten erwartet hätte: der deutsche Gesandte im „unabhängigen Staat Kroatien“, SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche. Dieser in der Wolle gefärbte Nationalsozialist geriet in einen schweren Konflikt mit dem Reichsaußenminister von Ribbentrop, da Kasche immer wieder darauf drängte, die Partisanenfrage politisch – das heißt: durch Gespräche mit Tito – zu lösen. Gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker (dem Vater des jetzigen Bundespräsidenten), versicherte der SA-Obergruppenführer, Titos Partisanen seien in ihrer Mehrheit keineswegs Kommunisten. Wenn es gelinge, diese „in der Weltöffentlichkeit hoch bewertete Streitmacht“ zu bewegen, das gegnerische Lager zu verlassen, dann sei das ein bedeutender Erfolg für Deutschland.

Weder Ribbentrop noch erst recht Hitler wollten aber etwas von einer solchen politischen Lösung wissen. Mit den Partisanen dürfe man nicht verhandeln, müsse sie vernichten – lautete die Weisung aus Berlin. Dem verhandlungswilligen SA-Führer wurde jeder weitere Kontakt zu Tito untersagt – vor allem lehnte Ribbentrop den Vorschlag Kasches ab, sich persönlich mit Tito zu treffen. Immerhin kam es im Verlauf der Verhandlungen und Kontakte während des Jahres 1943 zu einer zeitweiligen Einstellung kommunistischer Sabotageakte auf der für die Deutschen sehr wichtigen Bahnlinie Zagreb–Belgrad. Tito erteilte am 29. März 1943 der entlang der Bahnlinie aktiven Partisanenbrigade den Befehl, „auf keinen Fall den Kampf mit den Deutschen zu suchen und keinerlei Aktionen auf die Bahnlinie zu unternehmen“. Und, als wolle er die Motive dieses Befehls erklären, ließ er die Erläuterung folgen: „Unsere wichtigste Aufgabe ist jetzt die Vernichtung der ‚Tschetniks‘ des Draza Mihailovic und die Zerschlagung seines Verwaltungsapparats, der die größte Gefahr für den weiteren Verlauf des Volksbefreiungskampfes darstellt.“ Die von den Partisanen gefangengenommenen Deutschen wurden ausgetauscht. Major Strecker berichtete in einer langen Denkschrift über seine Erfahrungen als Gefangener im „Partisanenstaat“. Und daß es zumindest einen informellen Waffenstillstand zwischen den Tito-Partisanen und der Wehrmacht gab, bestätigt der Fall eines deutschen Offiziers, der mit seiner Kolonne in der Nacht zum 6. April 1943 in einen Hinterhalt geriet, wobei vier deutsche Lastwagen in Flammen aufgingen und zwei deutsche Soldaten getötet wurden. Der Offizier protestierte bei den ihn gefangennehmenden Partisanen gegen den Angriff mit der Begründung, es gebe doch einen Waffenstillstand – und verlangte, zum „Brigadier Popovic“ geführt zu werden. Sein Wunsch wurde erfüllt – er wurde zu Koca Popovic ins Hauptquartier der 1. proletarischen Division gebracht und anschließend freigelassen.

Welches Ausmaß die Kontakte zwischen Partisanen und Wehrmacht hatten, beweist auch ein kleiner Vorfall am Rande: Der Partisanendelegierte Velebit erklärte den deutschen Offizieren, man sei bereit, der deutschen Wehrmacht erbeutete geheime Dokumente zur Verfügung zu stellen, welche die Zusammenarbeit zwischen den (damals mit dem Reich noch verbündeten) Italienern, den serbischen „Tschetniks“ und den Engländern bewiesen. Bedingung: Die Deutschen müßten den Partisanen ein Fotokopiergerät verschaffen.

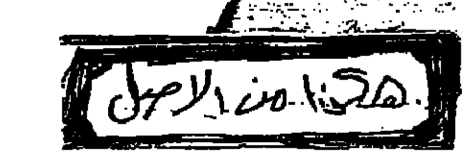
Die Sowjets betrachteten diese Kontakte zwischen Tito und der deutschen Wehrmacht mit größtem Mißtrauen. In einem Funkspruch Stalins aus Moskau an den jugoslawischen Partisanenstaat hieß es wörtlich am 31. März 1943: „Uns beunruhigt die Tatsache, daß Ihr Kriegsgefangene mit den Deutschen austauscht. Ihr entsendet Delegierte zu ihnen, welche alle möglichen Gespräche mit den Deutschen führen, und der deutsche Gesandte in Zagreb hat den Wunsch ausgesprochen, sich persönlich mit Euch (Tito) zu treffen. Was geht hier vor? Es wird ein erbarmungsloser Kampf mit den Okkupanten geführt, und plötzlich kommt es zu Kontakten zwischen Euch und den Deutschen …“

Stalin forderte den „Haß des Volkes“

Tito wurde von Stalin dann aufgefordert, nicht mit den Deutschen zu verhandeln, sondern den „Haß des Volkes“ gegen sie zu mobilisieren. Fast zur gleichen Zeit wurde der deutsche Gesandte in Zagreb durch Ribbentrop mit der Bemerkung zurückgepfiffen, die einzig zulässigen Verhandlungen mit den Partisanen könnten nur über deren bedingungslose Kapitulation geführt werden. SA-Obergruppenführer Kasche funkte – Datum: 30. März 1943 – an Ribbentrop zurück: „Ich glaube, daß die Partisanenfrage bei uns grundsätzlich verkannt wird. Sie wurzelt vielmehr in politischen Verhältnissen als in militärischen.“ Er, Kasche, plädiere für „politische Lösungsmöglichkeiten“ – aber diese seien ihm auf Anordnung aus Berlin jetzt verwehrt.

Das Rad der Geschichte drehte sich weiter. Die seltsame Interessengemeinschaft zwischen der Wehrmacht und den Partisanen Titos bei der Abwehr einer möglichen britisch-amerikanischen Balkan-Invasion blieb eine Episode. Dennoch zeigte sich hier im Kern bereits vieles, was später, unter ganz anderen Auspizien, Wirklichkeit werden sollte: etwa der Abfall Titos von Moskau und ein eigener jugoslawischer Weg. Djilas berichtet, Tito habe ihm auf die Frage, was denn wohl die Russen zu den Verhandlungen mit den Deutschen sagen würden, brüsk geantwortet: Wir vertreten unsere Interessen, so wie Sie Ihre Interessen vertreten.

Übrigens – die wichtigsten deutschen Gesprächsteilnehmer und Eingeweihten dieser Verhandlungen sind kurz nach Kriegsende oder noch während des Krieges umgekommen. General Glaise-Horstenau verübte in amerikanischer Haft 1946 Selbstmord. Generaloberst Löhr wurde in Belgrad als „Kriegsverbrecher“ erschossen, der Gesandte und SA-Führer Kasche in Zagreb gehenkt. Damit waren die Wichtigsten dieser Ereignisse verstummt. Es bleibt aber die Feststellung, daß Geschichte sich niemals nach bloß ideologischen Schablonen vollzieht – weder auf der einen noch auf der anderen Seite.



Die Auseinandersetzung um die Form der deutschen Beteiligung am Projekt einer amerikanischen Weltraum-Raketenabwehr hat sich in die Bonner Verhandlungs-Delegation verlagert. Wer bestimmt in dieser vieldiskutierten, wichtigen Frage unserer Sicherheit den Kurs der deutschen Politik – das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium oder der Bundeskanzler? Worin bestehen die Widersprüche ? Herbert Kremp analysiert den Stand der deutsch-amerikanischen Gespräche.



Sie setzten Hoffnungssignale: Reagan und Gorbatschow 1985 . . .
FOTO: SVEN SIMON

Der Streit der Ämter oder Wer macht in Bonn Strategie?

Von HERBERT KREMP

Zeichnet sich politische Sprache in der Regel durch eine gewisse Trockenheit aus, so erfährt sie bei der Beschwörung des Friedens eine gesangliche Steigerung. Ein schönes Beispiel dafür ist die Rede, mit der Frankreichs Außenminister Briand in Genf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund begrüßte. Zu seinem Kollegen Stresemann gewandt, sagte er: „Zu Ende ist der Krieg zwischen uns. Vorüber sind die schwarzen Wolken der Trauer. Fort mit den Gewehren. Fort mit den Kanonen. Platz für die Versöhnung, für das Schiedsgericht, für den Frieden."

Man schrieb damals den 10. September 1926, acht Jahre nach dem Ersten, dreizehn Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem hat sich an den Umständen einiges, an der politischen Lyrik nichts geändert. Beim Gipfel in Genf im vergangenen November schrieben Reagan und Gorbatschow in das gemeinsame Kommuniqué, sie trachteten danach, „einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf Erden zu beenden". Mit dieser universalen Bekundung haben die Hochgerüsteten ein Signal gegeben, das überall in der Welt, vor allem an der Militärgrenze in Europa, die Herzen höher schlagen ließ. Wie eine magische Intarsie erscheint die Formel von Genf auf allen Mahntafeln.

Wie allen Beschwörungen wohnt der erhebenden Formel eine gewisse Tragik inne, ein zunächst infolge der angeregten Glaubensfreude nicht wahrgenommener Widerspruch zur Wirklichkeit. Ein besonders reich ausgeschmücktes Beispiel bietet das gerade verabschiedete Grundsatzpapier der FDP, das ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Außenpolitik Hans-Dietrich Genschers enthält und daher wohl als personalpolitische Appell an den Kanzler zu betrachten ist.

Warum die USA auf SDI nicht verzichten

Das Dokument befürwortet „Vereinbarungen zum schrittweisen Abbau von Atomwaffen, um damit in gleichem Maß Defensivsysteme im Weltraum überflüssig zu machen, damit das gemeinsame Ziel Amerikas und der Sowjetunion erreicht werden kann, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden".

Worin besteht nun der Widerspruch zwischen der magischen Formel und der naturgemäß unmagischen Wirklichkeit?

1. Die Intarsie von Genf, einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern und auf Erden zu beenden, stammt ursprünglich aus sowjetischer Quelle. Sie ist sinngemäß die Hauptforderung Gorbatschows.

2. Die Aufnahme der Formel in das Kommuniqué von Genf war bis zur letzten Minute umstritten. Grund: Die Sowjetunion liegt in der Entwicklung einer (landgestützten) Raketenabwehr vor den USA. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion ihren Vorsprung zu wahren sucht und alles daransetzt, ein (womöglich Weltraum-gestütztes) amerikanisches Abwehrsystem zu verhindern. Genau aus diesem Grunde halten die USA die SDI-Forschung für unverzichtbar.

3. In Wirklichkeit gibt es also keinen Rüstungswettlauf, sondern einen Rüstungsnachlauf der USA. Dies machte die Genfer Intarsie für die Amerikaner (gerade noch) annehmbar. Reagan (und sein Nachfolger) können jedoch nicht daran denken, bei den Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Genf Raketenabbau mit SDI zu bezahlen. SDI ist kein „Bargaining-Chip". Um die Westeuropäer gegen die Amerikaner in Stellung zu bringen, erklären die Sowjets, daß ohne Verzicht auf SDI an eine Raketenabrüstung nicht zu denken sei. Gorbatschows Abrüstungsplan geht von dieser Maxime aus.

4. Mit dem Junktim hofft Moskau, auf die deutsche Außenpolitik bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Wenn es im zitierten Grundsatzprogramm der FDP – es trägt Genschers Handschrift – heißt, ein „schrittweiser Abbau von Atomwaffen macht in gleichem Maße Defensivsysteme im Weltraum überflüssig", so klingt das mysteriös. Wie kann ein Abwehrsystem, das noch nicht existiert, „schrittweise" abgebaut werden? In Wirklichkeit soll der logikschwache Satz zu erkennen geben, daß der deutsche Außenminister darauf hofft, Washington werde sich doch noch bewegen lassen, den Verzicht auf SDI trotz entsprechender sowjetischer Vorrüstung in die Raketenverhandlungen einzubringen.

5. Andernfalls wäre der beständige verdeckte Widerstand des Außenministers und seiner Beamten gegen SDI und vor allem gegen eine deutsche Beteiligung an dem Projekt nicht verständlich. Genscher geht damit ein hohes politisches Risiko ein.

Risiko I: Beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht an SDI, bleiben das Land und darüber hinaus Europa ohne korrespondierende Raketenabwehr. Die amerikanische Verteidigungs-Initiative führt in diesem Fall zwangsläufig zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen, zu strategischer Fraktur und Verwerfungen im Bündnis. In der Folge müßte Europa in sicherheitspolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.

Risiko II: Lassen sich die Amerikaner unter dem Eindruck einer solchen Perspektive doch noch auf einen Tausch SDI gegen Raketen ein, kommt es also zum Abzug aller Mittelstreckensysteme aus der „europäischen Zone" (Stufe 1 des Gorbatschow-Abrüstungsplanes), so verliert Europa den Schutz der Kriegsabschreckung. Die Sowjetunion genießt dann folgende Vorteile: Sie verfügt über moderne atomare Kurzstreckenraketen (1000 km), die nach Gorbatschows Plan erst in einer späteren Phase beseitigt werden sollen. Ihre Mittelstreckensysteme stehen jenseits der „europäischen Zone", die am 80. Längengrad endet (Botschaftsrat Rodin von der sowjetischen Botschaft in Bonn am 28. Januar). Sie erreichen von dort aus die Bundesrepublik; sie sind im übrigen mobil. Gleichzeitig wird die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zur beherrschenden Bedrohung. Strategisch betrachtet gehört Europa dann zu jenen Weltzonen, in denen seit 1945 mehr als 150 Kriege geführt werden konnten.

Die alternativen Risiken sind groß genug, um in der Bonner Regierungskoalition einen Grundsatzkonflikt auszulösen. Wenn er nicht ausbricht, kann das nur zwei Gründe haben: Entweder rechnet Kanzler Kohl damit, daß er mit Hilfe des entgegenkommenden FDP-Vorsitzenden Bangemann eine SDI-Vereinbarung mit Washington zustande bringt, die Risiko I bis zur Wahrnehmungsgrenze vermindert und Risiko II umgeht. Oder Außenminister Genscher rechnet damit, daß er seinen Widerstand gegen SDI und seine Option für eine atomwaffenfreie „europäische Zone" vorantreiben kann, ohne daß die damit verbundenen Risiken innenpolitische Reflexe auslösen.

Die bisherigen Ergebnisse der deutsch-amerikanischen SDI-Verhandlungen sprechen für diese Deutung. Das Kabinett hatte am 18. Dezember vergangenen Jahres Wirtschaftsminister Bangemann beauftragt, ein Technologietransfer-Abkommen auszuhandeln, in dem SDI praktisch „verschwinden" sollte. Die Amerikaner gingen zwar darauf ein, stellten aber die SDI-Vereinbarung wieder an die Spitze, was Bangemann akzeptierte. („Als FDP-Vorsitzender habe ich Handlungsspielraum.") Der Briefwechsel, dessen Inhalt bis Ende März zu vereinbaren ist, soll jeden Anschein einer Staatsbeteiligung meiden. Die Bundesregierung kümmert sich mithin nicht um SDI, sondern nur um Bedingungen des Technologietransfers zwischen Privatunternehmen. Dementsprechend wird der Briefwechsel nicht, wie die USA wünschen, von den Verteidigungsministern unterfertigt, sondern vom deutschen Wirtschaftsminister und dem US-Handelsminister.

Die Intentionen des Außenministers

In der Working-Group, die vom 27. bis 29. Januar zum ersten Mal in Washington tagte, verhandelte konsequent eine einzige deutsche Technologiekommission mit zwei amerikanischen Delegationen, deren Vorsitzende Schneider und Perle den Technologietransfer behandelten, während Frank Gaffney das SDI-Gespräch leitete. In der deutschen Delegation kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beamten des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums. Das Auswärtige Amt stemmt sich gegen die Verankerung einer „amtlichen Kontaktstelle" im SDI-Briefwechsel, die während der Forschungszusammenarbeit der Firmen auftretende Probleme klären soll. Genschers Beamte lehnen auch die briefliche Absicherung des „strategischen Dialogs, der fortlaufenden offiziellen Unterrichtung über Ergebnisse der SDI-Forschung" ab.

Demgegenüber legt das Verteidigungsministerium großen Wert darauf, daß eine offizielle Kontaktstelle eingerichtet und die Fortsetzung des „strategischen Dialogs" vertraglich gesichert wird. Bangemann ist ebenfalls für die Kontaktstelle, was der Intention Genschers, den Staat von SDI fernzuhalten, widerspricht. Für eine staatliche Beteiligung spricht auch der rüstungspolitisch wichtige Wunsch des Verteidigungsministers, SDI-Resultate für den konventionellen Rüstungsbedarf verwenden zu können. Wörner widerspricht im übrigen dem amerikanischen Vorsatz, für Forschungsergebnisse, bei denen es sich um das Eigentum deutscher Firmen handelt, das alleinige Nutzungsrecht zu beanspruchen.

Diese Widersprüche beeinträchtigen die deutsche Verhandlungsposition in den USA. Im Verteidigungsministerium vermutet man, daß das Auswärtige Amt ein „möglichst schlechtes SDI-Abkommen" anstrebe, um die Nichtbeteiligung des Staates deutlich werden zu lassen. Auf amerikanischer Seite, so hört man in Bonn, wundert sich darüber niemand. Man wisse dort, daß Genscher auf schwerwiegende strategische Risiken einzugehen bereit sei, um Optionen in der „europäischen Zone" für eine neue, von ihm zur Zeit als „realistisch" bezeichnete Entspannungspolitik zu nutzen. Eine gewisse Verwunderung herrscht unter den Kennern lediglich über den Bundeskanzler, der solchen Entwicklungen scheinbar sprachlos zusieht.



. . . Stresemann, Chamberlain und Briand 1926 in Genf
FOTO: KEYSTONE

Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs, im Frühjahr 1943, gab es Geheimverhandlungen zwischen Titos kommunistischen Partisanen und der deutschen Wehrmachtsführung sowie den politischen Repräsentanten des „Dritten Reiches" im jugoslawischen Raum. Diese ungewöhnliche Tatsache gaben jetzt erstmals der Tito-Biograph Vladimir Dedijer und der Schriftsteller Milovan Djilas bekannt. Djilas hatte seinerzeit im Auftrage Titos als Mitglied des Politbüros der KPJ im deutschen Hauptquartier Verhandlungen geführt.

Als Tito auf die Wehrmacht setzte

Von CARL G. STRÖHM

Vordergründig ging es zwischen der Wehrmacht und den Partisanen um den Austausch von Gefangenen. Dahinter aber wurde bereits die Möglichkeit eines Waffenstillstandes und einer gegenseitigen Interessenabgrenzung ventiliert. Über die Motive und Hintergründe, die Tito kurz nach der Schlacht von Stalingrad und mitten im beiderseits total geführten Weltkrieg dazu veranlaßten, ein Arrangement mit den Deutschen zu suchen, ist jetzt in Belgrad ein mit jugoslawischen und deutschen Dokumenten belegtes, sensationelles Buch aus der Feder des Historikers Miso Lekovic erschienen: „Die März-Verhandlungen 1943" (Martovski Pregovori 1943, Verlag Narodna Kojiga, Belgrad 1985).

Obwohl sich Titos kommunistische Partisanenarmee vor allem im Kampf gegen die deutschen Truppen formiert hatte, betrachteten die jugoslawischen Kommunisten nicht die Wehrmacht, sondern die königstreuen, monarchistischen und mit der Londoner jugoslawischen Exilregierung sowie den Briten verbundenen „Tschetniks" des Generals Draza Mihailovic als ihren gefährlichsten Feind. Die „Tschetniks" – hervorgegangen aus serbischen ländlichen Wehrorganisationen – waren konservativ, bäuerlich und serbisch-nationalistisch gesinnt. Noch vor den Kommunisten hatten sie sich als Widerstandsorganisation sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die kroatischen „Ustascha" organisiert, waren aber bald mit den kommunistischen Partisanen in Konflikt geraten. Schließlich gelangte ihr Führer, General Mihailovic, zur Überzeugung, daß nicht die Deutschen und erst recht nicht die Italiener, sondern einzig die Kommunisten unter Tito, die eine soziale Revolution durchführten, das Hauptproblem seien. Die „Tschetniks" hofften, daß die Engländer und Amerikaner – nach ihrem Sieg über die Deutschen in Nordafrika – 1943 auf dem Balkan landen und König Peter sowie das alte Regime der jugoslawisch-serbischen Monarchie wiederherstellen würden.

Die Möglichkeit erkannten auch Tito und seine engsten Mitarbeiter in der jugoslawischen KP-Führung. Vor allem besaßen die jugoslawischen Partisanen bereits 1942 Informationen, wonach Italien einen Frontwechsel auf die Seite der Amerikaner und Briten vorbereitet. Das aber konnte für die jugoslawischen Kommunisten gefährlich werden: Die monarchistischen „Tschetniks" und die italienischen Besatzungstruppen in der küstennahen Zone der jugoslawischen Adria – von Montenegro bis Slowenien – konnten sich damit über Nacht in Platzhalter und Gehilfen der Engländer verwandeln. Bereits am 22. Mai 1942 schrieb Titos nachmaliger Stellvertreter Edvard Kardelj aus dem slowenischen Untergrund an den Partisanenmarschall: „Im Verhältnis zu Italien müssen wir bereit sein, dieses als eine englische imperialistische Basis zu betrachten, von der aus die Engländer versuchen werden, unsere Londoner Regierung mit Gewalt zu uns zurückzubringen."

Gefangenenaustausch als ein Signal

In Italien – es war immerhin noch über ein Jahr bis Mussolinis Sturz – diagnostizierte Kardelj „eine vorherrschende anglophile Stimmung unter der Führung der italienischen Klerikalen, hinter denen jedenfalls der Vatikan steht". Aus seinem Hauptquartier in den Bergen Bosniens meldete Tito am 16. Juli 1942 an Stalin nach Moskau: „Wir sind der Ansicht, daß zwischen Italien und England im Kampf gegen uns eine Zusammenarbeit besteht. Gefangengenommene ‚Tschetniks' erklärten mehrfach, daß die Waffen, die sie über die Italiener erhalten, von den Engländern bezahlt wurden." Tito aber war entschlossen, eine britische (oder auch amerikanische) Landung auf dem Balkan – im konkreten Fall: an der jugoslawischen Küste – nicht zuzulassen. Er erklärte sogar in einem Telegramm nach Moskau, die jugoslawischen Partisanen würden sich mit Waffengewalt einer solchen Landung westlicher Truppen widersetzen.

Mitten in den schwersten Kämpfen zwischen Wehrmacht und Partisanen kam es nun zum ersten Kontakt der gegnerischen Parteien. Es begann damit, daß im Herbst 1942 der deutsche Ingenieur Hans Ott mit einer Gruppe von deutschen Bergbauspezialisten und Ingenieuren, die in Bosnien kriegswichtige Rohstoffe (u. a. Bauxit) gefördert hatten, von Titos Partisanen gefangengenommen wurden. Ott wurde damals sogar von Tito persönlich zu einem Gespräch empfangen. Daraus entwickelte sich der erste Austausch von Gefangenen. Ein zweiter Kontakt ergab sich während der schweren Kämpfe des Frühjahrs 1943, gleichfalls in Bosnien: Damals fiel der deutsche Major Arthur Strekker, Kommandeur des 3. Bataillons des 738. Grenadierregiments, in die Gefangenschaft der Partisanen. Dem aus Wuppertal stammenden Major, der von seinem damaligen Gesprächspartner Djilas als „tapferer Offizier" charakterisiert wird (Strekker lehnte beim Verhör jede Aussage über Dislozierung und Stärke der deutschen Truppen ab), machten hohe kommunistische Partisanenoffiziere in Titos Hauptquartier deutliche politische Angebote – wobei es hier natürlich nicht so sehr um den gefangenen Bataillonskommandeur, als um die hinter ihm stehende Wehrmachtsführung ging. So wurde dem Major gesagt, daß die Partisanen nicht gern gegen die Deutschen kämpften. Über die italienischen Bundesgenossen Deutschlands sprachen die Partisanen gegenüber Strecker mit offener Verachtung – und unterließen es nicht, den deutschen Major auf die stille Zusammenarbeit zwischen Italienern, Engländern und serbischen Monarchisten hinzuweisen. Deutlich gaben die Partisanenführer zu erkennen, daß die Streitkräfte Titos erstens einen Austausch von Gefangenen, zweitens aber auch eine Waffenruhe mit der deutschen Wehrmacht anstrebten – damit sie die „Tschetniks" vernichten und sich aus Bosnien in den „Sandschak" im Dreiländereck Serbien–Montenegro–Bosnien zurückziehen konnten. Major Strecker wurde in diesem Sinne aufgefordert, einen Brief an das deutsche Kommando zu schreiben. Die Partisanen sagten ihm, man wolle auch über eine „Teilung von Territorien" sprechen.



Partisanenführer Tito (oben) und sein Widersacher: der serbisch-nationalistische „Tschetnik"-General Draza Mihailovic
FOTOS: DIE WELT

Der Brief des Majors gelangte über die Frontlinien in die Hände des deutschen bevollmächtigten Generals in Kroatien, Edmund Glaise-Horstenau. Glaise, ein deutsch-nationaler Österreicher, aber kein Nazi, als K.-u.-k.-Offizier mit der Balkansituation eng vertraut (und außerdem ein scharfer Kritiker sowohl der Italiener als des kroatischen Ustascha-Regimes), war ebenso wie der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Alexander Löhr (gleichfalls ein Österreicher), der Auffassung, daß die deutsche Seite Titos Partisanen als kriegführende Partei anerkennen und sie nicht länger als bloße „Banditen" behandeln sollte. Außerdem wußte oder ahnte General Glaise, daß dem Partisanenproblem mit bloß militärischen Mitteln nicht beizukommen war. So erhielt der Kommandeur der 717. deutschen Infanteriedivision, Generalmajor Benignus Dippold, den Befehl, „den obersten Stab der Aufständischen zu verständigen, daß das deutsche Kommando bereit ist, einen bevollmächtigten Delegierten zu empfangen". Die Sicherheit des Unterhändlers werde garantiert.

Daß Tito aber mit den Deutschen nicht nur über den Austausch von Gefangenen, sondern über hochpolitische Fragen sprechen wollte, zeigte sich daran, daß er nicht nur einen Unterhändler, sondern gleich drei – unter ihnen sogar ein Mitglied des Politbüros – entsandte. Da war Vladimir Velebit, ein kommunistischer Rechtsanwalt und Kenner der deutschen Sprache (später sollte er hoher Diplomat in Titos Jugoslawien werden). Er war in der Lage, ohne Dolmetscher mit den Deutschen zu sprechen. Mit ihm kam Milowan Djilas als Mitglied des Politbüros und der Kommandeur der Eliteeinheit von Titos Armee, der 1. proletarischen Division, der nachmalige jugoslawische Außenminister Koca Popovic.

Im Hauptquartier der 717. deutschen Infanteriedivision erklärte Velebit während der in deutscher Sprache geführten Verhandlungen, daß der oberste Stab der Partisanen „keinen Grund für Feindschaft gegenüber den deutschen Streitkräften" sehe. Die Partisanen kämpften nur deshalb gegen die deutschen Truppen, weil sie sich verteidigen müßten.

Was die Partisanen von der Wehrmacht forderten

Dann kam eine Erklärung, die im Blick auf spätere Entwicklungen des jugoslawischen Kommunismus prophetische genannt werden konnte: Die Volksbefreiungsbewegung, so Velebit vor den deutschen Offizieren, stelle eine „unabhängige nationale Bewegung dar, die nicht von außen unterstützt werde".

In einer schriftlichen Notiz, welche die drei Tito-Delegierten im deutschen Divisionshauptquartier in Gornij Vakuf ihren Gesprächspartnern überreichten, wurde noch einmal die Forderung nach einer Anerkennung der Tito-Partisanen als kriegführende Partei erhoben und gleichzeitig ein Waffenstillstand vorgeschlagen. Dies geschah mit dem Argument, daß „in der gegebenen Situation keinerlei Grund besteht, daß die deutsche Wehrmacht kriegerische Handlungen gegen die Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens unternimmt – und zwar im Blick sowohl auf die Situation, die Gegner als auch die Interessen der einen wie der anderen Seite". Deshalb, so heißt es in dem von Djilas, Popovic und Velebit unterschriebenen Dokument, sei es „im gegenseitigen Interesse", die Feindseligkeiten einzustellen und „eventuelle Zonen" der wirtschaftlichen und anderer Interessen festzulegen.

Da die Verhandlungen auf solche Weise einen politischen Charakter annahmen, wurden sie nun in Zagreb (Agram), der Hauptstadt Kroatiens, fortgesetzt. Bereits bei einem ersten Gespräch mit dem deutschen bevollmächtigten General in Kroatien, Glaise, hatte Velebit erklärt, die Partisanen würden es keiner Macht erlauben, eigenmächtig auf jugoslawischem Territorium zu landen. Velebit versichert in seinen Aufzeichnungen, es sei allerdings „nicht von gemeinsamen Operationen der deutschen und jugoslawischen Partisanen gegen die Engländer gesprochen worden".

Einer der eifrigsten Befürworter eines politischen Kontaktes zu den kommunistischen Partisanen Titos war auf deutscher Seite ein Mann, von dem man es am wenigsten erwartet hätte: der deutsche Gesandte im „unabhängigen Staat Kroatien", SA-Obergruppenführer Siegfried Kasche. Dieser in der Wolle gefärbte Nationalsozialist geriet in einen schweren Konflikt mit dem Reichsaußenminister von Ribbentrop, da Kasche immer wieder darauf drängte, die Partisanenfrage politisch – das heißt: durch Gespräche mit Tito – zu lösen. Gegenüber dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker (dem Vater des jetzigen Bundespräsidenten), versicherte der SA-Obergruppenführer, Titos Partisanen seien in ihrer Mehrheit keineswegs Kommunisten. Wenn es gelinge, diese „in der Weltöffentlichkeit hoch bewertete Streitmacht" zu bewegen, das gegnerische Lager zu verlassen, dann sei das ein bedeutender Erfolg für Deutschland.

Weder Ribbentrop noch erst recht Hitler wollten aber etwas von einer solchen politischen Lösung wissen. Mit den Partisanen dürfe man nicht verhandeln, müsse sie vernichten – lautete die Weisung aus Berlin. Dem verhandlungswilligen SA-Führer wurde jeder weitere Kontakt zu Tito untersagt – vor allem lehnte Ribbentrop den Vorschlag Kasches ab, sich persönlich mit Tito zu treffen. Immerhin kam es im Verlauf der Verhandlungen und Kontakte während des Jahres 1943 zu einer zeitweiligen Einstellung kommunistischer Sabotageakte auf der für die Deutschen sehr wichtigen Bahnlinie Zagreb–Belgrad. Tito erteilte am 29. März 1943 der entlang der Bahnlinie aktiven Partisanenbrigade den Befehl, „auf keinen Fall den Kampf mit den Deutschen zu suchen und keinerlei Aktionen auf die Bahnlinie zu unternehmen". Und, als wolle er die Motive dieses Befehls erklären, ließ er die Erläuterung folgen: „Unsere wichtigste Aufgabe ist jetzt die Vernichtung der ‚Tschetniks' des Draza Mihailovic und die Zerschlagung seines Verwaltungsapparats, der die größte Gefahr für den weiteren Verlauf des Volksbefreiungskampfes darstellt." Die von den Partisanen gefangengenommenen Deutschen wurden ausgetauscht. Major Strecker berichtete in einer langen Denkschrift über seine Erfahrungen als Gefangener im „Partisanenstaat". Und daß es zumindest einen informellen Waffenstillstand zwischen den Tito-Partisanen und der Wehrmacht gab, bestätigt der Fall eines deutschen Offiziers, der mit seiner Kolonne in der Nacht zum 6. April 1943 in einen Hinterhalt geriet, wobei vier deutsche Lastwagen in Flammen aufgingen und zwei deutsche Soldaten getötet wurden. Der Offizier protestierte bei den ihn gefangennehmenden Partisanen gegen den Angriff mit der Begründung, es gebe doch einen Waffenstillstand – und verlangte, zum „Brigadier Popovic" geführt zu werden. Sein Wunsch wurde erfüllt – er wurde zu Koca Popovic ins Hauptquartier der 1. proletarischen Division gebracht und anschließend freigelassen.

Welches Ausmaß die Kontakte zwischen Partisanen und Wehrmacht hatten, beweist auch ein kleiner Vorfall am Rande: Der Partisanendelegierte Velebit erklärte den deutschen Offizieren, man sei bereit, der deutschen Wehrmacht erbeutete geheime Dokumente zur Verfügung zu stellen, welche die Zusammenarbeit zwischen den (damals mit dem Reich noch verbündeten) Italienern, den serbischen „Tschetniks" und den Engländern bewiesen. Bedingung: Die Deutschen müßten den Partisanen ein Fotokopiergerät verschaffen.

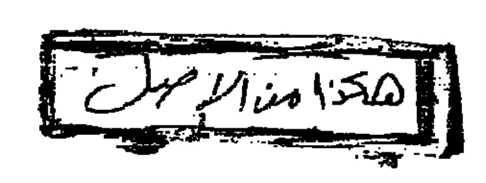
Die Sowjets betrachteten diese Kontakte zwischen Tito und der deutschen Wehrmacht mit größtem Mißtrauen. In einem Funkspruch Stalins aus Moskau an den jugoslawischen Partisanenstaat hieß es wörtlich am 31. März 1943: „Uns beunruhigt die Tatsache, daß Ihr Kriegsgefangene mit den Deutschen austauscht. Ihr entsendet Delegierte zu ihnen, welche alle möglichen Gespräche mit den Deutschen führen, und der deutsche Gesandte in Zagreb hat den Wunsch ausgesprochen, sich persönlich mit Euch (Tito) zu treffen. Was geht hier vor? Es wird ein erbarmungsloser Kampf mit den Okkupanten geführt, und plötzlich kommt es zu Kontakten zwischen Euch und den Deutschen . . ."

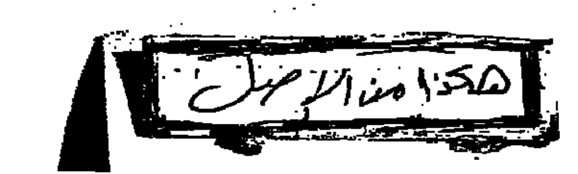
Stalin forderte den „Haß des Volkes"

Tito wurde von Stalin dann aufgefordert, nicht mit den Deutschen zu verhandeln, sondern den „Haß des Volkes" gegen sie zu mobilisieren. Fast zur gleichen Zeit wurde der deutsche Gesandte in Zagreb durch Ribbentrop mit der Bemerkung zurückgepfiffen, die einzig zulässigen Verhandlungen mit den Partisanen könnten nur über deren bedingungslose Kapitulation geführt werden. SA-Obergruppenführer Kasche funkte – Datum: 30. März 1943 – an Ribbentrop zurück: „Ich glaube, daß die Partisanenfrage bei uns grundsätzlich verkannt wird. Sie wurzelt vielmehr in politischen Verhältnissen als in militärischen." Er, Kasche, plädiere für „politische Lösungsmöglichkeiten" – aber diese seien ihm auf Anordnung aus Berlin jetzt verwehrt.

Das Rad der Geschichte drehte sich weiter. Die seltsame Interessengemeinschaft zwischen der Wehrmacht und den Partisanen Titos bei der Abwehr einer möglichen britisch-amerikanischen Balkan-Invasion blieb eine Episode. Dennoch zeigte sich hier im Kern bereits vieles, was später, unter ganz anderen Auspizien, Wirklichkeit werden sollte: etwa der Abfall Titos von Moskau und ein eigener jugoslawischer Weg. Djilas berichtet, Tito habe ihm auf die Frage, was denn wohl die Russen zu den Verhandlungen mit den Deutschen sagen würden, brüsk geantwortet: Wir vertreten unsere Interessen, so wie Sie ihre Interessen vertreten.

Übrigens – die wichtigsten deutschen Gesprächsteilnehmer und Eingeweihten dieser Verhandlungen sind kurz nach Kriegsende oder noch während des Krieges umgekommen. General Glaise-Horstenau verübte in amerikanischer Haft 1946 Selbstmord. Generaloberst Löhr wurde in Belgrad als „Kriegsverbrecher" erschossen, der Gesandte und SA-Führer Kasche in Zagreb gehenkt. Damit waren die Wichtigsten dieser Ereignisse verstummt. Es bleibt aber die Feststellung, daß Geschichte sich niemals nach bloß ideologischen Schablonen vollzieht – weder auf der einen noch auf der anderen Seite.





Für Unternehmer muß man etwas unternehmen.

Wenn jedermann von der Bedeutung des Mittelstandes spricht, wird es Zeit, den Mittelstand auch bedeutend zu unterstützen.

Denn wer mehr macht als Worte, hat auch mehr als Worte verdient.

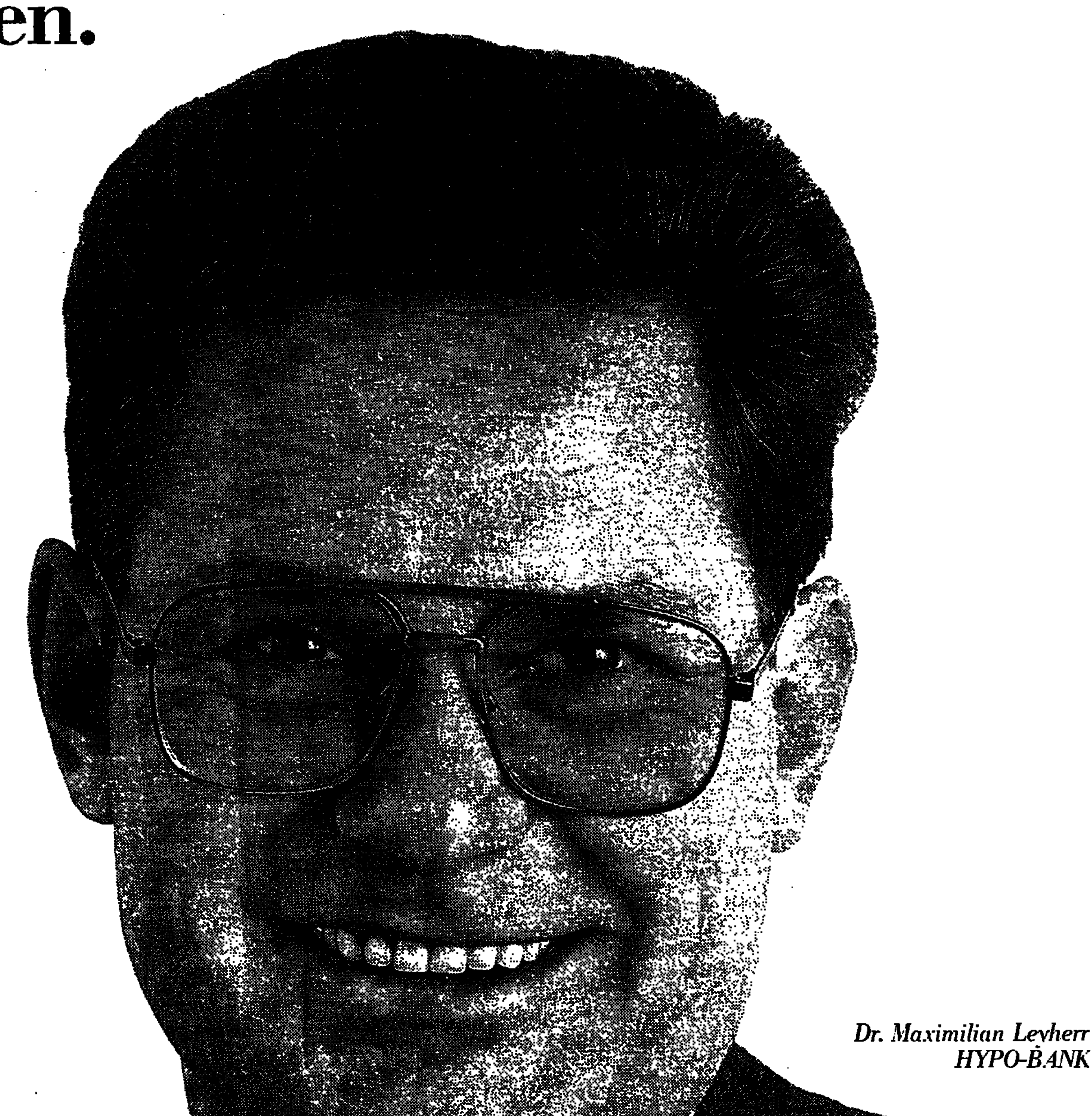
Deshalb möchten wir unser Engagement für den Mittelstand ausschließlich in Taten ausdrücken:

Mit der tatkräftigen Unterstützung bei der Bilanzanalyse beispielsweise. Mit einem Investitionsdarlehen, unserem HYPO-Bankdarlehen, das sich nicht nur an die üblichen Sicherheiten knüpft, sondern auch auf eine Idee vertraut, die Geld wert ist. Mit der HYPO-Kontaktbörse für nationale und internationale Geschäftsanbahnungen und mit den elektronischen HYPO-Informationssystemen für jede Form von Auslandsgeschäften. Unternehmen Sie also ruhig etwas.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.



Dr. Maximilian Leyherr
HYPO-BANK

Genscher-Reise nach Marokko und Tunesien

dpa, Bonn

Den deutsch-arabischen Dialog und das Nahost-Engagement der EG-Staaten will Bonn durch intensive Kontakte mit der Maghreb-Region verstärken. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird am Donnerstag zu einem dreitägigen Besuch nach Marokko und Tunesien fliegen, nachdem bereits im vergangenen September als erster algerischer Außenminister Ahmed Teleb Ibrahimi offiziell zu Gast in Bonn war. Genscher wird neben seinen Gesprächen mit den Spitzen der Regierungen auch mit den Staatsoberhäuptern, König Hassan von Marokko und Präsident Bourguiba, zusammentreffen. Außerdem will Genscher in Tunis den Ende Januar in Bonn neu angeknüpften Meinungsaustausch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Chedli Klibi, weiterführen.

Als Hauptthemen der Gespräche gelten der Ausbau der politischen Beziehungen, der Nahost-Konflikt, die Palästinenser-Frage, die Lage im Maghreb-Raum und die Bekämpfung des Terrorismus. Weiterer Schwerpunkt der Beratungen werden die Sorgen der beiden Länder um ihre Exporte in die Europäische Gemeinschaft nach der EG-Süderweiterung mit Portugal und Spanien sein. Marokko als Gastgeber der jüngsten arabischen und islamischen Gipfelkonferenzen und Tunesien als Gastland der Arabischen Liga spielen nach Meinung Bonner diplomatischer Kreise trotz ihrer geographischen Randlage wichtige mäßigende Rollen im Nahost-Konflikt.

Die Bundesrepublik unterstützt Marokko jährlich mit 40 Millionen und Tunesien mit 100 Millionen Mark Entwicklungshilfe.

Den Haag erregt sich über deutsche Drogen-Fahnder

Das Parlament behandelt den Fall des Dealers Theo

HELMUT HETZEL, Den Haag

Vielfach war in Den Haag die Rede davon, daß deutsche Drogenfahnder in den Niederlanden Kontakte zur Rauschgift-Szene knüpften. Sie, so lautete der oft gemachte Vorwurf, bereiteten dann einen Deal mit einem niederländischen Händler vor und bestünden dabei darauf, daß der „Stoff" in der Bundesrepublik Deutschland übergeben werde. Komme der holländische Dealer dann zum verabredeten Treffpunkt nach Deutschland, schnappe die Falle zu. Er werde verhaftet und nach deutschem Recht, das bei Rauschgiftdelikten wesentlich schärfer ist als das holländische, verurteilt.

Die Unterschiede zwischen geltendem deutschen und niederländischen Recht bei Rauschgiftdelikten sind in der Tat so groß, daß der Delinquent in Holland für einen gleichgearteten Verstoß mit einer Geldstrafe davonkommen kann, während er in der Bundesrepublik dafür einige Jahre hinter Gitter muß.

Von deutscher Seite wurde die dienstliche Tätigkeit von Drogenfahndern aus der Bundesrepublik, die ohne Zustimmung der zuständigen holländischen Behörden tätig werden, bisher immer bestritten. Auch die niederländische Justiz hat sich mit Beweisen in dieser Frage schwergetan. Ein Fernsehteam des Magazins „Nieuwslijn" drehte den Spieß jetzt einfach um. Die Journalisten heuerten den holländischen Drogenabhängigen und kleinen Dealer namens Theo an, der bereit war, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Zu welchen Bedingungen, das sagten sie allerdings nicht.

Der TV-Beitrag begann so: Theo greift zum Telefonhörer, wählt eine Nummer in Aachen und fragt nach einem Polizeikommissar namens Kratz. Kratz kennt Theo offensichtlich und ist sofort bereit, sich mit dem Informanten in dem niederländischen Grenzstädtchen Vaals zu treffen.

Theo war von den holländischen Journalisten mit Mikrofon und Tonband präpariert worden. Der deutsche Agent sagt laut Bandaufnahme wörtlich: „Normalerweise ist das verboten, was ich hier mache." Dann bot er Theo zwischen 3000 und 5000 Mark für seine Mitarbeit an. „Das ist für dich drin." Aufgabe für Theo: Kontakt zu einem offensichtlich von deutscher Seite gesuchten Dealer herstellen. Dann präzisierte der deutsche Beamte: „Bedingung aber ist, daß der Stoff uns in die Hände fällt." Als das Fernsehteam, das das Gespräch in einem China-Restaurant heimlich mitgedreht hatte, plötzlich hereinstürmt und Kratz zur Rede stellt, streitet dieser vor der laufenden Kamera alles ab.

Ebenso leugnen der von den Hilversumer Programmachern dazu befragte Aachener Staatsanwalt Bernklau und ein Aachener Polizeisprecher den illegalen dienstlichen Übergriff ihres Beamten. Bernklau in fließendem Holländisch: „Mir sind keine Fälle dieser Art bekannt." Etwas anders sieht man die Sache im Haager Justizministerium. „Wenn die juristischen Auffassungen hier auseinandergehen, so hat man doch das Recht des anderen zu respektieren", betont ein Sprecher gegenüber der WELT. „Auch wenn das verfolgte Ziel an sich gut sei, das deutsche Recht hört an der holländischen Grenze auf." Die Angelegenheit werde auf Ministerebene in Bonn zur Sprache gebracht. Das holländische Parlament wird sich am Mittwoch mit diesem Vorfall befassen.

Im Streit um den Paragraphen 116 ergreift jetzt auch die GEW Partei

Gewerkschaft legt Materialband für die Behandlung des Themas im Unterricht vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Lehrergewerkschaft GEW hat die Planung ihres Vorsitzenden Dieter Wunder schnell umgesetzt, die dieser vor knapp zwei Wochen öffentlich formuliert hatte: „Heute fordern wir, die Auseinandersetzung um Paragraph 116 AFG in den Unterricht zu bringen." Und er hatte seinen Kollegen in den Schulen zugerufen: „Dies obliegt Eurer pädagogischen Verantwortung. Daran darf Euch kein Politiker hindern." Herausgekommen ist nun, noch druckfrisch, ein 72 Seiten starker Materialband, der den interessierten Lehrern Leitfaden für die Unterrichtsbehandlung des Streikparagraphen sein soll.

Das Inhaltsverzeichnis verspricht eine umfängliche Darstellung des vielschichtigen Themas. Die Stichworte reichen von einer „einführenden Darstellung" über „didaktische Bemerkungen" und „Material" bis zur Zitierung aller wichtigen Stellungnahmen jeglicher Couleur und einer „Unterrichtseinheit". Denn Wunder hatte angekündigt, daß man „nicht – wie unsere Gegner uns dümmlich unterstellen – Schüler indoktrinieren" wolle. Doch der GEW-Vorsitzende hatte auch keinen Zweifel daran gelassen, daß „wir natürlich Partei sind". Und dies wird dann beim genaueren Hinsehen deutlich.

„Widerstandsrecht"

Unter der Überschrift: „Worum geht es eigentlich beim Streik?" werden „Arbeitsaufträge" formuliert, die die Schüler zu diesem Thema erarbeiten sollten. Als Grundlage zur Behandlung des Themas wird in bester Klassenkampf-Manier das Theaterstück „Die Mutter" herangezogen, dessen Handlung unmittelbar vor der Oktoberrevolution in Rußland angesiedelt ist. In dem „Vorwort" zur „Unterrichtseinheit" wird die Absicht noch deutlicher: „Die soziale Auseinandersetzung in unserem Land wird immer weniger mit Argumenten als vielmehr mit den Machtmitteln der Besitzenden geführt. Die Aussperrung ist ein solches Machtmittel der Besitzenden." Aber: „Der Streik ist sowohl politisches wie soziales Widerstandsrecht der Arbeitnehmer."

Da scheint den Autoren in der Frankfurter GEW-Zentrale einiges durcheinander geraten zu sein:

- In einer Schlampigkeit, die jedem Schüler wohl Notenabstriche einbringen würde, wird das Theaterstück „Die Mutter" Bertolt Brecht zugeschrieben – allein, die Verhältnisse, die sind nicht so: Der Klassenkämpfer hatte nur eine Gorki-Vorlage dramatisiert.
- „Gegen jeden, der es unternimmt, diese (demokratische und soziale) Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist", wird das Widerstandsrecht in Artikel 20 des Grundgesetzes definiert. Dies soll also nach GEW-Lesart auch der Kern des Streikrechts sein? Möglicherweise geht es also doch nicht um „dümmliche Gegner", wenn von Indoktrination die Rede ist.

Solche Fehltritte sind keine Ausnahme in dem Papier. Aber manchmal schrecken die Verfasser auf den 72 Seiten auch nicht vor offensichtlichen Falschdarstellungen zurück – alles wahrscheinlich unter der Entschuldigung, als Gewerkschaft „Partei sein" zu müssen:

„Aussperrung – was ist das?", lautet dort eine Frage, und eine offenkundig falsche Antwort: „Die Arbeitslosenversicherung zahlt den Ausgesperrten keine Arbeitslosenunterstützung." Die „Pläne" der Bundesregierung bei der Novellierung des Paragraphen 116 sähen vor, daß „Kurzarbeitergeld kalt ausgesperrten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden soll". Eben dies hatten die Gewerkschafts-Spitzen beim Treffen mit Arbeitsminister Blüm und den Sozialausschüssen vor wenigen Wochen als falsch zurückgezogen. Möglicherweise hat sich dies nicht bis zur GEW herumgesprochen.

Wie reagieren Eltern?

„Recht muß Recht bleiben", lautet zwar die Aufforderung in einer Zwischenüberschrift, aber dies gilt offensichtlich nur für andere und hindert nicht daran, selbst nach anderen Maßstäben zu verfahren: „Die Arbeitskämpfe 1984 waren Erfolge." Die IG Metall und die IG Druck hätten „Tabus der Arbeitgeber durchbrochen. Es soll verhindert werden, daß Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ihre Forderungen und Interessen weiter wirkungsvoll vertreten können."

Ein Grundtenor durchzieht den Materialband: In dieser Republik stehen der „Übermacht der Unternehmer" die armen Gewerkschaften gegenüber, die mit ihrem „Streik für die Erhaltung der Freiheit, des Friedens und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt" eintreten. Wenn in dieser Form der Klassenkampf des 19. Jahrhunderts für den Unterricht aufgearbeitet werden sollte, gäbe es noch Verständigungsmöglichkeiten. Doch gegen eine solche Beschreibung der heutigen Wirklichkeit in den Schulen werden wahrscheinlich viele Eltern von ihrem grundgesetzlich garantierten Elternrecht gegenüber den Schulfaufsichtsämtern Gebrauch machen.

„DDR" verfährt im Reiseverkehr großzügiger

hrk./DW. Berlin

Die „DDR" will bei West-Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „großzügig verfahren". Dies habe der ständige Vertreter der „DDR" in Bonn, Ewald Moldt, bereits am Freitag Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble telefonisch mitgeteilt, berichtete gestern Regierungssprecher Friedhelm Ost. Schäuble hatte Moldt in der vergangenen Woche um Aufklärung gebeten, was es mit den Berichten über angeblich beschlossene Reiseerleichterungen auf sich habe. In dem Telefongespräch mit dem Kanzleramt hatte Moldt auch die Stellungnahme des „DDR"-Außenministeriums, das Berichte über eine mögliche Herabsetzung des Reisealters als „Ente" bezeichnet hatte, bestätigt.

Bereits vor einiger Zeit hatte die „DDR"-Führung den Ostberliner Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe von bevorstehenden Reiseerleichterungen für „DDR"-Antragsteller in dringenden Familienangelegenheiten informiert. Das verlautete jetzt zuverlässig aus Kreisen der Evangelischen Kirche in West-Berlin.

Stolpe nimmt zugleich die Aufgabe eines der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Kirchenbundes war. Der Kirchenbund und dabei insbesondere Stolpe hatten sich in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv bemüht, der SED-Führung die Bedeutung gelockerter Bestimmungen bei West-Reisen für das innenpolitische Klima in der „DDR" vor Augen zu führen.

Die Bundessynode in Dresden nahm Ende September 1985 sogar einen ausführlichen Passus über die Forderung nach Reiseerleichterungen in ihren Abschlußbericht auf.

Papst: Zurückhaltung in weltlichen Dingen

F. M. Bombay

Zur „integralen menschlichen Entwicklung" Indiens im Zeichen der Wahrheit und der Liebe hat Johannes Paul II. gestern zum Abschluß seines zehntägigen Indien-Besuchs die Jugend des Landes aufgerufen. Kurz vor seinem Rückflug nach Rom am Abend appellierte er an die im Shivaji Park von Bombay versammelten Jugendlichen, ihren „Dynamismus" zur Lösung der Probleme einzusetzen, denen sich ihr Land gegenübergestellt sehe:

„In Eurem Leben", rief er den jungen Menschen zu, „ist kein Platz für Apathie und Gleichgültigkeit. Der Dynamismus Eurer Jugend muß so geleitet werden, daß Ihr die der heutigen Gesellschaft gestellten Fragen löst." Die Jugend müsse durch die Verrichtung ihrer täglichen Arbeit zum Aufbau einer besseren Welt beitragen. Sie müsse gegen Untätigkeit ankämpfen und sich den Schwierigkeiten des Lebens stellen.

Am Morgen hatte der Papst während einer Messe in Poona die Priester des Landes zu Zurückhaltung in weltlichen Fragen aufgerufen. Priester könnten manchmal versucht sein, sich in weltliche Angelegenheiten einzumischen und sich unwichtig zu fühlen, weil ihre Berufung rein geistlicher Art sei. Deshalb, so das Oberhaupt der katholischen Kirche, *sei es für Priester „dringend notwendig"*, überzeugt von ihrer Berufung zu sein.

Die Kampagne gegen Margaret Thatcher läuft

REINER GATERMANN, London

Trotz aller Appelle an die Einheit der Partei und der Beteuerungen, geschlossen hinter Margaret Thatcher den nächsten Wahlkampf bestreiten zu wollen, wird die Kluft in der Konservativen Partei immer offensichtlicher – und damit auch die Frage, ob Frau Thatcher noch einmal die Kraft aufbringt, die Reihen zu schließen und zum dritten Mal für die Torys eine Wahl zu gewinnen.

Die am vergangenen Wochenende geäußerte Kritik hochrangiger Torys richtete sich nicht so sehr gegen das unglückliche Agieren der Regierung in der Westland- und British-Leyland-Affäre, sondern fast ausschließlich gegen die sozialen Negativaspekte der Regierungspolitik und den „Rambo-Stil" der Parteiführung in ihren Attacken gegen die Opposition.

Daß sich nun auch ein so besonnener und treuer Thatcher-Anhänger wie der Geschäftsführer des Unterhauses, John Biffen, kritisch zur Parteiführung äußert, unterstreicht den Ernst der Lage. Biffen, Mitglied des Kabinetts, warnte vor der Auffassung, daß ein verschärfter politischer Konflikt den Konservativen Sympathien einbringen würde. „Die Sprache des Konflikts kann sich leicht in eine selbstzerstörerische Aggression verwandeln", schrieb der altgediente Politiker in einem „offenen Brief" an seinen Wahlkreisvorstand. „Der Toryismus ist keine rauhbeinige politische Fraktion", sein neuer Radikalismus habe das Bild verändert, nun dürfe man nicht abtrünnig werden, meint Biffen. Er sieht in der Aggressionstaktik des Parteivorsitzenden Norman Tebbit die Gefahr, daß sich immer mehr bisherige Tory-Wähler der im Ton sehr gemäßigten sozialdemokratisch-liberalen Allianz zuwenden.

Nachfolger in Startlöchern

Selten zuvor konnten die Jung-Konservativen auf ihrem Jahreskongreß so viel hochkarätige Tory-Prominenz begrüßen wie am vergangenen Wochenende *in Blackpool.* Mit Innenminister Douglas Hurd fehlte eigentlich nur einer der Aspiranten, die für eine Thatcher-Nachfolge im Gespräch sind. Zwar forderte hier niemand direkt den Führungsanspruch Frau Thatchers heraus, aber einige arbeiteten fleißig an ihren Startlöchern. Energieminister Peter Walker forderte ein „radikales Umdenken", falls man sich Hoffnungen auf einen dritten Wahlsieg machen wolle. Die Regierung müsse sich jetzt der „Probleme und Ängste der normalen Familien" annehmen, man dürfe sich nicht ausschließlich auf die Marktkräfte verlassen.

Heseltines Zweifel

Noch deutlicher wurde der frühere Verteidigungsminister Michael Heseltine. Nicht von allen Kongreßteilnehmern freundlich empfangen – es bedurfte eines Eingriffs von Norman Tebbit, um die Buh- und „Verräter"-Rufe einer studentischen Rechtsaußengruppe zum Schweigen zu bringen –, erklärte er: „Auf den wichtigsten Weltmärkten kämpfen nicht Privatunternehmen alleine, sondern sie in Partnerschaft mit Regierungen. Wir alle wissen das. Um Gottes willen, nutzen wir das und machen einen Erfolg daraus." Der Ex-Minister ging weder auf die jüngsten Affären ein, noch erwähnte er die Premierministerin oder den Parteivorsitzenden, aber die Adresse war klar, als er den Begriff des „sich kümmernden Kapitalismus" wieder aufgriff. In seiner programmatischen Rede forderte Heseltine eine Debatte darüber, „wie wir die Stärke unserer verarbeitenden Industrie wiederherstellen können. Was wir jetzt diskutieren, ist, wie jede einzelne Gruppe der Gesellschaft ihren Konsum vergrößern kann." Er hegt Zweifel an der Fähigkeit der „Regierungsmaschinerie", jetzt in der Lage zu sein, eine neue industrielle Basis aufzubauen. „Wir brauchen eine größere Dynamik", stellte Heseltine fest.

Der Parteivorsitzende Norman Tebbit begnügte sich mit Frontalattacken gegen die Opposition. Daß Forderungen nach Frau Thatchers Rücktritt auch aus dem eigenen Haus *kamen und daß in Blackpool bereits* das Vorfeld für die Herausforderung bearbeitet wurde, wollte Tebbit nicht sehen.

Weizsäcker sichert Bangladesch Hilfe zu

dpa, Dhaka

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat auf der zweiten Station seiner Asienreise in Bangladesch versichert, das Land könne auch weiterhin mit der Solidarität der Deutschen rechnen. Bei einem Bankett in Dhaka sagte von Weizsäcker: „Wir wollen nicht mit Theorien und fertigen Antworten kommen. Wir wollen dort helfen, wo es schrittweise zur Selbsthilfe der Armen und Bedürftigen beiträgt und wo es sie unterstützt, sich von Abhängigkeit zu befreien."

Die Bundesrepublik hat bisher mehr als 2,5 Milliarden Mark für finanzielle und technische Zusammenarbeit, Nahrungsmittellieferungen und andere Hilfeleistungen an Bangladesch aufgewandt und steht damit an vierter Stelle unter den Geberländern.

Südjemen bestätigt den Tod von Ismail

rtr. Aden

Im Südjemen ist gestern der Tod des ehemaligen Präsidenten Abdul-Fattah Ismail bestätigt worden. Wie Radio Aden berichtete, starb Ismail bereits am 13. Januar. Er sei von seinem Feind, dem entmachteten Präsidenten Ali Nasser Mohammed, in einem Panzer angriffen worden und seinen Brandverletzungen erlegen.

Bislang war das Schicksal Ismails, der als Anführer der Rebellion gegen Nasser Mohammed galt, ungewiß gewesen. Sein Tod war nur von Palästinensergruppen gemeldet worden. Aus diplomatischen Kreisen verlautete, daß die neue Führung die Todesmeldung vermutlich aus Furcht vor einem neuen Gewaltausbruch zurückgehalten habe.

Iran baut Kontakte zu den Sowjets aus

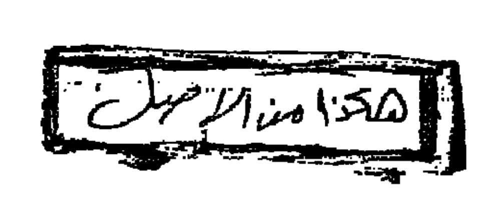
AP, Teheran

Die Beziehungen zwischen Iran und der Sowjetunion haben sich nach den Worten des iranischen Parlamentspräsidenten Haschemi Rafsandschani verbessert. Für eine Annäherung an die USA sehe Iran aber keine Chancen, sagte Rafsandschani in einem von der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zitierten Interview. In der vergangenen Woche hatte der stellvertretende sowjetische Außenministers Georgi Kornijenko Teheran besucht. Die Sowjetunion, so Rafsandschani, habe zwar in der Vergangenheit mit Irak zusammengearbeitet und dadurch Iran Schaden zugefügt, doch die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran hätten sich wieder voll entwickelt.

Welche Häftlinge hat Gorbatschow gemeint?

KNA. Frankfurt

Bei der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) sind zur Zeit 895 Personen registriert, die sich in der UdSSR aus politischen oder religiösen Gründen in Haft befinden. 183 dieser Häftlinge sind nach Mitteilung der Organisation in psychiatrischen Anstalten zwangsinterniert. Wie die IGfM gestern erklärte, habe sich der sowjetische Parteichef Gorbatschow offensichtlich auf diesen speziellen Personenkreis beschränkt, als er in einem Interview mit der französischen Zeitung „L'Humanité" von insgesamt 200 Menschen gesprochen habe, die wegen „Verbrechen gegen den Staat" verurteilt worden seien.



Dienstag, 11. Februar 1986
Nr. 35

Steuer-Oasen

HH – Der Bundesrechnungshof läßt den Verdacht nicht nur zwischen den Zeilen anklingen. Er nennt das Problem lieber gleich beim Namen: In einzelnen Bundesländern wird die Betriebsprüfung lascher gehandhabt als in anderen. Das macht den Standort attraktiver und führt zu mehr Unternehmensansiedlungen.

Die möglichen Einbußen an Steuereinnahmen aber trägt nicht das Land allein. Der Länderfinanzausgleich ebnet letzlich deren Auswirkungen bis zu einem gewissen Grad wieder ein, ganz zu schweigen von den unmittelbaren Auswirkungen der erhöhten Ansiedlungen. So „mögen in dem einen oder anderen Land Zweifel aufgekommen sein", resümiert der Rechnungshof, „ob eine Verstärkung des Betriebsprüfungsdienstes *tatsächlich zu einer* fühlbaren Steigerung der eigenen Haushaltseinnahmen führen würde".

Damit droht die Gefahr, daß der Finanzausgleich pervertiert wird. Was gleichsam als friedensstiftende Maßnahme innerhalb des Bundesgebietes gedacht ist, könnte sich ins Gegenteil verkehren: Der Ärger auch über Parteifreunde wächst.

Der *Hamburger* Finanzsenator Gobrecht (SPD) beispielsweise kritisiert die Praktiken im SPD-regierten Hessen. Die ÖTV hat von einem Erlaß in Bayern erfahren, der den Prüfungsdienst anweist, zehn Prozent der Großbetriebe nicht mehr zu prüfen. Wenn das Schule macht, prüfen bald nur noch die Dummen. Und Unternehmer suchen die Steueroasen bald nicht mehr auf exotischen Plätzen wie den Antillen, sondern unmittelbar vor ihrer Haustür in der Bundesrepublik.

Dünnes Eis

Wb. – So ganz unbeschwert konnte sich die Führungsmannschaft der Arbed Saarstahl GmbH nicht in die tollen Tage begeben, die auch an der Saar feuchtfröhlich gefeiert werden. Noch schreibt das Unternehmen rote Zahlen, noch sind Restrukturierung und Personalabbau nicht abgeschlossen, und noch liegt das Unternehmen den öffentlichen Händen auf den Taschen. Doch nach so vielen Jahren einer scheinbar endlosen Talfahrt geben die jüngsten Nachrichten aus Völklingen Grund zum Aufatmen. Hoffnung *gibt* es immerhin: Vielleicht wird schon in diesem Jahr die Gewinnschwelle erreicht. Nachhaltige Entlastung jedenfalls kommt vom Personalabbau und von der gemeinsamen Roheisenerzeugung der Saarhütten, die im Dezember in Betrieb gegangen ist. Noch ist das Eis aber dünn, auf dem sich das Unternehmen bewegt. Eine Kapitaldecke hat es nicht, bei Bund und Land steht es mit mehr als drei Milliarden Mark in der Kreide, und von der jetzigen 13 250-Mann-Belegschaft zur Zielgröße unterhalb 10 000ist es noch ein weiter Weg.

FRANKREICH / Liberalisierung des Geld- und Kapitalmarktes vorangetrieben

Minister Bérégovoy will Paris zum internationalen Finanzplatz erheben

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs sozialistischer Finanzminister Pierre Bérégovoy hat die Liberalisierung des dirigistischen Finanzsystems energisch in Angriff genommen. Mit dem Ziel, Paris zu einem bedeutenden internationalen Finanzplatz auszubauen, ergriff er zahlreiche Maßnahmen zur Reform des Kapital- und Geldmarktes, welche weit über das hinausgehen, was seine Amtsvorgänger zuwege gebracht haben. Gleichzeitig stellte er die Geld- und Kreditpolitik auf eine marktwirtschaftlichere Grundlage.

Seine erste Tat war die Einrichtung von Zweitmärkten an den französischen Börsen. Sie erlaubte kleineren Unternehmen zu erleichterten Bedingungen den Zugang zum Kapitalmarkt. Dadurch gelang es Bérégovoy, den Titelentzug der sozialistischen Verstaatlichungen teilweise zu kompensieren. Die Staatsunternehmen selbst dürfen sich durch die Emission von börsengängigen Partizipationsscheinen und Investitionszertifikaten Eigenkapital beschaffen sowie Zerobonds begeben.

Dem folgten eine Reihe von allgemeinen Emissionserleichterungen. So wurde auf Barerhöhungen des Aktienkapitals die einprozentige Staatsabgabe abgeschafft und am Rentenmarkt wurde die Schwelle für bewilligungspflichtige Anleihen von 200 auf 500 Mill. Franc und zu Beginn dieses Jahres weiter auf eine Mrd. Franc angehoben. Parallel dazu erhielten die Emittenten größere Freiheiten in der Wahl ihres Konsortiums, an welchem sich auch ausländische Banken beteiligen. Die Zahl ihrer französischen Niederlassungen hat sich stark erhöht.

Außerdem leitete Bérégovoy eine umfassende Modernisierung des Pariser Börsenbetriebs ein: Anfang März wird es hier neben der üblichen zweistündigen Sitzung um die Mittagszeit für die 50 Hauptwerte eine zusätzliche Vormittagssitzung von 9.30 bis 11.00 Uhr geben, die ab Juli für einen Teil dieser Werte bis 17.00 Uhr durchgezogen wird – bei einer weitgehenden Computerisierung der Notierungen. Damit ist der Weg zur kontinuierlichen Notierung unter Berücksichtigung der Kurse von Wall Street und Tokio frei.

Als wichtigste Reform ist aber die Schaffung eines neuen Marktes für sogenannte Depositenzertifikate anzusehen, der die Brücke zwischen dem Kapital- und dem Geldmarkt herstellt. Durch diese Zertifikate können sich nicht nur Banken und Finanzinstitute, sondern neuerdings auch Großunternehmen (ähnlich den amerikanischen Commercial Papers) für eine Laufzeit von zehn Tagen bis fünf Monaten Gelder zu Zinssätzen beschaffen (und begeben), die nur unwesentlich über den Geldmarktsätzen, aber erheblich unter den Zinsen für kurzfristige Bankkredite liegen. Der Mindestbetrag von zur Zeit zehn Mill. soll bald auf fünf Mill. Franc gesenkt werden.

Der neue Markt ist gut angelaufen. Man erwartet, daß über ihn 1986 mehr als 45 Mrd. Franc mobilisiert werden, davon 20 Mrd. Franc zugunsten der Unternehmen. Weitere 20 Mrd. Franc will sich der Staat durch die Emission kurzfristiger handelbarer Schatzscheine beschaffen. Wichtig ist, daß diese Titel sowie erstmals auch Obligationen von der Banque de France für ihre Offenmarktpolitik eingesetzt werden dürfen.

Andererseits soll die Notenbank nicht mehr die (subventionierten) Exportkredite der Banken refinanzieren, wodurch im letzten Jahr immerhin 40 Mrd. Franc in den Geldkreislauf gepumpt worden waren. Die Banken werden so auf den Geldmarkt verwiesen. Das bedeutet für sie schon rein administrativ eine Erleichterung, nachdem die Regierung bereits letztes Jahr die behördliche Kreditkontingentierung gelockert hatte.

Die Krönung seines Reformwerks sieht Bérégovoy in dem neuen „Terminmarkt für Finanzinstrumente" (Matif), der noch in diesem Monat für Obligationen eröffnet werden soll. Geplant ist außerdem ein Futures-Markt für Devisen und die Abschaffung der Wertpapierdevisen (devise-titres), die von Deviseninländern mit einem mehr oder weniger hohen Aufpreis gegenüber normalen Devisen für den Erwerb ausländischer Wertpapiere benötigt werden.

IFO-INSTITUT

Der Beschäftigungseffekt von Gründungen ist bescheiden

HEINZ STÜWE, Bonn

Unternehmensgründungen in der Industrie machen nur vier Prozent aller Firmengründungen aus, sie haben jedoch eine überdurchschnittlich hohe Beschäftigungswirkung. Bereits im ersten Jahr beschäftigt ein Viertel der jungen Industrieunternehmen zwei bis drei Arbeitnehmer, 22 Prozent haben neben dem Gründer einen einzigen Beschäftigten. Nur 36 Prozent kommen im ersten Jahr ohne Mitarbeiter aus; im Handwerk, im Einzel- und im Großhandel liegt dieser Anteil jedoch bei zwei Dritteln.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine Untersuchung, die das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zusammen mit einigen Industrie- und Handelskammern durchgeführt hat. Ausgewertet wurden die Angaben von rund 2000 Gründern aus der gewerblichen Wirtschaft sowie drei freien Berufen, die sich in den Jahren 1981 und 1983 selbständig gemacht hatten. Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche ergab sich dabei, daß im ersten Jahr pro Neugründung ein Arbeitnehmer beschäftigt wird. In den folgenden Jahren können die erfolgreichen Firmen zum Teil aber kräftig expandieren. So erhöhten die Handwerksbetriebe ihren Personalstand zwischen dem ersten und dem vierten Jahr ihres Bestehens um das 2,7fache auf im Durchschnitt fast drei Arbeitsplätze. Im Einzelhandel dagegen war der personelle Zuwachs weitaus geringer.

In der Gesamtschau stuft das Ifo-Institut die Entlastung, die Neugründungen für den Arbeitsmarkt bedeuten, als „bescheiden" ein. Ohnehin stellten die Zahlenangaben eher Maximalwerte dar. Sie ließen sich zudem nicht auf alle Gründungen übertragen, da nur Projekte erfaßt wurden, die sich erfolgreich am Markt behaupten konnten. Eine vollständige Analyse des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekts müsse, so betont Ifo, auch berücksichtigen, in welchem Umfang etablierte Firmen im Wettbewerb mit jungen Unternehmen Marktanteile einbüßen und deshalb Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen.

Einen spürbaren Beschäftigungseffekt versprechen nach Ansicht von *Ifo nur Vollerwerbsbetriebe.* Vor allem im Dienstleistungsbereich gewinnen aber die Nebenerwerbsgründungen an Bedeutung. So wurden beispielsweise im Einzelhandel von den erfaßten Gründungen aus dem Jahr 1983 nur 57 Prozent hauptberuflich betrieben. Zwei Jahre zuvor waren es noch über 70 Prozent.

In fast jedem zweiten neuen Unternehmen wird der Gründer von Familienmitgliedern tatkräftig unterstützt. Dieser Anteil ist in allen Wirtschaftszweigen etwa gleich hoch.

Von neun auf 18 Prozent verdoppelt hat sich zwischen 1981 und 1983 die Zahl der Gründer, die vorher arbeitslos waren. Im Handwerk hatte jeder vierte junge Selbständige zuvor keine Beschäftigung.

Skepsis am Bau

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Vorzeichen haben sich kaum verändert. Wie vor vier Jahren, als die letzte „Constructa" die internationale Bau-Fachwelt nach Hannover zog, erkennt die Branche auch jetzt keine Zeichen der Besserung. Ein Ende des seit 1980 anhaltenden Tiefs ist nicht abzusehen. Von der *günstigen Entwicklung der Gesamt*wirtschaft bleibt die Bauwirtschaft unberührt. So gesehen ist die Stimmung im Vorfeld der Constructa '86, die morgen auf dem hannoverschen Messegelände eröffnet wird, alles andere als euphorisch.

Bei der Suche nach den Gründen für den Niedergang der Bauwirtschaft, der über Jahrzehnte hinweg eine Art Lokomotiv-Funktion beim konjunkturellen Aufschwung der deutschen Wirtschaft zukam, werden die Experten schnell fündig: Der brachliegende Wohnungsbau ist das Sorgenkind Nummer eins. Auf ihn entfallen rund 45 Prozent des gesamten Bauvolumens. Um so gravierender sind die Folgen für die Branche, die sich aus dem drastischen Rückgang des Auftragseingangs ergeben. Allein in den Jahren 1984 und 1985 verzeichneten die Unternehmen eine Reduzierung des Auftragsvolumens um jeweils über 20 Prozent. Die so oft zitierte Marktsättigung will der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in diesem Zusammenhang nur bedingt gelten lassen. Nach wie vor bestünden Versorgungsdefizite in einzelnen Regionen und für bestimmte soziale Gruppen.

Günstiger gestaltet sich die Entwicklung im Wirtschaftsbau, der etwa 30 Prozent der Bautätigkeit repräsentiert. Die Aufträge fließen wieder etwas stärker, seit das Investitionsklima angezogen hat. Für das laufende Jahr darf mit einem weiteren Anstieg der Investitionen in diesem Bereich gerechnet werden.

Der öffentliche Hoch- und Tiefbau schließlich, der von den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hände besonders stark betroffen war, hat die Talsohle wohl erreicht, aber längst noch nicht durchschritten. Mit einem Anteil von rund 25 Prozent des gesamten Bauvolumens ist die Bedeutung dieser Sparte unbestritten. Die Abhängigkeit vom Ausgabeverhalten des Bundes, der Länder und Gemeinden begrenzt aber die Flexibilität der Bauindustrie in erheblichem Maße.

Die leidvollen Erfahrungen der letzten Jahre läßt die Bauwirtschaft im Gegensatz zu Prognosen der Bundesregierung und Konjunkturforschungsinstituten zurückhaltend sein. Insgesamt erwartet die Branche auch für 1986 kein Wachstum, wenngleich die Talfahrt beendet sein dürfte. *Angesichts des erreichten niedri*gen Niveaus und der Fortschritte der Wirtschaft insgesamt vermag diese Aussicht aber nicht zu trösten.

Die Konsequenzen sind vorgezeichnet. Die Baufirmen werden nicht umhin können, die Kapazitäten weiter einzuschränken und die Beschäftigtenzahl zu reduzieren. Im Jahresdurchschnitt 1985 waren im Bauhauptgewerbe noch annähernd eine Million Menschen tätig. Die jüngsten Schätzungen des Verbandes gehen bis 1987 von einem Abbau der Mitarbeiter um rund zehn Prozent aus.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Rechnung zur Arbeitslosenstatistik in der Bundesrepublik. Ausgehend davon, daß 1985 etwa 300 000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, wäre das Bild sehr viel freundlicher, wenn nicht gleichzeitig der Beschäftigungsrückgang am Bau (100 000) und in nachgelagerten Bereichen der Bauwirtschaft (100 000) wirksam geworden wäre.

Auf der Constructa werden derlei Zahlenspiele sicher nur am Rande eine Rolle spielen. Die 1711 Aussteller aus 25 Ländern haben trotz oder besser gerade wegen der Flaute der Bauwirtschaft den Abschluß von Geschäften im Visier. Zumindest in einem Bereich sind die Aussichten dafür *nicht einmal ungünstig.* Alles was mit Sanierung, Renovierung und Modernisierung zu tun hat, stößt in weiten Kreisen der Fachwelt und der Wohnungseigentümer auf permanentes Interesse.

Folgerichtig liegt der Schwerpunkt der im Vier-Jahres-Rhythmus stattfindenden Constructa beim „Allgemeinen Ausbau". Dieser Ausstellungsbereich umfaßt Türen, Fenster, Einbautreppen, Bodenbeläge und Decken- und Wandverkleidungen. Die Sonderschau „Modernisierung und technischer Ausbau" soll dabei den erwarteten 180 000 Besuchern praktischen Anschauungsunterricht bieten.

AUF EIN WORT



» In der Europäischen Gemeinschaft liegen in der schrittweisen Liberalisierung des Stahlmarktes erhebliche Risiken. Aus unserer Sicht ist dieser Schritt eine völlige Fehlentscheidung, solange die Subventionen zugunsten unserer Konkurrenz weiterfließen. «

Dr. Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, Duisburg
FOTO: DIE WELT

Neuer Anlauf für Kakaoabkommen

dpa/VWD, Genf

Die Vertreter von Kakao-Verbraucher- und -Produktionsländern sind in Genf zu einem erneuten Versuch zusammengetroffen, ein internationales Kakao-Abkommen zu erreichen. Die angestrebte Konvention soll zu einer Stabilisierung des Weltmarkts beitragen. Damit soll den Produzentenländern ein Mindesteinkommen gesichert werden. Angestrebt wird, bei sinkenden Preisen überschüssige Mengen in einem Ausgleichslager zu horten und sie bei steigenden Preisen wieder freizugeben. Dies scheiterte stets daran, daß keine Einigung über Ober- und Untergrenzen erzielt werden konnte.

METALLGESELLSCHAFT

Daimler-Benz gibt seine Beteiligung, wie erwartet, ab

nl. Stuttgart

Daimler-Benz wird sich – wie schon erwartet – von seiner indirekten Minderheitsbeteiligung an der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, trennen. Wie das Stuttgarter Unternehmen mitteilt, werde im Zusammenhang mit dem Fusionskontrollverfahren im Hinblick auf die Übernahme der AEG durch Daimler-Benz der Vorstand im Aufsichtsrat die Veräußerung jenes MG-Engagements vorgeschlagen. Es darf unterstellt werden, daß die Veräußerung wichtiger Teil der Auflagen ist, von denen das Kartellamt schließlich sein Placet für den Mehrheitserwerb an der AEG abhängig machen dürfte.

Die indirekte Daimler-Benz-Beteiligung an der Metallgesellschaft, die durchgerechnet knapp neun Prozent beträgt, wird über die allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen mbH., München, gehalten, die gut 35 Prozent des MG-Kapitals von 280 Mill. DM in ihrem Besitz hat. An dieser Verwaltungsgesellschaft sind neben Daimler noch Siemens, die Deutsche Bank und die Allianz beteiligt. Mit der Trennung werde eine gesellschaftsrechtliche Verbindung zu Siemens und zur Metallgesellschaft, die ein bedeutender Zulieferer von Daimler-Benz sei, gelöst. Angeboten werde die Beteiligung zunächst den Partnern in dieser Verwaltungsgesellschaft.

Im Hinblick auf Kooperationsaktivitäten wird in japanischen Presseberichten von einer sich anbahnenden Zusammenarbeit von Daimler-Benz und Mitsubishi auf dem japanischen Markt berichtet. Zunächst sei an gemeinsame Marktuntersuchungen gedacht, was Daimler freilich nicht bestätigt.

METALLMÄRKTE

„Bedarf hinkt 1986 deutlich hinter dem Angebot her"

DW. Bonn

Eine anhaltende Überproduktion im Metallbereich prognostiziert die Commerzbank für 1986. Da der Konjunkturaufschwung immer mehr vom Konsumbereich getragen werde, sei *mit einem stagnierenden* Metallbedarf der Industrie zu rechnen, heißt es in einem Bericht über die Lage an den Rohstoffmärkten. Außerdem seien die Bergwerks- und Raffineriekapazitäten in den Schwellenländern ausgeweitet worden, ohne daß entsprechende Stillegungen bei den traditionellen, meist teurer fördernden Produzenten in den Industriestaaten erfolgt seien. Gleichzeitig wirke das generell sehr elastische Angebot an den Metallmärkten einer Lageraufstockung bei Handel und Verarbeitern entgegen.

Trotz des prognostizierten Angebotsüberhangs sieht die Bank bei den Metallpreisen in diesem Jahr einen deutlich geringeren Korrekturbedarf als 1985. Bei Aluminium und Zink sei wegen „vorangegangener Übertreibungen" sogar eine festere Tendenz zu erwarten. Schwach bleibe dagegen weiterhin die Verfassung des Bleimarkts. Auch die Kupfer- und Nickelpreise könnten nach Ansicht der Commerzbank wegen des anhaltenden geringeren Verbrauchs und der Kapazitätssteigerungen weiter sinken.

Bei den Edelmetallen erwartet die *Commerzbank steigende Preise für* Platin. Wegen der höheren Nachfrage – auch aufgrund der Herstellung von Abgas-Katalysatoren – sei in diesem Jahr mit einem beträchtlichen Produktionsdefizit zu rechnen, das auf 6,9 Tonnen (weltweiter Bedarf 1985: 86,5 Tonnen) veranschlagt wird. Versorgungskrisen seien aufgrund der hohen Platinbestände außerhalb Südafrikas aber unwahrscheinlich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehrwertsteuer in der EG

Regelsteuersatz in %

Griechenland – 2 – 12
Luxemburg – (3)
Spanien – 6 – 33
BR Deutschland – (7)
Großbritannien
Portugal – 8 – 30
Italien – 2 – 38
Frankreich – 5,5 – 33,33
Belgien – 6 – 33
Niederlande – (5)
Dänemark – 22
Irland – (10) – 23

In den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist die Mehrwertsteuer höher als in der Bundesrepublik Deutschland. In Italien verdient der Staat an einzelnen Gütern und Dienstleistungen bis zu 38 Prozent. Der Regelsteuersatz liegt bei 18 Prozent. Die angestrebte Harmonisierung wird für Bonn wahrscheinlich bedeuten, daß die Mehrwertsteuer angehoben wird. Die unterschiedlichen Steuersätze sind Gegenstand der Beratung einer Expertengruppe der europäischen Finanzminister, die im März einen Bericht vorlegen soll.
QUELLE: IMU

Lebensversicherer steigerten Neugeschäft

Bonn (dpa/VWD) – Die deutschen Lebensversicherer haben 1985 ihr Neugeschäft um 3,6 Prozent auf 150,25 Mrd. DM gesteigert. Die Zahl *der Neuverträge ging allerdings um* 2,8 Prozent auf 5,23 Mill. zurück. Nach Angaben des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen erhöhten sich die Beitragseinnahmen um 5,4 Prozent auf 35,8 Mrd. DM, während der Bestand mit 67,5 Mill. Verträgen eine versicherte Summe von 1,11 Billionen DM erreichte.

Kupfer für „DDR"

Kiruna (AFP) – Die schwedischen Kupferbergwerke Viscaria in Kiruna (Lappland) haben mit der „DDR"-Gesellschaft Intras über fünf Jahre laufende Abkommen zur jährlichen Lieferung von 20 000 Tonnen Kupfer abgeschlossen. Dies wurde aus Wirtschaftskreisen in Stockholm bekannt. Die Gesamtlieferungen werden einen Wert von einer Mrd. Schwedenkronen (rund 330 Mill. DM) erreichen. Die Viscaria-Kupferbergwerke gehören zur staatlichen Gruppe der lappländischen Eisenbergwerke LKAB. Die Lieferungen an die „DDR" werden 15 Prozent der Kupfergesamtförderung in Lappland betragen.

Noch höheres Defizit

Rom (dpa/VWD) – Das Defizit im italienischen Außenhandel ist 1985 von 19,1 Billionen Lire (29 Mrd. DM) auf 23 Billionen Lire (35 Mrd. DM) gestiegen. Die Ausfuhren stiegen um 16 Prozent auf 149,7 Billionen Lire und die Einfuhren um 16,6 Prozent auf 172,7 Billionen Lire. Das geht aus der amtlichen Statistik hervor. Bei weiter sinkenden Rohölprisen wird nach Schätzungen des Spitzenverbandes der italienischen Industrie für 1986 mit einer Halbierung des Fehlbetrags gerechnet.

Kiechle skeptisch

Bonn (dpa/VWD) – Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) erwartet von den Brüsseler Preisverhandlungen nur wenig Fortschritte für die Agrarpolitik. Zuerst eimmal müßten die Agrarüberschüsse auf ein erträgliches Maß reduziert werden, sagte der Minister. Die Landwirte in der Bundesrepublik seien gegenwärtig verärgert und hätten teilweise auch Angst vor der Zukunft. Sie spürten jetzt, daß ihnen die Über*schüsse zu schaffen machten, und* warteten daher auf Antworten vom Bauernverband und von den Politikern, wie es weitergehen solle. Da die Beantwortung dieser Frage sehr schwierig sei, reagiere die Landwirtschaft sehr mißtrauisch.

Zahlungsbilanzüberschuß

Frankfurt (dpa/VWD/AP) – Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik hat hat 1985 mit einem Überschuß abgeschlossen. Er erreichte 1,843 Milliarden DM nach einem Fehlbetrag von knapp 3,1 Milliarden DM im Vorjahr. Das gab die Deutsche Bundesbank gestern in Frankfurt bekannt. Die Dienstleistungsbilanz wies im Dezember – der jahreszeitlichen Entwicklung entsprechend – einen Überschuß auf. Mit 1,5 Milliarden Mark war der *Aktivsaldo* etwa ebenso hoch wie im November 1985. Die Übertragungsbilanz blieb dagegen defizitär, der Fehlbetrag fiel allerdings im Dezember mit 2,8 Milliarden Mark niedriger aus als im November (3,5 Milliarden Mark). Der deutsche Nettobeitrag zum EG-Haushalt ging auf 0,7 Milliarden Mark zurück, verglichen mit zwei Milliarden Mark im Vormonat, als die Bundesrepublik zur Finanzierung des EG-Haushaltsdefizits eine Sonderzahlung geleistet hatte.

Cola verboten

Khartum (AP) – Die sudanesische Regierung hat beschlossen, der sudanesischen Niederlassung der amerikanischen Getränkefirma Coca-Cola den Vetrieb des gleichnamigen Erfrischungsgetränkes in Sudan zu untersagen. In einer Erklärung des Kabinetts hieß es, das Verbot sei erlassen worden, um „Sudans Verpflichtung auf die Politik der Arabischen Liga" Geltung zu verschaffen. Die Entscheidung erfolgte in Übereinstimmung mit einem 35 Jahre alten Beschluß der Arabischen Liga, Unternehmen, die mit Israel Geschäftsbeziehungen unterhalten, zu boykottieren.

VERLAGE

Zeit nicht zu Gruner + Jahr

dpa/VWD, Berlin

Die Fusion Bertelsmann/Zeit bleibt untersagt. Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat entgegen der Entscheidung von vor gut drei Jahren die Untersagung des Bundeskartellamts in Berlin gegen die Beteiligung der zum Bertelsmann-Konzern gehörenden Gruner + Jahr AG + Co (Hamburg) an der Zeitverlag G. Bucerius KG bestätigt. Die Beschwerde der Unternehmen gegen die Untersagungsverfügung wurde zurückgewiesen. Die Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe wurde zugelassen. Die betroffenen Verlagshäuser lehnten am Montag eine Stellungnahme zu der Entscheidung des Kartellsenats ab. Ein Sprecher von Gruner + Jahr und dem Zeitverlag erklärten, man wolle erst die schriftliche Begründung der Untersagung abwarten und *dann Gespräche* führen.

NEUE TECHNIKEN / WELT-Gespräch mit dem Handwerks-Generalsekretär Klaus-Joachim Kübler

„Permanente Innovation ist eine Existenzfrage"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die neuen Technologien stellen für das Handwerk zwar eine Herausforderung dar. Trotzdem sage der zweitgrößte Wirtschaftsbereich uneingeschränkt „ja" zu diesen Entwicklungen. Dies erklärte der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Klaus-Joachim Kübler, in einem Gespräch mit der WELT.

Für die nahezu 500 000 Handwerksbetriebe seien permanente Innovationen eine Existenzfrage, um die Dynamik zu erhalten. „Die neuen Technologien sind keine Monopol von Großunternehmen", so Kübler. Mehr als 38 Prozent des Auftragsvolumens, das vom Handwerk als Zulieferer für die Industrie abgewickelt wird, bestehe schon heute aus Eigenentwicklungen. Als Paradebeispiel aus dem Bereich der Elektronik wird immer wieder auf einen Handwerksbetrieb aus München verwiesen, der für das Spacelab-Projekt einen Teil der Steuerung selbständig entwickelt hat. Ein Teil des hydraulischen Bremssystems des Airbus sei von einem norddeutschen Handwerksbetrieb nicht nur entwickelt worden, sondern werde auch selbst eingebaut.

Als Anwender der neuen Technologien steht nach Angaben Küblers auch im Handwerk die elektronische Datenverarbeitung oben an. Knapp die Hälfte aller Betriebe bedienten sich bereits heute einer elektronischen Hilfe. Vor allem in den Bereichen Kfz-Technik, Bau- und Ausbaugewerbe, Feinmechanik und Werkzeugmacher hätten Computer bereits seit langem Eingang auch in die Produktion gefunden.

Allerdings verkennt Kübler auch die Gefahren nicht. Angesichts der raschen technologischen Entwicklung würden auch Kenntnisse und Fähigkeiten im Handwerk rasch veraltern können. Um den Anschluß an die technische Entwicklung nicht zu verlieren, müßten Ausbildung, vor allem jedoch Weiterbildung und der Technologietransfer intensiviert werden. Durch die neuen Techniken nehme auch die Kapitalintensität und die Kapitalbindung im Handwerk stetig zu. Überdies dürfte die moderne Produktionsapparatur in immer kürzeren Intervallen technisch veraltern.

Für Kübler folgt daraus, daß die Handwerksbetriebe mehr und rascher als früher investieren müßten. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß sie aus Mangel an Eigenkapital oder aufgrund der Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdmitteln die notwendigen Modernisierungen nicht durchführen könnten. Dies könnte die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks beeinträchtigen. Daher sei es notwendig, die Fähigkeit der Unternehmen zu stärken, Eigenkapital zu bilden.

In diesem Zusammenhang wiederholte Kübler die Forderung seiner Organisation nach einer Mittelstandskomponente in der Steuerpolitik. Das Handwerk halte die Einführung einer mittelstandsbezogenen steuerstundenden Investitionsrücklage für den besten Weg, um die größenbedingten Nachteile auszugleichen. Die Eigenkapitalquote liege im Handwerk nur bei rund zehn Prozent.

Die neuen Techniken führten aber auch dazu, daß der Produktionsapparat der Industrie zunehmend flexibler werde. Umrüstungen und Umstellungen würden leichter möglich. Klein- und Kleinstserien würden für die Industriebetriebe realisierbar. Hier habe bisher eine Domäne der kleineren Produktionsbetriebe, gerade auch des Handwerks gelegen. Damit es in diesem Bereich zu keinem Einbruch kommt, hat der Verband Ende vergangenen Jahres einen Technologiebeirat gegründet, der die Firmen beraten soll.

ARBED SAARSTAHL

1986 „Chance auf Gewinn"

Wb. Völklingen

Mit sehr vorsichtigem Optimismus blickt die Geschäftsführung der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, auf den Verlauf des neuen Jahres. Zwar sollen Produktion und Versand kaum die Vorjahreswerte überschreiten. Doch: „Unter bestimmten günstigen Prämissen, je nach Entwicklung des Marktes und des Dollarkurses, besteht sogar eine Chance, daß das Unternehmen noch in diesem Jahr die Gewinnzone erreicht", heißt es in der jüngsten Ausgabe der Werkszeitschrift „Hüttenmann".

Auch 1986 werde freilich noch ein Bedarf an öffentlichen Beihilfen bestehen. Sie werden vor allem für eine Reihe größerer Investitionsvorhaben – Gesamtvolumen: 126 Mill. DM, deutlich weniger als die geplanten Abschreibungen – benötigt, die Bestandteil der weiteren Umstrukturierung und Sanierung sind. Doch auch unter diesem Aspekt hat sich das neue Jahr erfreulich angelassen: Von den für Januar vorsorglich angemeldeten 35 Mill. DM an Finanzhilfen wurden nur 22,3 Mill. DM in Anspruch genommen. Damit hat sich die leichte Entspannung des Vorjahrs offenbar fortgesetzt – auch 1985 wurden die öffentlichen Hände bereits mit rund 50 Mill. DM weniger in Anspruch genommen als zunächst geplant. Die übrigen Indikatoren der notleidenden Saarhütte zeigen ebenfalls bergauf.

So wurde die Produktion von Rohstahl 1985 insgesamt um knapp neun Prozent auf 2,68 (2,46) Mill. Tonnen gesteigert, die Walzstahlproduktion nahm um 8,5 Prozent auf 2,31 (2,13) Mill. Tonnen zu. Deutlich stärker wuchs der Walzstahlversand um 13,5 Prozent auf 2,36 (2,08) Mill. Tonnen, anscheinend verbunden mit einem leichten Lagerabbau.

Bei einer Umsatzsteigerung um fast 14 Prozent auf 2,55 (2,24) Mrd. DM hat sich das Ergebnis 1985 gegenüber dem Vorjahr zwar „wesentlich" verbessert, blieb aber noch im negativen Bereich. Etwas flotter als geplant kam 1985 der Belegschaftsabbau voran: Mit 13 254 (14 427) Mitarbeitern wurde die Sollstärke zum Jahresende um 250 Beschäftigte unterschritten.

SACILOR / Durch eine Mehrheitsbeteiligung an der Dillinger Hütte auf dem deutschen Markt vertreten

Noch arbeitet der Stahlkonzern mit Verlusten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Stahlkonzern Sacilor (Société des Acieries et des Laminoires Lorraine), der in der Bundesrepublik durch seine Mehrheitsbeteiligung an der Dillinger Hütte vertreten ist, hat die mit seiner Verstaatlichung Ende 1981 eingeleitete Restrukturierung inzwischen abgeschlossen. Ende letzten Jahres übernahm er die zusammen mit der ebenfalls verstaatlichten Usinor 1984 gegründeten Gesellschaften Unimétal und Asco-Métal, in welche die beiden Konzerne ihre Werke für Langprodukte und Bauspezialstahl im Verhältnis 51:49 Prozent eingebracht hatten. Sacilor wurde damit Alleineigentümer von zwei Unternehmensgruppen mit immerhin rund 17 Mrd. Franc Umsatz. Sie wurden jetzt unter eine gemeinsame Leitung gestellt und sollen sich gegenseitig annähern.

Das von der Familie De Wendel, den „französischen Krupps", Anfang des 18. Jahrhunderts auf der Basis der auch heute noch betriebenen Lothringer Eisenerzgruben (Minette) begründete Unternehmen stand 1985 mit einem Umsatz von 46 Mrd. Franc und rund 11 Mill. Tonnen Auslieferungen nach eigenen Angaben in der EG an vierter Stelle nach Thyssen, Finsider und British Steel. Dabei ist die Sollac, die in Lothringen ein großes Walzwerk betreibt, anteilsmäßig (64 Prozent) berücksichtigt; nicht jedoch die Dillinger Hütte, an der Sacilor direkt mit 27 Prozent, insgesamt aber mit 65,8 Prozent beteiligt ist.

Gegenüber der inzwischen überrundeten Usinor weist Sacilor allerdings immer noch sehr viel höhere Verluste aus. Für 1985 dürften sie 5,7 Mrd. Franc erreichen, von denen aber 1,2 Mrd. Franc Usinor auf Grund seiner früheren Beteiligung an Unimétal und Asco-Métal übernimmt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Ertragslage verbessert, wenn auch nicht so stark wie es scheint. Denn der Verlust von 8 Mrd. Franc in 1984 enthält bedeutende außerordentliche Rückstellungen für die Finanzierung des Sozialplans.

Nach einem weiteren auf 2,5 Mrd. Franc veranschlagten diesjährigen Verlust will Sacilor-Präsident Claude Dollé den Konzern 1987 ins finanzielle Gleichgewicht bringen. Zu diesem Zweck wird der Abbau der Belegschaft noch beschleunigt. Nachdem sie 1985 um 3000 auf 66 500 Personen reduziert worden war, ist für dieses Jahr die Aufgabe weiterer 10 000 unrentabler Arbeitsplätze vorgesehen. Davon betroffen sind hauptsächlich die verlustreichen Töchter Unimétal und Asco-Métal.

Andere Tochtergesellschaften haben allerdings schon Gewinne erzielt, wie die Dillinger Hütte sowie die Edelstahlgesellschaft Imphy, die als technologisch besonders fortschrittlich gilt. Bei der zum gleichen Sektor gehörenden Aciers Inox (Ex-Ugine) erreichte das Bruttoergebnis zwölf Prozent. Im Fachstahlbereich hofft man für dieses Jahr auf ein positives Ergebnis.

Allgemein ist der Konzern verhältnismäßig stark exportorientiert. Am Gesamtabsatz dürfte die Ausfuhr über 40 Prozent erreichen. Größter Auslandskunde ist die Bundesrepublik, die ihrerseits allerdings mehr Stahl nach Frankreich exportiert als von dort bezieht. Dem Konzern kommt zugute, daß an seiner Spitze 1982 erstmals kein Ingenieur sondern ein Kaufmann steht, der sich entschlossen zeigt, der Firma ein weltweit positives Image zu verschaffen.

Seit 1979 unterhält Sacilor mit dem luxemburgischen Arbed-Konzern verschiedene Kooperationsverträge über die gemeinsame Nutzung ihrer Anlagen in den Bereichen Eisenbahnschienen und Eisenträger sowie über die Abstimmung der entsprechenden Investitionen. Jetzt wird überlegt, ob sich Sacilor über die Dillinger Hütte an der Arbed-Tochter Arbed Saarstahl beteiligt. Jedenfalls möchte sich der Konzern über die französischen Grenzen hinaus entwickeln.

Ein Zusammenschluß von Sacilor und Usinor, von dem nach der Verstaatlichung zeitweise die Rede gewesen war, hält Dollé für überholt. Jedoch schließt er ein gemeinsames Vorgehen der beiden Konzerne im Export insbesondere in die USA nicht aus. Auch hätte er nichts dagegen, wenn sich die eine oder andere Tochtergesellschaft (einschließlich Dillinger Hütte) dem Privatkapital öffnete. Nachdem Sacilor eine Holding-Gesellschaft geworden ist, würde das auf keine Probleme stoßen.

KOLBENSCHMIDT / „Bestes Jahr" beim Auto-Zulieferer

Die Aktionäre partizipieren

INGE ADHAM, Frankfurt

Kerngesund und weiter auf dem Wachstumspfad präsentiert sich die Kolbenschmidt AG (KS), Neckarsulm, mit ihrem Geschäftsbericht 1984/85 (30. 9.): Der Zulieferer für die Automobilindustrie, der mit dem 100. Autogeburtstag sein 75. Jubiläum feiern konnte, erzielte sein bisher „bestes Jahr", wie der Vorstand kommentiert. Die Aktionäre partizipieren daran mit einer auf 8 (6) DM erhöhten Dividende und mit jungen Aktien im Volumen von 15 Mill. DM (aus genehmigtem Kapital).

Sie werden zum Kurs von 180 DM (Frankfurter Börsenkurs gestern 271 DM) im Verhältnis 16:3 vom 11. bis 25. März angeboten und sind für das ganze Geschäftsjahr gewinnberechtigt. Um das erwartete Wachstum zu finanzieren – vor allem Brasilien und USA böten exzellente Chancen – sowie Forschung und Entwicklung zu verstärken, soll die Hauptversammlung am 25. März 25 Mill. DM Kapital genehmigen.

Kolbenschmidt erzielte im vergangenen Jahr bei einer Umsatzsteigerung um 14,3 Prozent auf 780,2 (682,4) Mill. DM – in der Gruppe 1,1 (1) Mrd. DM – einen Gewinnsprung um rund 80 Prozent auf 22,8 (12,6) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß fließen 10 (5) Mill. DM in die Rücklagen. Das Ergebnis nach DVFA macht 20 (16,15) DM je Aktie aus. Investiert wurden in Sachanlagen 68,1 (45,5) Mill. DM.

Die Mitarbeiterzahl erreichte zum Geschäftsjahresende 6132 (5696) Personen; in der Gruppe sind es 8700. Mit einem Anteil von 54 Prozent der Umsätze ist der Straßenfahrzeugbau die größte Abnehmergruppe von KS. Mit diesen Zulieferungen für die Erstausrüstung hat Kolbenschmidt von der guten Automobilkonjunktur profitiert. Umsatzsteigernd wirkte zusätzlich der Trend zu höherwertigen Ausstattungen und die Dieselnachfrage (Dieselkolben).

Die Inlandsumsätze wuchsen dabei überproportional um 17 Prozent, der Export nahm um zehn Prozent auf 290 Mill. DM (ohne Auslandsfertigung) oder 37,2 (38,6) Prozent vom Umsatz zu. Bedingt durch die Exporte der Autoindustrie gehen aber gut zwei Drittel der KS-Produktion auf Auslandsmärkte. „Frühzeitige Anpassung an technisch und qualitativ anspruchsvolle Produktentwicklungen" nennt der Vorstand als Hauptursachen der positiven Ergebnisentwicklung. Auf diesem Kurs will man mit Modernisierung und Ausbau des Know-how-Vorsprungs gezielt fortfahren.

Für das neue Geschäftsjahr ist der Vorstand optimistisch: Die Nachfrage der Abnehmerindustrien ist unverändert hoch, die Kapazitäten sind gut ausgelastet. In den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres wuchs der Umsatz um zehn Prozent. Diese Rate wird sich für das ganze Jahr nach Einschätzung des Vorstands wohl nicht halten lassen, aus heutiger Sicht sei jedoch ein Ergebnis „analog dem des Vorjahres" zu erwarten.

LBS HANNOVER / Bauflaute wirkte sich negativ aus – Geldeingang gestiegen

Das Darlehensgeschäft schrumpft weiter

dos, Hannover

Die schwache Bautätigkeit in Niedersachsen hat bei der Landesbausparkasse Hannover/Braunschweig (LBS) 1985 erneut einen deutlichen Rückgang des Darlehensgeschäfts bewirkt. Nach Angaben der Geschäftsführung verringererte sich die Zahl der Bewilligungen auf gut 43 000 (46 000) Darlehen, also um 6,6 Prozent. Die Darlehenssumme sank gleichzeitig um 14,1 Prozent auf 1,19 (1,38) Mrd. DM. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Darlehensauszahlungen. Dort schrumpfte das Volumen nach der Summe um 15,7 Prozent auf 1,15 (1,36) Mrd. DM. Der Darlehensbestand erreichte am Jahresende 5,88 Mrd. DM (plus 2,5 Prozent).

Mit dem Neugeschäft zeigt sich die LBS zufrieden. Mit knapp 101 000 eingelösten Neuverträgen wurde die Vorjahreszahl um 0,8 Prozent übertroffen. Allerdings blieb die Bausparsumme mit 2,5 Mrd. DM um 2,5 Prozent unter dem Niveau von 1984. Der Geldeingang, der 1984 ein Minus von 5,1 Prozent brachte, nahm im Berichtsjahr um 1,3 Prozent auf 1,68 mrd. DM zu. Dabei spielten die um 9,5 Prozent auf 771 Mill. DM gestiegenen Tilgungsleistungen eine maßgebliche Rolle. Bei den Zuteilungen ergab sich ein Rückgang auf 1,52 (1,71) Mrd. DM.

Zuversichtlich beurteilt die Landesbausparkasse die Aussichten im laufenden Jahr. Der in der Bevölkerung nach wie vor weitverbreitete Wunsch nach Wohneigentum finde derzeit „besonders günstige Voraussetzungen zur Realisierung". Niedrige und stabile Preise sowohl für Neubauten als auch für Gebrauchtimmobilien, ein vermehrtes Baulandangebot zu tragbaren Preisen und günstige Finanzierungskonditionen würden potentiellen Bauwilligen und Käufern beste Voraussetzungen bieten.

Um das Bausparen flexibler zu gestalten, hat jetzt auch die Landesbausparkasse ein neues Konzept unter der Bezeichnung „LBS – Vario" auf den Markt gebracht. Das Modell sieht keine Mindestsparzeiten mehr vor. Wichtig für die Zuteilung, so heißt es, sei nur noch das angesparte Guthaben von 50 Prozent der Bausparsumme und die erforderliche Bewertungszahl, die sich an der gewählten Tilgungsrate orientiert. Der Bausparer hat die Wahl zwischen einem Langzeit-, Standard- oder Schnellbau-Sparvertrag.

Großes Interesse für Constructa '86

HB, Hannover

„Die Constructa bestätigt durch Qualität und Quantität ihre Leitfunktion für die Bauwirtschaft", erklärte Sepp Heckmann, Vorstandsmitglied der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, gestern im Vorfeld der größten europäischen Baufachmesse in Hannover. Mit 1711 Ausstellern läge das Anmeldeergebnis nur kaum niedriger als das der Constructa '82, was unter Berücksichtigung der Branchenentwicklung in den vergangenen Jahren als durchschlagender Erfolg zu werten sei. Auf 104 966 qm werden neben dem größten Ausstellungsbereich „Allgemeiner Ausbau" auch den Sektoren „Technischer Ausbau/Haustechnik" und der Sonderschau „Modernisierung und technischer Ausbau – Architekten und Handwerk, Ihre Partner am Bau" breiter Raum eingeräumt.

BERTHOLD / In diesem Jahr wird ein Gewinn erwartet

Aufräumarbeiten beendet

ews. Berlin

Nicht mehr zu vergleichen mit dem Unternehmen des Jahres 1984 ist die Berthold AG, Berlin, namhafter Hersteller von Systemen für den Fotosatz. Das erklärte Vorstandsvorsitzender Wolfgang Geerken, der dieses Amt vor eineinhalb Jahren übernahm, als nach Managementfehlern die Existenz von Berthold auf dem Spiel stand.

Zwar werde für 1985 wegen der Restrukturierungsmaßnahmen noch einmal ein Verlust ausgewiesen, der aber erwartet worden sei und gegenüber dem Vorjahresverlust von 64 Mill. DM nur noch gering ausfalle. Für das laufende Geschäftsjahr werde wieder ein Gewinn angestrebt. Geerken wollte jedoch keine Prognose wagen, ob es nach dann fünf dividendenlosen Jahren schon zur Wiederaufnahme der Ausschüttung reicht. Dieses Ziel sei aber auf jeden Fall für 1987 eingeplant.

Sehr positiv entwickelt haben sich 1985 der Auftragseingang, der auf über 190 (180) Mill. DM gesteigert wurde, und der Umsatz mit einem Plus von etwa 15 Prozent auf 193 Mill. DM in der AG. Dazu trug das Inland mit 23,5 Prozent auf 122,9 Mill. DM überdurchschnittlich bei. Im Ausland erreichte die Steigerung nur 2,2 Prozent, so daß die Exportquote auf 36 (41) Prozent zurückfiel.

Im Konzern dagegen sank der konsolidierte Umsatz wegen der Einstellung des Geschäftsbetriebes der Hoh & Hahne Hohlux GmbH, die Ende 1985 liquidiert wurde, um drei Prozent. Weiter wurde die Berthold Systemtechnik AG, St. Gallen/Schweiz, verkauft. Nach den einschneidenden Bilanzmaßnahmen 1984 wurde die Eigenkapitalquote durch Nachrangdarlehen von 20 Mill. DM durch den Hauptaktionär C. A. Weidmüller, Detmold, und die Hausbanken wieder auf 25 Prozent erhöht.

Das neue Vorstandskonzept – im September 1985 wurde das obere Management fast vollständig ausgewechselt – sieht die Konzentration aller Entwicklungskapazitäten auf den Qualitäts-Fotosatz vor, auf dem Berthold weltweit mit an führender Position liegt.

Die Diversifikation wurde ganz gestrichen. Nun, so Geerken, werde der Produktentwicklung, die in den Händen eines Marketing-Fachmannes liege, Vorrang gegeben. Berthold werde nicht mehr alles selbst entwickeln, sondern auch Komponenten zukaufen.

Westland: Chancen der Europäer gering

fu, London

Die Aussichten für das europäische Hubschrauber-Konsortium, über ein verlockendes Aktionärsangebot eine Beteiligung der amerikanisch-italienischen Sikorsky-Fiat-Gruppe am britischen Hubschrauber-Hersteller Westland zu blockieren, sind erheblich gesunken. Wie das Konsortium (British Aerospace und GEC auf britischer Seite sowie MBB aus der Bundesrepublik, Aerospatiale aus Frankreich und Augusta aus Italien) mitteilten, ist es ihm nicht gelungen, die angestrebten 20,1 Prozent der Westland-Aktien über ihr Tender-Angebot von 130 Pence je Westland-Aktie zu übernehmen. Damit halten die Europäer – einschließlich der bereits von Alan Bristow und anderen Befürwortern einer europäischen Beteiligung an Westland – mit 28 Prozent der Westland-Aktien weniger als die erforderlichen 50 Prozent.

Alles hängt von der morgigen außerordentlichen Hauptversammlung in London ab. Die amerikanisch-italienische Sikorsky-Gruppe, die vom Westland-Vorstand als Partner einseitig favorisiert wird, hält knapp 30 Prozent der Westland-Aktien.

Für die Annahme ihres Beteiligungs-Angebots ist lediglich die einfache Mehrheit der Westland-Aktionärsstimmen erforderlich. Bei der letzten Abstimmung Mitte Januar, als noch eine 75-prozentige Mehrheit erforderlich war, hatten sich die für das Abstimmungsergebnis ausschlaggebenden Kleinaktionäre im Verhältnis neun zu eins für das Sikorsky-Angebot ausgesprochen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Jürgen Tauchert, Tischlermeister, Trittau; **Bochum:** W. Stein GmbH, Spezialtiefbau, Herne 1; **Brilon:** Briloner Bauelemente GmbH; Briloner Bauelemente GmbH & Co. KG; **Brühl:** Marion Rößler, Erftstadt-Lechenich; **Detmold:** Otto Wurzer, Kaufmann, Weinsheim; Ernst Meier, Bauunternehmer, Barntrup; **Düsseldorf:** Überblick Verlag GmbH; **Duisburg:** I. W. M. Ingenieur-Büro GmbH für Walzwerk- und Maschinenbauanlagen & Co. KG; I. W. M. Ingenieur-Büro GmbH; Klaus van de Wetering Lebensmittel-Vertriebsges. mbH; **Hagen:** 1) Rainer Oswald-Verwaltungs-GmbH & Co. KG, Stahlhandelsges., Herdecke, 2) Rainer Oswald Verwaltungsges. mbH (AG Wetter HRB 289); **Merzig:** „Das Bierdorf" Gaststättenbetriebsges. mbH in Gründung, Losheim; **Mönchengladbach:** Autohaus Merkur GmbH & Co. KG, Viersen 1; Autohaus Merkur Verwaltungsges. mbH, Viersen; **Otterndorf:** Nachl. d. Gisela Christel Fach geb. Schillhofer, Hemmor; **Peine:** Johannes Höper GmbH, Edemissen-Plockhorst; **Recklinghausen:** Ingenieurbüro Paul Becker GmbH, Herten; WIG Immobilien-Vermietungsges. mbH, Herten-Westerholt; **Rottweil:** Jürgen Armleder, Dunningen 1; **Saarbrücken:** Nachl. d. Edgar Rupp; **Siegburg:** Reiner Bernau GmbH, Niederkassel-Rheidt; **Stuttgart:** GHW Heizungs- u. Wärmetechnik GmbH, Weinstadt 2; **Trier:** Walter Franken GmbH & Co. KG; **Tuttlingen:** Klaus Uwe Schulz; **Wesel:** GEDI Fachbetrieb f. Energiesparsysteme offene Kamine Kachelöfen GmbH; **Donauwörth:** Flugcharter Fuchs KG, Höchstädt;

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düren: Josef Künster, Fliesenfachgeschäft; **Stuttgart:** Medienzentrum „Alte Stuttgarter Reithalle" GmbH & Co. KG; Sonnenland Frucht GmbH Import Großhandel, Wangen.

Vergleich beantragt: Dortmund: R. u. R. Brune Nachf. GmbH & Co. KG; **Frankfurt:** Pronuptia de Paris GmbH; Tellus AG f. Bergbau u. Hüttenindustrie; **Goslar:** von Satine & Rittershaus GmbH & Co. KG; **Köln:** Franz Josef Fahlen, Kaufmann; **Ludwigsburg:** Optische Industrie H. Hampel GmbH, Gerlingen.

LOEWE OPTA / Gemeinsam mit BMW verstärkte Forschung für die Pkw-Elektronik

Auf dem Weg zum Spezialisten

DANKWARD SEITZ, München

Es ist kaum daran zu zweifeln: Immer stärker wird sich die Loewe Opta GmbH, Kronach, deren Produktionsbasis bislang Farbfernseh- und Bildschirmtext-Geräte sind, zu einem High-Tech-Unternehmen der Elektronikbranche entwickeln. Einer der entscheidenden Impulse für diese langfristige Strategie wird dabei nach den Worten von Geschäftsführer Helmut Ricke von dem Automobilkonzern BMW kommen, der vor wenigen Monaten direkt mit 23 Prozent bei Loewe eingestiegen ist. Über die TIG Technologie Investitions-GmbH war BMW bereits seit längerem gemeinsam mit der Dresdner Bank und der Bayerischen Vereinsbank mit 26 Prozent am Loewe-Stammkapital von 45 Mill. DM beteiligt.

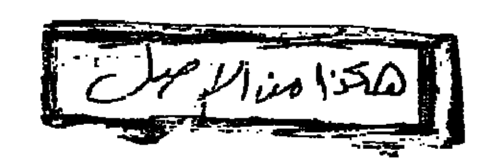
Ohne die bisherigen Gebiete einzuschränken, will Loewe gemeinsam mit BMW seine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Richtung Autoelektronik „außerhalb des Motors" ausbauen. Gedacht wird beispielsweise an ein farbiges, umfassendes Informationsdisplay für alle Autoinsassen oder an ein neuartiges Autotelefonsystem, das sogar telexfähig sein könnte – „industrielle Produkte für die Jahre nach 1990". Erst einmal müssen dafür aber die Entwicklungskapazitäten – derzeit werden etwa 120 Ingenieure beschäftigt – um rund 20 Prozent aufgestockt werden.

Auf dem Gebiet der „professionellen" Elektronik, die im Geschäftsjahr 1985 bereits rund 28 Mill. DM zum Loewe-Umsatz von 266 Mill. DM (plus drei Prozent) beisteuerte, sieht Ricke denn auch für die Zukunft die größten Wachstumschancen. Ende der 80er Jahre soll ihr Umsatzanteil bereits ein gutes Drittel ausmachen. Da sind zum einen die Btx-Endgeräte – hier ist Loewe aufgrund frühzeitiger Entwicklung eines Decoders mit 40 Prozent Marktführer. Hervorgetan hat man sich jetzt auch mit einer Flimmerfreischaltung des Bildschirms und der Entwicklung eines Geometriestandards.

Die bisherigen eigenen Entwicklungen bei Btx will Loewe nun auch zum Einstieg in den Rechnermarkt nutzen. Auf der CeBIT-Messe in Hannover soll ein „absolut neuer, multifunktionaler und intelligenter Arbeitsplatz" vorgestellt werden. „Ein Spezialprodukt", so Ricke, „mit dem wir nicht zum xten Personalcomputer-Hersteller werden."

Diese Aktivitäten sind aber nicht so zu werten, daß man die Farbfernsehgeräte als „sterbenden Schwan" ansieht. Als „der letzte Einfamilienhaus-Bewohner in Manhattan" fühle man sich ganz wohl, zumal die Großen der Branche nicht in den Stückzahlen wie Loewe (Umsatz: rund 200 Mill. DM) so erfolgreich sein könnten. Auf diesem Gebiet seien noch „erhebliche Innovationsschübe" zu erwarten. So will Loewe im Herbst ein „intelligentes Fernsehgerät mit Pfiff und wirklichem Nutzen für den Verbraucher" vorstellen.

Allein für die Entwicklung neuer Produkte wandte Loewe nach Angaben von Ricke 1985 rund 12,5 (11) Mill. DM auf. Bedingt dadurch sei zwar ein „positives, aber nicht zufriedenstellendes" Ergebnis erzielt worden. In den nächsten zwei Jahren soll das Unternehmen in eine AG umgewandelt werden, doch mit einer Börseneinführung ist „in diesem Jahrzehnt nicht mehr" zu rechnen.



Ärgerlicher Kompromiß

hg – Da haben die Parlamentarier nun fast zehn Jahre gebraucht, um das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zu novellieren. Und was ist am Ende dabei herausgekommen? Ein Kompromiß, der alle ärgern muß, die damit zu leben haben. Der Entwurf wird von Handels- und Verbraucherverbänden kritisiert, und dies zu Recht.

Um Ordnung in die „Sonderveranstaltungen" des Handels zu bekommen, werden sie, mit Ausnahme der Saisonschlußverkäufe, kurzerhand abgeschafft: Jubiläums-, Räumungs- und Umbauverkäufe soll es in Zukunft nicht mehr geben. Pech für den Verbraucher, aber auch Pech für den Händler, der bereit ist, für die Modernisierung seines Ladens Geld auszugeben. Nun wird er es vielleicht lassen.

Preisgegenüberstellung in der Werbung wird künftig verboten sein; allerdings soll das Verbot nicht für vom Hersteller empfohlene Preise gelten. Warum dies? Der Deutsche Industrie- und Handelstag weist zutreffend darauf hin, daß durch diese Ausnahme Mondpreisempfehlungen gefördert werden, die den Verbraucher irreführen.

Ähnlich fragwürdig ist auch das Verbot mengenbeschränkender Angaben – „solange der Vorrat reicht" – in der Werbung mit Sonderangeboten. Mittelstandspolitiker wittern hier zwar eine große Chance, Verdrängungspraktiken im Handel auszurotten – der Konkurrent kann dann ja den Billiganbieter leerkaufen – aber was hat der Verbraucher davon? Nichts hat er davon, wenn ihm ein Händler die Sonderangebote vor der Nase wegschnappt, um sie in seinem Laden womöglich teurer zu verkaufen.

Schließlich ist auch das vorgesehene Rücktrittsrecht für Verbraucher bei unwahrer und irreführender Werbung wenig praxisnah. Erstens, weil derartiges nur sehr selten vorkommt. Zweitens, weil der Händler hier die Suppe auch dann auslöffeln soll, wenn der Hersteller sie ihm mit seiner Werbung eingebrockt hat. Sachgerechte Lösungen sind das alles nicht. Vielleicht hätte man besser noch zehn Jahre gewartet.

SIEMENS / Sprichwort-Kampagne für freundliche Helfer – Tageszeitungen sind Basis-Medium der Werbung

Personal-Computer kommen auf „gut deutsch"

KLAUS HATTEMER, München

Die Kampagne lag in der Luft. Als Siemens vor genau einem Jahr die drei neuen Personal-Computer (PC) auf den Markt bringen wollte, waren die Siemens-Werber sich der zu erwartenden Reaktion auf dem Markt und bei der Konkurrenz ziemlich sicher. Denn damals gab es auf dem deutschen Markt bereits rd. 250 PCs, also ein unübersichtliches Getümmel. Die Leute würden deshalb auf gut deutsch „Spät kommt ihr" denken oder auch „Was lange währt ..." oder auch weniger Freundliches. Mit und bei den Leuten nun auf gut deutsch ins Gespräch zu kommen, wurde darum zur kreativen Strategie der Siemens-Kampagne.

Denn zum ersten waren die neuen PCs wirklich selbst „gut deutsch", hergestellt in einem nagelneuen Werk in Augsburg, übrigens der größten Computerfertigung in Europa. Zum zweiten war die Kernzielgruppe – zumindest im Mittelstand – für eine so solide und vertraute Werbebotschaft offenbar empfänglich. Zum dritten waren die größten Mitbewerber, nämlich Apple, Commodore, IBM, Compaq, Epson u. a. sämtlich ausländische Anbieter. Und schließlich würde sich einen Auftritt mit bekannten deutschen Sprichwörtern und Redensarten nur ein deutscher Meinungsführer leisten können. Als der aber gilt Siemens, der Telefon- und Computerriese, hierzulande unbestritten.

Wie gedacht, so gemacht. Die PC-Kampagne startete mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen, und Tageszeitungen sind seitdem – auch 1986 – das Basis-Medium für die Siemens-PC-Werbung. Und zwar erstens wegen ihrer Aktualität; für eine informative Einführungskampagne war das schnelle Medium gerade recht. Zweitens wegen ihrer Verbreitung: mit den überregionalen Tages-, Sonntags- und Wochenblättern sowie mit den großen Regionalzeitungen kann eine hohe Reichweite bei den wichtigsten Zielgruppen erzielt werden. Drittens wegen der engen Verwandtschaft von Medium und Kampagne; die Tageszeitung gilt als besonders glaubwürdig, und obendrein ist sie das vertrauteste heimische Medium.

Siemens zielte und zielt vor allem darauf ab, seine PCs als freundliche Helfer zu vermarkten. Denn für den PC-Vertriebschef Reiner Hallauer ist für die deutschen Käufer der PC als funktionsfähiges Werkzeug, das ihnen Routinearbeiten erleichtert, wichtiger als die technische Brillanz, wie US-Kunden sie wünschen.

Eine technische Spitzenleistung bietet Siemens zwar allemal, wie nicht nur die vergleichenden Tests bestätigen. Die Computer-Fachzeitschriften spenden der hohen Qualität und der Schnelligkeit, auch der Ergonomie von Hard- und Software, speziell dem Bildschirm, von Ausgabe zu Ausgabe neues Lob. In der Siemens-PC-Werbung aber dienen diese technischen „Features" nur als Begründung, nicht als Selbstzweck.

Die Sprichwort-Kampagne von Siemens schnitt nicht nur im Test überragend gut ab, sie bewegt auch den Markt. Denn sie ist leicht zu lernen und gut zu behalten. Diese Voraussetzung hat Siemens freilich zuvor auch erforscht: Drei Viertel aller Erwachsenen gebrauchen mehrmals in der Woche Sprichwörter; auch unter den Gebildeten nehmen mehr als 50 Prozent regelmäßig Sprichwörter in den Mund – und sei es nur, um sich Ungemach von der Seele zu reden und um die Zeitläufte zu kommentieren. In der Meinungsforschung gelten Sprichwörter gar als Vehikel, um die Stimmungen unter den Menschen verläßlich einzufangen. Denn wes' das Herz voll, dem fließt der Mund über. Siemens stattete die Einführungskampagne freilich auch mit einem ansehnlichen Budget aus, denn von nichts kommt nichts.

Werbeaufwendungen für PC (1. 1. bis 31. 9., ca.):

● Commodore	11,5 Mill. DM
● IBM	7,5 Mill. DM
● Siemens	4,5 Mill. DM
● Schneider	2,0 Mill. DM
● Olivetti	1,6 Mill. DM
● Wang	1,5 Mill. DM
● NCR	1,2 Mill. DM
● Apple	0,5 Mill. DM
● Epson	0,5 Mill. DM

Siemens schafft es im fliegenden Start, bis zum Jahresende mit rund 18 000 verkauften Büro-PCs unter die ersten fünf Anbieter auf dem deutschen Markt vorzudringen. Die Rangliste für den deutschen PC-Markt dürfte zum Jahreswechsel etwa so ausgesehen haben:

- ● 1. IBM
- ● 2. Commodore
- ● 3. Apple
- ● 4. Siemens
- ● 5. Olivetti
- ● 6. –
- ● 10. Compaq, Hewlett-Packard, Triumph-Adler, NCR, Ericsson u. a.

Diese Rangfolge berücksichtigt freilich keine Heim- und Hobbycomputer mehr, auch keine Koffergeräte ohne richtigen Bildschirm und ohne Drucker, also Systemeinheiten mit einem Arbeitsspeicher von mindestens 256 kByte an aufwärts, und mit Betriebssystemen nach dem Industriestandard wie MS-DOS und UNIX. Von solchen professionellen PCs standen zum Jahresanfang 1985 250 000 auf den deutschen Schreibtischen, und im Jahresverlauf dürften etwa 170 000 dazugekommen sein.

Reiner Hallauer geht davon aus, daß auch in Deutschland bis zum Ende dieses Jahrhunderts etwa 70 Prozent aller Arbeitsplätze mit der digitalen Technologie in Verbindung stehen. „Der Aufmarsch der persönlichen Rechner auf dem Schreibtisch" setze freilich voraus, daß die Menschen an diese Systeme und ihre sinnvolle Nutzung herangeführt werden. „Man sollte die Leute nicht glauben machen, daß mit einem PC irgendetwas von selbst läuft", erläutert der Vertriebschef, „und eine intensive Schulung ist unerläßlich." Siemens arbeitet auch mit System- und Softwarehäusern sowie mit PC-Fachhändler zusammen und stützt sich nicht allein auf den eigenen Vertrieb; zur Kundennähe sieht sich Siemens vor allem durch den Beratungs- und Einweisungs- und Wartungsbedarf veranlaßt, von dem das PC-Geschäft bestimmt wird.

Die Siemens-PC-Kampagne wird 1986 fortgeführt, jedoch mehr auf konkrete und erfolgreiche Anwendungen bezogen. „Sage mir, mit wem Du umgehst" oder auch „Man lernt nie aus" verkünden die neuen Headlines, und natürlich auch: „Da weiß man, was man hat." „Eigener Herd ist Goldes wert" lautet die Headline einer Anzeige, mit der ein spezielles Anwendungsprogramm für Elektroinstallateure beworben wird.

PHARMA-INDUSTRIE

Fonds zur Gesundheitshilfe in der Dritten Welt gegründet

PETER JENTSCH, Bonn

Mit einem Startkapital von zunächst einer Million Mark haben der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) und 23 deutsche Arzneimittelhersteller den gemeinnützigen Verein „Gesundheitshilfe Dritte Welt – German Pharma Health Fund" gegründet. Damit sollen, so bekunden die Initiatoren, gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in ärmsten Entwicklungsländern Projekte gefördert werden, die der Verbesserung der Infrastruktur für die staatliche Arzneimittelversorgung dienen. Schließlich leiste man damit auch einen Beitrag zur Verbesserung der gesamten Gesundheitsversorgung in diesen Staaten.

Ein Ziel, dem Kritiker der Pharmaindustrie wie etwa der „Bundeskonkreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (Buko), unterstellen, es diene der Branche zur Sicherung und zum Ausbau neuer, gewinnbringender Märkte. Die Industrie wolle damit ihre „Ausbeutungsstrukturen" in der Dritten Welt festigen.

Diesen Vorwurf weist Gert von Breitenbach, Vorsitzender des „German Pharma Health Fund" weit von sich. Gegenüber der WELT sagte er: „Wir wollen die Verantwortlichen in den Entwicklungsländern beim Auf- und Ausbau der staatlichen Qualitätskontrolle von Medikamenten unterstützen. Wir wollen Logistik und Distribution von Arzneimitteln verbessern und einheimisches Personal medizinisch und pharmakologisch aus- und fortbilden."

Natürlich, daraus macht auch die Pharmaindustrie keinen Hehl, stellen die Entwicklungsländer ausbaufähige Märkte dar. Das britische Finanzmakler-Unternehmen Capel-Cure Myers schätzt das jährliche Wachstum des Welt-Pharmamarktes bis zum Jahre 2000 auf 8,9 Prozent. Nach seinen Berechnungen werden die Umsätze mit Medikamenten zu Apothekenverkaufspreisen von 76 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf 245 Milliarden Dollar zur Jahrtausendwende ansteigen. Interessant dabei: Während die Märkte in den Industrienationen auf hoher Basis nur noch verhalten expandieren (um etwa knapp sieben Prozent), werden die Länder der Dritten Welt erheblich an Bedeutung gewinnen. Hier sagt Capel-Cure Myers ein jährliches Wachstum um mehr als zehn Prozent voraus. Daraus schließt das Unternehmen, daß die Entwicklungsländer, die heute nur etwa 15,9 Prozent der Welt-Pharma-Produktion absorbieren, diesen Anteil bis zum Jahre 2000 verdoppeln.

Aus dieser Situation heraus auf eine „marktbeherrschende Macht der Pharmaindustrie" zu schließen, hält von Breitenbach indes für unsinnig. „In Lateinamerika, zum Beispiel," begründet er seinen Widerspruch zu der Unterstellung von „mißbräuchlicher Ausnutzung" der Marktposition, „stand 1980 einem Marktvolumen von knapp 6,1 Milliarden Dollar zu Herstellerabgabepreisen ein Importvolumen von 1,1 Milliarden Dollar gegenüber, was einer Importquote von 17,6 Prozent entspricht." Zu beachten sei dabei, daß lateinamerikanische Staaten vornehmlich Arzneiwirkstoffe einführten, die Fertigarzneimittel aber selbst herstellten. So betrage der Marktanteil nationaler Unternehmen in Argentinien 47, in Chile 43 oder in Uruguay 39 Prozent. Insgesamt haben die sieben größten deutschen Unternehmen in Lateinamerika einen Marktanteil von knapp zwölf Prozent; in Afrika erzielen sie etwa drei Prozent ihres Pharmaumsatzes.

Unter diesen Prämissen sieht er in dem „Pharma-Health-Fund" die „maßgeschneiderte Antwort auf die heutige Situation in den Entwicklungsländern." Nur 20 von 100 Menschen in diesen Staaten erhielten eine ausreichende Gesundheitsversorgung, die Müttersterblichkeit liege 15mal so hoch wie in den Industrienationen.

Als Ursache dieser „bedrückenden" Misere nennt von Breitenbach „die völlig unzulängliche oder fehlende Infrastruktur im Gesundheitswesen". Es fehlten Ärzte und medizinisches Fachpersonal, es fehlten Kühlketten für hitzeempfindliche Präparate, schließlich seien die hygienische und gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung sowie die Impfkontrolle äußerst mangelhaft. „Genau hier will der ‚German Pharma Health Fund' mit seinen Mitteln helfend ansetzen."

DKV FRANCE / Deutscher Krankenversicherer erobert reglementierten Markt

Schneller Franc sichert den Erfolg

HARALD POSNY, Köln/Paris

Wer als privater Krankenversicherer in einen Markt wie den der weitestgehend sozialisierten und reglementierten Krankenversicherung in Frankreich eindringt, muß entweder eine hohe Meinung von seinen Marktchancen oder von sich selbst haben. Oder beides. Die Deutsche Krankenversicherung AG (DKV) zeigt seit 1983 in Frankreich Flagge. Als einziger Ausländer und einer von ganz wenigen heimischen Privaten demonstriert die DKV France den Wettbewerbern, daß man dort auch ohne Dumpingprämien, dafür mit dem Know-how eines deutschen Spezialversicherers erfolgreich tätig sein kann.

Nach dem Paukenschlag des Starts erfreut sich die „Société allemande d'assurance maladie" inzwischen sogar regierungsamtlichen Interesses: Auf der jüngsten Versicherungsmakler-Messe in Paris besuchte Frankreichs sozialistischer Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy unter ganz wenigen auch den Stand der DKV als einzigen ausländischen Versicherer.

Die Schwierigkeit, in Frankreich Fuß zu fassen, liegt im System des Krankenversicherungsschutzes. Von der gesamten Bevölkerung sind gut 95 Prozent – gleichgültig ob Arbeiter, Angestellter, Generaldirektor oder Selbständiger – pflichtkrankenversichert. Die staatliche Sozialversicherung ersetzt z. B. 75 Prozent der in jedem Fall vorzuleistenden Kosten ambulanter ärztlicher Konsultationen. Den Selbstbehalt von 25 Prozent kann man privat versichern. Da sich aber etwa 10 000 der nur 33 000 Ärzte einschließlich besonders teurer Professoren nicht an die „Tarife" halten und bis zu 50 Prozent mehr liquidieren, steigt der Anteil des privat zu versichernden Selbstbehalts. Ähnlich sieht es bei Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalten aus.

Durch zwölf verschiedene Erstattungssysteme erhielten 1985 die rund 49 Millionen pflichtversicherten Franzosen vom Gesamtaufwand für Krankheitskosten von 375 Mrd. Franc (rund 125 Mrd. DM) rund 300 Mrd. Franc (etwa 100 Mrd. DM) zurück. Für den Rest von 75 Mrd. Franc (22 Mrd. DM) machen sich rund 70 klassische Versicherer und vielleicht 7000, zum Teil regionale, Genossenschaften (Mutuels) in Form von Zusatzversicherungen stark. Das Gesamtprämienaufkommen wird mit 270 Mrd. Franc (90 Mrd. DM) von den „Gesetzlichen" bestritten. In die restlichen 15 Mrd. Franc (fünf Mrd. DM) teilen sich die „Privaten" (rund sechs Mrd. Franc/ 2 Mrd. DM).

Sich auf den schweren Markt in Frankreich einzulassen, ist Teil einer langfristigen Unternehmensstrategie. DKV-Vorstandsvorsitzender Hans Georg Timmer: „Als europäischer Marktführer mit 2,4 Mrd. DM Prämieneinnahmen und 2,3 Millionen Versicherten sehen wir uns bei dem zu erwartenden stärkeren Engagement europäischer Gesellschaften in der Bundesrepublik genötigt, unsere Auslandsaktivitäten zu verstärken. Dies um so mehr, als die DKV nicht als Allspartenversicherer, sondern nur als Spezialversicherer auftreten kann."

DKV
Deutsche Krankenversicherung
... und aktiv leben



Begonnen wurde 1965 in Belgien, 1981 war man in Luxemburg der erste private Krankenversicherer überhaupt, 1983 folgte Frankreich, 1985 die Niederlande. Bis auf die vorläufig letzte Station begann man mangels geeigneter Kaufobjekte oder Beteiligungen beim Stand Null.

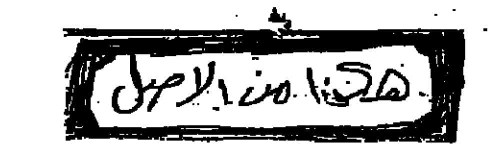
Inzwischen stellen 70 (1986: 80) Mill. DM Auslandsumsatz drei Prozent des Gesamtprämienvolumens dar. Dabei ist der schwierigste Markt zugleich auch der erfolgreichste. Frankreich brachte 1985 mit 31 (1986: 42) Mill. DM von 100 000 Versicherten den größten Auslandsbeitrag. Beim Start setzte man sich über etwa zehn Jahre einen Marktanteil von einem Prozent zum Ziel, eine Vorgabe die bereits 1985/86 erreicht wurde. Der Erfolg von DKV France ist zum guten Teil das Versagen der „Gesetzlichen" und „Privaten" am Markt. Bis zur ersten Kostenerstattung der Sozialversicherung vergehen drei bis sechs Wochen, sagt der DKV-Statthalter in Paris, Reinhard Matzel. „Da ist es schon ein wichtiges Werbeargument, wenn die restliche private Erstattung nur noch drei bis sechs Tage dauert."

Matzel war mit 16 einfachen, von jedermann nachvollziehbaren Tarifen „zu Prämien mittlerer Art und Güte" angetreten. Ein Umkrempeln des Marktes wäre tödlich gewesen. Das wäre vor allem bei den rund 35 000 Versicherungsmaklern schlecht angekommen. Die freiberuflich tätigen Makler, ohnehin durch neue Vertriebswege verunsichert, freuten sich über den Newcomer aus Köln, der ihnen neue Sicherheit verhieß. Matzel: „Sie rannten uns die Bude ein", was jede Publikumswerbung zunächst erübrigte.

Rund 3200 Makler schließlich galt es vom Produkt zu überzeugen, und bei ihnen zog die „Société allemande". Eine frühe Marktstudie hatte den Kölnern dringend empfohlen, als deutsches Unternehmen auf den Markt zu gehen. Franzosen halten, so der Strategievorschlag, viel von deutschen Wertbegriffen – nicht nur bei Gütern, sondern auch bei Dienstleistungen.

Anders als vielfach zu Hause schätzen Franzosen, vor allem aber die Makler als direkte Marktpartner „deutsche Klarheit der Produkte, rationelle Verwaltung und zügige Regulierung". Dieser Ruf (71 Prozent Akzeptanz) wird nur noch von den Schweizern (74 Prozent) übertroffen.





Aktien wieder uneinheitlich

Karneval sorgte für schleppende Umsätze

DW. – Am Rosenmontag setzte sich auf dem Aktienmarkt keine einheitliche Tendenz durch. Das Geschäft verlief schleppend. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen kaum vor und die inländische Kundschaft trat mit Order nur sporadisch in Erscheinung. Die geschlossene Düsseldorfer Börse wirkte sich hemmend auf die Umsatztätigkeit aus. In Grundzügen blieb jedoch die Neigung erkennbar, Aktien zu bevorzugen, die von dem Preisverfall des Öls profitieren werden und bei denen sich der vermutete Konsumstoß positiv auswirken könnte.

Der Bankenmarkt blieb durch das Commerzbank-Bezugsrecht verunsichert. Wegen der auf Null gesunkenden Bezugsbereitschaft wurde es jetzt auf 0,50 (minus 0,10) DM zurückgenommen. Anhaltende Verkäufe bei den Altaktien der Commerzbank sorgten hier für einen vorübergehenden Kursrückgang auf 295. In der Kasse überwogen schließlich die Kaufaufträge. Die Vermutung, daß sich der Commerzbank-Kurs nach Abwicklung der unglücklichen Kapitalerhöhung wieder erholen wird, scheint jetzt Wirkung zu zeigen. Die Aktien der Deutschen Bank wurden um etwa sieben DM herausgesetzt. Als sensationell wird die Kursbewegung bei den RWE-Stammaktien empfunden, die vorübergehend um mehr als 10 DM über den Wochenschlußnotierungen gehandelt wurden. Dies soll mit der bevorstehenden Dividendenausschüttung zusammenhängen, die für einige Fonds anders gewesen sein dürfte, sich um diese Papiere zu kümmern.

Frankfurt: Rosenthal überraschten mit einem Anstieg von 32,50 DM. Weiter fest tendierten MAN-Roland mit plus 29 DM. DLW konnten sich um 21,50 DM erholen. Bilfinger und Wella gaben je um 10 DM nach.

Düsseldorf: Börse wegen Rosenmontag geschlossen.

Hamburg: Beiersdorf stockten um 3 DM auf. HEW lagen bei 122,50 DM (plus 0,50 DM) gut behauptet. Um jeweils 2 DM gaben Hapag Lloyd und Bremer Wolle nach. Auf letzter Basis verkehrten Phoenix Gummi zu 170 DM.

Berlin: Berliner Elektro zogen um 18,50 DM, Dt. Hypobank Berlin um 17 DM und Bergmann um 13 DM an. Herlitz St. lagen um 4,50 DM, Schering 4 DM und Herlitz Vz. um 2,50 DM fester. Berliner Kindl gaben um 2,40 DM nach.

München: AKS verbesserten sich um 5,30 DM, Bay. Lloyd um 20 DM und Deckel AG um 3,50 DM. Leonische Draht lagen um 23 DM fester. Wanderer stockten um 43 DM auf. Nachgegeben haben Flachglas um 5 DM.

Stuttgart: DLW besserten sich um 13 DM. Moto Meter waren im Freiverkehr um 3 DM nachgebend. ESBI Süddeutsche Baumwolle wurden nach der Bekanntgabe, daß die Notierung demnächst eingestellt wird, mit Doppelminus angekündigt und von den Maklern auf 5 DM (minus 2 DM) Brief taxiert.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 284,28 (285,15)
WELT-Umsatzindex: 4279 (5945)
Advance-decline-Zahl: 101 (93)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 166,36 (166,53); Elektrowerte: 360,16 (362,68); Autowerte: 781,35 (783,57); Maschinenbau: 185,65 (185,55); Versorgungsaktien: 170,01 (168,14); Banken: 391,73 (391,90); Warenhäuser: 142,90 (141,95); Bauwirtschaft: 407,96 (411,05); Konsumgüterindustrie: 157,26 (156,97); Versicherung: 1443,13 (1459,84); Stahlpapiere: 175,17 (176,57)

Kursgewinner (Frankfurt):

Rosenthal	382,00	+32,50	+9,2%
Gerling NA Kl.	690,00	+55,00	+8,6%
Gerling NA Vz.	666,00	+41,00	+6,5%
St. Hofbräu Vz.	485,00	+25,00	+5,4%
DLW	433,00	+21,50	+5,2%
St. Hofbräu St.	735,00	+35,00	+5,0%
MAB Vz.	341,00	+16,00	+4,9%
Veith-Pirelli	338,00	+16,00	+4,9%
Dt. Atl. Tel.	650,00	+30,00	+4,8%
Enka	450,00	+21,00	+4,8%

Kursverlierer (Frankfurt):

Koepp	200,00	-20,00	-9,0%
Adt	52,00	-3,00	-5,4%
Alte Leipz. C	800,00	-40,00	-4,7%
Aach. Münch. Vers.	1420,00	-70,00	-4,6%
Bay. + Berg.	210,00	-10,00	-4,5%
Hagen Batt.	170,00	-8,00	-4,4%
Alte Leipz. B	1100,00	-50,00	-4,3%
Goldschmidt	225,00	-10,00	-4,2%
Bibl. Institut	460,00	-20,00	-4,1%
Dywidag	175,00	-7,00	-3,8%

Junge Aktien

Devisenmärkte

Die Entwicklung des Dollar/Yen-Kurses bestimmte am 10. Februar auch den Dollar gegen D-Mark. Für den Yen entwickelte sich eine starke Nachfrage, so daß der Kurs des Dollar nach 191 am Freitag heute auf 188 zurückfiel. Dies geschah trotz etwas anziehender Dollarzinssätze. Nach der in erster Instanz festgestellten Verfassungswidrigkeit des Gramm-Rudmanact hat der Zinsoptimismus deutlich abgenommen. Gegen D-Mark kletterte der Yen amtlich auf 1,2690. Da die D-Mark der Kursbewegung des Yen nur mit Verzögerung folgte, fiel der Dollar hier im Tagesverlauf nur um 1 Pfennig von 2,3980 auf 2,3880 zurück, das Englische Pfund gab um 6,5 Promille auf 3,355 nach. Der Kanadische Dollar fiel um 4,7 Promille auf 1,6970. US-Dollar in: Amsterdam 2,969; Brüssel 48,845; Paris 7,319; Mailand 1623,00; Wien 16,81; Zürich 2,0156; Ir. Pfund/DM 3,032; Pfund/Dollar 1,4043; Pfund/DM 3,355.

Devisen und Sorten

10.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3851	2,3931	2,3682	2,33	2,43
London[2]	3,348	3,362	3,294	3,28	3,45
Dublin[2]	3,025	3,039	2,928	2,94	3,09
Montreal[1]	1,695	1,701	1,6714	1,64	1,74
Amsterd.	88,425	88,645	88,25	87,75	89,50
Zürich	118,43	118,63	118,46	117,75	120,00
Brüssel	4,88	4,90	4,808	4,72	4,92
Paris	32,565	32,725	31,775	31,60	33,35
Kopenh.	27,14	27,26	26,98	26,25	28,00
Oslo	32,17	32,29	31,10	31,00	32,75
Stockh.**	31,72	31,88	31,70	31,00	32,75
Mailand[3]**	1,4655	1,4755	1,419	1,41	1,51
Wien	14,204	14,244	14,141	14,12	14,34
Madrid**	1,585	1,595	1,556	1,53	1,65
Lissabon**	1,532	1,552	1,433	1,10	1,90
Tokio	1,2675	1,2705	–	1,21	1,27
Helsinki	44,63	44,83	44,09	43,25	45,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	unerh.	unerh.	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	unerh.	unerh.	–	1,62	1,72
Johannbg.*	unerh.	unerh.	–	0,78	1,10
Hongkong*	unerh.	unerh.	–	28,00	34,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Renten leicht nachgebend

Da sich weltweit die Meinung durchgesetzt hat, daß der Zinssenkungsprozeß zum Stillstand gekommen ist und in den USA aus währungspolitischen Gründen zur Zeit ein weiterer Zinsrückgang nicht erwartet werden kann, fehlte dem Rentengeschäft am Wochenbeginn jegliche Anregung. Hinzu kam, daß die Disponenten der großen Kapitalsammelstellen in diesen Tagen wenig Bereitschaft zu Aktivitäten auf dem Felde der Anlagepolitik zeigen. Öffentliche Anleihen bröckelten deshalb bis zu 0,10 Prozentpunkte ab. Geringe Umsätze in den DM-Auslandsanleihen.

F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	222G	220G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101,25	101,5
F	5¾ Jusco 83 m. O.	216G	216G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	99,9G	99,9bG
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	126T	125G
F	3½ dgl. 84 o. O.	93,25	93,25
F	3¾ Kaufhof 84 m. O.	167,5G	167,5G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	80,2	80T
F	3½ dgl. 85 m. O.	139,5	139,5
F	3½ dgl. 85 o. O.	77,6T	77,35
F	5½ Kobe S. 85 m. O.	124,5G	124,5G
F	3½ dgl. 85 o. O	91,95bB	91,85
F	3½ Linde Int. m. O.	181G	181G
F	3¼ dgl. o. O.	78,5	78,4

5½ Asiat.Entwbk. 78/88	100,25bG	100,25T
7¼ dgl. 79 89	103,4G	102,4G
10 dgl. 80/90	107,1	106,85G
8¾ dgl. 80/90	105,5	106G
10 dgl. 81/91	109	109,25
10¾ dgl. 81/89	112,5	112,35G
9¾ dgl. 82/92	111,25	111,25G
9¾ dgl. 82/92 II	111,75T	111,5T
8¼ dgl. 82/92	107,5G	107,5
7¾ dgl. 83/91	106T	105,75
8½ dgl. 83/93	109,5bG	109,55
7¾ dgl. 84/94	106T	105,85G
8 dgl. 84/94	106,25	106,6
7¾ dgl. 86/97	106,5G	106,6

6½ dgl. 75/88	103,5T	103,75G
5½ dgl. 78/88	99,95	99,85
6¼ dgl. 79/89	101,5	102,5
10¼ dgl. 81/91	112T	111,25T
9 dgl. 82/92	107,5	107,5G
8½ dgl. 82/90	108,25	108T
7½ dgl. 83/91	105,75G	105,75
7½ dgl. 83/90	105,75G	105,75
7¾ dgl. 84/94	105,25G	105,25G
7¾ dgl. 84/92	105,5G	105,5G
6¼ dgl. 85/97	99,1	99,25
7 Europarat 73/88	101G	101
6¼ dgl. 77/87	100G	100
6½ dgl. 78/88	100,25G	100,25

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Während Kakao durchweg schwächer notierte, zog Kaffee um das Limit an.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	7.2.	6.2.
März	325,00	–
Mai	289,50	288,25
Juli	268,50	269,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	271,90	273,55
Am. Durum	268,84	270,49

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	112,50	115,60
Mai	116,20	117,50
Juli	118,60	119,90

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	99,80	100,10
Mai	101,30	101,40
Juli	100,80	100,80

HAFER Chicago (c/bush)		
März	124,75	125,75
Mai	125,50	126,00
Juli	122,50	123,50

MAIS Chicago (c/bush)		
März	240,50	242,00
Mai	241,25	243,25
Juli	241,00	242,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	103,10	102,90
Mai	105,00	104,90
Juli	106,50	106,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	7.2.	6.2.
März	230,00	218,50
Mai	228,00	222,00
Juli	232,31	226,31

KAKAO New York ($/t)	7.2.	6.2.
März	2052	
Mai	2107	unerh.
Juli	2147	
Umsatz	3216	

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,93	5,85
Mai	6,19	6,14
Juli	6,37	6,37
Sept.	6,47	6,45
Okt.	6,62	6,64
Umsatz	14576	8827

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,35	5,38

KAFFEE London (£/t) Robusta	7.2.	6.2.
März	2430-2440	2385-2390
Mai	2500-2505	2430-2440
Juli	2575-2580	2490-2500
Umsatz	3928	9408

KAKAO London (£/t)		
März	1668-1669	1689-1690
Mai	1674-1675	1696-1697
Juli	1707-1708	1726-1727
Umsatz	5082	4162

ZUCKER London (£/t) Nr.6	7.2.	6.2.
März	156,00-156,40	153,40-153,60
Mai	161,00-161,40	159,00-159,60
Aug	167,00-168,00	166,00-167,00
Umsatz	957	1111

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	10.2.	7.2.
schw.		
Saraw.spez.		890,00
weiß Saraw.	geschl.	1342,50
weiß Munt.		1352,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	7.2.	6.2.
März	90,80	92,00
Mai	91,65	92,50
Juli	92,75	92,75
Sept.	92,50	92,90
Nov.	92,45	93,00
Umsatz.1000	1100	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	7.2.	6.2.
	24,00	25,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,00	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	19,51	19,69
Mai	19,90	20,09
Juli	20,24	20,42
Aug.	20,35	20,55
Sept.	20,30	20,40
Okt.	20,35	20,45
Dez.	20,62	20,75

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,75	13,00

TALG New York (c/lb)		
top white	14,00	14,05
fancy	13,50	13,50
bleichf.	13,25	13,25
yellow max. 10% fr.F	12,00	12,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Feb.	45,50	45,55
April	40,30	40,25
Juni	44,60	44,57

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	57,25	57,90
März	58,10	58,70
Mai	59,55	60,20

HÄUTE Chicago (c/lb)	7.2.	6.2.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	59,00
Kühe einh. schwere River Northern	52,00	49,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	530,50	531,75
Mai	538,50	540,50
Juli	546,00	548,00
Aug.	543,50	546,00
Sept.	527,50	528,50
Nov.	522,50	524,00
Jan.	533,25	534,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	151,50	150,50
Mai	153,20	152,50
Juli	154,00	153,50
Aug.	154,00	153,50
Sept.	150,50	150,00
Okt.	146,50	145,80
Dez.	147,50	147,30

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	7.2.	6.2.
März	307,40	309,60
Mai	315,40	317,10
Juli	323,00	324,70

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	7.2.	6.2.
	15,00	15,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	10.2.	7.2.
jegl. Herk. cif	640,00	640,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	500,00	500,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	305,00	307,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	113,50	115,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	340,00	337,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	245,00	244,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	7.2.	6.2.
März	59,90	59,70
Mai	60,25	60,20
Juli	57,40	57,35
Okt.	49,72	49,60
Dez.	48,60	48,50
März	49,40	49,45

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1		
	41,87	41,87

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	10.2.	7.2.
März	492-496	493-497
Jan.	527-530	–
Mai	535-540	–
Umsatz	37	41

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	10.2.	7.2.
März	40,50	40,50
Mai	40,50-42,50	40,50-42,50
Juli	40,50-42,50	40,50-42,50
Okt.	40,50-42,50	40,50-42,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	10.2.	7.2.
März	604,00-605,00	604,00-605,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	1	8

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10.2.	7.2.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	10.2.	7.2.
März	12045	12050
April	12111	12120

KAUTSCHUK London (p/kg)	7.2.	6.2.
RSS 1 März	60,00-61,00	60,00-61,00
RSS 1 April	60,50-61,50	60,50-61,50
RSS 2 März	58,75-59,75	58,75-59,75
RSS 3 April	57,25-58,25	57,25-58,25
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	10.2.	7.2.
März		
April		
Nr. 2 März	geschl.	geschl.
Nr. 3 März		
Nr. 4 März		
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	10.2.	7.2.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10.2.	7.2.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.		268,69-268,86
dritt. M.	geschl.	278,50-278,67
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.		87,31-87,48
dritt. M.	geschl.	90,86-91,03
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.		937,37-940,75
dritt. M.	geschl.	961,06-962,75
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.		140,44-143,82
Prod.-Pr.	geschl.	168,08
REINZINN 99,9 %	geschl.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	10.2.	7.2.
	geschl.	17,15

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10.2.	7.2.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	unerh.	342,63-345,00
BLEI in Kabeln	unerh.	95,00-96,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	10.2.	7.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	305-306	306-308
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	339-345	338-345
MS 63	328-330	329-331

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	10.2.	7.2.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	10.2.	7.2.
PLATIN (DM/g)	30,05	29,50
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26560	26560
Rückn.-Pr.	25810	25810
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26740	26590
Rückn.-Pr.	26040	25900
verarbeitet	28050	27900
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26235	26100
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	468,00	465,10
Rückn.-Pr.	453,90	451,10
verarbeitet	488,50	485,50

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	10.2.	7.2.
10.30	340,50	337,90
15.00	340,15	337,20
Zürich mit.	340,60-341,10	337,85-338,35
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80550	80440
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	422,65	418,50
3 Mon.	435,00	430,55
6 Mon.	448,30	443,75
12 Mon.	473,50	468,90
PLATIN (£/Feinunze) London	7.2.	6.2.
fr. Markt	254,70	254,75
PALLADIUM (£/Feinunze) London	7.2.	6.2.
f. Händl.-Pr.	69,70	69,45

New Yorker Metallbörse

	7.2.	6.2.
GOLD H & H Ankauf	337,45	337,10
SILBER H & H Ankauf	588,00	590,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	350,00-353,50	350,00-353,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	97,00-98,00	96,50-97,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Feb.	591,80	584,00
März	594,00	586,50
Mai	601,00	594,00
Juli	609,00	602,00
Sept.	620,00	611,50
Dez.	631,50	623,00
Jan.	635,70	628,00
Umsatz	10000	12000

KUPFER (c/lb)	7.2.	6.2.
Feb.	63,60	63,65
März	64,85	63,90
Mai	64,45	64,50
Juli	64,80	64,75
Sept.	65,05	65,05
Dez.	65,00	65,55
Jan.	65,70	65,70
Umsatz	4500	5500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	10.2.	7.2.
mitt. Kasse	790,50-791,00	804,00-805,00
3 Mon.	820,00-821,00	831,00-832,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	259,00-259,50	258,00-259,00
3 Mon.	269,50-270,00	268,00-268,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	995,50-996,00	994,00-994,50
3 Monate	1025,00-1026,00	1023,00-1024,00
ab. Kasse	–	994,00-995,00
3 Monate	–	1023,00-1023,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	980,00-982,00	978,00-981,00
3 Monate	1016,00-1019,00	1013,00-1016,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	432,00-433,00	440,00-441,00
3 Monate	441,50-442,00	451,00-451,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	225-230
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	50-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	7.2.	6.2.
März	55,00-55,30	50,00-50,35
April	50,72	48,70-48,75
Mai	49,45	47,40-47,50
Juni	48,62	46,35-46,70

GASÖL – London ($/t)	7.2.	6.2.
Feb.	198,50-199,00	192,50-193,50
März	173,00-174,00	162,50-163,50
April	161,50-162,00	152,75-153,25
Mai	156,50-157,50	148,50-149,00
Juni	155,00-155,50	147,50-148,50
Juli	154,50-155,00	148,75-149,00
Aug.	156,50-157,50	149,25-150,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	7.2.	6.2.
März	51,20-51,40	49,00-49,10
April	51,22	49,20-49,25
Mai	51,62	49,60-49,80
Juni	52,12	50,12
Juli	52,35	50,35

ROHÖL – New York ($/Barrel)	7.2.	6.2.
März	17,50-17,75	16,40-16,50
April	17,65-17,67	16,63-16,70
Mai	17,88-17,91	16,85-16,94
Juni	18,11	17,00-17,15
Juli	18,25-18,29	17,29

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	7.2.	6.2.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	17,25	17,00
N. Sea Brent	18,00	–
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	7.2.	6.2.
Febr.	70,00	71,00
April	91,10	91,50
Mai	99,30	99,50
Nov.	77,50	77,50

New York (c/lb)	7.2.	6.2.
März	1,95	1,98-1,99
April	1,90-1,95	1,95-1,98
Mai	2,08	2,10
Nov.	3,38	3,38-3,39

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	7.2.	6.2.
März	139,20-139,70	135,90-138,50
Mai	142,50-142,80	140,50-141,20
Juli	145,20-145,70	144,50
Sept.	148,50-148,00	147,60

Devisenterminmarkt

Die leichte Befestigung der Dollar-Zinssätze führte am 10. 2. zu leicht vergrößerten Dollar-Termin-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67-0,57	2,10-2,00	4,15-3,95
Pfund/Dollar	0,52-0,50	1,58-1,55	3,00-2,95
Pfund/DM	2,77-1,30	7,20-5,80	13,3-11,9
FF/DM	26-10	94-78	150-134

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10.2. : Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent, Monatsgeld 4,25-4,40 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,55 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10.2. · 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 10.2. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7.2. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¾-8	4⅜-4⅝	3¾-4
3 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
6 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
12 Monate	8-8¼	4½-4¾	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 10.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75; Verkauf 19,75 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1180,00	1527,60
5 US-Dollar (Indian)**	790,00	952,30
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	583,15
1 £ Sovereign alt	202,50	253,65
1 £ Sovereign Elizabeth II.	191,00	240,54
20 belgische Franken	149,25	198,65
10 Rubel Tscherwonez	201,00	256,50
2 südafrikanische Rand	179,75	226,58
Krüger Rand, neu	802,25	954,47
Maple Leaf	821,00	975,84
Platin Noble Man	888,50	1052,79
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	228,50	288,99
20 schweiz. Franken „Vreneli"	180,30	234,27
20 franz. Franken „Napoléon"	166,75	218,60
100 österr. Kronen (Neuprägung)	760,00	930,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	153,00	197,22
10 österr. Kronen (Neuprägung)	79,25	107,45
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	357,75	442,04
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	83,00	117,82

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,15) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25 , Kurs 100,50, Rendite 6,13 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 10.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,143	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	104,039	6,75
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,392	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,77	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,60	5,97
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,25.	6,30
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	123,50	9,90
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	unerh.	unerh
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	unerh.	unerh
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	unerh.	unerh
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,68	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	50,50	6,71
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	55,15	6,60
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	38,48	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	54,67	6,70
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	26,77	7,03
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	26,66	6,93
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	54,58	6,70
WestLB 600	100,00	2.5.95	55,00	6,69
WestLB 601	100,00	2.5.00	39,05	6,83
WestLB 602	100,00	3.10.05	26,90	6,91
WestLB 500	126,86	16.2.89	109,10	5,12
WestLB 501	137,01	16.2.90	109,75	5,67
WestLB 503	115,76	3.10.88	102,00	4,89
WestLB 504	141,85	1.10.91	102,55	5,91
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,16
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	58,75	9,13
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	52,00	11,24
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	56,875	9,69
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	55,875	9,91
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	54,25	8,95
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	45,625	10,15
Penney (A+)	100,00	17.2.94	46,00	10,01
Sears (AA)	100,00	27.5.94	46,625	9,49
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	45,50	9,77
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	45,00	9,07

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,5	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,15 (5,15)	99,70	101,4	103,3	105,1	107,0	108,8
3	5,64 (5,64)	98,00	101,0	103,4	106,1	108,8	111,5
4	6,15 (6,15)	95,70	99,50	102,6	106,1	109,5	112,9
5	6,26 (6,27)	94,35	98,50	102,7	106,9	111,0	115,2
6	6,41 (6,41)	92,70	98,00	102,4	107,2	112,1	118,9
7	6,72 (6,72)	90,15	95,55	101,5	106,4	111,8	117,3
8	6,83 (6,85)	88,45	94,45	101,0	106,4	112,4	118,4
9	6,96 (6,96)	86,60	93,10	100,3	106,1	112,6	119,1
10	6,98 (6,99)	85,45	92,45	100,2	106,5	113,5	120,5
15	7,18 (7,19)	79,60	88,55	98,40	106,5	115,4	126,4

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise; die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 111,382 (111,368)
Performance-Rentenindex: 235,469 (235,313)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	7. Febr.	7,695-7,819
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,70
	60-270 Tage	7,45
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,75
	60 Tage	7,70
	90 Tage	7,65
Certificates of Deposit	1 Monat	7,50
	2 Monate	7,50
	3 Monate	7,70
	6 Monate	7,75
	12 Monate	7,75
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,19
	26 Wochen	7,24
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,07
	30 Jahre	9,36
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	31. Jan.	628,6 Mrd. $ (+ 2,7 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
März	125,00	122,65
Juni	126,50	124,10

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	7.2.	6.2.
11¼ EEC 90	106,75	107
10⅝ EIB 95	106,125	106,375
11 dgl. 91	107,75	108
11⅝ dgl. 90	108,875	109,125
11⅝ dgl. 93	112	112,5
12 dgl. 95	114	114,5
12⅛ dgl. 90	111,5	111,75
12⅝ dgl. 95	117,375	117,625
13 dgl. 96	116	116,5
10⅛ Wld Bk 95	104,5	104,75
10⅝ dgl. 88	103,5	103,75
10⅝ dgl. 90	106,25	106,5
10⅝ dgl. 95	107,875	108,125
11 dgl. 92	108	108,25
11⅝ dgl. 98	113,375	113,625
11⅛ dgl. 88	105,25	105,5
11¼ dgl. 90	108	108,25
11⅜ dgl. 89	106,25	106,5
11½ dgl. 90	109	109,25
12 dgl. 93	113,25	113,5
12⅛ dgl. 94	115	115,25
12⅝ dgl. 94	118	118,25
6⅝ Sears 91	104,125	104,125
6⅝ Swed Ex.91	100,375	100,75
7 TRW 94	101,25	101,125
6⅝ Un.Tech.97	100,375	100,75
6⅝ World Bk90	101,125	101,125
6⅝ dgl. 94	101	101
7 dgl. 94	102,875	102,875
7⅛ dgl. 93	105,2	105,5
8 dgl. 93	106,875	106,875

Euro-Yen

	7.2.	6.2.
6⅝ ALCorp 91	100,5	100,375
7⅝ ADB 94	104,75	104,75
7 Austria 95	102,75	102,75
7 BP 92	103,375	103,375
6⅝ Denmark 92	101	101
7 Denm.Bk. 92	101,125	101,125
7 Dow Chem.94	101,5	101,5
6⅝ EDF 95	102,75	102,75
6⅝ Eurofima86	99,75	99,75
6⅝ dgl. 95	99,875	99,875
6⅝ dgl. 92	100,5	100,5
6⅝ dgl. 95	100	100
7⅝ dgl. 94	103,5	103,5
6⅝ Fannie 97	101,25	101,25
6⅝ Finl.Rep90	101,25	101,25
6⅝ GMAC 90	100,875	100,875
7⅝ Goodyear95	101	101
6⅝ dgl. 94	100	99,875
6⅝ ITT 92	100,875	100,75
6⅝ McDonal.97	101,125	101,125
6⅝ Montreal95	99,875	99,875
7⅝ N.Bruns.95	103,625	103,625
7⅝ N.Zeald.90	102,625	102,625
7⅝ dgl. 89	103,625	103,625
7 Pac.Gas 94	101,875	101,875
6⅝ Penney 92	99	99,125
6⅝ Procter 92	101,375	101,375
6⅝ Sallie 92	100,125	100,125

Lux. Franc Bonds

	7.2.	6.2.
9⅝ Akzo 87	99,75	99,75
9⅝ Asea 89	101	101
6⅝ Asian Dv87	97,25	97,25
10⅝ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 93	100	100
10⅝ Paribas87	101	101
10⅝ Ceca 94	104,25	104,25
11 dgl. 92	104,25	104,5
13 dgl. 91	103	103
12⅝ Consei87	104,25	104,5
8 Coprel 88	97,75	97,75
8⅝ dgl. 89	98,25	98,5
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	103	103
7½ Den.Mrg 88	96,75	96,75
10⅝ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	104	104
12⅝ dgl. 88	100,75	100,75
12⅝ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103	103
10 dgl. 94	104	104
11⅝ dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9½ dgl. 95	102,25	102,25
9⅝ dgl. 88	101,25	101,25
9⅝ dgl. 93	103,75	102,75
10⅝ dgl. 94	105,25	105,25
11½ dgl. 88	103	103
12⅝ dgl. 90	104,5	104,5
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9½ Ind.B.F.95	100,5	100,5
11 Kredlet.93	106,5	106,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102	102
11⅝ dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8⅝ dgl. 87	98,75	98,75
13⅝ Lux Bk.91	102,25	102,25
12½ dgl. 87	100,75	100,75
9 Met.Com 95	102,25	101,25
12⅝ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98	98
8⅝ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅝ Renault 88	96,75	96,75
9½ Sogenal 92	101	101
10⅝ Solvay 87	101	101
10⅝ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	97,75	97,75
9⅝ Volvo 87	100	100
9⅝ WorldBk.90	101,75	101
10⅝ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	7.2.	6.2.
8⅝ Cap City91	97	97
8⅝ CCA 91	96,5	96,5
9⅝ Gas d Fr86	99	99
11⅛ Ned. G.88	100,5	101,5
9⅝ Queb. P.94	99	99
8⅝ SDR 94	97	97

ECU

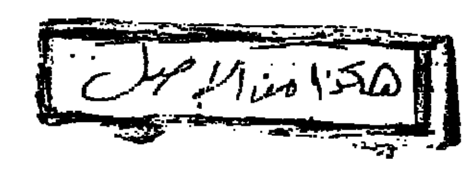
	7.2.	6.2.
10⅝ Af Dbk89	102,125	102,125
10⅝ dgl. 91	104,25	104,125
9½ ABN 92	101,875	101,875
All Nippon 95	99,875	99,75
9⅝ ANZ 92	101,625	101,5
10⅝ Austria93	107	107
10 BNDA 92	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	100,375	100,25
9 Bk.Hels.96	98	98
9⅝ Bk.Tok.90	102,375	102,75
10⅝ dgl. 91	103,125	103,125
10⅝ dgl. 91	103,25	103,375
8⅝ BNP 95	98,75	98,625
8⅝ Bay.Vbk.88	100,375	100,375
8⅝ BFCE 93	97,625	97,5
9⅝ dgl. 92	104,5	104,625
9⅝ dgl. 95	103,75	103,75
9⅝ Bull 92	98	98
9⅝ CNT 92	104,75	104,75
9⅝ dgl. 95	103,75	103,75
8⅝ Cargill 95	98,25	98,125
10⅝ Coca 89	106,375	106,375
11⅛ dgl. 94	108,5	108,5
9 Cemw. 93	101,25	101,25
9 Chrysl. 92	97,625	97,625
10 dgl. 91	101,875	102
10½ dgl. 93	101,75	101,75
9 ClubMed 88	101,125	101,125
9⅝ Consei 92	101,375	101
9½ dgl. 95	102,375	102
9⅝ CCF 95	100,375	100,25
9⅝ CrdNord 91	101,75	101,375
11⅝ CrdFonc90	106	106
11⅝ dgl. 90	106,25	106,25
8⅝ CrdNat 95	99,75	99,25
10⅝ dgl. 94	106,25	106,25
8⅝ Crdanst.94	100	100
9⅝ Credito 92	101,25	101,25
9⅝ Denmark 90	100,875	100,875
10⅝ Denmark91	104,875	104,875
9⅝ Dresd.bk93	105	105
9 EDF 97	101,625	101,625
8⅝ EEC 93	100	99,875
8⅝ ElfAqu. 88	98,875	98,875
9 Enso Gut 91	99,125	99,125
9⅝ dgl. 93	99	99
10 Euratom 97	103,625	103,625
9⅝ Eurofima95	103,75	103,75
11 dgl. 92	107,5	107,625
8⅝ EIB 95	99,625	99,625
9⅝ dgl. 95	103,625	103,625
10⅝ dgl. 94	105,875	105,875
10⅝ dgl. 94	105,875	105,875
10⅝ dgl. 90	106	106
11⅛ dgl. 92	107,125	107,125
11¼ dgl. 94	108,875	108,875
9 Eutelsat 93	99,5	99,375
8⅝ Fiat 90	99,875	99,75
9 IBKFinnl 95	98,125	98
8⅝ Ford C.93	98,25	98,125
11 Genfin.90	106,125	106,125
10⅝ Giroz. 93	106,5	106,5
10⅝ GTE 92	106,875	106,875
10 IADB 93	103,875	103,875
8⅝ IBM 90	100,25	100,25
9 Imatran 96	98,625	98,5
11 EII 89	104,125	104,125
9⅝ Italie 89	100,625	100,625
10⅝ dgl. 97	105,75	105,75
11½ dgl. 90	107,625	107,625
9⅝ Kansall 92	99,75	99,75
9⅝ Kollima 92	100,375	100,25
11⅛ LTCB 90	106,25	106,25
10⅝ Megal 95	103,125	103
8⅝ Mits.Tr.93	97,625	97,25
9 MoetHen.91	101,125	100,75
9⅝ Mol 90	101,25	101,25
8⅝ Morgan 90	99	99
8⅝ Motorola97	99,625	99,625
9 Neste 95	98	98
9⅝ N.Zeal. 90	101,625	101,5
9½ N.Zeal.92	102,625	102,625
11 Nipp.Crd91	106,25	106,25
9 Ostl.bk. 89	100,25	100,5
8⅝ Olivetti93	99,5	99,375
10 Pechin.90	102,625	102,425
9 Petroc.95	96,5	96,25
9⅝ Peugeot 90	100,75	100,875
10⅝ dgl. 90	104,875	104,75
9 Philips 93	102,5	102,5
9⅝ Pibo 92	102,5	102,625
10 Prvbk. 92	102,375	102,375
11½ Queb.Pr89	106,125	106,125
10⅝ RATP 92	104	104
9⅝ Robobk. 95	102,875	102,875
8⅝ Reynolds91	99,875	99,875
10⅝ Roybk.Cd89	105,5	105,5
9 SAS 95	100,5	100,375
9 Sanwa 95	98,75	98,75
8⅝ Secpac 90	97,75	97,625
11⅛ SNCF 94	108,5	108,5
9 SNCI 95	99,25	99,25
10⅝ Spartan91	104	104
9⅝ Sumitcorp93	101,125	101,125
9 Sumitfin 95	101	100,875
9 Unbk.Nor.95	99,125	99
9⅝ WestLB 90	104,25	104,25
9⅝ Westpac92	101,25	101,25
8⅝ Worldbk 93	98,125	98,125
9⅝ dgl. 95	104,25	104,25
9⅝ dgl. 92	103,25	103,25
10⅝ dgl. 89	104,625	104,625
10⅝ dgl. 88	104,875	104,875
10⅝ dgl. 94	106	106
11 dgl. 93	106,875	107

ECU-Tageswerte

	7.2.	6.2.
Dollar	0,905603	0,907935
Bfr	44,9091	44,7346
DM	2,1682	2,1627
Hfl	2,44878	2,44262
£	0,64222	0,652018
Dkr	7,97791	7,96849
FF	6,646	6,62983
Lira	1475,13	1472,22
I-£	0,715725	0,71491
Sfr	1,83206	1,83221
öS	15,2438	15,2352
Peseta	136,309	136,326
Skr	6,80278	6,8254
Nkr	6,72326	6,74732
Kan-$	1,26956	1,28473
Esc	140,736	141,184
Fmk	4,84241	4,85473
Yen	172,317	172,508
Drachme	132,45	132,758

SZR-Wert

	7.2.	6.2.
Dollar	1,11140	1,10173
DM	2,66425	unerh.



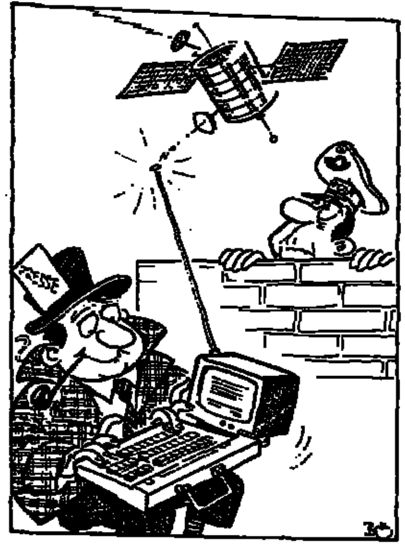


Drahtloser Datenfluß aus der Aktentasche

Private Satelliten-Verbindung für den Mikro-Computer

Von C. GRAF BROCKDORFF

Ein amerikanisches Elektronikunternehmen hat nach Darstellung aus Industriekreisen einen funktionsfähigen Satelliten-Fernmeldeanschluß entwickelt, der die vielerorts in der Welt bestehenden Restriktionen staatlicher Postverwaltungen überwinden könnte. Besonders für Journalisten und Geschäftsleute ist diese Entwicklung von großem Interesse. Das Elektronik-Unternehmen bietet einen Minisender von zehn Watt Leistung mit eingebautem Empfänger an. Dazu gehört eine Antenne mit sogenannter omnidirektionaler Ausrichtung, d. h., die Antenne sendet und empfängt rundum und muß nicht direkt auf den Satelliten ausgerichtet werden.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Mit der transportablen Anlage können Aktentaschen-Computer, wie sie mittlerweile von jedem der großen Computerhersteller angeboten werden, mit einer Übertragungsrate von 300 Zeichen pro Sekunde Texte und Daten über interkontinentale Entfernungen verschicken. Zur Übertragung sollen bereits im Umlauf befindliche Inmarsat-Satelliten zur Verfügung stehen (Inmarsat = International *Maritime Satellite-Organisation*).

Für den praktischen Betrieb bedeutet dies, daß Benutzer einer batteriebetriebenen Anlage nicht mehr darauf angewiesen sind, Fernmeldenetze staatlicher Verwaltungen zu benutzen, die sich in manchen Regionen der Welt als Hindernis bei der raschen Nachrichtenübermittlung erwiesen haben. In bestimmten Ländern beispielsweise verlangen staatliche Postverwaltungen spezielle Zugangsgebühren für die Nutzung privater Datenübertragungsnetze.

Allerdings besteht jetzt schon die Befürchtung, daß die private Aussendung von Signalen auf dem speziellen Frequenzband zur Erreichung des Satelliten von staatlichen Verwaltungen, die wegen des rapiden technischen Fortschritts zunehmend besorgt über ihr Fernmeldemonopol wachen, für illegal erklärt werden.

Jedoch: Antennensignale in diesem Band arbeiten in einem schwer zu ortenden Bereich. Sie dürften nach Ansicht von Experten die Postverwaltungen, die sich bemühen, das staatliche Fernmeldemonopol zu wahren, vor Probleme stellen. Gegenwärtig liegt die Satelliten-Sende- und *Empfangsstation für den* Westentaschenbetrieb noch erst als Prototyp vor. Experten glauben jedoch, daß sie in Kürze Produktionsreife erlangt und bei einer wachsenden Stückzahl preiswert angeboten werden kann.

Ob der US-Markt in der Anlage mehr als eine Spielerei sieht, ist noch offen. Denn die Datenübermittlung in den Vereinigten Staaten verläuft schon jetzt wesentlich unkomplizierter als bei uns und ist dort längst zur alltäglichen Sache geworden: An praktisch jedem Ort und in fast jedem Hotel kann man mit einer genormten Steckerverbindung (modular jack) in das öffentliche Telefonnetz gehen und über Selbstanwahl des Computers ein Datenübermittlungsnetz anrufen.

Die Anrufe sind gebührenfrei („toll-free") oder kosten gerade soviel wie ein Ortsgespräch. Selbst in Alaska kann man über die Nummer 800-638-8832 kostenlos und automatisch eine Computerverbindung aufbauen.

In anderen Ländern, die Bundesrepublik eingeschlossen, verlangen die Postverwaltungen einen sogenannten Akustikkoppler, der in einem umständlichen Verfahren mit Gummimuscheln am Telefonhörer befestigt werden muß. Computer dürfen bei uns die Verbindung nicht automatisch aufbauen, sie muß – durch manuelle Eingabe des Telefonnummer – im Handbetrieb hergestellt werden.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Superschnelle Chips

Bonn (wat) – Mit *320 Millionen* Mark will das Bundesforschungsministerium die geplante Zusammenarbeit der Siemens AG mit der niederländischen Philips-Tochter Valvo im Bereich der Entwicklung von höchstintegrierten Halbleiterspeichern (Megabit-Chips) fördern. Damit soll den europäischen Konzernen geholfen werden, an die *Weltspitze in der Chipentwicklung* heranzurücken. Das auf vier Jahre ausgelegte Forschungsprogramm, bei dem Siemens für 1987 die Produktion des Ein-Megabit-Chips angekündigt hat, wird jetzt allerdings von den Ergebnissen amerikanischer und japanischer Computerkonzerne in Zeitnot gebracht, die in der Entwicklung solcher Chips einen erheblichen Vorsprung haben. So wollen die Firmen NEC und Toshiba in den nächsten Tagen Einzelheiten zum Vier-Megabit-Chip präsentieren und erste Prototypen für das Jahr 1987 ankündigen.

Weniger Augenverletzte

München (df) – Um fast 90 Prozent ist die Zahl der Augenverletzungen bei Autounfällen zurückgegangen. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung der Münchener Augenklinik, bei der Daten von 22 Kliniken ausgewertet wurden. Nach Ansicht der Deutschen Verkehrswacht ist dieser dramatische Rückgang vor allem der Anlegepflicht für Sicherheitsgurte zu verdanken.

Neues Röntgenverfahren

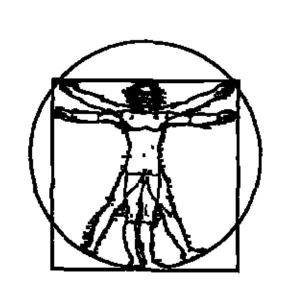
Hannover (dl.) – Ein neuartiges und in Europa bisher einzigartiges Röntgenverfahren ist jetzt in der Medizinischen Hochschule in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Unter der Fachbezeichnung „Digitale Lumineszenz Radiotherapie" verfügt die Radiologische Klinik über ein Gerät, das nach Ansicht der Mediziner die herkömmlichen *Verfahren revolutionieren könnte*. Röntgenbilder werden dabei in elektrische Signale umgewandelt, verarbeitet und zu einer deutlich verbesserten Bildgebung ausgewertet. Dies führe, so die Wissenschaftler, zu erweiterten Diagnosemöglichkeiten.

Umweltforschungs-Preis

Mülheim (DW.) – Der „Océ-van der *Grinten Preis*", *mit dem* alljährlich grundlegende Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes ausgezeichnet werden, ist jetzt für 1987 ausgeschrieben worden. Zur Teilnahme aufgerufen sind diesmal Wissenschaftler, die neuartige Forschungsergebnisse zum Thema „Verfahren zur Bestimmung von Schadstoffen in Erzeugnissen einschließlich Lebensmitteln" vorweisen können. Insgesamt stehen Preisgelder in Höhe von 50 000 DM bereit. (Bewerbungsunterlagen: „Océ-van der Grinten Preis"-Verein, Postfach 10 14 54, 4330 Mülheim/Ruhr).

Spende fördert Nachwuchs

Heidelberg (Kü.) – 1,26 Millionen Mark hat der Verein zur Förderung der Krebsforschung in Deutschland dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in bestimmten Schwerpunktbereichen zur Verfügung gestellt. Die Spende eröffnet mehr als 20 qualifizierten Nach*wuchswissenschaftlern die Mitarbeit* an vielversprechenden Projekten der Krebsforschung. Dazu gehören Fragestellungen der Krebsdiagnostik, des *Mechanismus* der Krebsentstehung, der Tumorzellinvasion und Metastasierung, im Bereich der experimentellen Tumortherapie und in der Krebsverhütung.



Wissenschaft vermarktet

Hannover (Kud.) – Niedersachsens Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens hat keine Einwände, wenn Wissenschaftler ihre in den Universitäten gewonnenen Forschungsergebnisse selbst oder über ihre Patente in privatwirtschaftlich organisierten Firmen vermarkten. Bei einem Besuch der Universität Göttingen versicherte Cassens, dies sei sogar wünschenswert, wenn die Anforderungen der Wissenschaftler in der Lehre und Forschung darun*ter nicht litten. Er begründete dieses* Zugeständnis mit einem Defizit beim Technologietransfer.

Wie man mit Knödeln tolle Füchse ködert

Von D. GURATZSCH

Seit einiger Zeit wird in verschiedenen Bundesländern mit neuen Methoden zur Eindämmung der Tollwut experimentiert. Dabei setzen die Landesbehörden darauf, daß die Seuche am leichtesten bei ihrem Hauptüberträger, dem Fuchs, identifiziert und bekämpft werden kann. Jahrelang hatte man mit ziemlich grobschlächtigen Programmen versucht, den Fuchs gleich selbst wie ein Ungeziefer zu verfolgen und in seinen unterirdischen Bauten auszurotten („Fuchsbaubegasung"), ohne daß diesen Programmen jedoch ein Erfolg beschieden war.

Die Ausrottung der Tiere in bestimmten Gebieten führte nur dazu, daß die Tiere sich anderswo stark vermehrten und dann die Lücke schnell wieder auffüllten. Anschließend war dann oft der Prozentsatz der Füchse, die den Tollwuterreger trugen, größer als zuvor. Aus diesem Grund und nach vehementen Protesten der Tierschützer ist man nun zu „humaneren" Methoden übergegangen. Geradezu sensationelle Erfolge werden dabei mit sogenannten Schluckimpfungen erzielt.



Als Überträger der Tollwut wurde der Fuchs früher gnadenlos verfolgt
FOTO: NDR/SIELMANN

Per Schluckimpfung wird die Tollwut bekämpft

Dabei werden flächendeckend Köder ausgelegt, die mit einem Impfstoff gegen Tollwut präpariert worden sind. Der Erfolg hängt davon ab, daß eine genügend große Zahl von Füchsen die Köder aufnimmt und damit einen aktiven Schutz vor dem Tollwutvirus aufbaut, damit die Kettenreaktion der Virusübertragung von Fuchs zu Fuchs abreißt.

Erste Erfahrungen mit dieser Form der Impfung hatte man schon vor einigen Jahren in Bayern sammeln können. Damals konnte man in einem 400 Quadratkilometer großen *Gebiet im Raum Altötting etwa 80* Prozent der Füchse immunisieren. Vorversuche laufen seit Jahren auch in Hessen. Dabei ist es gelungen, die Tollwut im Vordertaunus völlig zum Erliegen zu bringen. Schon seit drei Jahren wurden in diesem Gebiet keine Fälle mehr registriert. Inzwischen hat die hessische Landesregierung mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen einen länderübergreifenden Feldversuch für die Jahre 1985 bis 1987 gestartet.

Bereits die erste Zwischenbilanz nach nur vier Monaten zeigt einen aufsehenerregenden Erfolg. Vom Oktober 1985 bis zum Januar dieses Jahres ging in den beteiligten hessischen *Kreisen Waldeck-Frankenberg*, Lahn-Dill und Marburg-Biedenkopf die Zahl der Tollwutfälle um 50 Prozent zurück. Gerade diese Kreise waren in der Vergangenheit besonders stark von der Seuche betroffen.

Bei dem länderübergreifenden Versuch wurden allein in den hessischen Kreisen 66 000 Köder ausgelegt. Anders als früher, als man die *Impfkapseln* in Hühnerköpfen versteckte, wurden jetzt Knödel aus Fischmehl und Fett verwendet, die die Füchse noch bereitwilliger als Nahrung aufnahmen. So konnten die Forscher vom Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Frankfurt nach *Prüfung einiger hundert Fuchskada*ver belegen, daß mehr als achtzig Prozent der Füchse den Impfstoff aufgenommen hatten. Siebzig Prozent der Tiere verfügten über einen aktiven Impfschutz.

Aber schon bei einem Impfschutz von 50 Prozent der Tiere wäre nach Meinung des hessischen Sozialministers Armin Clauss gesichert, daß die Übertragung des Virus zwischen den Tieren unterbrochen wird. Auch anfängliche Befürchtungen, andere Tiere, die den Köder ebenfalls aufnehmen (Schwarzwild, Kleinraubwild, Mäuse oder Schnecken), könnten den Erfolg des Versuches gefährden, haben sich nicht bewahrheitet. Bei dem Feldversuch soll nun der Impfgürtel zunächst bis zum Norden von Rheinland-Pfalz und bis nach Siegen vorgeschoben werden.

Immer mehr Gebiete sind von der Seuche befreit

Die schon seit Jahren tollwutfreien hessischen Forstämter Königstein und Bad Homburg, die noch im Frühjahr 1985 einbezogen wurden, sollen vorerst nicht mehr beschickt werden. Auch im Hochtaunuskreis wurden nur noch bis zum April 1985 Tollwutfälle festgestellt – neben fünf Füchsen war auch ein Rind befallen.

Aber gerade die Tatsache, daß die letzten Fälle sämtlich nur noch von den Rändern der älteren Versuchsgebiete gemeldet wurden, bestärkt die Veterinärämter in ihrem Optimismus, daß man die Tollwut endlich in den Griff bekommt. Minister Clauss: „Die Schluckimpfung hat sich gerade auch im länderübergreifenden Feldversuch als äußerst geeignete Bekämpfungsmethode erwiesen."

STAND ● PUNKT

„Bläh-Off"

Amerika spielte schon oft den Vorreiter, wenn es galt, im Sport neue Wettbewerbe und Einnahmequellen zu entdecken. So wurden im nordamerikanischen Profi-Eishockey die Play-Offs kreiert. Jenes K.-o.-System (wer zuerst dreimal siegt, kommt weiter) also, *das* erst *nach dem* herkömmlichen Meisterschafts-Modus und einem Pistolenduell im Morgengrauen gleicht. Es muß einen Sieger und einen Verlierer geben. Mit einem Unentschieden (US-Slogan: „Das ist so, als ob man seine eigene Schwester küßt") haben die Amerikaner nichts im Sinn.

Die Gerechtigkeit bleibt bei der Zusatzrunde auf der Strecke. Denn wenn eine Mannschaft wie der Kölner EC nach 36 Spieltagen souverän an der Spitze *thront*, dann würde man ihn im Fußball als *Meister* feiern. Doch was *bedeutet Gerechtigkeit*, wenn fette Einnahmen winken. Die Play-Offs (der Name „Bläh-Off" ist so falsch nicht) garantieren Spannung bis hin zum „plötzlichen Tod" (Sudden death). So etwas will der Zuschauer sehen. Die Kehrseite der *Medaille: Die Spieler* werden physisch und psychisch enormen Belastungen ausgesetzt.

W. NIERSBACH

EISHOCKEY / Der große Favorit Kölner EC tat sich zum Auftakt der Play-off-Runde sehr schwer

● Erst durch ein Tor in der Verlängerung kam der Favorit Kölner EC zum Auftakt der Play-off-Runde zu einem 4:3-Zittersieg über Schwenningen. Die Entscheidung fiel für Köln sehr glücklich, denn der Kanadier Cote hatte kurz vor dem Kölner Tor den Pfosten getroffen. Schon morgen finden die zweiten Spiele des Viertelfinales statt.

● Als Spieler wurde der Schwede Hardy Nilsson mit dem Kölner EC deutscher Meister, in diesem Jahr kehrte er als Trainer an den Rhein zurück. Zählte er als Spieler noch zu den Rauhbeinen der Liga, die den Körpereinsatz übertrieben, so plädiert er als Trainer für diszipliniertes Verhalten. Die WELT zeichnet ein Porträt des Schweden.

Nilsson – ein schwedischer Eisschrank

HEINZ STUMM, Köln

Mit Trainer Hardy Nilsson (38) aus Schweden ging der Kölner EC souverän als beste Eishockeymannschaft der Doppel-Vorrunde hervor. Mit Nilsson, seit Saisonbeginn KEC-Trainer, wollen die Kölner jetzt auch den Titel holen. Ihm wird es zugeschrieben, daß die Kölner zu den Favoriten zählen.

So einfach ist das: Hätte es in Skel*leftea, einer etwa 35 000* Einwohner zählenden Stadt im schwedischen Lappland, einen erstklassigen Fußballklub gegeben, wäre Hardy Nilsson wohl Fußballprofi geworden. In Skelleftea, so beginnt seine Geschichte, hat er bis zum 18. Lebens*jahr Fußball und Eishockey zugleich* gespielt und sich dann ausschließlich dem rauhen Spiel auf den Schlittschuhen zugewandt, weil eben in dem Provinzfleckchen am Bottnischen Busen kein erstklassiger Fußballklub existierte. Ergebnis: Nilsson wurde *ein Spieler der Spitzenklasse*, kam in die Nationalmannschaft und war Ende der 70er Jahre nach Ansicht des damaligen KEC-Präsidenten Jochen Erlemann bester schwedischer Eishockeystürmer überhaupt. Grund genug für den Abschreibungskünstler, den Lappen an den Rhein zu holen.

Sieben Jahre später ist er wieder da. Doch anders als damals fuchtelt er nicht mehr wild mit der „Kelle" herum (Nationalspieler Schiller: „Der Hardy *hieß* bei *uns* der Betonmischer"), heizt er nicht mehr die Gefühle an, sondern dämpft eher. „Es hat keinen Sinn, an der Bande den wilden Mann zu spielen", sagt der Eishockeytrainer Nilsson.

Weil der im Gegensatz zu vielen Kollegen die große Geste scheut und sich immer in der Gewalt hat, wenn auf dem Eis die Fäuste fliegen oder ein Spiel verlorenzugehen droht, gilt er in der Branche als schwedischer Eisschrank: temperamentsarm und einsilbig.

Doch im Gespräch wird schnell klar, daß Zurückhaltung nur System bei ihm ist. Dieser Stil, so glaubt er, *fördere auch die* Disziplin bei den Spielern, eine Eigenschaft, die er für die wichtigste in dem rauhbeinigen Spiel hält, bei dem es praktisch nie Verschnaufpausen gibt. *Daneben* sind Ehrlichkeit und Pünktlichkeit für ihn wichtige Tugenden.

Deshalb geht er auch ganz rigoros vor, wenn jemand aus welchem Grunde auch immer zu spät kommt. Die ersten fünf Minuten kosten zehn, die nächsten 25 Mark. Auch die besten Ausreden, im Rheinland sehr be*liebt*, ziehen bei *ihm* nicht. „Ich akzeptiere nur Erklärungen, niemals Entschuldigungen", sagt er.

Seit Nilsson als Trainer arbeitet, und Trainer ist er immerhin schon im vierten Jahr, sind Temperamentsausbrüche für ihn Diskretionssache. „Wenn ich was durchzusetzen habe, dann mache ich das vor dem Spiel und nach dem Spiel. Und wenn jemand etwas nicht kapiert hat, kapiert er es auch während des Spiels nicht mehr", hält er es für überflüssig, an der Bande wie ein Rumpelstilzchen *herumzuspringen. Solche Auftritte*, im Eishockey wie im Profifußball nicht selten, sind für ihn nur Profilierungssucht und ein Mittel, sich bei den Medien interessant zu machen. „Alles Theater", sagt er verächtlich.

Besonders fuchsen den blonden Schweden *mit den sanften Augen* und der leisen Stimme Spieler dann, wenn sie Fehler zuerst bei anderen und nicht bei sich selbst suchen. „Da werde ich zornig", sieht er sich als Anwalt der Gerechtigkeit.

Obwohl er im Gespräch eher wie ein zahmes Reh wirkt und kaum vorstellbar ist, daß er auch explodieren kann, beteuert er, auch schon *mal* laut zu werden. Und das schlimme sei, daß das dann vielleicht auf sein Verhalten in der Familie durchschlage: „Ich habe keine zwei Gesichter, ich bin immer Hardy Nilsson."

Zu Hause – er wohnt mit Frau Eva und Tochter Nina in Bergisch Gladbach-Schildgen – ist er am liebsten unter sich. Deutsches Fernsehen und hier vor allem Dokumentarsendungen aus der Zeit unter Hitler interessieren ihn besonders. Zum Schluß noch ein Wort zum deutschen Eishockey: *Es sei, so meint Nilsson*, in den sieben Jahren seiner Abwesenheit profihafter geworden. „Kämpferisch sind die Deutschen stärker als die Schweden." Den Spielern seines Gastlandes wünscht er nur manchmal etwas von dem Nationalstolz der *Schweden*.

SPORT-NACHRICHTEN

Uruguay Turniersieger

Miami (sid) – Uruguay, am 4. Juni in Queretaro erster Gegner der deut*schen Fußball-Nationalmannschaft* bei der Weltmeisterschaft in Mexiko, gewann ein Turnier in Miami (Florida) durch einen 2:0-Finalsieg gegen die Klub-Mannschaft von Deportivo Cali. Trainer Borras konnte nur fünf Mexiko-Kandidaten einsetzen.

Davis-Cup im Fernsehen

Hamburg (dpa) – Bis zur Entschei*dung wird die ARD am 9. März den* Schlußtag beim ersten Davis-Cup-Match der deutschen Mannschaft in Mexico City live übertragen. Die Sendung beginnt um 18.00 Uhr. Das ZDF überträgt die ersten beiden Einzel am Freitag sowie das Doppel am Sams*tag. Für Mexiko spielen Lavalle und* Maciel.

Prämie für Titelgewinn

Paderborn (sid) – Sollte die deutsche Handball-Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz (25. Februar–8. März) den Titel erringen, erhält jeder Spieler eine Prämie von 20 000 Mark. 1978 erhielt jeder Spieler 4000 Mark, einen Fernseher und eine goldene Uhr.

Olympia-Vermarktung

Seoul (sid) – Aus der Vermarktung der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul erwartet das südkoreanische *Organisations-Komitee eine Einnahme* von rund 120 Millionen Dollar. 42 Prozent des Geldes sollen allein aus dem Verkauf des Tiger-Maskottchens und der Verwendung des Emblems der Spiele einfließen.

Steeb Turniersieger

Buchholz (dpa) – Der 18jährige Stuttgarter Carl-Uwe Steeb gewann das *internationale Hallen-Tennis-Turnier* in Buchholz bei Hamburg. Er besiegte im Finale den Schweden Peter Lindgren 6:1, 6:4.

Sieg für Anja Fichtel

Göppingen (sid) – Die 18 Jahre alte Tauberbischofsheimerin Anja Fichtel gewann das zweite Weltcup-Turnier im Damenflorett in Göppingen. Die Junioren-Weltmeisterin besiegte im Finale die Ungarin Zsuzsana Janosi mit 8:6.

Elter siegt in Nairobi

Nairobi (sid) – Der Essener Peter Elter gewann das Tennis-Grand-Prix-Turnier in Nairobi. Im Finale setzte er sich gegen den Amerikaner Marcel Freeman mit 6:2, 7:6 durch.

Sieg ohne Bernd Schuster

Barcelona (sid) – Ohne seinen deutschen Mittelfeld-Star Bernd Schuster (Knieverletzung) kam der FC Barcelona am 24. Spieltag der spanischen Fußball-Meisterschaft zu einem 3:1-Erfolg über Hercules Alicante. Tabellenführer mit 40:8 Punkten bleibt Real Madrid (2:0-Sieg über Osasuna) vor *Barcelona (36:12 Punkte)*.

England: 22 Verletzte

***Liverpool** (sid) – 22 Menschen wur*den vor dem 1:1 beim Spiel der englischen Fußball-Meisterschaft zwischen Liverpool und Manchester United verletzt. Unbekannte Täter hatten Besucher mit Tränengas besprüht.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Erster Spieltag der Play-off-Runde: Iserlohn – Landshut 2:0, Köln – Schwenningen 4:3, Düsseldorf – Mannheim 9:3, Rosenheim – Kaufbeuren 8:2. – Länderspiel in Stockholm: Schweden – UdSSR 1:2.

FUSSBALL

Länderspiel in Queretaro (Mexiko): „DDR" – Bulgarien 2:1 (0:0).

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Memphis: Endspiel: Gilbert (USA) – Edberg (Schweden) 7:5, 7:6. – Doppel: Flach/Seguso (USA) – Forget/Jarryd (Frankreich/Schweden) 6:4, 4:6, 7:6. – Grand-Prix-Turnier in Toronto: Endspiel: Nystroem (Schweden) – Srejber (CSSR) 6:1, 6:4. – Doppel: Nystroem/Fibak (Polen) – Steyn/Visser (Südafrika) 6:3, 7:6.

RADSPORT

Endklassement der Andalusien-Rundfahrt: 1. Rooks (Holland) 20:48:15 Stunden, 2. Hilse (Deutschland) 20:48:21, 3. Gaston (Spanien) 20:48:35, 4. Müller (Schweiz) 20:48:41, 5. Indurain (Spanien) 20:48:42.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 14, 23, 37, 38, 42, 45, Zusatzspiel: 13. – Rennquintett: Rennen A: 7, 3, 1. – Rennen B: 25, 33, 28. (Ohne Gewähr)

GOLF / Deutscher Profi ist der beständigste Spieler auf der diesjährigen Tournee durch Amerika

Ein Fehlschlag kostete Langer 32 400 Dollar

FRITZ WIRTH, Washington

Auf Bernhard Langer warteten ein Scheck in Höhe von *81 000 Dollar*, eine Trophäe von Tiffany und der Sänger Andy Williams, um beide Schätze zu überreichen. Es war der dramatische Höhepunkt der „Andy Williams Open" in San Diego, direkt an der Pazifikküste. Der deutsche Golfmeister und Gewinner des „*Masters*"-Turniers stand um Haaresbreite vor seinem dritten Turniersieg innerhalb eines Jahres *in den* Vereinigten Staaten.

Nach dem letzten Schlag lag Langer zusammen *mit dem* Amerikaner Bob Tway mit jeweils zwölf Schlägen unter Par in Führung. Ein Stechen war *nötig*, und der erfahrenere Spieler Langer war der Favorit.

Die Entscheidung fiel am zweiten *Loch* in diesem Stechen. Langer hatte an diesem Loch einen Putt aus zwei Meter Entfernung zu schlagen. Der Ball rollte um zwei Zentimeter am Loch vorbei. Tway dagegen *hatte aus* fast gleicher Entfernung keine Schwierigkeiten, seinen Ball ins Loch zu versenken und gewann (67+68+69=204 Schläge) damit dieses Turnier. Langers Resultat: 70+66+68=204 Schläge bei Par 72.

Der Schlag, mit dem Langer im Stechen um zwei Zentimeter das Loch verfehlte, war einer der teuer*sten in seiner Karriere. Er kostete ihn* 32 400 Dollar. Das ist der Unterschied zwischen dem ersten und zweiten Preis bei diesem prestigereichen Turnier.

Langer kassierte für seinen zweiten Platz 48 600 Dollar und war trotz der Enttäuschung nicht unzufrieden. Er erhöhte mit dieser Börse seine Einnahmen nach fünf Turnieren auf der amerikanischen Profitour dieses Jahres auf insgesamt 115 483 Dollar und liegt damit in der Geldliste dieses Jahres in den USA an dritter Stelle. Mit seinen Plazierungen (4., 11., 7., 13. und 2.) ist der Deutsche der bestän*digste Spieler auf der US-Tour*. „Ich bin sehr zufrieden mit meinem Spiel. Ich bin sonst ein Spätstarter, der erst im Sommer seine Höchstform erreicht. Diese Frühform ist eine neue Erfahrung für mich."

Das Turnier wurde statt der üblichen 72 Löcher nur über 54 Löcher gespielt, weil die dritte Runde am Samstag wegen heftiger Regenfälle *ausfiel. Langer hätte das Turnier* beinahe ohne Stechen gewonnen. Tway hatte fast den gesamten Sonntag über an der Spitze gelegen und führte nach 16 Löchern mit „minus 13 Schlägen" zu einem Zeitpunkt, als sich Langer bereits mit „minus zwölf" im Klubhaus befand.

Tway, der seine Karriere als Profi vor zwei Jahren begann und bisher noch kein Turnier gewonnen hatte, fiel jedoch am 17. Loch auf „zwölf unter Par" zurück und hatte größte Mühe, das letzte Loch Par fünf zu spielen und damit ein Stechen zu erzwingen.

*Das nächste Turnier im amerikani*schen Golfzirkus beginnt am Donnerstag auf Hawaii. Langer geht mit guten Chancen auf seinen ersten Jahressieg in dieses Turnier, da ihm der Golfplatz auf Hawaii besonders gut liegt. Er hat dort in den letzten zwei Jahren bereits Siegprämien von insgesamt über 100 000 Dollar gewonnen. Langer hat im letzten Jahr auf *der amerikanischen Golftournee, die* aus insgesamt 43 Turnieren besteht, zwei Siege errungen und in den 18 *Turnieren*, an denen er teilnahm, 271 000 Dollar gewonnen.

Der Golfprofi Lee Trevino, der die „Andy Williams Open" im Fernsehen kommentierte, sagte über Bernhard Langer: „Dieser junge Mann muß bald mit einem *Lastwagen* von Turnier zu Turnier reisen, um das ganze Geld zu fassen, das er verdient." Wor*auf Langer erwiderte*: „Nicht nötig. Meine Frau Vikki reist mit mir, und deren Taschen haben bisher noch alles Geld fassen können."

FUSSBALL / Platzverweis für Hans-Peter Briegel

Hoffnung auf mildes Urteil

sid, Frankfurt

Für Hans-Peter Briegel war es ein schwacher Trost, daß Schiedsrichter Paparesta aus Bari in der italienischen Presse durchweg zum "Schwarzen Mann des Tages" gestempelt wurde. Schließlich hatte der Unparteiische dem 30 Jahre alten deutschen Fußball-Nationalspieler beim 0:0 von Meister Hellas Verona gegen Karl-Heinz Rummenigges Klub Inter Mailand zwei Minuten vor Schluß die Rote Karte gezeigt. „Abso*lut zu Unrecht*", *befand* Briegel, *der* zuvor in seiner Laufbahn lediglich im DFB-Pokal 1978/79 bei Südwest Ludwigshafen einmal des Feldes verwiesen worden war.

Nach einem gemeinsamen Foul der Inter-Spieler Riccardo Ferri und Ful*vio Collovati im Strafraum an Briegel* hatte dieser beim Schiedsrichter heftig protestiert. Doch statt des erhofften Elfmeters reagierte Paparesta zunächst mit der Gelben Karte und schickte den verärgerten Briegel wegen weiterer Beschwerden danach in die Kabine. „Ein Platzverweis ist in Italien aber nicht ganz so schlimm wie in der Bundesliga", hofft Briegel auf ein mildes Urteil. „Hier gibt es dafür in keinem Fall eine Sperre von beispielsweise vier Wochen. Vielleicht kann ich sogar am kommenden Sonntag bei Sampdoria Genua schon wieder mitmischen." Als Strafe *muß*te Briegel allerdings das magere Resultat gegen die krisengeschüttelten Mailänder empfinden.

Hans Barths Biographie über Hermann Oberth

Zurück zu den Sternen

Die Möglichkeit einer Katastrophe, wie sie jetzt die amerikanische Raumfahrt heimgesucht hat, findet keinen Platz in seinen Überlegungen. Gleichwohl hat er in den vielen Jahrzehnten immer wieder Rückschläge hinnehmen müssen, in technischer Hinsicht, aber auch in der Bewertung und *Würdigung seiner Arbeit*. Hermann Oberth, der die Idee der bemannten Raumfahrt zwar nicht als erster dachte, ihr aber doch zum entscheidenden Durchbruch verhalf, stand lange Zeit, in Deutschland wie in den USA, im Schatten seines Meisterschülers Wernher von Braun; seine fast kauzig zu nennende Bescheidenheit verbot es ihm wohl, seine eigenen Verdienste, die Prioritäten bei der gedanklichen Erschließung des Alls ins rechte Licht zu rücken.

Das hat für ihn *sein Landsmann* Hans Barth getan, in einer Biographie, in der Menschliches und Genialität, Provinzielles und Welt-Veränderndes gleichberechtigt nebeneinander stehen.



Oberth ist nicht nur der vielzitierte „Vater der Raumfahrt", der sich als 93jähriger, den Start der deutschen D-1-Mission in Florida mit eigenen Augen ansah. Er ist auch der Philosoph, der in der leicht verschrobenen Sprache der Siebenbürger Sachsen die Grenzen des Wachstums verschwinden sieht, die pessimistische Prognosen dem – noch – an die Erde gefesselten Menschen auftürmen zu müssen glauben. Das ist auch der zerstreute *Professor, über den seine* Freunde unzählige Anekdoten zu erzählen wissen. Das ist freilich auch jener Idealist, der die Hoffnung auf eine politische Einigung unter den Weltmächten vehement vertritt, der sogar ein etwas versponnenes Modell für dieses Wunschbild entwarf.

Ganz sicher ist Hermann Oberth nicht nur jener rumäniendeutsche Gymnasial-Lehrer, dem dort in seiner Studierstube ein großer Wurf gelang. Die Fülle seiner Ideen für die Nutzung des Weltraums für den Menschen ist festgehalten, längst ehe hochbezahlte Technologie-Manager in Ost und West sie in Konzepte gossen. Nur hat er nie verstanden, in der breiten Öffentlichkeit für sie einzutreten. Das hat er anderen überlassen, die denn auch häufig genug dafür die Ehre einheimsten.

Und er war ganz sicher nicht das Management-Genie, das die politischen, wirtschaftlichen und technischen Ressourcen für den Erfolg zu *nutzen verstand. So ist er, und Barth* macht das in seiner Schilderung für mehrere Etappen im Leben Oberths deutlich, oft enttäuscht worden, immer wieder von der Realisierung seiner Projekte ausgeschlossen worden, freilich ist er auch immer wieder um seinen Rat gefragt worden.

Reichtümer jedenfalls hat der Siebenbürger Professor und inzwischen vielfach Geehrte mit seinen zahlreichen Erfindungen nicht erwerben können. Schon sein erstes und be*rühmtestes Buch, „Die Rakete zu den* Planetenräumen", als Doktorarbeit von der Universität Göttingen seinerzeit abgelehnt, mußte er mit eigenem Geld drucken lassen, seine zahllosen Patente brachten Oberth nicht einmal genug zum Leben ein. Immer wieder mußte er die Schulden, die ihm die praktische Arbeit an seinen Erfindungen eingebracht hatte, von seinem Lehrergehalt tilgen.

So hat sich ein wenig Verbitterung in manches Urteil des so oft Enttäuschten eingeschlichen. Zwar gilt er, zumindest in der Fachwelt, heute als Vater der Raumfahrt. Mit Ausnahme jener Monate jedoch, als er mit einer Handvoll begeisterter Ingenieure und Helfer in Berlin seine erste Flüssigkeitsrakete baute, hat er nie die Gelegenheit gehabt, seine Projekte in handfeste Technik umzusetzen. Das taten andere für ihn. Immerhin hat er, und das wird auch heute noch oft vergessen, den Samen für eine Fülle der Entwicklungen gelegt, die, als er sie vorausdachte, noch als Utopien abgetan wurden.

Er hat das große Glück, die Realisierung vieler seiner Träume miterleben zu dürfen. Das Buch, mit einer Fülle authentischer, teilweise bisher unbekannter Details, sollte dazu beitragen, das Denkmal Hermann *Oberth noch zu seinen Lebzeiten auf* jenen Platz zu stellen, der ihm gebührt.

KLAUS WOHLT

Hans Barth: „Hermann Oberth. Leben – Werk – Wirkung", Uni-Verlag Rol-Oberth, Feucht, 416 S., 92 Abb., 30 Mark.



Besuch der Beatles bei der Queen. Szene aus der Bochumer Aufführung FOTO: EICHHORN

Bochum bringt ein Theaterstück über den ermordeten Beatle John Lennon

Oxford-Laute unterm Pilzköpfchen

So, jetzt hat er auch sein Theaterstück, der John Lennon, der von *einem Psychopathen am 8. Dezember* 1980, gerade vierzig Jahre alt, in New York erschossen wurde. Aber Lennon lebt weiter. Nicht nur in seinen Liedern, sondern auch im Bochumer Schauspielhaus, für das Uwe Jens Jensen gemeinsam mit Hansgeorg Koch, dem musikalischen Leiter, eine Szenenfolge aus Musik, Zitaten und Aussprüchen der Beatles mit dem schlichten Titel „John Lennon" zusammengestellt hat. Da mochte man schon recht nostalgisch werden, wenn man die Songs hörte und die vier Pilzköpfe sah, die in unser aller Leben eine Rolle gespielt haben.

Es beginnt mit dem Mord, und es endet damit: Die gleiche Szene bildet quasi den Rahmen für das Stück, das die Lebensgeschichte des John Winston Lennon erzählt. *Kaleidoskopartig erleben wir Kindheit*, Schule, Hamburg, Lennons Hochzeit mit Cynthia, die Auszeichnung der Queen, die die vier Pilzköpfe, seinerzeit die ergiebigsten Steuerzahler des Königreiches, zu „Members of the British Empire" machte, Yoko Ono, Lennons zweite Frau, mit der er das „Bed-in" für den Frieden in Amsterdam veranstaltete – fast zuviel für die zweieinhalb Stunden, in denen auch der Musik der Liverpooler sehr viel *Platz eingeräumt wird*.

Das ist zwar dramaturgisch nicht sehr aufregend, zumal man auch nichts Neues aus dem Leben des Pop-Helden erfährt. Es wird aber wettgemacht durch ein Ensemble in Sektlaune, das Jensen, der auch für die Regie zeichnet, zur Verfügung steht, allen voran Alexander Goebel als John Lennon I, der die Zuschauer als „Master of Ceremonies" durch sein Leben führt. Nicht ganz so überzeugend gerieten die anderen Beatles: Bert Oberdorfer als etwas zu beleibter Paul McCartney, Ulrich Wesselmann als blasser George Harrison, Matthias Redlhammer als Ringo Starr und Bernd Birkhahn als *Lennon II*.

Goebel selbst sieht dem echten Lennon verblüffend ähnlich, wenn er auch den vermeintlichen Revoluzzer, der die Welt mit dem Satz schockierte, die Beatles seien bekannter als Jesus, etwas zu brav verkörpert. Da steht dem Schauspieler nicht zuletzt sein Oberprimaner-Englisch im Weg, mit dem er die Entstehung der Beatles beschreibt. Diese bemühten Oxford-Laute passen ganz und gar nicht zu einem Liverpudlian. Dafür überrascht Goebel mit einer Stimme, die die bereits zu Evergreens gewordenen Hits gut über die Rampe bringt.

Daß Kirsten Dene zu den Besten in Bochum gehört, weiß man schon länger. Daß sie auch gut singen kann, beweist sie an diesem Abend recht nachdrücklich. Sie schlüpft in sechs verschiedene Rollen, darunter eine ausgeflippte Queen Elizabeth, szepterschwingend im Nachthemd, die „Lady Madonna" ins Mikrophon röhrt, und eine anrührende New Yorker „Bag Woman", deren „Fool On The Hill" eine ganz neue Bedeutung erlangt: Sie singt es, nachdem Lennon von Yoko verlassen worden und die Gruppe auseinandergefallen ist.

Jensen hat sich von Anette Schulz Bühnenbilder von teilweise märchenhaft poetischem Charme bauen lassen. Hinreißend gerät die Bebilderung der „Lucy In The Sky With Diamonds" überschriebenen Szene: Da schwebt Lucy, tüllbekleidet, neben Superman durch die Luft, ein Walroß wackelt über die Bühne, und an der Rampe fährt ein Yellow Submarine vorbei. „We are very amused", zitiert die verrockte ER II im Text ihre Vorgängerin Victoria. So are we.

RAINER NOLDEN

Weitere Termine: 15., 22., 28. 2; Kartenvorbestellung unter 0234 / 37 061

Alte Gewänder im Bamberger Diözesanmuseum

Sehr unirdische Träume

Eine eigenartige Stille liegt über dem „Mantelsaal" im Bamberger Diözesanmuseum. Zu sehen sind großflächige Vitrinen mit Textilien. Von diesen Textilien geht die bannende Ruhe aus. Die Mehrzahl sind Umlegemäntel; ferner schimmern eine Tunika, ein byzantinisches Tuch unbekannter Verwendung und die Fuß-, Bein- und Leibkleider aus der Gruft eines Papstes.

Gefangengenommen wird der Blick jedes Eintretenden zunächst einmal von dem hinreißenden „Sternenmantel" des heiliggesprochenen Kaiser Heinrich II. (973 bis 1024), der der Gründer des Bistums Bamberg und der Stifter des Doms war.

Über den tiefblauen Seidendamast mit einem herrlichem Granatapfelmuster ziehen die Sterne, sämtlich in *Goldstickerei*: Walfisch und Großer Bär, Pegasus, Cassiopeia und Schwan – ein schier endloser Reigen. Die Mitte des Mantelrückens wird von Christus und von christlichen Symbolen beherrscht.

Eine lateinische Stickerei-Inschrift belehrt den Betrachter, daß er die „Beschreibung des ganzen Erdkreises" sieht. Fürst Ismahel von Apulien machte das Sternenwunder anno 1019 dem von ihm verehrten Heinrich zum Geschenk.

Den welberühmten „Reitermantel" zeigt die nebenstehende Vitrine. Aus schwarzblauem, mit Blättern und Tieren bestickten Stoff heben sich acht große Medaillons sehr plastisch heraus. Alle zeigen ein goldenes Roß mit goldenem Reiter. Der *Reiter* trägt eine Krone und schwingt ein Lilienzepter. Ob der Mantel ein persönliches Gewandstück Heinrichs war, ist nicht belegt. Es dünkt auch unerheblich. Wer fragt schon bei einem derart unirdischen Gewandtraum nach dem irdischen Träger.

Des Kaisers Tunika dagegen galt von jeher als sein Geschenk an das Bamberger Domkapitel. Vom *schlichten weißen Gewand stechen* rotseidene, mit Perlen besetzte Borten ab. Schreitende Greife, die Schwingen gespreizt, bilden das Bortenmuster.

Das sogenannte „Gunther-Tuch", ein schillerndes Gewebe aus den Jahren 1050/60 ist vermutlich ein Geschenk des byzantinischen Hofes an den dort Gast gewesenen Bamberger Bischof Gunther. Die violette Seide ist mit winzigen, rosa und hellblauen Blättern übersät. In der teilweise lädierten Tuchmitte reitet ein oströmischer Herrscher; zwei bekrönte, überlebensgroße und bizarr anmutige Frauen rahmen ihn ein.

Bischof Gunther kehrte von seinem Pilgerzug, der mit 7000 Mann begonnen hatte, nicht wieder zurück. Er war einer der rund zweitausend Toten. Mit dem toten Bischof gelangte das Tuch *später nach Bamberg* und wurde dort 1830 dann während der Domrestaurierung aus seinem Grab geborgen.

Clemens II., 1047 in Italien verstorben, ist der einzige Papst, der nördlich der Alpen, nämlich in Bamberg, beigesetzt wurde. Die Überführung des Leichnams erklärt sich aus des Papstes Liebe zu Bamberg. Sein Ornat, eine Grabbeigabe, wurde 1942 der Begräbnisstätte des Papstes im Dom entnommen und im Bayerischen Nationalmuseum in München konserviert. Nun sind die Kleider, unter anderm die Dalmatika und die mit Panthern gemusterten Pontifikalstrümpfe, Bestandteil dieses lautlosen Saales.

Zwei weitere Kostbarkeiten enthält der Raum: die Mäntel der heiligen Kunigunde. Die Gemahlin Kaiser Heinrichs wurde im Jahre 1200, vierundfünfzig Jahre später also als ihr Mann, „zur Ehre der Altäre" erhoben. Welcher der beiden Kunigundenmäntel der faszinierendere ist, läßt sich schwerlich sagen. Der „Chormantel" jedenfalls ist geradezu ein Fest für das Auge.

Ein einziges, neben- und übereinandergereihtes Goldmotiv spannt sich über die helle Seide. Es zeigt einen byzantinischen Monarchen mit Labarum und Reichsapfel. Das eingestickte Bildnis der Kaiserin wurde erst viele Jahre später auf den Mantel gefügt.

Kaum vermag man sich von dem Augenzauber zu trennen. Ob er vielleicht einen der Mäntel einmal aus der Vitrine nehmen und sich umlegen könne, damit der Faltenwurf besser *zu bewundern sei, fragte ich meinen* Führer Walter Milutzki. Er starrte auf den Boden, als erwüchse dort die Lernäische Schlange.

Selbstverständlich ist der „Mantelsaal" nur einer unter vielen Sälen des mit Kostbarkeiten gefüllten Diözesanmuseums. Der mit wunderschönen Photographien ausgestattete Kunstführer von Renate Baumgärtel-Fleischmann unterstützt die Wanderung durch die Domschatz-Jahrhunderte.

ESTHER KNORR-ANDERS

Charmanter Dauer-Schocker – Der Autor H. Habe

Ein Selfmade-Gentleman

Warum haben Sie diesen Film gemacht?" Diese Frage wird mir immer gestellt, wenn ein Beitrag von mir im Fernsehen gebracht wird. Aber bei Hans Habe klingt die Frage aggressiver als sonst: mit diesem Unterton von Überheblichkeit und Verachtung, die man diesem Bestsellerautor schuldig zu sein glaubt.

Denn Hans Habe war ein Reizthema, und auch nach seinem Tod erhitzen sich die Gemüter noch über diesen charmanten Dauer-Schocker, der vor allem einer gewissen linken Szene in Deutschland so verhaßt war, daß es schon fast wieder wie eine Art (Haß-)Liebe und heimliche Selbsterkenntnis in dem Kritisierten aussah.

Hans Habe – ARD, 23.00 Uhr

Das ist denn auch der Grund, warum mich dieses Thema lockte. Schon zu Lebzeiten weckte Hans Habe mein Interesse – seine brillanten Artikel und Polemiken einerseits, die engagierten Verrisse, mit denen man ihn am Boden zu zerstören versuchte, an*dererseits. Ich gebe auch gerne zu*, daß ich zu diesen Millionen Lesern gehörte, die im „Stern" fasziniert den Fortsetzungsroman „Die Tarnowska" von Habe verfolgten und jede neue Fortsetzung atemlos erwarteten, auch wenn dieser Roman – wie fast alle seine Bücher – von der Kritik schlecht oder gar nicht beurteilt wurden, trotz, oder vielleicht gerade weil sie Bestseller wurden und Millionenauflagen erreichten.

Aber das allein hätte natürlich nicht genügt, um aus Hans Habe eine der umstrittensten und farbigsten Figuren im Nachkriegsdeutschland zu machen. Mein Film versucht denn auch einen ganz anderen zu zeigen als die Klischeefigur, versucht die Vorurteile abzubauen, die diesen Selfmade-Gentleman längst klassifiziert haben; überraschend, humorvoll und bedrückend zugleich.

Es gibt Zufälle, die sind wie Schicksal: Als ein Bekannter mich darauf aufmerksam machte, daß die Prachtvilla von Hans Habe im Tessin langsam aber sicher verrotte und der Willkür von Zerstörung und einem Urwald von wucherndem Unkraut anheimfalle, fuhr ich sofort hin, um dieses beeindruckende Bild von der „Vergänglichkeit von Ehre und *Ruhm" für die Nachwelt festzuhal*ten. Es entstand daraus der beklemmende und tragisch anmutende Rahmen zu dem Gedenkporträt über den Journalisten und Schriftsteller, der vielleicht kein Zeuge des Jahrhunderts, aber ganz sicher ein Zeuge seiner Zeit war. Von denen, die ihn kannten, bewundert und geliebt; von denen, die ihn nicht kannten, unverstanden und ungeliebt bis über den Tod hinaus, aber keinen jemals gleichgültig lassend.

Weggefährten, Freunde und Zeitgenossen Habes kommen in diesem Porträt zu Wort, unter anderem die Schriftsteller Stefan Heym und Curt Riess, die Journalistin Hilde Spiel, die Schauspielerin Lilli Palmer, die Verlegerin Trude Droste und natürlich seine sechste und letzte Frau, die erstaunliche Licci.

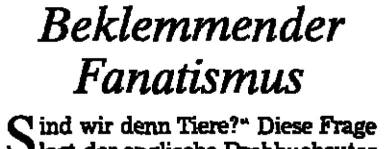
Hans Habe wäre morgen 75 Jahre alt geworden. Anläßlich seines Geburtstages ist seine Autobiographie „Ich stelle mich – *Meine Lebensgeschichte*" im Münchner Herbig-Verlag neu erschienen (558 Seiten, 38 Mark).

CORINNE PULVER



Auch nach seinem Tode ein Reizthema: Der Schriftsteller Hans Habe FOTO: HORST TAPPE

KRITIK



Beklemmender Fanatismus

Sind wir denn Tiere?" Diese Frage legt der englische Drehbuchautor Gerald Seymour am Ende seines TV-Films **Handlanger des Todes** (ZDF) dem israelischen Atomwissenschaftler David Sokarev in den Mund. Er hätte sie getrost verneinen können: Tiere töten eine Beute, sie morden nicht. Und sie kennen keine Ideologie, die sich kurzerhand „unsere *Sache" nennt und in deren Namen sie* dann über unzählige Leichen geben.

Diese „menschliche" Variation irdischen Lebens führt Seymours Film, *von Michael Ferguson präzise insze*niert, mit viel Sinn für Details vor. So freilich, daß man ihn zunächst für einen Thriller hält. Seymour verfolgt zwei Handlungsstränge: Immer wieder werden Jäger und Opfer betrachtet, und der Film gewinnt denn seine Spannung nicht unwesentlich aus der Schilderung, wie sie aufeinander zu-, einander immer näher kommen.

Indes: Was zunächst wie ein wilder Action-Krimi anmutete, stellt sich zunehmend als Schilderung verbissener politischer Positionen und als höchst subtile Charakterstudie heraus, die ohne erstklassige Schauspieler nicht zu realisieren war. Das gilt weniger für den Israeli (Rod Steiger) und seine eindringlich dargestellte Frau, wohl aber für den arabischen Terroristen (Gary Brown), für seinen irischen *Helfer (Aaron Harris) und den Ge*heimdienstmann Jimmy (Anthony Perkins). Sie machten beklemmend den Fanatismus deutlich, aus dem heraus sich ein Selbstmordkommando als „Stellvertreter unseres Volkes" vorkommt, die Besessenheit irischer Untergrundkämpfer und die nur scheinbar kühle Mentalität des Geheimbeamten.

Eine ganz andere Frage ist es, wer für die deutsche Übersetzung, für das Wort „Sicherheitsdienst" verantwortlich ist und ob er Kunde von der gleichnamigen SS-Formation hatte. So wie man darüber streiten kann, ob Autor Seymour recht beraten war, als er Jäger und Gejagte auf beiden Seiten sehen, ihre Motive als ähnlich und *folglich als austauschbar ansehen* wollte. Der überraschende und wahrhaftig zum Lachen reizende Schluß des Spiels, in dem zwei Attentate verhindert werden *konnten*, *nicht* aber das Sterben, ließ diese Bedenklichkeiten nicht vergessen.

KATHRIN BERGMANN

Nachdenken, aber vorher

Das klassische Schwankmacherpaar Arnold & Bach hat in den zwanziger Jahren allerlei prachtvoll gezimmerte Farcen unter das Volk gebracht, wobei der Witz darin lag, daß ebendieses Volk damit ganz schön auf die Schippe genommen wurde. Dieser Witz ist nun hin, geblieben ist allenfalls die Machart: Wer es versteht, diese altbackenen Lustigkeiten durch eigene komödiantische Phantasie in unsere Tage zu retten und ihre handwerkliche Perfektion zu entfalten, der soll es machen. Aber nicht so verfahren wie der sonst versierte Bühnenmensch Hansgünther *Heyme, der aus der vorbeihuschen*den Satire **Hulla di Bulla** (ARD) eine Stadttheateroper aufbrühte.

Wollte der Regisseur zeigen, daß er *mehr kann, als nur Schwänke insze*nieren? Wenn er es zeigen wollte, so ließ er nur erkennen, daß er vielleicht für Hamlet und die Räuber, nicht aber für Schwänke zuständig ist. Sicherlich war die Langweile dieses Abends besonders kränkend. Auch über die Frage, was in den zwanziger Jahren noch erträglich sein mochte, uns Heutige aber ins böse Stutzen versetzt – auch darüber hätte man nachdenken sollen, vorher.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Der **Deutschlandfunk** wird ab 2. März seine Sendungen für Polen *und die Tschechoslowakei auf der* Mittelwelle 1539 kHz um jeweils eine halbe Stunde verstärken. Außerdem gestaltet der Deutschlandfunk für diese Länder noch je eine Morgen-, Mittags- und Abendsendung über Kurzwelle. Die Sendungen für Ungarn werden unverändert fortgesetzt. Die bisher über Mittelwelle *ausgestrahlten Sendungen nach* Jugoslawien und Rumänien werden durch erweiterte Kurzwellenprogramme der Deutschen Welle in den frühen Abendstunden ersetzt. AP

*

Auch die nächste Partnerstadt für die ARD-Fernsehlotterie **Ein Platz an der Sonne** liegt im Ruhrgebiet. *Nach Bochum, das die Patenschaft* für die Aktion 1985/86 übernommen hat, folgt 1986/87 Castrop-Rauxel. Profitieren können die Verantwortlichen in Castrop-Rauxel dabei von den Erfahrungen der Bochumer. Deren Ziel ist es, wie der „Informationsdienst Ruhr" mitteilt, je Bochumer Bürger mindestens eine Mark in den Spendentopf zu bekommen. Angestrebt wird eine Summe von einer halben Million Mark. DW







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
Norddeutsche Teeküche Süddeutsches Katerfrühstück
10.00 heute
10.03 Locker vom Hocker
10.35 Unser Haus reicht nur für drei
11.50 Umschau
12.10 Na, sowas – Jubiläum!
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Vom Mythos Liebe
Film von Konrad Wickler und Katja Raganelli
Wer von Liebe spricht, der meint damit oft: Glück, Einverständnis und Geborgenheit. Und wer am *Mythos* kratzt und behauptet, all das gäbe es doch recht selten und noch seltener von Dauer, dem wird ganz schnell vorgeworfen, von der Liebe eigentlich nichts zu wissen. Was weiß man denn von der Liebe?
16.55 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das Mädchen im Apfelbaum
Fernsehfilm von Roland Heyes
Mit Günter Pfitzmann, Marion Kracht, Bruni Löbl, Friedrich-Karl Praetorius
Regie: Harald Schäfer
21.00 Kontraste
Moderation: Jürgen Engert
21.45 Dallas
Die Sünden der Väter
Die Unschuld Jennas läßt sich nicht glaubwürdig nachweisen. Das bekümmert aber nur Bobby, Bruder J. R. hat andere Sorgen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Hans Habe
Erinnerungen an einen Ungeliebten
Film von Corinne Pulver
Am 12. Februar 1986 wäre einer der am meisten bewunderten und am heftigsten umstrittenen Autoren unserer Zeit 75 Jahre alt geworden. Hans Habe, Journalist und Schriftsteller, Drehbuchautor und Romancier.
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rück-Show
Präsentiert von Hugo Egon Balder
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Am Rosenmontag ist alles vorbei
Hinter den Kulissen des Mainzer Karnevalszuges
Von Simone Schmitt, Markus Spitzhorn und Horst Werner
Mehr als sechs Monate haben die Aktiven sich auf den Mainzer Karnevalszug vorbereitet. Am Rosenmontag um 16.11 Uhr ist alles vorüber und die Säuberungsge*schwader beseitigen die Reste* des närrischen Zuges.
20.15 Ist ja irre
'ne abgetakelte Fregatte
Englischer Spielfilm (1964)
Mit Kenneth Williams, Charles Hawtrey, Bernard Cribbins, Juliet Mills u. a.
Regie: Gerald Thomas
21.45 heute-journal
22.05 Theaterwerkstatt
Karnabal
Ein phantastisches Märchen der Gruppe „Comediants"
Buch: Joan Mallarach
Regie: Carles Mira
23.25 Reiseabrechnung
Die satirische Geschichte einer Spende
aufgezeichnet von Joachim Roering
Mit Klaus Schwarzkopf, Walter Buschhoff, Joost Siedhoff, Gottfried John u. a.
Regie: Joachim Roering
0.25 heute

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh-Ranch
18.00 Taxi
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Spezialauftrag
19.45 Love Boat
Anschl. APF Wetterblick
Danach: Ihr Wochenhoroskop
20.45 Hunter
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z.etten
22.45 S. T. E. P.IN
Tom Jones – mit der Brücke übern Teich
23.35 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Direkt
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Eine geschiedene Frau
Letzter Teil: Entscheidung in Westerland
20.30 Das Thaurer Mullerlaufen
2. Teil: Fastnachtseingraben in Thaur
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Café Central
aus Venedig
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Das Attentat
Deutsch-franz.-ital. Spielfilm (1972)
Mit *Jean-Louis Trintignant, Michel* Piccoli, Jean Seberg u. a.
Regie: Ives Boisset
22.53 RTL-Spiel
22.40 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Formel Eins
21.00 Alles unter einer Kappe
Karneval – mal rheinisch, mal westfälisch
Aufzeichnung von karnevalistischen Veranstaltungen in Düsseldorf, Bonn, Münster
23.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – Die Baltas (4)
Schönes Istanbul
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
Moderation: Peter Gatter
21.00 Welt am Draht (2)
Regie: Rainer Werner Fassbinder
22.40 *Lützellinden – New York, einfach*
Dokumentarfilm
von Michael Battenberg und Dietmar Kalinowsky
23.40 Nachrichten

HESSEN

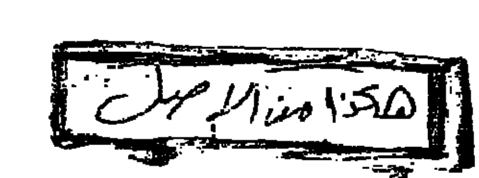
18.30 Das Geschäft mit der Nachhilfe
19.05 Formel Eins
20.00 Eheposse
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Mit Claudette Colbert, Ray Miland, Brian Aherne u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Der infame Fély
Auf den Spuren eines Malers namens Rops
22.40 Soap oder Trautes Heim
Familiengeschichte

SÜDWEST

18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Originale im Talar (4)
20.45 Landespolitik
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fastnacht aus dem Jokus-Archiv
Nur für das Saarland:
20.15 Fastnacht an der Saar '85
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Vorsicht, Gespenst!
Amerikanischer Spielfilm (1941)
Mit Bud Abbott u. a.
22.40 Englischkurs (6)
23.10 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
per Telefon zur Abendschau
20.00 Der Rosenkavalier
Komödie für Musik in drei Akten
Von Hugo von *Hofmannsthal*
Musik von Richard Strauß
Mit Gwyneth Jones, Manfred Jungwirth, Brigitte Fassbaender, Benno Kusche u. a.
Inszenierung: Otto Schenk
Bayerisches Staatsorchester, Leitung: Carlos Kleiber
Aufzeichnung aus dem Nationaltheater in München
23.20 Rundschau



Das Rätsel an der Wand

mar – Überall sind sie uns hilfreich vor Augen, die Piktogramme, die Zeichen, die uns schriftlos belehren und die sich längst zu einem schier unendlichen Katalog moderner Hieroglyphen entwickelt haben.

Als anno 1936 der Schrift- und Schreibkünstler Rudolf Koch sein „Zeichenbuch" zusammenstellte, „welches alle Arten von Zeichen enthält, wie sie gebraucht worden seit den frühesten Zeiten", da genügte noch ein schmales Insel-Bändchen, um alle diese Zeichen aufzunehmen. Heute, ein halbes Jahrhundert später, reicht ein solches Bändchen bei weitem nicht mehr aus.

Gut dreitausend „Zeichen + Signets" haben Erhardt D. Stiebner und Dieter Urban soeben in einem dicken Band des Bruckmann Verlages zusammengetragen. Aber was ein neues Esperanto für Analphabeten sein will (denn zu Analphabeten werden wir, wenn wir in ein Land kommen, dessen Sprache wir nicht kennen), erweist sich in vielen Fällen als schier unlösbares Bilderrätsel. Die Silhouette eines Mannes oder einer Frau auf einer Tür vermögen wir zwar allerorten zu enträtseln, auch noch die Hand mit dem verbundenen Finger und dem Balkenkreuz darüber. Aber daß ein Koffer mit einem Fragezeichen oder Hut, Schirm und Handschuh mit daran hängendem Etikett eine Fundstelle, ein Kreis mit einem oder zwei Fragezeichen einen Informationstisch markieren, muß einem erst gesagt werden.

Bei den hübschen Signets der Firmen wird es noch vertrackter. Es bedarf schon einer besonderen Phantasie (und empfiehlt sich darum als Ratespiel für langweilige Parties), bei einem Fisch mit Regenschirm zu erkennen, daß damit Wasserdichtes gemeint ist, oder bei einer Gabel mit drei geraden und einem zur Kurve gebogenen Zinken, daß auf ein Museumsrestaurant aufmerksam gemacht werden soll.

Piktogramme? Schön und gut. Aber sie sollten uns das Leben auch wirklich erleichtern. Statt dessen machen sie es immer mehr zum Rebus, den nur noch gewitzte Fachleute auflösen können.

Stuttgarts Trickfilmtage: zwischen Jux und Schrecken

See you later, animator

Unmögliches wird im Zeichentrick sofort erledigt, auch Wunder dauern nur ein paar Minütchen – Drehbuchautoren, Regisseure der Sparte „Realfilm" erblassen vor Neid. Erst im Trick, animiert, findet der Film zu seinen unbegrenzten Möglichkeiten: Die Logik steht ungeniert Kopf, Physik wie Physis halten sich an keinerlei Gesetz – dick und dünn, oben und unten, vorn und hinten, du und er, nirgends ein Halten in der Erscheinungen Flucht, entmachtet sind Newton und Einstein. Jede Perspektive weitet sich wundersam leicht ins Große, ebenso leicht schnurrt die Welt wieder zusammen zum Mückenschiß. Welch ein Triumph!

Die Realistik des Kinofilms, armselig dagegen! Denn ach, es gibt nur eine Wirklichkeit; der Irrealitäten aber gibt es viele: düster-horrible, solche von lachhaftem Irr-Witz – und? Und die meisten Trickfilme nutzen mit Ach und Krach diese zwei Genres: Entweder sie schraffieren graphitgraue Alpträume auf die Leinwand – oder sie üben sich in blumig verkringeltem Jokus, mal satirisch pointiert, mal schnurrig.

Und siehe, auf einmal ist's mit dem Trickfilm eher ein Jammer als ein Triumph. Seine Geltung in unseren Medien: belanglos; sogar im Kinovorprogramm scheint er allmählich rar zu werden. Und auf dem Fernsehschirm macht er eigentlich nur (Mainzel-)Männchen oder äfft uns was vor, die Werbesendung einrahmend mit kindischem Gemecker. Von wegen Animationsfilm!

Daß der Trickfilm ein eigenständiges, seriöses künstlerisches Medium sei – nicht bloß Klamauk für die Kleinsten mit Bienchen und Mäusen –, diese Botschaft ist hierzulande relativ neu. Dem Stuttgarter kommunalen Kino gebührt das Verdienst, im Verein mit der dortigen Kunstakademie (und finanziell gestützt durch Stadt und Land) die ungewohnte Botschaft erstmals vor größeren Publikum bekannt gemacht zu haben, und zwar auf ganz praktische, vorführfreudige Weise: Seit 1982 gibt es in Stuttgart Internationale Trickfilmtage, soeben ist die dritte Biennale dieser Art zu Ende gegangen.

Ohne Zweifel hat dies Flimmerfest, das in der Bundesrepublik einzigartig ist und seinesgleichen nur noch im bulgarischen Varna, in Zagreb, am Lac d'Annecy und in Ottawa hat, sich längst profiliert. Sein Programm verrät „weltweiten" Zuschnitt, wie auch die Besetzung der Jury: 330 Filme waren eingesandt, 62 auch aufgeführt worden; 19 Nationen nahmen teil am Wettbewerb, darunter „Exoten" wie Nordkorea – nur von der „DDR" sah man, zwischen den vielen polnischen, russischen, tschechischen Streifen, nichts. Seltsamerweise.

Daß die Zusammensetzung der Jury gruppendynamisch ihren Ausdruck fand in der Beobachtung eines gewissen Ost-West-Proporzes bei der Preisverleihung – wen wundert das? Es menschelt stets in solchen Gremien, will sagen, die Politik bleibt im Spiel. Prämiiert ihr, mag das im konkreten Falle heißen, meine Amerikanerin (Jane Aaron für ihr Zwei-Minuten-Werk „Traveling Light", worin ein Lichtreflex durch ein real gefilmtes Haus wandert, bis Madame ihn zum Kehricht fegt) – prämiiert ihr dies, so stimme ich im Gegenzug für euren Russen. Na denn: Für seinen cartoonfein gezeichneten, wiewohl relativ derb moralisierenden Sport-Strip „Der Sprung" erhielt A. Pajstik den zweiten Preis, 3000 Mark: Über den fahlgekrümmten Erdball hetzt da ein Hürdenläufer, Hochspringer – jagend durch wahre Wechselbäder johlender Anfeuerung und einsamen Elends. Die Rekordsucht findet ihre Abmahnung, als sei der Olympionike ein sowjetischer fliegender Robert: So treibt der Hochsprung ihn wolkenwärts, und in der Bläue des Himmels zerspringt unser Sportler in Stücke.

Beim Himmel: Wenn im Trickfilm mal wirklich erzählt wird, fangen die Trickser huschhusch zu predigen an; ihre Crux ist ihr pädagogischer Eros.

Das andere Extrem: leeres Leinwandgefackel, stupid-besinnungsloses Variieren abstrakter Formen. Auch jene Metamorphosen, wobei aus Baumstrünken alte Weiblein, hieraus Gemsen, Autos, rundbusige Nixen wachsen, waren zuhauf in Stuttgart eingetroffen – man hatte sie ausjuriert, schon in erster Sortierung.

Trotzdem: daß der Trickfilm über mehr Form, mehr Gestaltungsraffinement gebietet als über Stoff, Inhalt, dramatische Struktur, konnte auch dieses jüngste Festival nicht leugnen. Ein begnadeter Graphiker ist nur selten auch ein inspirierter Drehbuchschreiber – und selbst unbegrenzte Möglichkeiten sind nur soviel wert, wie die Phantasie, die sie nutzen soll.

Auch der Stuttgarter Hauptpreis, 5000 Mark, vergeben an den „neutralen" Schweizer Georges Schwizgebel, prämiiert ein Griffelopus von schmalem Sinngehalt: Der Vier-Minuten-Film „78 Tours" besticht durch die surreale, kreisende Eleganz seiner Bilderfluchten, worin Wendeltreppen in Sekundenschnelle als Umläufe von Kaffeetassen sich erweisen und ganze Wohnlandschaften zu rotieren anfangen, fortstrudelnd in den Rhythmen eines endlosen Musette-Walzers; Perspektiven von schier supercineastischer Überblendungskunst, in enormer Rapidität auf- wie abgetischt. Moderner Zeichentrickfilm, unübertrefflich virtuos. Die sogenannte Aussage allerdings – schien in allen Bilderkreisen zerrieben.

Wie hieß er doch, der Begrüßungssnack des Stuttgarter Festivals? „See you later, animator." Die Antwort darauf: „Wait a while, getting style!" – Und noch eine Weile: dann zum Style aber bitte Sense!

GUNTRAM PILGER

Neuer Fund für die Urtier-Sammlung Bottrop

Der Elch lag im Graben

Im „Quadrat Bottrop", Museum für Ur- und Ortsgeschichte, wird künftig das Skelett eines etwa 11 800 Jahre alten Elchbullen aus der Würm-Eiszeit zu sehen sein. Dieses Fossil – eine ausgesprochene Seltenheit, ein Juwel für die paläontologische Forschung – wurde 1979 bei Kanalisationsarbeiten in Dinslaken durch Arbeiter in einem nur 1,15 Meter breiten Graben entdeckt. Jetzt harrt es, fix und fertig restauriert, seiner Aufstellung im Museum.

Bisher konnten im deutschsprachigen Raum erst drei fossile Elchskelette geborgen werden. Der erste Fund glückte 1909 in Schussenried im Land Baden-Württemberg. Er wird derzeit im Staatlichen Museum für Naturkunde in Stuttgart aufbewahrt. Der zweite Fund gelang 1957 in Berlin und befindet sich heute im Besitz des Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin.

Der jetzt in Bottrop aufgestellte dritte Fund erreicht eine Widerristhöhe von 1,65 Meter, eine Länge von 2,30 Meter und eine Geweihbreite von 1,47 Meter. Es handelte sich um einen etwa acht Jahre alten Bullen, der in der sogenannten Alleröd-Zeit, einem Abschnitt der Würm-Eiszeit, gelebt haben muß.

Das Bottroper Museum beherbergt mittlerweile die größte Sammlung von Tieren aus der Würm-Eiszeit und ist deshalb für Freunde der Paläontologie allemal eine Reise wert. Attraktionen sind unter anderem der größte Mammutschädel Europas, ein komplettes Wollnashornskelett und das einzige vollständige Skelett eines prähistorischen Wisents in Europa.

ERNST PROBST

Berlin veranstaltet sein zweites „Autorentreffen"

Bitte, doch etwas mehr Begeisterung!

Vor knapp zwei Jahren, ebenfalls an einem frostklirrenden Wochenende, fand in Berlin im Literarischen Kolloquium am Wannsee ein Schriftstellertreffen statt, das schon vom Namen her einen Hauch von Provokation in sich trug. Es firmierte unter dem Titel „Flüchtlingsgespräche" und brachte Bewegung und schließlich regelrechten Aufruhr in die Reihen der im VS organisierten deutschen Schriftsteller, weil es Schluß machte mit der verbandsinternen Ab- und Ausgrenzungspolitik gegenüber all jenen Autoren, die seit 1976 zwangsweise die „DDR" verlassen hatten und nicht gewillt waren, ihre persönlichen Erfahrungen mit dem dortigen Regime unter den Scheffel der „Entspannungspolitik" zu stellen, die im VS damals allein den Ton angab.

Bernt Engelmann, der bedingungslose Exekutor dieser Politik, stürzte. Aber mit einem Trick kam sein Palladin Hans Peter Bleuel an die Macht. Der Konflikt schwelt bis zur Stunde weiter. Die verdienstvolle Tagung von damals fand nun am selben Ort ihre Fortsetzung, wenngleich unter einem anderen Motto. Diesmal war eingeladen worden, um öffentlich über „Die Uneinigkeit der Einzelgänger" nachzudenken, und es war die Anschlußfrage gestellt worden: „Wozu brauchen Schriftsteller einen Verband?" Im Hinblick auf die Verhältnisse im VS fiel insofern eine Entscheidung, als Anna Jonas vom Berliner Verband ihre „Kampfkandidatur" gegen Bleuel für den nächsten Gesamtkongreß ankündigte.

Die Jonas gehörte zusammen mit Günter Grass (der wegen Krankheit fehlte) und Hans Christoph Buch zu den Initiatoren dieses zweiten „Berliner Autorentreffens". Knapp drei Tage standen zur Verfügung für öffentliche Diskussionen, interne Streitgespräche, öffentliche Lesungen und nichtöffentliche Werkstattrunden. Mit der Verbindung so verschiedener Kommunikationsformen wurde durchgespielt, was zukünftig nach den Wünschen der meisten Anwesenden regelmäßig stattfinden sollte: daß „Schriftsteller Schriftsteller einladen", wie Anna Jonas es formulierte, um nicht nur in Politik zu machen, sondern um vor allem über die ureigenen Aufgaben des Schriftstellers zu sprechen: über Literatur, über die Arbeit am Text.

Sehr viele Teilnehmer betonten die Notwendigkeit einer solchen konsequenten Rückbesinnung auf das eigentliche Arbeitsfeld des Schriftstellers. An diesem Punkt jedenfalls waren sich die in Berlin versammelten Einzelgänger sehr einig, bis zur Bereitschaft, den Vorwurf des „Elitären" hinzunehmen. Sobald man aber auf politische Fragen kam, gab es auch auf dieser Tagung wieder heftige Uneinigkeit.

Hans Christoph Buch wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Erfahrungen der aus den östlichen Diktaturen Kommenden noch lange nicht aufgearbeitet seien, wenn das überhaupt jemals gelingen könne. Er plädierte für die präzise Herausarbeitung der prinzipiellen Unterschiede zwischen den Demokratien des Westens und den totalitären Staaten von rechts und von links in aller Welt, erntete dabei jedoch Widerspruch vor allem vom Kulturobmann der SPD-Bundestagsfraktion, Freimut Duve, der sich auch durch andere Beiträge immer wieder heftig herausgefordert fühlte, die Ost- und „DDR"-Politik seiner Partei zutiefst unkritisch zu verteidigen.

Hans-Joachim Schädlich sprang Buch bei. Ihm ging es darum, „den grundsätzlichen Unterschied beider Ordnungen hin und wieder hervorzuheben, besonders im Zusammenhang mit der Erörterung von Zensur", die in totalitären Staaten eben „systematisch" unterdrückt werde. Schädlich schlug eine „Doppelstrategie" gegenüber diesen Staaten vor, die die leninistische These, daß es keine ideologische Koexistenz geben könne, endlich ernst nehme. Das stieß auf breite Zustimmung, wie denn überhaupt zu registrieren war, daß die Bereitschaft zum heftigen Streit nicht die Bereitschaft zum geduldigen Zuhören ausschloß. Das Bedürfnis nach Durchsetzung einer vernünftigen Gesprächskultur – jenseits der politischen Bekenntnisse und Verbandszugehörigkeiten – blieb in Berlin nicht nur ein frommer Wunsch.

Gegen einen Verband als „soziale Lobby" sprach im übrigen keiner. Aber für die Literatur könne nie eine Gewerkschaft zuständig sein, sagte Yaak Karsunke, sondern immer nur



Zwietracht im linken Lager: Hans Christoph Buch (links) und Freimut Duve, die beiden Berliner Hauptkontrahenten FOTOS: P. PEITSCH/K. BEHR

der Autor selber. Ursula Krechel sah darin eine unaufhebbare, schizophrene Haltung der Autoren, die zwar sehr wohl die „Vorbedingungen ihres Schreibens delegieren" könnten, aber eben nicht das Schreiben. Für sie stellte sich die Situation auch noch aus einem ganz anderen Blickwinkel als dramatisch dar; sie fragte: „Wo ist noch Platz für Literatur? Über die Fensterreden hinaus? Wir sprechen doch schon fünf nach zwölf!"

Dennoch beherrschte die Angst vor sinkenden Leserzahlen, steigendem TV-Konsum, weniger Wortbeiträgen im Funk und dem Verfall der Lesekultur nicht die allgemeine Diskussion. All diese Aspekte, bedrohlich genug, wurden nicht verdrängt, aber es wurde ihnen etwas entgegengesetzt. F.C. Delius fragte provokant nach dem Eigenanteil der Schriftsteller an dem Prozeß, der dazu führt, daß die gesellschaftliche Bedeutung der Literatur abnimmt. Er vermisse eine „lockere Gruppe von Schreibenden", die sich hin und wieder zur genauen Arbeit an Texten zusammenfinde und mit *Begeisterung*, Entdeckerfreude und Streitlust an Literatur herangehe.

Und Delius trieb die Selbstkritik noch weiter, indem er konstatierte, daß die Literaten nur ausnahmsweise den Kritikern ins Wort fielen – mithin also darauf verzichteten, gegen die „Verkommenheit" der literarkritischen Maßstäbe zu polemisieren. Er plädierte gegen das „Stehen in der Nörgelecke" und für den „immer selteneren Spaß am Metier". Yaak Karsunke verstärkte diese Einsicht mit dem Hinweis, es sei ja nicht nur das Fernsehen, das nivelliere, sondern auch eine „gewisse alternative Szene, die sich dumpf äußert und meint, das sei Literatur". Karsunke war es auch, der sich kritisch den Kulturbegriff der Gewerkschaften vornahm, die Kultur ständig als „Illustration" mißverstehen würden. Aus genau diesem Grund gäbe es seit langem jene so oft beklagte Kluft zwischen den Schriftstellern und der organisierten Arbeiterbewegung.

Auf Unterlassungssünden der Autoren machte auch Johano Strasser aufmerksam: „Der Verfall einer literarisch stimulierenden Öffentlichkeit" hätte es dahin gebracht, daß auch Schriftsteller einander nicht mehr läsen. Statt dessen ließen sich zu viele auf jene Wettbewerbsrunden ein, in denen man nur gewinnen könne, wenn man den anderen niedermache. Daß es auch anders geht, ohne unkritisch zu werden, zeigte die nichtöffentliche Leserunde, in der Autoren wie Gerald Zschorsch, Bode Morshäuser oder der Rumänien-Deutsche Ernest Wiechner aus unveröffentlichten Manuskripten lasen. Diese Stunden waren eine Vorwegnahme gemeinsamer Arbeit, wie sie künftig stattfinden soll.

ULRICH SCHACHT

Die Antike verfehlt: Markus Lüpertz in München

Monster aus Pappmaché

Markus Lüpertz hat in den letzten Jahren immer wieder Triptycha gemalt, die so deutlich an Max Beckmann orientiert sind, daß man auf den ersten Blick vermuten könnte, hier setze sich jemand geistig mit diesem Expressionisten auseinander. Doch dieser Eindruck täuscht. Bei näherem Hinsehen entdeckt man, daß Lüpertz gar nicht an den Leidenswegen der Beckmannschen Gestalten interessiert ist. Wenn man zum Beispiel das Bild „Harlekin mit Raucher/Harlekin mit Schrank/Napoleon" – jetzt in der großen Lüpertz-Ausstellung im Münchner Lenbach-Haus zu sehen – unter der Fragestellung betrachtet, was dieses Triptychon denn nun eigentlich mit Beckmann zu tun hat, dann kommt man schnell zu einem ernüchternden Ergebnis: Formen, Figuren, Kompositionsprinzipien und Farbklima beziehen sich deutlich auf Beckmann, ansonsten aber herrscht völlige Beliebigkeit.

Da neigen sich zum Beispiel zur bloßen Form entleerte Figuren vor einer Stange, auf der wie bei den Kannibalen ein Kopf mit napoleonischem Dreispitz steckt. Da ist die assoziationsreiche Figur des Harlekins eine Art Wandbehang geworden, vor dem ein Kopf Zigaretten raucht, derselbst eigentlich nur aus einem farbigen Kringel besteht.

Im Grunde setzt dieses Bild fort, was Lüpertz eigentlich immer getan hat: Er rückt die Gegenstände seines Malens – von Sujet kann man nur bedingt sprechen – in einen Bereich von subjektiver Beliebigkeit. In seinen Anfängen hat Lüpertz einmal selbst „Gegenstände" erfunden, d. h. er verstand sich einerseits als „abstrakter Künstler", aber keineswegs im Sinne eines Kandinsky oder der Tachisten, sondern eher im Sinne eines Hans Arp.

Andererseits wollte sich Lüpertz nicht ganz und gar vom Gegenstand trennen. Er wollte ihn nur seiner freien Verfügbarkeit unterwerfen. In einer weiteren Phase hat Lüpertz Bilder gemalt, die genau an der Grenze zwischen Abstraktion und Realität lagen. Einen Sandhaufen zum Beispiel oder seine berühmten „Zelte". Die Bedeutungsidentität war aufgehoben: Man konnte, so man wollte, noch den Sand oder das Zelt sehen, man konnte aber auch bloß bei den formalen Strukturen verbleiben.

Es gab sogar eine Phase, in der Lüpertz mit vorgegebenen Bedeutungen spielte, indem er zum Beispiel eine Reihe von Stahlhelmen so darstellte und gruppierte, daß daraus auch ebensogut eine Gartensituation zu assoziieren wäre. Der Weg von der reinen Gegenstandserfindung bis zur Reduzierung zitierter Malerei im Sinne eines bloßen ästhetischen Anlasses ist also mit einer gewissen Konsequenz beschritten worden. Und sofern man Malerei als spielerisches Reflexionsfeld betrachtet, kann man Lüpertz Originalität und Erfindungskraft nicht absprechen.

Je weiter Lüpertz freilich in Reflexionsfelder vordringt, deren Bedeutung evident ist – wie etwa der antike Mythos – wird auch die Gefahr solcher Malerei offenbar: Banalität. Das Oedipus-Bild aus seinem Zyklus „Bilder über das mykenische Lächeln" zeigt ein albernes Mondgesicht, das wie eine grob bepinselte Maske in die Szene hängt. Mythos als Oberfläche? Hier rechtfertigt das Malergebnis in einer (obschon bewußten) Banalität nichts mehr. Die Antike zu denunzieren, ist auf diese Weise unmöglich. Sie zu evozieren, scheitert an der überbordenden Primitivität. Und das Bild selbst drängt sich albern in den Vordergrund, womit jegliche Bezüge – und damit Spannungszustände – erfolgreich vermieden werden. Lüpertz ist zum Opfer der eigenen Beliebigkeit geworden.

Auch seine Skulpturen mit Titeln wie „Titan" oder „Ganymed" verfehlen die dringend benötigte Bedeutungsambivalenz: Die antiken Vor-Bilder sind entstellt zu albernen Pappmaché-Monstern, die nur noch monströs und bestenfalls komisch sind. (Bis 30. März; Katalog 28 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Vorbilder nachgebildet: „Markus-Maillol – dithyrambisch" (1976) von Lüpertz FOTO: KATALOG

Pia Frankenbergs Film „Nicht nichts ohne Dich"

Zwei Herzen sind in Not

Sie sind Stadtneurotiker, und ganz wie ihr großes Vorbild Woody Allen plappern sie sich ohne Unterlaß ihre Wehwehchen von der aufgebrachten Seele. Für die Enddreißiger Martha und Alfred, die Spielfiguren von Pia Frankenbergs Debütfilm „Nicht nichts ohne Dich", ist allerdings nicht New York, sondern Hamburg die schöne Wiege ihrer Leiden. Hamburg zur Winterszeit, wenn die Alster zur Schlittschuh-Wiese gefriert, die Elbufer vor Blankenese sich zur Eisschollen-Wüste verwandeln, in der der Endlos-Student Alfred – von Scholle zu Scholle springend – freilich nicht über die frostigen Schönheiten der Hansestadt, sondern über Verhütung bramarbasiert.

Überfallartige Pointen, optische Kehrtwendungen kurz vor dem Ziel, verquere Dialoge – mit maliziösen Mitteln hat die Hamburger Filmemacherin Pia Frankenberg, für ihr erstes abendfüllendes Opus bereits mit dem Max-Ophüls-Preis dekoriert, die bizarre Winterreise ihrer Protagonisten aus dem Klischee in die Komik zu ziehen versucht. Und wenn ihr auch nicht das einzigartige, große Meisterwerk damit gelungen ist, amüsant sind viele ihrer Manöver in den höheren Blödsinn gewiß. Doris Dörries zum Kino-Hit avancierten „Männern" kann sie jedenfalls mit Anstand Paroli bieten.

Wird überhaupt irgendetwas ernst genommen in dieser frech aufgerollten Komödie der Beziehungsnöte? Kaum. Selbst unsere Schwierigkeiten im Umgang mit Aussiedlern und Gastarbeitern haben, durch Pia Frankenbergs Brille gesehen, eher einen befreiend absurden, denn dramatischen Zug. Und ins Absurde zielt auch Marthas und Alfreds Verzweiflung über die Unfähigkeit, mit dem anderen Geschlecht ins Reine zu kommen.

Der besondere Witz dabei, der freilich von Woody Allens „Stadtneurotiker" abgekupfert ist: Die Regisseuse Pia Frankenberg spielt – nach dem Motto „Nicht nichts ohne mich" – diese Martha selbst und gibt ihr auch just jenen Beruf der Filmemacherin, mit dem sie zur Zeit erste Lorbeern zu ernten beginnt. So kriegt das selbstironische Geplänkel gleich doppelten Boden, man weiß nie genau, sitzt man nun auf dem Martha- oder auf dem erhöhten Pia-Podest.

Ähnlich hintersinnig zieht die Frankenberg auch die heute verbissen diskutierte Frage nach einer spezifisch weiblichen Ästhetik durch den Film-Kakao. Und sie macht das mit so herrlich mauliger Nonchalance, nimmt die Fragerin so lakonisch auf die Schippe, daß man ihr fast verzeiht, daß sie sich dabei so strapazierter Formen wie eingeblendeter Interviews bedient, die Alexander Kluge ja nun wirklich als Entlarvungsinstrument ausgeschlachtet hat.

Daß sich ein Handlungsfaden nur ganz schwach herausdröseln läßt aus diesem nach einem Liebesgedicht Erich Frieds betitelten Film-Komödchen, daß das Episodische immer Vorrang hat vor handfester Aktion, war offensichtlich Absicht. Sie verstimmt dort, wo sich partout kein plausibler Zusammenhang zwischen den locker gefügten Szenen ergeben will, die Reihung des Materials beliebig wird, der Film sich dehnt. Über Form gekonnt zu witzeln, bedarf es größerer Souveränität.

Die besitzt Kameramann Thomas Mauch, der sich bei Vadim Glownas „Desperado City" noch in sterile Bild-Welten verlor. Um den Improvisationscharakter zu unterstreichen, schreckt er hier nicht einmal davor zurück, einige Seqenzen saftig zu verwackeln. Wie man die Szene kennt, wird allein das schon ausreichen, aus dem Werk einen Kultfilm zu machen.

KLÄRE WARNECKE

KULTURNOTIZEN

Militaria des Fürstentums Waldeck sind vom 19. Februar an in einem neuen Ausstellungsraum im Museum Schloß Friedrichstein in Bad Wildungen zu sehen.

Erich Wegner, einem Vertreter der „Neuen Sachlichkeit", ist eine Ausstellung des Kunstvereins Salzgitter vom 13. Februar bis 11. März gewidmet.

Die 3. Internationale Fotobuchausstellung wird vom 10. Mai bis 1. Juni im Landespavillon Baden-Württemberg in Stuttgart gezeigt werden.

Die 9. Grenzlandfilmtage werden in diesem Jahr vom 3. bis 6. April im oberfränkischen Selb stattfinden. Die umfassende Werkschau ist dieses Mal dem polnischen Regisseur Jerzy Kawalerowicz gewidmet.

Die Francis-Bacon-Retrospektive, die zuerst in London (s. WELT v. 1. 6. 85) und danach in Stuttgart zu sehen war, wird jetzt vom 7. Februar bis 31. März in der Berliner Nationalgalerie gezeigt.

Nickil Banerjee, renommierter indischer Sitar-Spieler, ist im Alter von fünfundfünfzig Jahren in Kalkutta gestorben.

JOURNAL

Kunstpreis Berlin für Marianne Hoppe

PHG, **Berlin**

Der Große Kunstpreis Berlin wird 1986 in der Sparte Darstellende Kunst vergeben. Ihn erhält Marianne Hoppe, an der die Juroren Dieter Dorn, Hannelore Hoger und Hans Lietzau die „sprachliche Kraft ihrer preußisch-nüchternen Diktion" rühmen, außerdem stehe die Hoppe „in einsamer Höhe über dem flächigen Routinebetrieb des Theaters". Förderpreise gehen an Christiane Möbus (Bildende Kunst), Ingeborg Kuhler und Jürgen Dirk Zilling (Baukunst), Thomas Bracht und Detlev Müller-Siemens (Musik), Lothar Baier (Literatur), Georg Weber (Darstellende Kunst), sowie Ronald Steckel (Film-Hörfunk-Fernsehen). Die Preise werden traditionsgemäß am 18. März verliehen.

Der Keltenfürst von Hochdorf

DW. **Köln**

Die Ausstellung „Der Keltenfürst von Hochdorf", die zuerst in Stuttgart zu sehen war (s. WELT v. 28. 8. 85), wird jetzt bis 31. März in der Josef-Haubrich-Kunsthalle in Köln gezeigt. Sie umfaßt das Fundgut eines Großgrabhügels der späten Hallstattzeit, das in sechsjähriger Arbeit rekonstruiert und konserviert wurde. Es war das Grab eines etwa 40jährigen Keltenfürsten, in dem auch bunte gewirkte Stoffe, Standesabzeichen, persönliche Habe, Wagen und Geschirr sowie Trink- und Eßservice gefunden wurden. In der Ausstellung werden außerdem neue Funde aus acht weiteren Forschungsprojekten gezeigt (Katalog 25 Mark).

Kunst in der Hauptstadt der europäischen Kultur

MvZ. **Florenz**

Mit der Ausstellung von hundert späten Zeichnungen von Gustav Klimt begann Florenz sein Jahr als „Hauptstadt der europäischen Kultur". Die offizielle Eröffnung findet jedoch erst am 29. April, an dem auch der „Maggio Musicale" mit Luciano Berios „Vera Storia" beginnt, statt. Neben den Ausstellungen zum 600. Geburtstag von Donatello und der 500-Jahr-Feier von Andrea del Sarto werden „Degas als Bildhauer" mit 73 Leihgaben des Museums von São Paulo, „Vor der Avantgarde – von Fattori bis Modigliani", „Die Magdalena zwischen Heiligem und Profanen – von Giotto bis Sutherland" sowie „Marmor-Restaurierung: Werke und Probleme" gezeigt. Ferner stehen die Eröffnung eines Museums mit Werken von Marino Marini und eines Zentrums für Musikforschung an.

2000 Jahre altes Boot im See Genezareth gefunden

dpa, **Tel Aviv**

Ein etwa 2000 Jahre altes, vollständig erhaltenes Boot haben israelische Fischer im See Genezareth entdeckt. Nach Meinung von Archäologen könnte es „möglicherweise sogar Jesus gedient haben". Das achteinhalb Meter lange Boot liegt einen Meter unter dem Wasserspiegel in der Nähe des nordwestlichen Seeufers bei dem Kibbutz Genossar. Neben dem Boot wurden auch Münzen und ein römischer Topf (1.Jhd. n. Chr.) gefunden.

Chinesisches Ballett auf USA-Tournee

AFP, **Peking**

Fünfzig Tänzerinnen und Tänzer des chinesischen Staatsballetts treten am 19. Februar ihre erste USA-Tournee an, die sie in zwei Monaten durch sieben amerikanische Städte führen wird. Auf dem Programm stehen Auszüge aus „Schwanensee" und „Gisele" sowie chinesisches Ballett. Das Gastspiel wurde in fünfjähriger Vorbereitungszeit in Zusammenarbeit mit der Musikakademie von Brooklyn organisiert.

Deutscher Preis für englischen Komponisten

dpa, **Bonn**

Der englische Komponist Jolyon Brettingham-Smith hat den mit 12 000 Mark verbundenen Preis erhalten, den der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie gemeinsam mit der Gesellschaft für Neue Musik ausgeschrieben hatte. Unter 40 eingereichten Arbeiten hat sich die Jury für Brettingham-Smith's Werk „Approaches to Dun Aengus" für Violoncello und Orchester entschieden.

Homburger Schloßkirche wird restauriert

DW. **Bad Homburg**

Für die Instandsetzung der im Jahre 1697 eingeweihten Homburger Schloßkirche hat das Land Hessen im Haushaltsjahr 1986 500 000 Mark bereitgestellt, für 1987 sind 1,5 Millionen Mark vorgesehen. Der Gesamtaufwand wird auf 4,25 Millionen Mark geschätzt. Wahrscheinlich werden die Restaurierungsarbeiten mit der Instandsetzung des Dachs und Dachstuhls beginnen. Die Schloßkirche soll künftig für Konzerte genutzt werden.



Clowneske Ausgelassenheit (linkes Bild) und dämonisches Treiben, mit andern Worten: rheinischer Karneval und alemannische Fastnacht – Bilder von den närrischen Tagen, an denen die Menschen ihr wahres Wesen verstekken oder – enthüllen, auf jeden Fall ein Ventil für Aufgestautes finden. Und doch – welch' Unterschied zwischen der „Jeckin" (mit Nachwuchs auf dem Rücken), die dem Höhepunkt ihrer närrischen Existenz – dem Kölner Rosenmontagszug – zustrebt, und den fratzenhaft listigen „Role und Rankenweible" aus dem alemannischen Raum. FOTOS: SCHUSTER/BAVARIA

Echte Jecken konnte auch der Frost nicht schrecken

Helau und Alaaf – hießen gestern die Schlachtrufe rheinauf, rheinab. Auch Schnee und Minustemperaturen konnten echte Jecken nicht schrecken. So waren denn auch fast anderthalb Millionen Menschen in den Narrenhochburgen Mainz, Köln und Düsseldorf auf den Beinen, um den Höhepunkt des Karnevals zu erleben, die Rosenmontagszüge. Das frostige Wetter hatte auch einen Vorteil: Die Zuschauer an den Zugstrekken rückten auf Tuchfühlung zusammen. Das ließ die Stimmung steigen. Ein kräftiger Schluck aus der Flasche tat das übrige und ließ so manchen stocknüchternen Narren auftauen. Weniger abgehärtete Jecken aber zogen es vor, die Übertragungen des närrischen Treibens vor den Fernsehschirmen mitzuerleben.

Mehrere 100 000 Menschen verfolgten in Mainz bei Temperaturen etwas unter dem Gefrierpunkt den Zug unter dem Motto „Werd' eins mit Mainz". Noch in den frühen Morgenstunden waren die Straßen und Bürgersteige vom frischen Schnee geräumt worden. Wagen mit Schneehaube – das hatte es seit Jahren nicht mehr gegeben. Trotzdem herrschte Jubiläumsstimmung: Es war der 90. Zug, den der Mainzer Carneval-Verein (MCV) seit 1838 veranstaltete. Dem Zugmarschall folgten 5600 Teilnehmer in 125 Zugnummern, 2500 Musiker in 71 Musikzügen und 93 Motiv- und Prunkwagen. Zu den Musikkapellen gehörten die Band der 8. Infanteriedivision Bad Kreuznach und die der amerikanischen Luftwaffe aus Ramstein.

Wie in den vergangenen Jahren glossierten die Mainzer Narren die wichtigsten Ereignisse des Weltgeschehens. Mit dem Genfer Treffen von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow befaßte sich der MCV-Wagen „Ist das Eis gebrochen?", der die beiden Politiker zeigt, wie sie sich behutsam auf dem Eis des gegenseitigen Mißtrauens bewegen. Ganz aktuell der Wagen „Um den Finger gewickelt": Eine Sekretärin als Spionin in den Fängen des Ost-Berliner Geheimdienstes. Als närrischer Kommentar zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zeigte der Wagen „Selbstbeteiligung" den „Professor Blüm", der den Patienten auffordert, nach einer Operation selbst zu Nadel und Faden zu greifen und die Arbeit zu vollenden.

Wenig Chancen räumen die Mainzer Narren den deutschen Kickern bei der Weltmeisterschaft in Mexiko ein: Ein Wagen zeigte die Nationalelf als „Flaschenpost nach Mexiko".

Während der Umzüge durfte natürlich auch die neue „Hymne" der Friesen nicht fehlen – der Hit der diesjährigen Karnevalssitzungen: „An der Nordseeküste, am plattdeutschen Strand, sind die Fische im Wasser, und selten an Land ..." In Düsseldorf waren denn auch Abordnungen aus dem Norden der Bundesrepublik Deutschland erschienen. Der drei Kilometer lange Zug mit 64 Gruppen zu Fuß und 65 Wagen, der sich durch Düsseldorf bewegte, wurde angeführt vom Präsidenten des Carnevals-Clubs (als Attila verkleidet) und der „Bürgerwehr".

Das Motto „Was uns noch alles blüht" sollte auf die Bundesgartenschau hinweisen, die 1987 in Düsseldorf stattfindet. Fürs Fußvolk, an die 500 000 Jecken, gab's 30 Tonnen Kamellen und Deftiges von den Wagen. Da hing der Kanzler als eine bekannte Frucht an einem Stamm. Hinter ihm Herausforderer Rau als pausbäckiger Äolus, der viel Wind macht. Die öffentlich rechtlichen Anstalten ARD und ZDF wurden als Figuren mit einem Brett vorm Kopf dargestellt. Thema aller Umzüge war der (na?) Glykolskandal. Einer der schönsten Wagen in Düsseldorf war der von der Landesregierung finanzierte „Rheinnixe und Kiepenkerl", zwei miteinander tanzende Gestalten, die an die Geburtsstunde Nordrhein-Westfalens vor 40 Jahren erinnern sollten.

Einen „Fastelovend der Rekorde" feierten die Kölner Narren. Sie persiflierten auf 61 Fest- und Prunkwagen „Rekorde op Kölsch" und „Allerweltsrekorde". 39 Fußgruppen und rund 3500 Musikanten sorgten trotz Schneematsch auf der Straße für die richtige Stimmung unter den mehr als 500 000 Schaulustigen.

„Rekordverdächtig" erschien den Kölner Jecken vor allem der Düsseldorfer Landesvater Johannes Rau. Sie zeigten ihn als Stabhochspringer in kurzer roter Turnhose, der mit grimmigem Gesicht versucht, den erschrocken dreinblickenden Helmut Kohl zu überspringen. Einen Rekord bietet nach Ansicht der Kölner Wagenbauer auch der Bundeshaushalt für das Jahr 1986 – soviele Löcher gab's noch nie.

Gebützt (geküßt) worden soll allerdings weniger sein als in den Jahren zuvor. Ob es den „leckre Mädche" in Kölle doch zu kalt gewesen war? (DW)

Der Druck auf die Nasa wächst

Kritische Fragen an die Raumfahrtbehörde / Waren Probleme mit Feststoffraketen bekannt?

wth./DW. Washington

Die von US-Präsident Reagan eingesetzte Kommission zur Aufklärung des „Challenger"-Unglücks hat jetzt von der Weltraumbehörde Nasa sämtliche internen Berichte über mögliche Probleme mit den für die Raumfähren verwendeten Zusatzraketen angefordert. Das erklärte ein Sprecher des Weißen Hauses. Damit reagierte die Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Außenministers William Rogers auf einen Bericht der Zeitung „New York Times", in der es geheißen hatte, Techniker hätten bereits im vorigen Jahr vor der Gefahr gewarnt, daß an den Feststoffraketen Risse mit verheerenden Folgen auftreten könnten. Die Ermittlungen deuten daraufhin, daß die Explosion der Raumfähre am 28. Januar durch das Austreten eines Flammenstrahls aus einer Naht der rechten Startrakete ausgelöst worden sein könnte.

Diese Nachricht dürfte den aufkeimenden Optimismus, der die deprimierten „Männer vor Ort" in den Raumfahrtzentren Cape Canaveral und Houston nach einer Ansprache des Direktors des „Kennedy Space Centers", Richard Smith, erfaßt hatte, wieder gedämpft haben. Smith hatte in seinem die Moral seiner Angestellten stärkenden „Pep-Talk" vorhergesagt, daß die Verzögerung im Weltraumprogramm der Shuttle-Fähren kürzer sein wird als zunächst vermutet worden war. Er sprach von zwei bis drei Monaten.

Diese Aussage deutet an, daß man bei der Nasa bereits heute ziemlich sicher über die Ursache der Katastrophe sein muß. Es ist eine Nasa-Faustregel, daß keine neue Weltraum-Mission gestartet wird, solange nicht die Fehler, die bei der vorhergehenden aufgetreten sind, erkannt und behoben sind.

Endgültige Gewißheit über die Ursache wird freilich erst herrschen, wenn die beiden Raketen, die in 50 und in 350 Meter Tiefe vor Cape Canaveral geortet worden sind, gehoben werden können. Bisher hat man etwa zwölf Tonnen Material geborgen.

Die Nasa verweigert jede Auskunft darüber, ob auch Überreste der sieben verunglückten Astronauten gefunden wurden. Die Nachrichtensperre wurde aus Rücksicht gegenüber den Angehörigen der Astronauten verhängt, sie hatte jedoch zur Folge, daß sich spekulative Nachrichten über angebliche Funde in den Medien häuften.

Inzwischen konzentrierte sich die Kommission in ihrer ersten Anhörung auf die Frage, ob die beim Start herrschenden außergewöhnlich kalten Außentemperaturen eine Unfallursache gewesen sein könnten, ohne darauf jedoch schlüssige Antworten zu erhalten. Sollte, wie vermutet wird, die Ursache bei den Feststoffraketen gelegen haben, wird zu prüfen sein, ob es sich um einen Materialfehler, einen Montagefehler oder um Mängel bei der Treibstoff-Zusammensetzung handelt.

Sollte es ein Montagefehler vorgelegen haben, könnte das Shuttle-Programm relativ früh wieder aufgenommen werden. Man spricht in Cape Canaveral von September oder Oktober. Sollte es sich jedoch um Materialfehler handeln, wären vorher ausgiebige Tests nötig.

Die Möglichkeit eines Montagefehlers wird diskutiert, seit bekannt wurde, daß die Techniker in Cape Canaveral oft unter großem Zeitdruck ununterbrochen in einer Siebentage-Woche arbeiten mußten. Unabhängig vom Ergebnis der Kommission, das in 120 Tagen vorliegen soll, hat Smith angekündigt, daß er schon in Kürze die Weltraumfähre „Atlantis" zu Treibstofftests auf die Abschußrampe in Cape Canaveral bringen lassen möchte.

Zugleich drängt das Pentagon darauf, möglichst noch in diesem Sommer von der neugebauten Abschußrampe in Vandenberg (Kalifornien) die Weltraumfähre „Discovery" ins All zu schießen, mit der Absicht, einige Militärsatelliten in eine Umlaufbahn über den Pol zu bringen. Es deutet an, daß sie zu Erkundungszwecken über der Sowjetunion gebraucht werden.

LEUTE HEUTE

Doppelter Victor

Was haben **Victor John Foti** aus Irdondequoit und **Victor John Foti** aus Fairport gemeinsam? „Dumme Frage", werden Sie sagen, „den Namen natürlich". Stimmt. Aber es geht noch weiter: Beide leben im US-Staat New York nur Kilometer voneinander entfernt, beide warten im Krankenhaus von Rochester auf eine Bypass-Operation, beide aber sind nicht miteinander verwandt. „Als wir feststellten, daß sie auch denselben Arzt haben, mußten wir uns für unser Doppel etwas überlegen", berichtet Stationsschwester **Kae Robertson**. Der Chirurg **George Hicks** ernannte die Patienten schließlich zu „Victor dem Großen" und „Victor dem Kleinen". Der große (64) ist sechs Jahre älter und 35 Kilogramm schwerer.

Kindersegen

Ein freudiges Ereignis meldet das jordanische Königshaus: **Königin Nur** hat ein Mädchen zur Welt gebracht. Die 34jährige – sie hat an der Princeton-Universität ein Architekturstudium abgeschlossen – schenkte **König Hussein** (50) mit Töchterchen **Raya al Hussein** seit der Hochzeit



im Juni 1978 zum vierten Mal Nachwuchs. Die Sparte „männliche Nachkommen" ist bisher allerdings erst einmal vertreten.

Kleidermode

Im westfälischen Rödinghausen war der Rosenmontag von ganz anderem als karnevalistischen Treiben geprägt: **Anna Bartling**, die älteste Einwohnerin des Kreises Herford, feierte die Vollendung ihres 104. Lebensjahres. Ihren Mann, einen Landwirt und Pferdehändler, *den sie 1911 heiratete*, hat sie bereits um 17 Jahre überlebt. Steckenpferd der alten Dame: die jeweils neuesten Tendenzen der Kleidermode aufmerksam zu verfolgen.

Kraftanstrengung

„Das nächste Mal schaffe ich 300 Kilo", prustete **Inashio Peruena** (29) aus Leiza, als er den 295-Kilo-Stein von seinen Schultern hob. Weil er sich das Sportgerät vorher gleich dreimal auf den Rücken geladen hatte, war damit auch sein eigener Häufigkeits-Weltrekord überboten. Sein Freund **Migueltxo Saralegui** schaffte zwar nur 215 Kilo – 35 mehr als im vergangenen Jahr –, führt damit aber weiterhin weltweit die Klasse der 18jährigen souverän an. Neben dem Steineheben pflegen die beiden baskischen Kraftgenies auch regelmäßig die Übung des Baumstammwerfens.

Sensationeller Fund

Grabkammer des Kämmerers von Tutanchamun entdeckt

dpa, Kairo

Ein britisch-niederländisches Archäologen-Team hat auf dem Gräberfeld von Sakkara, 30 Kilometer südlich von Kairo, die Grabkammer von Maya, dem Schatzkämmerer des legendären ägyptischen Königs Tutanchamun (*1347 bis 1337 v. Chr.*) entdeckt. Bei diesem Fund soll es sich um den bedeutsamsten seit der Entdeckung des Tutanchamun-Grabes im „Tal der Könige" durch Howard Carter im Jahre 1922 handeln.

Prof. Geoffrey Martin von der London University und Jacobus van Dyk vom Antikenmuseum in Leyden stießen durch Zufall auf die Grabkammer. Die beiden Wissenschaftler erreichten in etwa 20 Meter Tiefe den Eingang zur Vorkammer des Grabes, deren Türpfosten den Namen Mayas trugen. Es gelang ihnen, einen Blick ins Innere der Kammer zu werfen, wo sie Wandmalereien und Friese entdeckten. „Was wir sahen, ließ uns den Atem stocken", sagten die beiden Archäologen. „Reliefs und Wandinschriften sind in vollkommenem Zustand. Die Farben wirken wie frisch aufgetragen. Ob das Grab von Räubern unberührt ist, konnten sie jedoch noch nicht sagen.

Die beiden Ägyptologen suchten seit zehn Jahren nach dem unterirdischen Grab. Mehrere Blöcke aus dem oberirdischen Teil befinden sich bereits in Museen in aller Welt, nachdem ein preußischer Archäologe im 19. Jahrhundert auf den Fundort gestoßen war. Weil weitere Ausgrabungen damals unterblieben, deckte der Wüstensand das Areal wieder zu.

Die exakte Lage der Grabkammer blieb unbekannt, bis das *britisch-niederländische Team am vergangenen* Samstag bei Arbeiten in der Nähe des Tempels von Haremhab, dem letzten Pharao der 18. Dynastie, auf den Eingang stieß. Voraussichtlich wird es Monate dauern, bis der Zugang zur Kammer von Schutt, Sand und Geröll befreit ist. Die genaue Erforschung der Funde dürfte sich über Jahre hinziehen.

Tutanchamun, dessen Goldschatz auf der ganzen Welt gezeigt wurde, gilt für Ägyptologen als einer der wichtigsten Gottkönige. Er führte nach dem Tod des großen Reformers Pharao Echnaton den alten Amun-Kult wieder ein. Nach Ansicht von Ägyptologen kann eine Persönlichkeit wie Maya weitere Aufschlüsse über diese Epoche der ägyptischen Geschichte geben.

Der Generaldirektor der ägyptischen Antikenverwaltung, Mahmud Abdel-Rasek, hat unterdessen Zweifel daran angemeldet, daß es sich beim Grabfund tatsächlich um die letzte Ruhestätte des „Finanzministers" handelt. Maya sei lediglich der Verwalter unterägyptischer Lagerhäuser gewesen, sagte er.

Zigarre für den Paten

Mafia-Prozeß eröffnet / Kronzeuge noch in den USA

DW. Palermo

In der sizilianischen Hauptstadt Palermo hat gestern morgen im Ucciardone-Gefängnis der Massenprozeß gegen 474 mutmaßliche Mafia-Angehörige begonnen. Ihnen werden außer mindestens 95 Morden zahlreiche Verbrechen im Zusammenhang mit dem Rauschgifthandel vorgeworfen, der der Mafia alljährlich über sechs Milliarden Dollar einbringt. 42 Bürgermeister aus den größten Städten Italiens haben ihre Präsenz bei dem Prozeß zugesagt. Sie wollen damit ihre Solidarität mit Palermo beim Kampf gegen das Mafia-Unwesen bekunden. Von den Nebenklägern waren zu Prozeßbeginn die drei Kinder des 1983 von der Mafia ermordeten Carabinieri-Generals Carlo Alberto dalla Chiesa anwesend. Das Verfahren wird voraussichtlich ein Jahr dauern.

Rund 2000 Carabinieri sorgen in und um das Ucciardone-Gefängnis für die Sicherheit der Richter, Geschworenen und aussagewilligen Mafiosi. Die Angeklagten sitzen in gepanzerten Käfigen, die halbkreisförmig gegenüber dem Richtertisch aufgestellt sind. Die von den anderen Käfigen isolierte Zelle Nummer 23 war am ersten Prozeßtag vom „Oberboß" Luciano Liggio besetzt. Er präsentierte sich dem Gericht in blauer Häftlingskleidung und mit einer dicken Zigarre im Mund. In der Nachbarzelle hatte sich „Schatzmeister" Pippo Calo niedergelassen, der in der vergangenen Woche in Rom zu sechs Jahren Gefängnis wegen Hehlerei verurteilt worden war.

Als zur Prozeßeröffnung der Gerichtsvorsitzende Alfonso Giordano unter einem Holzkreuz Platz nahm, erhoben sich die anwesenden rund 360 Angeklagten. 30 Plätze in abgetrennten Käfigen waren für sogenannte „Pentiti" reserviert, solche Mafiosi, die sich zur Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden entschlossen haben. Nur einer dieser Plätze war besetzt, von dem Kronzeugen Salvatore di Marco. Zwei weitere Hauptbelastungszeugen, Tommaso Buscetta und Salvatore Contorno, waren nicht anwesend. Der reuige Mafia-Boss Buscetta wird erst später auftreten. Er befindet sich zur Zeit noch unter FBI-Bewachung an einem geheimgehaltenen Ort in den USA. Buscetta, dessen Aussagen wesentlich zum Zustandekommen des Mammutverfahrens beigetragen haben, hat früher schon im New Yorker „Pizza-Connection"-Prozeß gegen mutmaßliche Mitglieder der amerikanischen Unterwelt ausgesagt.

Die Staatsanwaltschaft glaubt sich für den Massenprozeß in Palermo gut gerüstet, sie hat nach eigenen Angaben umfangreiches Beweismaterial gesammelt. Zudem kann sie sich auf neue Gesetze stützen, die ihr einen besseren Zugang zu Geschäfts- und Bankunterlagen ermöglichen.

Graf Galen wird gegen Kaution freigelassen

rtr, Frankfurt

Nach vierzehnmonatiger Untersuchungshaft wird einer der beiden Hauptangeklagten im Prozeß um die Ende 1983 zusammengebrochene Privatbank Schröder, Münchmeyer, *Hengst (SMH-Bank), Ferdinand Graf* von Galen, gegen Kaution freigelassen. Die Zweite Wirtschaftsstrafkammer des Frankfurter Landgerichts gab gestern einem Antrag der Verteidigung auf Haftverschonung statt und entschied, daß von Galen unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von zehn Millionen Mark auf freien Fuß zu setzen sei. Aufgrund formaler Bestimmungen kann von Galen erst freigelassen werden, sobald die Kaution hinterlegt ist. Die Wirtschaftsstrafkammer lehnte es ab, der Beschwerde der Staatsanwaltschaft zu dieser Entscheidung aufschiebende Wirkung zu verleihen. In den nächsten Tagen muß nun das Oberlandesgericht entscheiden, ob der Beschwerde der Staatsanwaltschaft zur Haftverschonung stattgegeben werden soll. Bereits Ende 1985 hatte das OLG einem entsprechenden Antrag der Staatsanwaltschaft entsprochen und somit von Galens Freilassung verhindert.

Im Eis eingebrochen

dpa, Den Haag

Acht Menschen sind am Wochenende in den Niederlanden beim Schlittschuhlaufen beziehungsweise Spazierengehen auf Eisflächen eingebrochen und ertrunken. Das jüngste Opfer war ein vierjähriger Junge.

ZU GUTER LETZT

„Hellseherin sah ihre eigene Verhaftung nicht voraus", berichtete SAD.

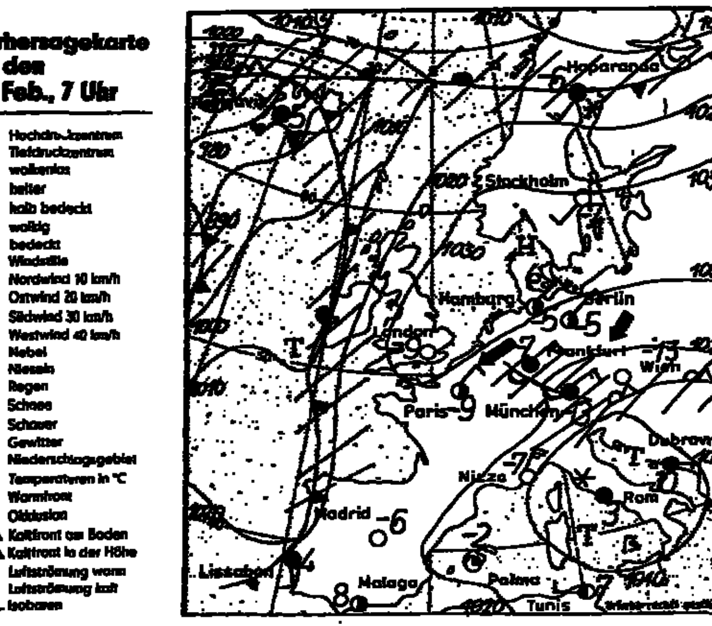
WETTER: Im Süden noch Schnee

Lage: Deutschland bleibt unter Kaltluftzufuhr aus Nordosten. Dabei wird der Süden anfangs noch von Schneefällen eines Mittelmeertiefs beeinflußt, während sich im Norden das südskandinavische Hochdruckgebiet verstärkt.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden niederschlagsfrei. Im Süden geringe Schneefälle. Höchsttemperaturen zwischen minus 3 Grad im Nordwesten und minus 10 Grad im Südosten. Tiefstwerte nachts minus 6 bis minus 12 Grad, bei Aufklaren örtlich bis minus 15 Grad. Mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten: Niederschlagsarmes Hochdruckwetter. Temperaturen nicht wesentlich verändert. Nachts zum Teil strenger Frost.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.42 Uhr*, Untergang: 17.31 Uhr; **Mondaufgang:** 9.16 Uhr, Untergang: 21.43 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-2	Sr
Bielefeld	-2	S
Braunlage	-6	S
Bremen	-3	S
Dortmund	-2	S
Dresden	-4	S
Düsseldorf	-2	S
Erfurt	-5	bd
Essen	-3	Sr
Feldberg/S.	-19	IW
Flensburg	-1	bw
Frankfurt/M.	-6	S
Freiburg	-10	bw
Garmisch	-11	he
Greifswald	-1	S
Hamburg	-2	S
Hannover	-1	bw
Kahler Asten	-7	S
Kassel	-3	bd
Kempten	-13	bw
Kiel	-2	bw
Koblenz	-3	bd
Köln-Bonn	-2	bw
Konstanz	-10	S
Leipzig	-4	S
List/Sylt	-4	wl
Lübeck	-2	S
Mannheim	-7	S
München	-11	S
Münster	-2	S
Norderney	-2	he
Nürnberg	-10	S
Oberstdorf	-13	he
Passau	-11	S
Saarbrücken	-7	S
Stuttgart	-11	S
Trier	-5	S
Zugspitze	-18	he
Ausland:		
Algier	12	bw
Amsterdam	-1	he
Athen	14	he
Barcelona	5	he
Belgrad	2	bw
Bordeaux	-4	wl
Bozen	-2	he
Brüssel	-2	bw
Budapest	4	bw
Bukarest	-3	S
Casablanca	15	bw
Dublin	3	bw
Dubrovnik	8	bd
Edinburgh	0	bw
Faro	12	he
Florenz	0	bd
Genf	-10	bw
Helsinki	-7	S
Hongkong	17	he
Innsbruck	-7	he
Istanbul	10	bw
Kairo	18	he
Klagenfurt	-4	S
Konstanza	-3	bd
Kopenhagen	-4	bw
Korfu	12	R
Las Palmas	20	he
Leningrad	-7	bd
Lissabon	8	he
Locarno	-3	bw
London	-2	wl
Los Angeles	7	wl
Luxemburg	-5	bd
Madrid	3	he
Mailand	-2	he
Malaga	14	he
Mallorca	7	he
Moskau	-10	bw
Neapel	3	R
New York	-1	bd
Nizza	2	he
Oslo	-7	he
Ostende	0	he
Palermo	10	bw
Paris	-2	bw
Peking	5	wl
Prag	-7	S
Rhodos	15	bw
Rom	0	Gw
Salzburg	-9	S
Singapur	30	bw
Split	7	bd
Stockholm	-4	he
Straßburg	-9	bw
Tel Aviv	16	he
Tokio	7	bw
Tunis	13	bw
Valencia	11	he
Varna	0	S
Venedig	1	S
Warschau	-5	bw
Wien	-9	S
Zürich	-10	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos